Seite

[illegible]lands Verhältniß zu Irland 180
[illegible] und die Pulverexplosion [illegible] Clerkenwell (13. Dec.) . . 180
[illegible] kündigt die Expedition [illegible] Abessinien an (19. Nov.) . 181
[illegible] in Spanien [illegible] Aug.) 181
[illegible] Johnson und der Kon[illegible] in den Vereinigten Staaten 181
[illegible]gten Staaten kaufen Ruß[illegible] seine amerikanischen Besitzun[illegible] (1. April) 182
[illegible] und Paraguay 182
[illegible] 183
[illegible] und Frankreich . . . 183

Seite

Die Pariser Polizei auf dem Montmartrekirchhof (2. Nov.) . . . 183
Parlamentar. Fortschritte in Oestreich 183
Rückschritte in der Einheit des Reiches 184
Die Ungarn wollen möglichst wenig zahlen 184
Warum fürchten die Ungarn Preußen und Deutschland? 184
Große Fortschritte Preußens und Deutschlands in der Konsolidirung 185
Beginnende Umwandlung Preußens in Deutschland 186
Graf Bismarck über Deutschland u. den Partikularismus (11. Dec.) . 186
„Ich bin ein Deutscher“ . . 186

Digitized by Google

Das Jahr 1867 hat ein reiches Erbe angetreten. Der Tag von Königgrätz, welcher so viele Herzen erzittern und erbeben machte, sei es aus Angst und Neid, sei es aus Hoffnung und Freude, bildet einen jener historischen Denksteine, welche den Abschluß einer hundertjährigen Geschichte und den Beginn einer neuen großen Zeit bezeichnen. Die Konsequenzen dieses Tages sind noch nicht vollständig gezogen; sie sind es erst, wenn keine Mainlinie mehr existirt, wenn nicht bloß Kriegs- und Zollparlamentsherren, sondern auch Reichstagsabgeordnete diese Linie passiren, um in der neuen Bundesstadt den norddeutschen Bund zu einem deutschen zu machen; sie sind es erst, wenn das stolze Wort der Hohenzollern: „Vom Fels zum Meere!" auch in der umgekehrten Stellung: „Vom Meer zum Felsen!" seine Bedeutung hat.

Neben Preußen ist es Italien, welches an den Spolien von 1866 sich eifrig betheiligt hat. Das Erworbene zu befestigen, das Neue mit dem Alten zu verschmelzen, das noch Fernerliegende mit materiellen und ideellen Banden zu umschlingen, um es im günstigen Augenblick mit einem raschen Zug zu seinem Eigenthum zu machen, das war die Aufgabe des einen wie des anderen Staates im verflossenen Jahre. Wie ein rother Faden zieht sich dieses Streben durch alle zwölf Monate hin, und dazwischen hinein erblickt man den Augenblick die täppische Hand des westlichen Nachbarn, welche die Faden zu zerreißen, den Knoten zu zerhauen sucht. Damit ist man dasjenige angeführt, was das Jahr 1867 neben seinem glorreichen Vorgänger zu einem bedeutenden macht. Die Consolidirung des norddeutschen Bundes und Italiens, die Beziehungen des einen zu Süddeutschland, des anderen zum Kirchenstaat, das daraus entstehende mehr oder minder gespannte Verhältniß beider Staaten zu Frankreich sind weitaus die wichtigsten Momente in der Geschichte des Jahres.

Digitized by Google

Aber wenn Italien neben Preußen genannt wird, wenn Vergleichungspunkte in der Entwicklung beider Staaten schon angedeutet sind, wie gewaltig sind doch auch, zum Troste Deutschlands die Unterschiede! Es ist zwar wahr: Kirchenstaat und Süddeutschland, Septemberkonvention und Artikel IV. des Prager Friedens haben einige Aehnlichkeit; es ist nicht minder wahr, daß die Einheit Italiens und Deutschlands ohne den Hinzutritt der eben genannten Staaten keine wirkliche ist, und daß endlich die „intellektuellen" Urheber jener Konventionen sich auffallend gleich sehen aber mehr läßt sich auch mit dem besten Willen nicht sagen, und aus der Aehnlichkeit sieht die Unähnlichkeit schon heraus. Während Italien 1859 nur durch die Hilfe Frankreichs seine Unabhängigkeit gewann und diesen Dienst mit Preisgebung Savoyens und Nizza's bezahlen mußte, hat Preußen durch eigene Kraft, ohne irgend welche Unterstützung des Auslandes seine heutige Machtstellung errungen und als Frankreich für sein bloßes Zusehen Kompensationen verlangte, hatte Preußen den Muth, sie ihm zu verweigern und zu erwidern, es könne die Herstellung deutscher Einheit nicht damit beginnen, daß es wenn auch nur ein Dorf des großen Vaterlandes an das Ausland verschenke. Mit eigenen Händen und mit reinen Händen ist der Neubund Deutschlands errichtet worden: das ist unser Stolz, und das Ausland weiß, zu welchem Riesenkampf wir fähig sind, wenn irgend jemand den wahnsinnigen Versuch machen sollte, uns in der Einrichtung unseres neuen Hauswesens zu stören. Auch ist der Prager Frieden, dessen vierter Artikel freilich den auswärtigen Einfluß unschwer errathen läßt, nicht mit Napoleon geschlossen worden. Sollte er in die Beziehungen des Nordbundes zu Süddeutschland in der nämlichen Weise sich einmischen wollen, wie er dies vermöge der Septemberkonvention in Italien konnte, so wäre er sicher, die nämliche Antwort zu bekommen, welche er bei der Aeußerung seiner lebhaften Sympathie für den fünften Artikel dieses Friedensvertrages, der von den nördlichen Distrikten Schleswigs handelt, bereits erhalten hat. Man muß sagen, daß er die Antwort recht wohl verstand. Und wer wollte behaupten, daß die süddeutschen Regierungen, welche so bereitwillig die Allianz- und Zollvereinsverträge abgeschlossen und sie trotz aller Reichsräthe, trotz aller Demokratie in ihren kleinen Parlamenten durchgesetzt haben, jedem weiteren Schritt zur nationalen Einheit sich entziehen und

Digitized by Google

die Glorie ihrer vollen Souveränetät mit der nämlichen Eifersucht bewahren werden, wie das Oberhaupt der katholischen Kirche, der Erbe einer mehr als zwölfhundertjährigen Weltmacht? Das „Niemals" eines mittelstaatlichen Ministers ist denn doch etwas anderes als das erbarmungslose Non possumus eines vaterlandslosen Kardinals.

Durch die ausgezeichnete Leitung seiner auswärtigen Politik, durch seine treffliche Armee und durch die intelligente Führung derselben hat Preußen in seinem siebentägigen Feldzug den Platz errungen, welcher ihm schon längst gebührte. Das patriotische Auftreten des großen Kurfürsten in den schmachvollen Zeiten Ludwigs XIV., die Heldenkraft Friedrichs des Großen und die beispiellosen Anstrengungen des ganzen preußischen Volkes im Jahre 1813, wodurch es allein möglich war, daß die Verbündeten von der Katzbach bis auf die Höhen des Montmartre kamen, stehen noch in zu gutem Andenken, als daß Deutschland die Wahl zwischen Hohenzollern und Habsburg auf die Länge hätte schwer werden können. Einiger Mangel an Energie und Scharfsichtigkeit von Seiten seiner leitenden Staatsmänner hat Preußen Gelegenheiten, wie sie ihm 1849 und 1850, vielleicht auch 1813 nach dem Vertrag von Kalisch und später am Wiener Kongreß geboten waren, verpassen lassen. Es läßt sich denken, mit welch' fieberhafter Spannung die großen Männer der neuen preußischen Politik den günstigen Augenblick herankommen sahen, in welchem das Versäumte wieder gut gemacht werden konnte. Er kam und wurde auf eine Art benützt, daß selbst der alte Blücher mit seinem bekannten Toast: „Mögen die Federn der Diplomaten nicht wieder verderben, was durch die Schwerter der Heere mit so vieler Anstrengung gewonnen worden!" sich gern damit zufrieden gegeben hätte. Und man kann nicht einmal sagen, daß der Sieger herrisch und ungroßmüthig verfahren sei. Zeuge hiefür ist vor allem das Königreich Sachsen, welches seine Dynastie behalten hat. Aber nachdem es nun schon zweimal zu den Füßen des siegreichen Preußens gelegen ist, wird es sich wohl hüten, diesen Staat zum drittenmal in Versuchung zu bringen. Die Annexion der übrigen Staaten, Hannovers, Kurhessens, Nassau's, Frankfurts, Schleswig-Holsteins, war, wie die königliche Botschaft vom 17. August 1866 sagt, für Preußen eine „politische Nothwendigkeit." „Die genannten Länder würden, falls sie ihre Selbständigkeit bewahrten, vermöge ihrer geographischen Lage bei einer feind-

Digitized by Google

seligen oder auch nur zweifelhaften Stellung ihrer Regierungen der preußischen Politik und militärischen Aktion Schwierigkeiten und Hemmnisse bereiten können, welche weit über das Maß ihrer thatsächlichen Macht und Bedeutung hinausgiengen. Nicht im Verlangen nach Ländererwerb, sondern in der Pflicht, unsere ererbten Staaten vor wiederkehrender Gefahr zu schützen, der nationalen Neugestaltung Deutschlands eine breitere und festere Grundlage zu geben, liegt für uns die Nöthigung, diese Staaten auf immer mit unserer Monarchie zu vereinigen."

Durch diese Annexionen hat sich Preußen, das bisher 18 Millionen Einwohner hatte, rasch zu einem Staate von nahezu 24 Millionen emporgeschwungen, und indem es sich nun anschickte, durch Bündnisse und Verträge die militärischen Kräfte von ganz Deutschland in seiner starken Hand zusammenzufassen, sollte es über eine kompakte Masse von 38 Millionen gebieten und dadurch Deutschland zu einer Macht erheben, wie wir sie seit den Zeiten der sächsischen Kaiser nicht mehr gesehen haben. Wurde es eben noch unter den fünf Großmächten wie das fünfte Rad am Wagen angesehen, so stand es jetzt in der vordersten Reihe derselben, wenn nicht an der Spitze. Und bereits war, ehe das Jahr 1866 ablief, Einleitung zur Gründung eines norddeutschen Bundes getroffen. Die preußische Regierung hatte schon am 4. August 1866 den mit ihr verbündeten Staaten einen Vorschlag zu einem Bündnißvertrag gemacht und derselbe war von ihnen angenommen worden. Das neue Bündniß war vorläufig auf ein Jahr berechnet. In dieser Zeit sollte, auf der Basis jener preußischen Grundzüge vom 10. Juni 1866, welche in der verhängnißvollen Sitzung des Bundestages am 14. Juni der preußische Gesandte zugleich mit seiner Austrittserklärung vorgelegt hatte, eine neue Bundesverfassung vereinbart werden. Zu diesem Zwecke wurden sämtliche norddeutsche Staaten eingeladen, Bevollmächtigte nach Berlin zu senden. 22 Staaten (Preußen miteingeschlossen) waren auf diesen Konferenzen vertreten. Sie wurden von dem Ministerpräsidenten Graf Bismarck am 17. December 1866 eröffnet. Die Rede, welche dieser ausgezeichnete Staatsmann bei dieser Gelegenheit hielt, war wie alles, was er sprach, ein Muster von Klarheit und Offenheit. „Der frühere deutsche Bund erfüllte in zwei Richtungen die Zwecke nicht, für welche er geschaffen war: er gewährte seinen Mitgliedern die versprochene Sicherheit

Digitized by Google

nicht, und er befreite die Entwicklung der nationalen Wohlfahrt des deutschen Volkes nicht von den Fesseln, welche die historische Gestaltung der innern Grenzen Deutschlands ihr anlegte. Soll die neue Verfassung diese Mängel und die Gefahren, welche sie mit sich bringen, vermeiden, so ist es nöthig, die verbündeten Staaten durch Herstellung einer einheitlichen Leitung ihres Kriegswesens und ihrer auswärtigen Politik fester zusammenzuschließen und gemeinsame Organe der Gesetzgebung auf dem Gebiete der gemeinsamen Interessen der Nation zu schaffen. Diesem allseitig empfundenen Bedürfniß hat die königliche Regierung in dem vorliegenden Entwurf abzuhelfen versucht. Daß derselbe den einzelnen Regierungen wesentliche Beschränkungen ihrer partikularen Unabhängigkeit zum Nutzen der Gesamtheit zumuthet, ist selbstverständlich und bereits in den allgemeinen Grundzügen dieses Jahres vorgesehen. Die unbeschränkte Selbständigkeit, zu welcher im Laufe der Geschichte Deutschlands die einzelnen Stämme und dynastischen Gebiete ihre Sonderstellung entwickelt haben, bildet den wesentlichen Grund der politischen Ohnmacht, zu welcher eine große Nation bisher verurtheilt war, weil ihr wirksame Organe zur Herstellung einheitlicher Entschließungen fehlten. Die gegenseitige Abgeschlossenheit, in welcher jeder der Bruchtheile des gemeinsamen Vaterlandes ausschließlich seine lokalen Bedürfnisse ohne Rücksicht für die des Nachbarn im Auge behält, bildete ein wirksames Hinderniß der Pflege derjenigen Interessen, welche nur in größeren nationalen Kreisen ihre legislative Förderung finden können."

Mit diesen Worten sind die Mängel des alten Bundestagssystems scharf gezeichnet und die Zielpunkte der neuen Verfassung angegeben. Sie lauten: Beschränkung der einzelnen Souveränetäten und Aufgeben des kleinstaatlichen Partikularismus zu Gunsten und zum Nutzen einer deutsch-nationalen Politik, Unterordnung der einzelnen Theile nach ihren materiellen und geistigen Kräften unter eine starke Centralgewalt und einen aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgehenden Reichstag. Die Bevollmächtigten waren am 9. Februar 1867 mit der Berathung des Entwurfes fertig und unterzeichneten ihn, worauf König Wilhelm von Preußen am 24. Februar das norddeutsche Parlament, dessen 296 Mitglieder unter lebhafter Betheiligung Norddeutschlands am 12. Februar gewählt worden waren, mit einer Rede eröffnete, welche in ganz Europa un-

Digitized by Google

geheure Aufmerksamkeit erregte. „Es ist ein erhebender Augen
blick, in welchem Ich in Ihre Mitte trete; mächtige Ereignisse habe
ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen sich an denselben
Daß es Mir vergönnt ist, in Gemeinschaft mit einer Versammlung
wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat
diesen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke ich der göttlichen
Vorsehung, welche Deutschland dem von seinem Volke ersehnte
Ziele auf Wegen zuführt, die wir nicht wählen oder voraussehen
Im Vertrauen auf diese Führung werden wir jenes Ziel um s
früher erreichen, je klarer wir die Ursachen, welche Uns und Unser
Vorfahren von demselben entfernt haben, im Rückblicke auf di
Geschichte Deutschlands erkennen. Einst mächtig, groß und geehr
weil einig und von starken Händen geleitet, sank das deutsche Rei
nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit un
Ohnmacht. Des Gewichtes im Rathe Europa's, des Einflusses au
die eigenen Geschicke beraubt, ward Deutschland zur Wahlstatt d
Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, d
Schlachtfelder und die Kampfpreise hergab. Niemals aber hat d
Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern au
gehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestr
bungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe sein
Vergangenheit wieder zu erringen. Wenn diese Bestrebungen bish
nicht zum Ziele geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie
heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen od
Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale üb
die Bedeutung der Thatsachen täuschen ließ, so erkennen wir dara
die Nothwendigkeit, die Einigung des deutschen Volkes an der Ha
der Thatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare de
Wünschenswerthen zu opfern." „Als Erbe der preußischen Kro
fühle Ich mich stark in dem Bewußtsein, daß alle Erfolge Preuße
zugleich Stufen zur Wiederherstellung und Erhöhung der deutsch
Macht und Ehre geworden sind." „Die Ordnung der national
Beziehungen des norddeutschen Bundes zu unsren Landsleuten
Süden des Mains ist durch die Friedensschlüsse des vergangen
Jahres dem freien Uebereinkommen beider Theile anheimgeste
Zur Herbeiführung dieses Einverständnisses wird unsere Hand d
süddeutschen Ländern offen und entgegenkommend dargereicht w
den, sobald der norddeutsche Bund in Feststellung seiner Verfassu

Digitized by Google

weit genug vorgeschritten sein wird, um zur Abschließung von Verträgen befähigt zu sein. Die Erhaltung des Zollvereins, die gemeinsame Pflege der Volkswirthschaft, die gemeinsame Verbürgung für die Sicherheit des deutschen Gebietes werden Grundbedingungen der Verständigung bilden, welche voraussichtlich von beiden Theilen angenommen werden." „Nur von uns, von unserer Einigkeit, von unserer Vaterlandsliebe hängt es in diesem Augenblick ab, dem geeinten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es, frei von Gefahr, wieder in Zerrissenheit und Ohnmacht zu verfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Wiederherstellung und seine Wohlfahrt zu pflegen und in dem Rathe der Völker seinen friedliebenden Beruf zu erfüllen vermag. Ich hege das Vertrauen zu Gott, daß die Nachwelt im Rückblick auf die gemeinsamen Arbeiten nicht sagen werde, die Erfahrungen der früheren mißlungenen Versuche seien ohne Nutzen für das deutsche Volk geblieben, daß vielmehr unsere Kinder mit Dank auf diesen Reichstag als den Begründer der deutschen Einheit, Freiheit und Macht zurückblicken werden. Möge durch unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Hoffen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegengeführt werden! Im Namen aller verbündeten Regierungen, im Namen Deutschlands fordere ich Sie vertrauensvoll auf: Helfen Sie uns, die große nationale Arbeit rasch und sicher durchführen!"

Niemals, so weit man auch in der deutschen Geschichte zurückgreifen mag, wurden von königlichem Munde solche Worte gesprochen, Worte, welche neben dem Siegesbewußtsein und der Zuversicht des Gelingens ernste Mahnungen und mildes Entgegenkommen verrathen. Es waren die rechten Saiten angeschlagen, um die Freunde zu feiern, die Spröden zu gewinnen, den Feinden zu imponiren. Sofort war das Zauberwort, wodurch die schlummernden Kräfte der Nation geweckt, der vielhundertjährige Bann gelöst und der Tummelplatz unedler Leidenschaften in eine Arena umgewandelt wurde, in welcher nur derjenige Stamm, nur derjenige Heros die Palme erringt, welcher dem großen Ganzen sein Sonderinteresse zum Opfer gebracht, in ernster Arbeit dem Kampfe für deutsche Größe und Einheit zum Sieg verholfen hat. „Im Namen Deutschlands" sprach König Wilhelm und vergaß damit und wollte die Anderen damit vergessen machen, daß der Name „Preußen" hier

Digitized by Google

vorwiege. So ruhmvoll dieser auch ist, so ist er doch, wie der de
Anderen, dem Namen „Deutschland" unterzuordnen. Kein berühm
terer, kein klangvollerer, keiner, der eine größere Zukunft für sic
hätte! Es konnte daher auch nicht anders sein, als daß die Red
vom 24. Februar als ein Ereigniß von der größten Bedeutung an
gesehen wurde. Besonders die englischen Blätter waren voll Lo
über diese Politik und stellten ihr das günstigste Prognostikon
Daily News äußerte: „Der Kaiser Napoleon verlangte in Nikols
burg, daß der neue Bund sich nicht über die Mainlinie hinau
erstrecke, der König von Preußen aber erklärte am Sonntag i
Berlin, daß eine Pflicht des neuen Parlaments die Wiederherstellun
und Einigung Deutschlands sei. Mit des Königs Worten vor un
können wir über die Bahn, welche Preußen als das Haupt de
norddeutschen Bundes verfolgen wird, nicht im Unklaren sein. Wa
Preußen verlangt, ist unbestreitbar zum Vortheil Deutschlands. W
oder unsere Kinder werden als Resultat dieser Politik nicht eine
Staatenbund, nicht ein vergrößertes Preußen, sondern ein groß
und mächtiges deutsches Reich erschauen." Aehnlich drückte sich d
Daily Telegraph aus: „Es ist nicht minder der Vortheil als d
Wunsch Englands, daß Deutschland einig, mächtig und frei dastel
und ob Freiheit durch Einheit oder Einheit durch Freiheit errung
werde, so haben wir Engländer doch kein Recht, über die eing
schlagene Bahn mit denjenigen zu streiten, welche selbst am best
ihre Mittel und ihre Zwecke kennen." Die Times, welche in ihr
Jahreschronik den Grafen Bismarck den „größten lebenden Deu
schen" nannte, sprach auch bei dieser Gelegenheit hauptsächlich üb
ihn sich aus: „Ein Deutschland konnte nur durch Preußen geschaff
werden; Preußen mußte so gestärkt werden, daß es jeden Wide
stand überwältigen konnte. Bismarcks nationale Wünsche mög
schrankenlos sein, aber vorsichtig und allmählich sind nothwendig
weise die Schritte, die er zu ihrer Verwirklichung thut. Er bin
sich an keinen Plan, ist keines Systems Sklave, beschwert sich ni
mit Skrupeln oder Grundsätzen. Er weiß sehr wohl, was er w
sieht ganz klar, worauf er hinarbeitet, und er hat nichts dageg
daß die ganze Welt es sehe und wisse."

Kaum irgendwo zeigte sich eine größere Erregtheit als in Si
deutschland. Hier hatte sich Napoleon gründlich verrechnet. Die
Süddeutschland schien ihm der rechte Punkt zu sein, wo die al

Digitized by Google

französischen Intriguen fortgespielt, wo die Verschiedenheit und Eifersucht deutscher Stämme ausgebeutet und eine vornehme Protektormiene angenommen werden konnte. Nicht geeinigt sollte Deutschland aus dem Jahre 1866 hervorgehen, sondern zerrissen, getheilt in drei Staatengruppen, welche keine Macht auf Erden mehr zusammenschweißen könne. Preußen mit seinem Nordbund hatte im Süden Deutsch-Oestreich und ein Bund der vier südwestlichen Staaten gegenüberstehen. Zwischen Frankreich und Oestreich eingekeilt, sollte dieser Südbund die Operationsbasis abgeben, um dem erstarkenden Nordbund ein zweites Jena beizubringen. In dieser französischen Rechnung war gerade die Hauptsache eine reine Phantasie: ein Südbund war ein Ding der Unmöglichkeit. Von den vier Staaten, um die es sich hier handelte, Baiern, Württemberg, Baden, Hessen, waren die beiden letzteren so gut als selbstverständlich versagt. Denn in Baden hielt Fürst und Volk die Richtung der Magnetnadel ein, und Hessen, dessen nördliche Provinz schon mit dem Nordbund aufgenommen war, konnte doch unmöglich mit seinen südlichen Landschaften, in welchen kraft eines neuen Vertrags Preußen das Besatzungsrecht von Mainz erworben hatte, eine dieser entgegengesetzte Politik verfolgen. Es gliche ja einem Wagen, an welchem sowohl vorn als hinten zwei Pferde angespannt sind, ein Schauspiel, welches die Mainzer Besatzung kaum eine Woche aufhalten könnte. Aber abgesehen davon, daß diese beiden Staaten in keinem Falle mitthun würden oder könnten, so war leicht vorauszusehen, daß, da in einem Südbund irgend ein Staat eine gewisse Hegemonie übernehmen und diese Heldenrolle Baiern als dem mächtigsten übertragen werden müßte, jeder der drei anderen lieber Preußen als Baiern sich unterordnen würde. Denn wenn durchaus eine Hegemonie sein muß, so erträgt jedermann lieber die eines Uebermächtigen als die eines bisher Coordinirten, wozu denn bei Baiern noch ganz besondere Gründe hinzukommen, welche das Prodikt trotz seiner Neuheit zur Aufbewahrung im germanischen Museum zu Nürnberg verurtheilten.

Somit waren diese vier Staaten jeder auf sich selbst angewiesen und befanden sich in der glücklichen Lage, von allen Seiten umworben zu werden. Mit Ausnahme Badens, wo noch während des Feldzugs 1866 ein preußisch gesinntes Ministerium die Geschäfte übernahm, hatten die süddeutschen Staaten ihre früheren Minister

Digitized by Google

behalten. Während man diesen Regierungen wiederholt vorwarf, daß bei ihnen ein Ministerwechsel bloß einen Personen-, keinen Systemswechsel bedeute, sah man diesmal diesen ohne jenen. In Darmstadt residirte fortwährend Herr von Dalwigk, der ausgesprochene Gegner Preußens; in München schien der Ministerpräsident von der Pfordten allmählich mit der neuen Aera sich versöhnen zu wollen. Doch mußte er den heftigen Angriffen der bairischen Presse endlich weichen, worauf am 29. December 1866 Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst die Leitung des Ministeriums übernahm. Dieser hatte schon bei den Verhandlungen der Reichsräthe über den Friedensvertrag vom 22. August für einen engen Anschluß an Preußen gestimmt, und man erwartete daher mit Recht, daß es nun rasch vorwärts gehen werde. Am 14. Januar 1867 stellte die Linke der bairischen Kammer den Antrag in einer Adresse an den König die Nothwendigkeit eines engen Anschlusses an Preußen hervorzuheben, und erklärte, ihr Ziel sei „ein unter Parlament und einheitlicher Centralgewalt geeinigtes Vaterland mit Autonomie seiner Glieder in ihren besonderen Angelegenheiten und mit gesicherten Freiheiten des Volkes, und zur Erreichung dieses Zieles sei der Beitritt der südwestdeutschen Staaten zum norddeutschen Bund wünschenswerth, noch ehe die Verfassung desselben endgiltig festgestellt sei." Bei der Debatte über diesen Antrag mußte Fürst Hohenlohe Farbe bekennen und legte am 1. Januar der Kammer sein Programm vor. Dasselbe war in dem, was es nicht wollte, klarer abgefaßt als in dem, was es wollte. Für unmöglich erklärte der Minister einen Anschluß an Oestreich, ebenso einen Südbund oder gar die Anlehnung an eine auswärtige Schutzmacht, erklärte aber auch, daß das Ziel der bairischen Politik nationale Einigung mit dem Norden, vorerst unerreichbar sei, wo Preußen vermöge des Prager Friedens einen darauf hinzielenden Antrag der süddeutschen Staaten zurückweisen müßte, und weil in der in Norddeutschland wahrnehmbaren Hinneigung zum Einheitsstaat für Baiern der bedingungslose Eintritt nicht wünschenswerth sei. Unter Wahrung der bairischen Souveränetätsrechte und der Unabhängigkeit des Landes bezeichnete er Preußen als denjenigen Großstaat, an welchen sich Baiern anzuschließen und als dessen Bundesgenossen es im Fall eines Krieges gegen das Ausland sich offen zu erklären habe. Daraus folge, daß Baiern für den Fall

Digitized by Google

eines Krieges sich der Führung Preußens unterstelle und daher sein Heer in einer Weise organisire, die eine gemeinschaftliche Kriegführung ermögliche, wie auch die übrigen südwestdeutschen Staaten zur Einrichtung einer gleichmäßigen und kräftigen Heeresorganisation aufzufordern seien.

Also kein Eintritt in den norddeutschen Bund, nur Allianz mit Preußen, Unterordnung unter seinen Oberbefehl „gegen bestimmte Garantie der Souveränetät des Königs" waren die Zielpunkte des Hohenlohe'schen Programms. Dies war weniger, als die nationale Partei in Süddeutschland gehofft hatte, mehr, als die Gegner erwarteten. Im Ausland machte dieses Programm den Eindruck, als sei dadurch die erste Brücke über den Main geschlagen sei. Wehmüthig rief ein Pariser Journal, der Temps, aus: „Wo ist die Konföderation der Südstaaten, diese Erfindung der französischen Diplomatie? Wo die Stipulationen des Prager Friedens? Zerronnen, zerflossen wie der Schnee der letzten Woche. Nikolsburg und Villafranca um nichts mehr zu beneiden. Die Mainlinie ist, wie das Organ Bismarck's zur Beruhigung des Fürsten Hohenlohe sagt, nichts als eine „Fiktion". Die Einführung des preußischen Militärsystems südlich vom Main, dies ist der nächste Zweck des Berliner Kabinets. Aber möge man sich in Frankreich keiner Täuschung darüber hingeben! Die Prussificirung der bairischen, württembergischen, badischen und hessischen Waffen ist nur der erste, der entscheidende Schritt auf dem Weg der Prussificirung Süddeutschlands."

Das nächste Ziel, weil Bedingung seiner Allianz mit Preußen, war somit für Baiern eine bessere Heeresorganisation. Dies that aber auch den drei anderen Südstaaten noth. Ein einfacher Hinblick auf die Kriegführung des vorigen Jahres genügte, um dies Allen zum Bewußtsein zu bringen. In Folge dieser allseitigen Uebereinkunft kamen auf die Einladung Baierns die Minister der auswärtigen Angelegenheiten und die Kriegsminister der vier Staaten in den ersten Tagen des Februar in Stuttgart zusammen, um sich über die Art und Weise einer neuen Heeresorganisation zu berathen. Die Beschlüsse vom 5. Februar verlangten „Erhöhung der Militärkraft unter einer den Principien der preußischen nachgebildeten Heeresverfassung, demgemäß Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Abschaffung der Stellvertretung, Eintheilung in aktives Heer, Reserve

Digitized by Google

und Landwehr." Die Heere der vier Staaten sollten so „gleichart
eingetheilt und ausgerüstet werden, als zu ihrer gemeinschaftlich
Aktion unter sich und mit dem übrigen Deutschland nothwendig sei
Um dies zu bewerkstelligen, war nichts einfacher, als daß man
Beziehung auf Eintheilung, Reglements, Feuerwaffen und Muniti
sich ganz an das schon bewährte preußische System anschloß, w
durch es allein möglich war, die militärische Allianz mit Preuß
im Sinne des Hohenlohe'schen Programms, praktisch durchzuführ
Allein nicht nur geschah dies nicht, sondern sie brachten es a
unter sich selbst zu keiner Einheit, verlangten nicht eine völli
sondern nur die möglichste Uebereinstimmung der Reglements,
Feuerwaffen und Munition und überließen es dem guten Will
der einzelnen Regierungen, für gemeinschaftliche größere Uebung
und gleichmäßige Ausbildung der Officiere zu sorgen. Auf die
Grundlagen hin sollte spätestens bis 1. Oktober eine Militärkon
renz in München zusammentreten. Man fragte sich, wo denn,
der ängstlichen Berücksichtigung der Eigenthümlichkeiten der einzel
Länder, noch die erstrebte Einheit Platz habe, wie denn von ei
gemeinsamen Aktion die Rede sein könne, wenn die Gleichmäßig
nur gewünscht, die Ungleichmäßigkeit aber eingeführt sei. Nur Ba
handelte schon damals korrekt: es wies auf die preußischen Einri
tungen als die einzige Möglichkeit einer Einheit hin und ma
sogleich Anstalt, sie, wenn auch vorerst allein, in's Leben zu ru
An dieser Konferenz konnte man sehen, daß Hohenlohe Recht ha
wenn er einen Südbund für unmöglich hielt.

Ein gleichmäßiges und rasches Vorgehen der Südstaaten w
umsomehr am Platz gewesen, als der Unwille der französischen H
sporne über die Lösung der deutschen Frage sich sehr deutlich
erkennen gab. Auch Napoleon, welcher doch ein kälterer Beurth
war, welcher um das Geheimniß der preußisch-italienischen All
wußte und die preußischen Plane einigermaßen kannte, konnte hi
den geschraubten Wendungen seiner Rede seine Verblüfftheit
verbergen. Wenn wir das, was er in seinem Brief vom 12.
1866 geschrieben hat, als seines Herzens Wünsche ansehen dü
so sollen die „sekundären Staaten des deutschen Bundes eine en
Vereinigung, eine kräftigere Organisation, eine bedeutendere M
Preußen eine größere Gleichartigkeit und Macht im Norden be
men, Oestreich seine bedeutende Stellung in Deutschland auf

Digitized by Google

ten.' Ins Deutsche übersetzt heißt dies: „Preußen darf nicht
ark, Oestreich nicht zu schwach werden, damit jenes nicht ein
chter Gegner, dieses nicht ein werthloser Bundesgenosse Frank-
s werde, und die kleinen Staaten müssen von beiden sich ziem-
lich schälen, damit sie für einen Rheinbund reif sind." Von
m ganzen „Wunschzettel" hat auch gar nichts Gnade und Er-
ng gefunden: Preußen hat wie eine Lawine den ganzen Norden
rollt, Oestreich auf die Seite geworfen und die kleinen Staaten,
e für eine engere Vereinigung wenig Verständniß haben,
falls in seinen Zauberkreis gezogen. Man erinnert sich dabei
türlich an das Jahr 1859 und dessen Folgen. Nicht dazu
Napoleon mit seinen Marschällen auf die Schlachtfelder Ita-
geeilt, um seinem Vetter Viktor Emanuel ein Königreich zu
en, das von den Alpen bis zur Südspitze Neapels und Sici-
reichte, sondern um ihm Mailand und Venedig erobern zu
und eine Konföderation der italienischen Staaten herzustellen,
zur Aufrechthaltung des häuslichen Friedens ihn als ihren
ter brauche und anerkenne. Mit dem französischen Protektorat
i zwar auch heute noch seine besonderen Bewandtnisse, aber
die Konföderation geblieben? Die Einheit Italiens ist voll-
bis auf den kleinen Rest des Kirchenstaates, und selbst dieser
i den letzten Monaten nicht durch päpstliche Allokutionen und
ten, sondern nur durch die vernichtende Handhabung des
lischen Rechts und durch die Machtsprüche des neuen Papstes
pet zu retten. Ein so gewiegter Politiker Napoleon auch sein
sowohl Cavour als Bismarck haben ihn überlistet und sind
er den Kopf gewachsen.
ch solchen Mißerfolgen in seiner auswärtigen Politik wünschte
n, daß in dem gesetzgebenden Körper, welcher am 14. Februar
werden sollte, möglichst wenig davon gesprochen werde.
doch jede ehrbare Familie darauf, daß ihre Wäsche in den
ren Räumen des Hauses gereinigt werde; warum sollte
r ganz Frankreich, ganz Europa zum Zuschauer haben und
he nicht ebenfalls en famille abmachen? In einem Briefe
Staatsminister Rouher vom 19. Januar kündigte er daher
h er sich schon längst gefragt habe, ob die französischen
einrichtungen bereits den höchsten Grad von Vollkommenheit
haben, oder ob neue Verbesserungen ins Leben gerufen

Digitized by Google

werden sollen. Er halte es heute für möglich, zur Krönung d
Gebäudes zu schreiten und der öffentlichen Freiheit eine neue Au
dehnung zu geben. Demgemäß hebe er die so sehr aufregen
Adreßdebatte auf und lasse das Interpellationsrecht an ihre Ste
treten. Auch halte er es für einen Fortschritt, wenn die Pre
nicht mehr unter dem Damoklesschwert der administrativen Verw
nungen stehe, sondern mit ihren Vergehen einfach vor das Zuc
polizeigericht gestellt werde. Sollten die Minister damit nicht e
verstanden sein, so nehme er es ihnen nicht übel, wenn sie geh
Alle nahmen ihre Entlassung; aber diejenigen, welche in das Sy
eingeweiht waren, wurden wieder berufen, wie Rouher und Moust
und für die unbequemen andere gewählt, so für den Kriegsmini
Randon der Marschall Niel. Die List wurde natürlich durchsch
und Randon sagte: „Wir sind alle hinausgegangen, aber ein
haben Contremarken genommen."

Wenn Napoleon diese neuen Maßregeln „Krönung des
bäudes und Fortschritt" nannte, was bedeutete dann bei ihm R
schritt? Denn nach dem Reglement des Interpellationsrechts kon
eine Interpellation an die Minister nur dann stattfinden, wenn
selbe von zwei Kommissionen des Senats oder von vier Kom
sionen des gesetzgebenden Körpers gebilligt wurde. Für Preß
gehen sollten keine Arreststrafen mehr stattfinden, sondern nur G
strafen. Aber diese stiegen von 4000 auf 40000 Franks. Die C
cession für die Herausgabe eines Journals wurde erhöht, und
zweimaliger Verurtheilung sollte es unterdrückt werden. Erin
diese ganze Procedur nicht an die sechs „Knebelbills," welche
Castlereagh im Jahr 1819 der englischen Preßfreiheit und
Versammlungsrecht entgegenschleuderte? War es nicht eine w
Ironie, wenn die Regierung in dem nämlichen Augenblick, w
der Redefreiheit den Mund verstopfte, eine Rednerbühne in
Sitzungslokal des gesetzgebenden Körpers aufrichten ließ? Was
es einem Abgeordneten, fragte man, wenn er die Rede, welche
dort herab so schön zu aller Ohren gedrungen wäre, in der T
zurückbehalten muß? Der Abgeordnete Jules Favre sagte mit R
daß durch dieses Reglement die Möglichkeit, von dem Interp
tionsrecht Gebrauch zu machen, ganz in den Händen der Majo
das heißt, der Regierungspartei oder der Regierung selbst
Die Minderheit stehe auf diese Weise rechtlos und wehrlos

Digitized by Google

Morgen kann die Regierung," rief er aus, „vor dem Gebrüll der Mehrheit die Interpellationen uns nehmen, wie heute die Adresse. Morgen kann sie diese Rednerbühne vernichten und uns dann, Kraft der Theorie, daß der Kaiser das Recht habe, die Kammern zu reglementiren, den Mund verstopfen, so daß wir nur noch den Monolog der Regierung vernehmen werden."

Nachdem so der Rede- und Preßfreiheit ein Zaum angelegt war, eröffnete Napoleon am 14. Februar die Kammern mit einer Rede. In der Ueberzeugung, daß auf die skeptischen Franzosen nichts einen so gewaltigen Eindruck machen werde, wie ein Citat des großen Oheims, stellte er die neuesten Veränderungen der Weltlage als etwas hin, das mit Nothwendigkeit habe so kommen müssen und ebendeßwegen auch von großen Geistern mit mathematischer Sicherheit vorausgesehen worden sei. Dabei versäumte er aber nicht, die Autorität Frankreichs als eine gebietende hinzustellen. Er begann damit, daß diese ernsten Ereignisse die Welt durch ihre Schnelligkeit und durch die Bedeutsamkeit ihrer Erfolge in Erstaunen gesetzt haben, und fuhr dann fort: „Doch scheint es, daß nach der Voraussicht des Kaisers sie sich unabweisbar vollziehen mußten. Napoleon sagte zu St. Helena: „„Einer meiner größten Gedanken war die Zusammenschließung (agglomération) und die Concentrirung der nämlichen geographischen Völker, die durch die Revolutionen und die Politik aufgelöst und zerstückelt worden sind. Diese Zusammenschließung wird früher oder später durch die Macht der Dinge zu Stande kommen; der Anstoß ist gegeben, und ich denke oft, daß nach meinem Fall und dem Verschwinden meines Systems kein anderes großes Gleichgewicht in Europa möglich sein wird, als das der Zusammenschließung und des Bundes der großen Völker."" Die Umgestaltungen, welche in Italien und in Deutschland vor sich gegangen sind, bereiten die Verwirklichung des umfassenden Programms der Einigung der europäischen Staaten in einer einzigen Conföderation vor. Das Schauspiel der Anstrengungen der benachbarten Völker, um ihre seit so vielen Jahrhunderten zerstreuten Kräfte zu sammeln, kann ein Land wie das unsrige, dessen sämmtliche Theile unwiderruflich unter einander verbunden sind und einen einheitlichen, unzerstörbaren Körper bilden, nicht beunruhigen. Wir haben mit Unparteilichkeit dem Kampfe beigewohnt, der sich jenseits des Rheins entsponnen hat. Angesichts dieses Zusammenstoßes hatte

Digitized by Google

das Land laut seinen Wunsch kundgegeben, demselben fremd zu bleiben. Ich bin diesem Wunsche nicht allein nachgekommen, sondern habe alle meine Bemühungen aufgeboten, um den Abschluß des Friedens zu beschleunigen. Ich habe nicht einen Soldaten mehr unter die Waffen gestellt, kein Regiment vorrücken lassen, und doch besaß die Stimme Frankreichs Einfluß genug, um den Sieger vor den Thoren Wiens aufzuhalten. Unsere Vermittlung hat zwischen den kriegführenden Theilen eine Einigung herbeigeführt, die, indem sie Preußen das Ergebniß seiner Erfolge beließ, Oestreich die Integrität seines Gebietes, mit Ausnahme einer Provinz, erhielt und durch die Abtretung von Venetien die italienische Unabhängigkeit vervollständigte. Unsere Thätigkeit machte sich also im Sinne der Gerechtigkeit und der Versöhnung geltend. Frankreich hat nicht das Schwert gezogen, weil seine Ehre nicht auf dem Spiele stand und weil es versprochen hatte, eine strenge Neutralität zu halten. In Bezug auf das fatale Mexiko bemerkte der Kaiser, ein große Gedanke habe die Expedition nach diesem Lande veranlaßt. „Allein an dem Tage, an welchem mir das Maß unsrer Opfer die Interessen, welche uns jenseits des Oceans geführt hatten, zu übersteigen schien, habe ich mich aus freiem Antrieb dazu entschlossen, unser Armeecorps zurückzurufen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat begriffen, daß eine wenig versöhnliche Haltung die Besetzung nur verlängern und die Beziehungen verbittern könnte, welche zum Wohl der beiden Völker freundschaftlicher Natur bleiben sollen." „Preußen", fuhr er fort, „sucht alles zu vermeiden, was unsre nationalen Empfindlichkeiten wecken könnte, und ist in den europäischen Hauptfragen mit uns einverstanden." Unter den Gesetzen, welche den Kammern in Vorschlag gebracht werden sollten, erwähnte er die Militärorganisation und sagte: „Der Einfluß einer Nation hängt von der Zahl der Menschen ab, die sie unter die Waffen rufen kann. Vergessen Sie nicht, daß die Nachbarstaaten sich sehr schwere Opfer auferlegen für eine gute Heerverfassung. Halten wir unsre nationale Fahne stets in derselben Höhe! Das ist das sicherste Mittel, den Frieden zu bewahren."

Welcher Abstand zwischen dieser und der preußischen Thronrede, die nur zehn Tage nachher gehalten wurde! Haben wir gesehen, wie diese voll Zuversicht und Patriotismus an die deutsche Nation sich wendet und, unbekümmert um das Ausland, welches nicht stö-

Digitized by Google

…ch nicht gestört werden soll, zur wetteifernden Thätigkeit für …Vaterlandes Größe auffordert, so finden wir die französische …voll von geschraubten Wendungen und althergebrachten Phra… …da und dort gibt es etwas zu vertuschen, eine kleine Unwahr… …anzubringen, mitunter wird auch die Farbe gar zu stark auf… …tragen. Gleich das Wort des alten Napoleon ist insofern sehr …schickt, als gerade er von einer Zusammenfassung nationaler …ie am wenigsten wissen wollte und in seinem ungeheuren Kaiser… …allerdings eine seltsame Agglomeration, aber nicht gleichartiger, …aus höchst ungleichartiger Bestandtheile mit der Gewaltthätig… …einer Sündflut aufhäufte. Sprach er doch ganz offen davon, …ich nichts von einer deutschen Nation wisse, daß er nur Ba…, Württemberger, Baiern u. s. w. kenne, worauf bekanntlich …bairische Regierung von einer bairischen Nation sprach und eine …neue „Nationalkokarde" einführte. In St. Helena freilich scheint …der Kaiser gar sonderbare Sachen gesprochen zu haben, und …ganze greift es auf und träumt schon, wie einst der Bourbon …rich IV., von einer europäischen Konföderation. Daß Frank… …Einfluß Oestreich gerettet und den Sieger vor den Thoren …aufgehalten hat, ohne daß auch nur ein einziges französisches …ment in Marsch gesetzt wurde, ist zwar wahr, aber verschwiegen …die weiter unten gezeigt werden wird, daß Frankreich trotz der …rierten „Kompensationen" keinen Krieg mit Preußen damals …agen gewagt hat. Und wie durch und durch unwahr wird …später vorkommen, daß er „aus freiem Antrieb" seine Trup… …aus Mexiko zurückgezogen habe! Wie mag Staatssekretär Se… …in Washington über diese Worte gelächelt haben!

…zu vertuschen gab es in Berlin nicht viel; dagegen wurde in …Reichstag, welcher sich unter seinem Präsidenten Simson kon…, manches enthüllt, wodurch Vergangenes und Gegenwärtiges …sicheren Umrissen sich zeigte. Als Präsident der Bundes… …äre legte Graf Bismarck am 4. März dem Reichstag den …fassungsentwurf des norddeutschen Bundes vor und bat um …ige Berathung, damit die Verfassung, welche noch die Land… …der verbündeten Staaten durchlaufen müsse, zum Abschluß ge… …t sei, bevor das am 4. August 1866 auf ein Jahr geschlossene …ige Bündniß ablaufe. Durch eine rasche Beschlußfassung im …n werden die Beziehungen zu Süddeutschland gefördert werden.

Digitized by Google

Das Vertrauen im Süden und die Mahnung zum Anschluß an
norddeutschen Bundesstaaten werde gefördert, wenn man sehe, d
der Norden seinem Ziele näher rücke. Es liege ein gewisser Ueb
schuß an männlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeitsgefühl
den Deutschen, der seit den Zeiten der alten Kaiser ihrer Verei
gung hinderlich gewesen sei und die einzelnen Stämme veranl
habe, sich am liebsten auf ihre eigene Kraft zu stützen. In
Ueberwindung dieses partikularistischen Standpunkts seien die
bündeten Regierungen mit gutem Beispiel vorangegangen; es
keine, die bei dem Entwurf nicht besondere Wünsche beseitigt, n
Opfer gebracht habe. Auch der Reichstag möge den Beweis lief
daß er sich die Erfahrungen einer sechshundertjährigen Leiden
schichte Deutschlands zu Nutzen mache und die Lehren, welche
den verfehlten Unternehmungen von Frankfurt und Erfurt zu zi
seien, beherzige. Das Mißlingen dieser Versuche habe in Deu
land einen Zustand der Unsicherheit und Unzufriedenheit hervo
rufen, der sechzehn Jahre lang gedauert und schließlich durch
Katastrophe, wie die des vorigen Jahres, nach der einen oder
anderen Seite, seinen Abschluß habe finden müssen.

Bei der Generaldiskussion über den Verfassungsentwurf, w
am 9. März begann und vier Tage dauerte, wollten einige Red
besonders die preußischen Demokraten, den ganzen Entwurf
den Haufen werfen, andere, als Regierungsmänner bekannt, ihr
bloc annehmen, während eine dritte Partei, welche sich nachher
„National-Liberale" zusammenscharte, dem Entwurfe gerne zu
men wollte, sobald nur einige Verbesserungen angebracht wü
Da Graf Bismarck selbst das Werk für verbesserungsfähig erk
und sich bereit zeigte, in mehreren heftig angefochtenen Pu
einen Kompromiß zu schließen, so war ein gutes Vernehmen f
hergestellt und volle Aussicht da, daß das angefangene Werk
günstigen Abschluß finden werde. Auf den unparteiischen Zusc
machte die Debatte den Eindruck, daß das Verhältniß, welches
her zwischen dem Grafen Bismarck und dem preußischen Abg
netenhaus bestand, der Sache nicht sehr günstig gewesen sei.
sich vier Jahre lange mit dem Ministerpräsidenten über das
getrecht des Abgeordnetenhauses herumgezankt hatte, wer alljä
zur Sitzung einberufen wurde, um alljährlich unverrichteter
heimgeschickt zu werden, von dem ließ sich mit einiger Wahrs

Digitized by Google

it annehmen, daß er seinen früheren Standpunkt, trotz der veränderten Verhältnisse, auch in den Reichstag mithinüber- en werde. Nicht bloß den Reden der Herren Waldeck und ker, auch denen der Herren Twesten und Schulze merkte man Vergangenheit voll Mißtrauen und Kampf, merkte man das, man „Persönlichkeiten" nennt, recht wohl an. Diese Wahrneh- drängte sich um so mehr auf, als einige Reichstagsabgeord- us den annectirten Provinzen, unter welchen besonders Mi- aus Osnabrück und Braun aus Wiesbaden anzuführen sind, ganz andere Sprache führten. Denn diese, herzlich froh, aus engen, kleinlichen Verhältnissen herausgerissen und in eine mmlung versetzt zu sein, welche für weitere Gesichtskreise Raum kamen mit unbefangenem Sinn den Personen und den n entgegen und begrüßten das neue Werk schon deßwegen reuden, weil es zu dem führte, wofür sie schon in ihrer Jugend ärmt, zur Einheit. Es ist dabei nicht zu vergessen, daß es ht natürliche Sache ist, wenn auf die Einheit Deutschlands kleineren Staaten mehr Gewicht gelegt wird als in Preußen. hier genügt schon Manchem die Einheit des preußischen s, und was diese vermag, hat sich aufs glänzendste gezeigt. kann aber eine Einheit Sachsens, eine Einheit Badens ge- ? Solche deminutive Einheiten haben nur Sicherheit und , wenn noch einige respektable Nullen hinzukommen und ein daraus entsteht, in welchem sie, wenngleich selbst Ganze, schwinden.

as parteisüchtige Festhalten an den widerwärtigen Remi- en aus dem preußischen Abgeordnetenhaus kann dem Grafen ck nicht zum Vorwurf gemacht werden. Vielmehr stand er elt er sich völlig auf der Höhe der Situation, wie sie durch hronrede vom 24. Februar geschaffen war. Er war kaum einmal bitter oder aufbrausend, nahm die Widersprüche der r ruhig, zum Theil entgegenkommend hin, wählte zur Wider- statt einer wegwerfenden Rede lieber ein erheiterndes Wort, ne Satire, und wußte, wenn die Debatte in unfruchtbaren eiten sich verirrte, wenn aus den gegebenen Thatsachen fal- chlüsse gezogen wurden, immer wieder die rechten Gesichts- hervorzuheben, die großen Ziele vorzuhalten, die Verhältnisse

Digitized by Google

des Ganzen zu den Theilen und der letzteren unter sich in
rechte Licht zu setzen. Mit seiner klassischen Ruhe, mit seiner hi
rischen Kritik, mit seinem scharfen, die Blößen des Feindes erf
henden Auge machte Graf Bismarck den Eindruck eines gebieten
Feldherrn, etwa eines Wellington, wie er auf den Höhen
St. Jean im dichtesten Kugelregen auch keinen Augenblick die
sonnenheit verliert und mit seiner englischen Zähigkeit, die „gu
Dienste" des Waffenbruders Blücher freilich nicht zu vergessen,
Sieg erringt. Seit diesem nicht bloß imponirenden sondern
versöhnlichen Auftreten des Ministers, seitdem man erkannt
daß der Mann, welcher mit Blut und Eisen um sich warf
den Beruf Preußens für höher hielt als jedes formale Recht,
ein Herz für Deutschland habe und die ganze Kraft seines Le
einsetzen wolle, um die Träume des schlafenden Barbarossa zu
wirklichen und den deutschen Namen wieder in Achtung zu bringen
auch das Urtheil der Süddeutschen über ihn ein ganz anderes
worden. Männer, welche früher seine grundsätzlichen Gegner wa
welche ihn zum bestgeschmähten Minister machten, bekennen
offen, daß sie sich in ihm getäuscht haben, daß auch ihnen der
ruf Preußens, wie er sich jetzt mit dem Berufe Deutschlands
tificire, höher stehe als das formale Recht, daß, um jenem
zu brechen, kein anderer Ausweg möglich gewesen sei als Blut
Eisen, und daß sie ihm daher ebenso Indemnität ertheilen wie
preußische Landtag. Die Luftströmung konnte in Süddeutsch
so gänzlich umschlagen, daß Graf Bismarck in einzelnen Kreis
Toasten gefeiert und als der größte Staatsmann bezeichnet w
welchen Deutschland seit Stein habe. Solche Urtheile geh
vor zwei Jahren zu den Unmöglichkeiten; sie sind zwar
nicht durch alle Schichten der gebildeten Kreise durchgedru
haben aber so feste Wurzel gefaßt, daß sie an Ausdehnung nu
nehmen, nicht mehr abnehmen können. Für die Entwicklung
Verhältnisses von Süd zu Nord ist gerade dieser Punkt nicht
Wichtigkeit.

Die Haupteinwände gegen den Verfassungsentwurf n
daß er nichts von einem verantwortlichen Ministerium en
nichts von einem Ausgabebewilligungsrecht beim Militäretat,
Höhe ein für allemal festgesetzt sei, so daß auch den Einzellan
dadurch ihre bisherigen Rechte geschmälert seien, während ma

Digitized by Google

fordern könne, daß die Rechte der Einzellandtage auch für
eichstag gesichert sein sollen. Nur dann, wenn der Reichstag
öglichst vielen Freiheiten ausgestattet, wenn neben der Central-
ein verantwortliches Ministerium und ein wirklicher Bundes-
mit dem ganzen Apparat des Konstitutionalismus hergestellt
ürden die in solchen Sachen heiklen und verwöhnten Süd-
en Eintrittsgelüste bekommen. Aber während aus diesen und
n Gründen Waldeck und Duncker den Entwurf für unan-
ar erklärten, Schulze-Delitzsch, Michaelis, Lasker, Twesten auf
Kompromiß hindeuteten, der letztere freilich mit dem Beisatze,
ußt der Entwurf von dem preußischen Abgeordnetenhaus sicher
fen werde, warfen sich die Neupreußen, Miquel und Braun,
eller Lebenslust in den breiten Strom des Einheitsstaates,
agt, daß, wenn nur erst dieser geschaffen sei, alles übrige sich
lbst ergeben werde. „Die Mainlinie," rief Miquel aus, „sei
n Gespenst; wir stehen jetzt dort und wissen, daß es nur eine
tion für uns sei, wo wir Wasser und Kohlen einnehmen,
achdem wir Athem geschöpft, weiter zu gehen. Wenn die
er, um sich als Nation zu konstituiren, über den Frieden
illafranca sich hinweggesetzt haben, so werden wir, die wir
cht mit Hilfe des Auslandes frei gemacht, auch über Nikols-
ms wegsetzen können. Die vorliegende Verfassung begründe
ungeheuren Fortschritt, und er und seine politischen Freunde
ereit, zur Begründung des Bundes jedes Opfer, sogar das
eiheit zu bringen. Er sei aber überzeugt, daß es einer so
Beschneidung der Volksrechte nicht bedürfen werde, als es
i Entwurf geschehe. Vor den Freiheitsphrasen, welche man
den Entwurf gebrauche, warne er; hinter diesen Phrasen stecke
als der Partikularismus. Ihm und seinen Freunden, die aus
uen Provinzen hieher gekommen, sei der Blick nicht getrübt
r Vergangenheit, wie manchem der Herren aus den alten
gen; sie fassen eben nur die Hauptsache ins Auge, die Ein-
Aehnlich äußerte sich Braun: „Der Entwurf möge den
Anforderungen nicht genügen; aber dafür sei er um so
her. Die Mainlinie rufe bei ihm gar keine Bedenken hervor.
wir nicht 30 und noch mehr Mainlinien gehabt? Ein Süd-
ei nicht zu fürchten. Den Agitatoren in Süddeutschland sei
Württemberg noch viel zu groß; am liebsten zerschlügen sie

Digitized by Google

den Staat in einzelne „Kantönli," um sich in denselben zu Dikt
toren aufzuwerfen. Es herrsche dort in staatlicher Beziehung ei
centrifugale Kraft. Man brauche übrigens den Süddeutschen nic
nachzulaufen; sie werden schon zur Einsicht gelangen und ganz v
selbst kommen."

Von der katholischen Fraktion berief sich Michelis auf s
jungfräuliches Gewissen, das ihm nicht erlaube, den auf die pre
ßische Verfassung geleisteten Eid dadurch zu verletzen, daß er irge
ein Recht aus derselben zu Gunsten der Bundesverfassung entfern
lasse, und Mallinkrodt lobte zwar die preußische Regierung, daß
der katholischen Kirche, d. h. den Jesuiten freie Bewegung gestat
was in Süddeutschland nicht der Fall sei, und ließ zwar dem G
der Schlachten seine guten Gründe dafür, daß er Preußen h
siegen lassen, erklärte aber dennoch, daß dieses Preußen in Schlesw
Holstein und im übrigen Deutschland im Unrecht, Oestreich nur
der Abwehr gewesen sei. Einen ähnlichen Ton schlug der schlesw
holsteinsche Abgeordnete Dr. Schleiden an, sprach von der Unsi
lichkeit der Annexionen und erklärte, das monarchische Prinzip
noch nie durch eine Regierung von Gottes Gnaden so tief erschütt
worden wie im verflossenen Jahr durch die preußische. Auch
ehemalige hannöversche Minister Freiherr von Münchhausen h
es für passend, alte Wunden aufzureißen und warf sich zum Vertl
diger der Königin Marie auf, als wollte er die Zeiten eines Prin
Christian von Braunschweig-Halberstadt zurückrufen, welcher
dreißigjährigen Kriege den Handschuh der Böhmenkönigin Elisal
an seinem Hute trug und auf seine Fahnen die Worte sticken li
tout pour Dieu et pour elle. Und damit noch nicht ge
äußerte er sich mit Entrüstung darüber, daß die preußische Re
rung die Kapitulation von Langensalza nicht gehalten und das
vatvermögen des Königs Georg mit Beschlag belegt habe. H
sichtlich der unglücklichen Lage Hannovers, von der er ein düst
Bild entworfen hatte, belehrten ihn die Hannoveraner Bennig
und Grumbrecht, daß die Annexion des Landes kein Ung
sondern eine nur zu lange versäumte nationale Pflicht gewesen
Der ganze hannöversche Mittelstand sehe die Annexion als
Wohlthat an, und es werde nicht lange dauern, so werden die H
noveraner eben so gute Preußen sein wie die Westfalen und Rh
länder.

Digitized by Google

en Vorwurf, als habe Preußen die Kapitulation von Langen-
icht gehalten, wies Graf Bismarck als eine unwürdige Ver-
ng mit Entrüstung zurück. Es habe sich in der Kapitulation
s dasjenige Privatvermögen gehandelt, welches der König mit
ührt habe; darüber sei der Militärvertrag abgeschlossen wor-
iber das übrige Privateigenthum haben Staatsverträge zu
en. Auf die hannöversche Katastrophe übergehend fuhr der
r fort: „Jahrhunderte lange Erinnerungen und Traditionen
die hannöversche Politik und Armee mit der preußischen ver-
Die Gruppirung des siebenjährigen Krieges war eine voll-
natürliche. Aber seit einigen Jahren hat sich Hannover
ier natürlichen Verbindung losgerissen. Ich habe seine Mi-
mit den Worten gewarnt: „„Wenn Sie Preußens Ehrgeiz
, können Sie ihn nicht wirksamer entwaffnen als dadurch,
e seine treuen Bundesgenossen sind.““ Einem Bundes-
nach dem siegreichsten Kriege ist kein Fürst des Hauses
ollern im Stande, ein Haar zu krümmen. Wenn Sie sich
it unseren Feinden alliiren, obschon Sie dieselben Interessen
s haben, wenn Sie zwischen Hamburg, Minden und Köln
taat schaffen, von dem wir befürchten müssen, daß er jede
rbeit Preußens nach außen, jede Front, die wir nach Süden
benützen, um uns, ich will nicht sagen, den Dolch, aber die
in den Rücken zu rennen, ein solcher Staat kann mit unse-
illen nicht bestehen, seine Fortexistenz wäre unverträglich mit
ußens, und derjenige Minister, welcher die erste Gelegenheit,
zur Beseitigung eines solchen Hannovers darbietet, versäumt
verräth sein Land, verräth Deutschland. Wir haben lange
delt, vielleicht zu lange über ein Bündniß mit Hannover;
ien noch bei Langensalza unterhandelt. Woran scheiterten
Unterhandlungen? An der Abneigung des Königs Georg,
ien dafür zu geben, daß die hannöversche Armee nur ein
ng sich der Feindseligkeiten gegen uns enthalten möge. Wir
das Bündniß angeboten von dem Augenblick an, wo wir die
heit eines Krieges voraussahen, sind aber mit Tergiversa-
hingehalten worden. Man hat uns in amtlich mitgetheilten
einen Neutralitätsvertrag versprochen, inzwischen aber fort-
n, heimlich zu waffnen. Man ließ Waffen und Munition
tade schleppen, um dort eine feste Position zu nehmen, um

Digitized by Google

dort mit dem Corps des östreichischen Generals Gablenz, mit d
Streitkräften, welche das Haus Augustenburg in Holstein wür
mobil machen können, und deren Waffen wir dann in Hambu
gefunden haben, eine Diversion gegen uns im Rücken gemeinscha
lich mit Oestreich zu machen. Einer solchen Gefahr kann
Preußen nicht zum zweitenmal aussetzen. Wir haben die Verhan
lungen hinausgezogen in der Hoffnung, Hannover werde sich
sinnen; es hat uns widerstrebt, gegen diesen befreundeten und
nachbarten Stamm den Degen zu ziehen. Um dies zu vermeid
haben wir rechtzeitig (am 12. Juni 1866) in Hannover amtl
folgendes kundgegeben: „„Stimmt Hannover für den östreichisch
Antrag (vom 11. Juni auf Mobilmachung der Bundesarme
worüber am 14. Juni in der Bundesversammlung votirt werd
soll, so werden wir dies als eine Kriegserklärung betrachten u
darnach verfahren."" Die Regierung von Hannover war also v
ständig gewarnt, verließ sich aber auf die 800,000 Mann östrei
scher Truppen; in dieser Höhe war nämlich die Stärke der östr
chischen Armee durch den Prinzen Solms angegeben, der sein
hohen Verwandten, welcher zwischen Preußen und Oestreich schwan
einen schlechten Dienst damit erwiesen hat. Man hat Krieg gew
mit offenen Augen, man war entschlossen, im Fall des Sie
preußische Provinzen zu nehmen. Daher hat man kein Recht,
zu wundern, daß der Krieg die ernsten Folgen gehabt hat, und
uns gegenüber einen Ton der Klage über diese Folgen anzustimm
Wenn das Blut, wenn die Freiheit von Preußen aufs Spiel ge
wird, wenn das ganze Königreich, wie es war, mit seiner glorrei
Krone als Einsatz stand, wenn die Kroaten unser Land mit ih
Plünderungen bedrohten, wenn die Fremdherrschaft, ich weiß n
auf wie lange, uns bevorstand, wenn man uns in der Gefahr ei
Stich in die Seite gibt, dann soll man sich hernach nicht auf
Standpunkt der Sentimentalität stellen und über schlechte Beha
lung klagen. Ich rathe Ihnen und Ihren politischen Freunden
das dringendste ab, daß Sie uns nicht herausfordern. Sie wer
einer Energie begegnen, der Sie nicht gewachsen sind." Diese
enthielt ein vernichtendes Urtheil über die welfische Politik.
war zugleich eine runde Herausforderung an alle Anhänger de
ben, mit ihren Vertheidigungswaffen sich bereit zu halten.

Digitized by Google

mand wagte es, auch nur mit einem Buchstaben diese Heraus-
derung anzunehmen.

Nicht minder schlagend erwiderte der Minister den Angriffen
n den Entwurf, welche von zwei Seiten kamen, von der unitari-
en und partikularistischen. Von ersterer Seite verlange man die
rtretung eines verantwortlichen Ministeriums. Wer denn von den
Regierungen dieses ernennen solle? Ein verantwortliches Mini-
rium sei undenkbar ohne einheitliche Spitze, diese aber bedeute
Mediatisirung, und von einem Bundesverhältniß könne dann
e Rede mehr sein. Die Süddeutschen würde man durch ein
nstitutionelles einheitliches Ministerium nicht gewinnen, sondern
schrecken. Bedenklicher seien die Einwendungen von partiku-
rischer Seite. Man spreche davon, wenn dies und jenes nicht
willigt werde, so werde der preußische Landtag den Verfassungs-
wurf verwerfen. Sonst habe man nur von partikularistischen
ajestäten gesprochen; jetzt sei eine neue Species hinzugekommen,
parlamentarischen Partikularisten. Hie Reichstag, hie Landtag!
die Losung. Abgesehen davon, daß der betreffende Herr zu dieser
osung keine Legitimation habe, so könnten mit dem nämlichen
t die mecklenburgischen Ritter sagen: „Wenn ihr uns unsere
chte nicht garantirt, so spielen wir nicht mit.“ Ob denn je-
d glaube, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre
Völker zum Kampfe führte, zu einem eisernen Würfelspiel, bei
dem um Kaiser- und Königskronen gespielt wurde, daß die vielen
ende der dafür in den Tod geschickten Menschen, daß dies alles
einer bloßen Landtagsresolution ad acta gelegt werden könnte?
habe die sichere Ueberzeugung, daß, wenn man sich hier geeinigt
, kein deutscher Landtag einen Beschluß gegen den Entwurf
n werde. Man sollte doch nicht die Regierung im Verdacht
n, daß sie von der historischen konstitutionellen Entwicklung
eußlands sich lossagen und mit dem Parlamentarismus aufräu-
n wolle. Man könne von der preußischen Dynastie nicht erwar-
, daß sie an ein nationales Werk mit dieser Heuchelei herantrete.
Regierung wolle in der Verfassung denjenigen Grad von Frei-
gewahrt wissen, der mit der Sicherheit des Ganzen irgend
träglich sei. Das Militärbudget solle so wenig als das Budget
die übrigen Ausgaben dem Reichstag völlig entzogen werden.
dererseits dürfe aber auch, zumal für die nächste Zukunft, die

Digitized by Google

Existenz des Bundesheeres nicht von zufälligen Majoritäten abhängen. Die Regierung sei daher bereit, für den Militäretat ein Uebergangsstadium anzunehmen, in der Weise, daß das Budgetrecht des definitiven Reichstags gewahrt und der Militäretat als Pauschquantum für die Dauer des mit dem Parlament deßwegen gleichsam abzuschließenden Vertrags festgestellt werde. Mit Süddeutschland habe man zunächst die Gemeinschaft des, freilich auf sechs Monate kündbaren, Zollvereins. Sobald die norddeutsche Verfassung fertig sei, werde er die süddeutschen Regierungen zu Berathungen über einen unkündbaren Zollverein einladen. Es müssen für denselben organische Einrichtungen geschaffen werden, vermöge deren Süddeutschland an der Gesetzgebung über Zollsachen theilnehme. Solche gemeinsame Organe der Gesetzgebung, wenn sie einmal geschaffen werden sich der Aufgabe nicht entziehen können, auch andere Gegenstände der materiellen Wohlfahrt sowie die Civilprozeßgesetzgebung u. s. w. allmählich sich anzueignen und auch darüber gemeinsam Bestimmungen für ganz Deutschland herbeizuführen. Was die Machtfrage betreffe, so halte er die Vereinigung von Nord- und Süddeutschland jedem Angriff gegenüber, in allen Fragen, wo es sich um die Sicherheit des deutschen Bodens handle, für gesichert. „Für den Augenblick," schloß der Minister, „kann ich nichts hinzufügen als die Aufforderung: arbeiten Sie rasch! Helfen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon selbst können."

Wenn hier der Minister von Mitteln und Maßregeln sprach, welche zur Verbindung von Nord- und Süddeutschland dienen und dienen sollen, so waren diese greifbarer und praktischer als das von demokratischer Seite verlangte verantwortliche Ministerium, das überall, wo es solche gibt, in dringenden Fällen ebenso unverantwortlich handelt wie ein unverantwortliches. Aus dem Zollverein schien bereits ein ganz Deutschland umfassendes Zollparlament hervorzuwinken, und die Erklärung über gegenseitige Unterstützung in Kriegsfällen war ganz dazu gemacht, den Appetit nach weiteren Enthüllungen in hohem Grade zu reizen. Blieb auch die Mainlinie vorerst stehen; so viel war sicher: es gab Brücken. Der Anstoß dieser der Oeffentlichkeit zu übergeben, sollte von anderer Seite kommen.

Wie einst den jungen Themistokles die Trophäen des alten Miltiades nicht schlafen ließen, so fühlte sich das alte Frankreich sehr unbehaglich bei dem siegreichen, selbstbewußten Auftreten des jungen

Digitized by Google

ißens. Es ging ihm, wie dem guten Gretchen im Fauſt, wenn
gt: „Meine Ruh' iſt hin, mein Herz iſt ſchwer, ich finde ſie
er und nimmermehr.“ Und der kleine Thiers hatte in ſeinen
Tagen noch den tollen Einfall, die Rolle des Gretchens überneh-
und in einem dreiſtündigen Monolog Bekenntniſſe einer ſchönen
e ablegen zu wollen. Als Geſchichtſchreiber des Napoleoniſchen
ats und Kaiſerreichs hatte er ſich ganz in jene Zeiten der
öniſchen Glorie hineingelebt, dachte ſich ſein Frankreich wie eine
e, um welche die übrigen Staaten herumhüpfen und den Jung-
mz mit veilchenblauer Seide winden, und wie er nun auf
l ſah, daß das Planetenſyſtem zu Ungunſten Frankreichs ver-
worden ſei, ſo hielt er ſich für berufen, der heruntergekommenen
leoniſchen Politik den Text zu leſen und ihr eine Vorleſung
das alte Staatsrecht zu halten. Der gute Mann war offen-
m zwei Jahrhunderte zu ſpät auf die Welt gekommen, woran
) er ſelbſt am wenigſten Schuld iſt. Die Zeiten Richelieus und
ins, wo von den 300 bis 400 Staaten Deutſchlands immer
heil von Frankreich beſtochen und mit demſelben gegen den
i Theil verſchworen war und im offenen Feld ſtand, wären
) das rechte Lebenselement für den ehemaligen Miniſter Louis
es geweſen. Wie er aber auf einmal rechts vom Main
ſtarken Nordbund ſich entwickeln ſah und links davon keinen
nd, da ſchrie er wie ein eigenſinniges Kind über die Störung
ropäiſchen Gleichgewichts, als ob nicht vielmehr jetzt erſt durch
ung des franzöſiſchen Uebergewichts das europäiſche Gleich-
t hergeſtellt wäre. Aber in ſeinem Dünkel und in ſeiner
ichkeit verwechſelt er und mit ihm Tauſende von Franzoſen
zei Begriffe fortwährend mit unausſtehlicher Naivetät.

Um ſeine Schlagwörter zur Vertheidigung eines abgelebten
es und zur Uebertünchung einer grenzenloſen Heuchelei auf
Bühne zu proklamiren, kündigte er, der neuen Geſchäfts-
ng gemäß, ſeine Interpellation über die von der Regierung
deutſchen Verhältniſſen eingehaltene Politik an. Die Kam-
er, obgleich ſich für die Regierung nicht lauter Komplimente
en ließen, ſo begierig, den alten Parlamentskämpfer zu hö-
ß ſeine Interpellation die chineſiſche Mauer der vier Kom-
en glücklich paſſirte und er am 14. März die Redner-
beſteigen konnte, während die Galerien zum Erdrücken voll

Digitized by Google

waren. Als letzte Ursache der Störung des europäischen Gleichg
wichts bezeichnete er die allgemeine Verbreitung der sogenannt
Nationalitätsidee. Früher sei Frankreich von einer Menge v
kleinen Staaten umgeben gewesen, deren Selbständigkeit von ih
geachtet worden sei; nun aber haben einige derselben (Italien u
Preußen) vermöge der Idee der Massengestaltung derjenigen V
ker, welche den gleichen Ursprung und die gleiche Sprache habe
zu Großstaaten sich emporgeschwungen und dadurch sei alles auß
Rand und Band gebracht. Auf dieser alten Politik der klein
Staaten habe Frankreichs Größe beruht. Seitdem man sie ni
mehr respektire, sei die Lage eine ganz andere. Durch die Poli
der Nationalitäten sei Italiens Einheit geschaffen, durch sie ha
Preußen die deutsche Einheit fast zu drei Viertheilen hergestel
In Folge dessen herrsche nur eine Leidenschaft in Deutschlan
man wolle nicht mehr einen Zoll deutschen Landes angreifen lass
Nur durch die Einheit Italiens, welche Oestreich zwang, 150,0
Mann bei Custozza aufzustellen, habe die Schlacht von Sado
gewonnen werden können, und so sei Frankreich, welches die Einh
Italiens herbeigeführt habe, Schuld an Preußens jetziger Grö
Dieses habe jetzt mit dem Nordbund 31 Millionen und werde n
Konstituirung des Nordbundes seine militärische Allianz mit Si
deutschland machen, was eine Macht von 40 Millionen an den Gr
zen Frankreichs herstelle. Durch dieses verhaßte Nationalitätsprin
werde auch noch der Orient auseinandergehen. Rußland sei
so mehr zu fürchten, als dieses offenbar mit Preußen verbund
sei. Im Gegensatze gegen sie müsse sich Frankreich an die Sp
der bedrohten Interessen stellen, um neue Gewaltthätigkeiten zu v
hindern, Hand in Hand mit England gehen, damit kleinere Staa
wie Holland, Belgien, Dänemark, Schweden, Portugal sich an
anschließen und Oestreich ihrem Beispiele folge. Auf diese W
werde der Friede gesichert werden. Aber es sei die höchste Z
Nicht einen einzigen Fehler mehr dürfe man begehen." „Es
wahr", äußerte jemand nach der Sitzung, „Herr Thiers weiß
Interessen zu sichern, aber er macht aus Frankreich den Gensd
men Europa's."

Am folgenden Tage, am 15. März, ergriff Garnier-Pa g
das Wort und sagte von Thiers, daß er „die Traditionen der a
Monarchie vertrete, dabei aber übersehe, daß, nachdem drei gr

Digitized by Google

Revolutionen zwischen Sonst und Jetzt liegen, diese Traditionen in die heutigen Zeiten und Völkerbestrebungen nicht mehr maßgebend sein können. Der Einfluß, welchen heutzutag eine große Regierung nach außen ausübe, dürfe nur ein moralischer, nicht ein materieller sein, daher er mit dem Ausspruch der Thronrede nicht einverstanden sei, daß der Einfluß einer Nation von der Zahl der Soldaten abhänge, welche sie ins Feld stellen könne; vielmehr hänge er von den Staatseinrichtungen und Principien ab. Bismarck habe übrigens ein unmögliches Werk unternommen, elf (?) Millionen Deutschösterreicher ausgeschlossen, das übrige Deutschland in zwei Theile geschnitten und aus dem einen ein Großpreußen gemacht, die Nationalitätsgefühle mißachtet, eine Verfassung oktroyirt und alles in seinem Militärismus absorbirt."

Mit dieser Prophezeiung eines baldigen Auseinanderfallens Deutschlands war der nächste Redner, Emil Ollivier, nicht einverstanden. „Die Annexionen Preußens verdamme er zwar entschieden als eine Verletzung des Rechts, aber den Nordbund halte er für etwas Rechtmäßiges und Unangreifbares; denn er beruhe zunächst auf frei eingegangenen Verträgen der Fürsten und auf der demnächst erfolgenden Zustimmung eines aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlaments, und es bleibe völlig gleichgiltig, ob das Zustandekommen dieses Bundes den Franzosen angenehm oder unangenehm sei. Das Werk des Grafen Bismarck werde nicht wieder zerfallen, sondern werde dauern und sich ausbreiten, und eines Tages werde der militärisch organisirte Süden trotz des Prager Friedens dem Norden über den Main hinüber die Hand zum Bunde reichen. Was dann Frankreich thun solle? Mit Vertrauen ein Werk hinnehmen, das, nach seiner Ueberzeugung, nicht gegen Frankreich gerichtet sei. Nur dadurch könne man Preußen und Deutschland von Rußland abziehen, durch welche Trennung der russischen Besitzergreifung Konstantinopels der stärkste Riegel vorgeschoben werde."

Der Redner des 16. März, Graf Latour, forderte die Verbindung Frankreichs mit Oestreich zur Wahrung der drei großen Interessen, welche beiden Kaiserstaaten gemein seien: Verhinderung der Eroberung Konstantinopels durch die Russen, Verhinderung der Herstellung eines deutschen Reiches durch Preußen und Aufrechterhaltung der weltlichen Macht des Papstes. Der Krieg mit Preußen

Digitized by Google

sei unvermeidlich und nur noch eine Frage der Zeit. Daher mü
Frankreich die Integrität Oestreichs mit Festigkeit aufrecht halte
mit den süddeutschen Staaten eine Allianz eingehen und Preuß
nebst seinem Nordbund ein „Bis hieher und nicht weiter!“ zurufe

Diesen brennenden Kriegseifer suchte Staatsminister Rouh
zu dämpfen und zugleich die kaiserliche Politik gegen Herrn Thi
zu vertheidigen. Der vierte Juli (an welchem die Nachricht v
dem Siege der Preußen bei Königgrätz einlief) war nach dem E
ständniß des Ministers ein gewichtiger Tag. „Diesem unwahrschei
lichen und unerwarteten Ereigniß gegenüber waren die Herzen al
Männer der Regierung mit patriotischer Angst erfüllt. D
Entscheidungen, die wir ins Auge zu fassen hatten, waren von den
welche auf Jahrhunderte hinaus die Zukunft bestimmen, und
hatten nur Minuten, um uns zu entscheiden. Wir glaubten
weder in schmollende Thatlosigkeit versenken, noch zur Kriegsdrohu
greifen zu sollen. Wir hielten an dem Gedanken fest, den Frie
zu erhalten oder doch so bald als möglich wiederherzustellen,
entschieden uns daher für Vermittlung. Dadurch haben wir
Sieger vor den Thoren Wiens aufgehalten, ihn aufgehalten, als
Baiern 900,000 Seelen wegnehmen wollte, die Abfindung mit Sa
sen, Württemberg und den anderen Mächten gemildert und
Krieg auf 20 Tage beschränkt. Der Phrase: „es ist kein Fe
mehr zu begehen,“ stelle er die Wahrheit entgegen, und diese la
„es ist nicht ein einziger Fehler begangen worden.“ Die je
Hegemonie Preußens sei aus seiner Hegemonie im Zollverein
standen. Doch sei die jetzige Lage Deutschlands für Frankr
günstiger als die unter dem deutschen Bund mit seinen 75 Millio
Einwohnern, der eine beständige Bedrohung Frankreichs gewesen
Thiers habe zwar gesagt, der deutsche Bund sei eine bloße De
fivmacht gewesen. Aber 1859 haben die 300,000 Mann, we
Preußen mobilisirte, den Kaiser vor dem Festungsviereck aufgehal
Er habe den Frieden von Villafranca nur unterzeichnet, weil
Frankreich um Italiens willen nicht weiter gefährden wollte.
habe Preußen mit dem Nordbund 29 Millionen und könne sich d
eine Allianz mit dem Südbund auf 32 (?) vermehren. Oest
werde sich mit seinen 33 Millionen Einwohnern bald wieder leb
kräftig erweisen. In dieser Dreitheilung Deutschlands sehe er k
Gefahr. Wollte aber Preußen, wie man sage, bis zur Zuyde

Digitized by Google

unbringen, so würden Frankreich und England eine Sprache ver-
nehmen lassen, die es Preußen begreiflich machen müßte, daß die
Zeit toller Anmaßungen vorüber ist."

Darauf entgegnete am folgenden Tage Jules Favre, wenn
alles so ruhig aussehe, wie der Minister angebe, warum er denn
die Ruhe des Landes durch Vorlage eines neuen Militärgesetzes
störe? Der deutsche Bund sei keine Drohung für Frankreich ge-
wesen, das damals eine zehnmal geringere Streitmacht zu seiner
Sicherheit gebraucht habe. Das einzige Mittel, die deutsche Ein-
heit zu verhindern, sei, der unterdrückten deutschen Völker und der
vertriebenen Fürsten sich anzunehmen.

Zeigte Jules Favre, dieser Vorkämpfer der Freiheit, daß er
über andere Völker ebenso kleinlich denke wie Thiers und sich nichts
daraus machen würde, Arm in Arm mit dem Kurfürsten von Hessen
und dem Herzog von Nassau gegen das norddeutsche Parlament
Sturm zu laufen, so gieng Granier von Cassagnac, welcher zu
den intimsten Bekannten der Tuilerien gehört, auf das Lieblings-
thema der Franzosen ein. „Er glaube mit Ollivier, daß die deut-
schen Verhältnisse sich konsolidiren, mit Thiers, daß sie für Frank-
reich eine große Gefahr werden können. Aber sein Patriotismus
habe seine besonderen Vorurtheile. Er glaube an die natürlichen
Grenzen und halte sich für sicherer hinter einem Berg oder einem
breiten Fluß als hinter einem Grenzpfahl mit dem preußischen
Wappen. Frankreich habe das Recht, an allen Punkten und in
allen Fragen, wo seine Sicherheit ins Spiel komme, sich einzu-
richten und selbst seine Interessen zu definiren und abzugrenzen.
Nächst verlange er den Frieden, wenn man ihn wolle, und den
Krieg, wenn man dazu nöthige."

Die Menge von Unwahrheiten und Fälschungen, welche in
den französischen Reden sich kundgab, mußte von Seiten
Deutschlands Entgegnungen und Berichtigungen hervorrufen. Bei
diesem die beste Antwort für die Herren Thiers, Latour und
Consorten diejenigen, welche auf Süddeutschland spekulirten, war die
Mittheilung, daß eine Allianz mit Süddeutschland nicht erst zu
schließen, sondern schon geschlossen sei. Es war am 18. März, als
der Reichstag in Berlin die einzelnen Artikel des Entwurfs zu be-
raten anfieng und über das „Bundesgebiet" debattirte. Bei dieser
Gelegenheit erhoben sich zuerst zwei Gegner Deutschlands, der Pole

Digitized by Google

Kantak und der Däne Kryger. Jener protestirte gegen die Au
nahme Posens in den deutschen Bund, dieser wünschte, daß d
Rechte derjenigen Nordschleswiger vorbehalten werden, welchen na
dem Prager Frieden die Entscheidung durch freie Abstimmung,
sie zu Deutschland oder zu Dänemark gehören wollen, anheim g
geben sei. Graf Bismarck entgegnete dem Polen Kantak, daß d
Bewohner des zu Preußen gekommenen Theils der ehemaligen R
publik Polen mit der preußischen Regierung, unter welcher sie ein
früher nie gekannten Wohlstand und Rechtssicherheit genießen, vo
kommen zufrieden seien. Nur der Adel, die Geistlichkeit und d
gutsherrlichen Arbeiter seien für eine Revolution und setzen al
15 Jahre „zur Auffrischung der Gefühle" eine solche in Scen
gerade an dem Widerstand der Bauern seien bis jetzt alle Rev
lutionen gescheitert. Es gebe überhaupt nicht so viele Polen, a
man gewöhnlich glaube. Von den 24 Millionen Menschen, welc
die ehemalige Republik Polen bewohnten, seien nur 7 Million
Polen, die übrigen seien Russen. Mit welchem Recht denn die
7 Millionen die Herrschaft über 17 Millionen ansprechen könnte
Die Preußen haben sich durch schwere Kriege und durch die Ve
träge von 1815 in den Besitz von Posen gesetzt, in welchem neb
800,000 Polen 700,000 Deutsche wohnen. Der Gedanke an d
Herstellung der polnischen Republik sei daher ein phantastischer.

Nicht besser kam der Däne Kryger weg. Ihm erwiderte Gr
Bismarck, nicht den Nordschleswigern, sondern nur dem Kaiser v
Oestreich stehe das Recht zu, eine Abstimmung zu verlangen.' S
einige dänisch redende Schleswiger zu Preußen gehören oder nic
daran liege gar wenig. Wo aber die Grenze gesteckt werden sol
werde Preußen nach seinem Interesse bestimmen. Jedenfalls wer
es nicht so weit zurückgehen, um später Düppel noch einmal erst
men zu müssen. Im Vertrage heiße es nicht „der nördliche Distrik
sondern „die nördlichen Distrikte Schleswigs." Man könne sich di
Distrikte groß und klein denken, wie man wolle; so groß, wie m
sie sich in Kopenhagen denke, werden sie aber wohl nicht ausfall
Wann die Abstimmung stattfinden solle, darüber habe der Friede
vertrag nichts festgesetzt; Preußen habe hierin eine gewisse Freih
Jedenfalls müssen vorher Verhandlungen mit dem dänischen Kabi
gepflogen werden, theils zum Schutz der in jenen Distrikten wohn

Digitized by Google

Deutschen, theils wegen Uebernahme des schleswig-holsteinischen Staatsschulden-Antheils.

Aber auch Süddeutschland kam bei der Berathung dieses Artikels zur Sprache, und ein Mitglied des Reichstags äußerte das Bedenken, daß das in der französischen Kammer angerathene Bündniß zwischen Süddeutschland einerseits, Frankreich und Oestreich andererseits wirklich geschlossen werden möchte. Graf Bismarck antwortete darauf, „er wolle seiner neulichen Bemerkung noch hinzufügen, daß die militärische Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland bereits seit dem Friedensschlusse vertragsmäßig festgestellt sei." Die Versammlung begrüßte diese Erklärung mit der freudigen Aufregung, und manches deutsche Herz, im Nord und Süd, hatte sich einer Last entledigt. Schon am folgenden Tage, am 8. März, veröffentlichte der preußische Staatsanzeiger und die offizielle bairische Zeitung einen Zusatzartikel zum preußisch-bairischen Frieden vom 22. August 1866, wonach an diesem Tage die Könige von Preußen und von Baiern ein Schutz- und Trutzbündniß mit einander abschloßen, sich gegenseitig die Integrität ihres Gebietes garantirten, im Fall des Kriegs ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung stellten und für diesen Fall der König von Baiern den Oberbefehl über seine Truppen dem Könige von Preußen übertrug. In den nächsten Tagen machten auch die sächsischen und württembergischen Blätter den dem bairischen gleichlautenden Allianzvertrag bekannt, welchen Baden am 17., Württemberg am 13. August 1866 als Zusatz zu den Friedensverträgen mit Preußen abgeschlossen hatte. Daß aber sieben Monate lang von der Existenz dieser so wichtigen Verträge nichts in's Publikum drang, wurde auf einem besonderen Artikel derselben, welcher ihre vorläufige Geheimhaltung festsetzte. Doch drängten sich unwillkürlich drei Fragen auf: Was hat den Grafen Bismarck veranlaßt, gerade jetzt sein Geheimniß zu veröffentlichen? Und was hat die süddeutschen Regierungen im vorigen Jahre bewogen, mit dem Sieger ein Bündniß zu schließen? Eine Flut von Gerüchten und Vermuthungen überschwemmte die inländischen und ausländischen Zeitungen. Alle Fragen aber wiesen nach Paris und nach München als diejenigen Orte, wo eine Antwort am besten am Platz sei. Es ließ sich zunächst keine wirksamere Demonstration gegen die französische Anmaßung, welche sich bei der Thiers'schen Interpellation so breit ge-

Digitized by Google

macht hatte, denken als eben die Publikation dieser Verträge. Freil
wird auch behauptet, der Inhalt dieser Verträge sei dem Tuileri
kabinet schon im September 1866, als der östreichisch gesin
Minister Drouyn de Lhuys das auswärtige Ministerium an Mo
stier abgab, mit der Bitte um Geheimhaltung mitgetheilt word
Warum man aber ein Geheimniß, welches dem Wiener Kabinet
solches bleiben sollte, gerade dem französischen beichtete, da es d
auf der Hand lag, daß dieses in einer sie beide gleich unangene
berührenden Sache die diplomatische Verschwiegenheit nicht üb
treiben werde, bleibt noch unaufgeklärt. Ja man sagt sogar,
Preußen und Baiern, um die Verlegenheiten der französischen
gierung nicht zu vermehren, absichtlich erst nach den Interpellatio
debatten die Verträge veröffentlicht haben.

Wie dem auch sei, Thatsache ist, daß Fürst Hohenlohe
auf Veröffentlichung drang. Die östreichische und klerikale Pa
in Baiern griff ihn wegen seiner in dem oben angeführten P
gramm ausgesprochenen Hinneigung zu Preußen heftig an und
schwerte ihm die Durchführung dessen, was als Konsequenz des V
trages angesehen werden muß, eines neuen Militärgesetzes.
Stellung des Fürsten war dieser Partei gegenüber eine günstig
wenn er nachweisen konnte, daß er diese Lage nicht geschaffen,
dern angetreten, daß sein Vorgänger, der antipreußische Min
von der Pfordten, schon längst einen Allianzvertrag abgeschlo
und er selbst nichts weiter zu thun habe, als demselben getre
nachzukommen. Auch war nicht zu verkennen, daß durch die Pu
kation dieser Verträge das Vertrauen des Reichstags und des ga
Nordbunds zu den leitenden Persönlichkeiten, die Hoffnung auf
Bestand des eben erst zu gründenden Werkes ungemein gestärkt
daß auch in Süddeutschland durch ein solches fait accompli
weit günstigerer Boden hergestellt wurde.

Auch über die Gründe, welche die süddeutschen Staaten
Gegnern zu Bundesgenossen Preußens gemacht haben, sind ei
Enthüllungen mitgetheilt worden. Preußen hatte zunächst die
sicht, mit der Mainlinie vollen Ernst zu machen und seine südd
schen Gegner nicht viel glimpflicher zu behandeln als die nordd
schen Fürsten, welche ihre östreichische Freundschaft mit ihrem Th
bezahlen mußten. Es beabsichtigte daher, ganz Oberhessen und
rechts vom Main gelegenen Theil von Baiern zu annectiren. D

Digitized by Google

der Württemberg und Baden nicht allein ungestraft davon kommen, sollte hinwiederum durch diese Baiern und Hessen entschädigt werden. Um diese höchst unerwünschten Gebietsabtretungen abzuwälzen oder doch auf ein bescheideneres Maß zurückzuführen, wandten sich die Minister der Südstaaten, mit Ausnahme des badischen, an das französische Kabinet und baten dasselbe um seine Fürsprache in Berlin. Was konnte in Paris willkommener sein, als bei einem solchen Anlaß Preußen entgegenzuarbeiten, die Südstaaten durch Gefühle der Dankbarkeit an sich zu fesseln und dann vor Europa sich mit der Behauptung groß zu machen, „Frankreich habe den Siegeszug aufgehalten, als er Baiern 900,000 Seelen wegnehmen wollte, und die Abfindung mit Württemberg und anderen Mächten vermittelt," wie dies Rouher am 16. März verkündigte! Herr Drouyn de Lhuys gab also dem Gesandten in Berlin, Benedetti, die Anweisung, im Namen Frankreichs bei der preußischen Regierung ein gutes Wort für die Südstaaten einzulegen. Graf Bismarck hörte die Fürsprache des Gesandten an und machte bei den Friedensverhandlungen mit den süddeutschen Ministern diese darauf aufmerksam, wie unrecht sie daran thun, lieber der französischen Gnade als der deutschen sich in die Arme zu werfen; denn das nämliche Frankreich, welches jetzt für die Integrität ihres Gebietes einzutreten vorgebe, habe von ihm die Abtretung deutscher Provinzen und zwar Luxemburg, Rheinhessen und Rheinbaiern mit den Festungen Mainz und Landau verlangt. Dies sollte der Kaufpreis sein, um welchen Frankreich in die preußischen Annexionen und in die Gründung des Nordbundes einwillige. Nun erst merkten die Minister, daß sie mit ihrem Hilfegesuch an eine falsche Adresse sich gewandt haben, und hielt es besser, vielleicht auch nationaler sei, mit einer deutschen als mit einer welschen Macht zu verkehren. Sie trugen daher dem Herrn Bismarck ein Schutz- und Trutzbündniß an. Diesem kam ein so rascher Temperaturwechsel anfangs etwas verdächtig vor; er bedeutete, die Sache sei durchaus nicht nachhaltig und werde bald leicht in's Gegentheil umspringen. Doch ließ er sich endlich von der Ernst und der Ehrlichkeit ihres Anerbietens überzeugen, erklärte aber auch zugleich, daß jetzt, wo es sich um Bundesgenossen handle, von größeren Gebietsabtretungen keine Rede sein könne, die durch solche die Gemüther entfremdet, nicht gewonnen würden.

Digitized by Google

Die Friedens- und Allianz-Verträge wurden geschlossen, und dan war bereits die erste Brücke über den Main geschlagen.

Dies war einer der feinsten Schachzüge der Bismarck'schen P litik. In dem nämlichen Augenblick, in welchem das französisi Kabinet die süddeutschen Staaten in seinem Netz zu haben glaub fieng sie ihm der preußische Minister vom Munde weg, und jen hatte das Nachsehen. Wenn nun Frankreich in trostloser Verzweiflu darüber, daß jetzt das europäische Gleichgewicht ein wirkliches zum Schwert greift und den wahnsinnigen Versuch machen w den neuen Bau wieder zu zerstören und sich, nach dem Thiers'sch Recept, mit einem Gürtel von kleinen Staaten zu umgeben, so es vorher in Rechnung zu ziehen, daß alle deutschen Volksstämm vom Bodensee bis zur Nord- und Ostsee wie eine eherne Mau sich erheben und unter dem Oberbefehl des Königs von Preuß und unter der Leitung seiner kriegsgeübten und sieggewohnten G nerale zeigen werden, wie schwer ein einiges Deutschland in Wagschale des Krieges fällt.

Auch das Ausland maß diesem Bündnisse zwischen Nord u Süd die größte Wichtigkeit bei. Von den englischen Blättern sa Daily News: „Die Nachricht von dem Abschluß dieser Verträ wird die Eitelkeit der französischen Staatsmänner noch tiefer kränk Es ist natürlich, daß diejenigen, welche so lange Zeit die Gön und Schirmherren des Menschengeschlechts zu sein wähnten, ärgern, wenn sie die Entdeckung machen, daß die Welt für sich sel sorgen will." Der Globe schrieb: „Das Erwachen des schlu mernden Riesen Deutschland fühlt man in ganz Europa. G Bismarck siegt auf allen Punkten." Der Advertiser meinte sog „die Niederlage der Napoleonischen Diplomatie sei so groß, d der französische Nationalstolz dies nicht ertragen werde; man mü sich auf den Sturz des Kaisers und auf eine große Katastro gefaßt machen." Und die Neue freie Presse in Wien rief a „Oestreich darf sich durch keine falsche Sentimentalität abhal lassen, seine Stellung in Europa durch die einzig mögliche Verb dung zu retten, durch den ernsten Versuch, sich an Deutschland Aufrichtigkeit einen Bundesgenossen zu gewinnen. Einen ande Alliirten gibt es für Oestreich nicht, und ohne Alliirten wird die Krisis, die jetzt im Orient reift, nicht überstehen."

Aber an Süddeutschland trat nun die Aufgabe heran, da

Digitized by Google

sorgen, daß die Folge dieser Allianzverträge nicht bloß in der Unterstützung des Südens durch den Norden sich zeige, sondern auch in der Unterstützung des Nordens durch den Süden. Denn so, wie es unter dem alten Bund üblich war, konnte es schlechterdings nicht weiter fortgehen. Trotz der bedeutenden Summen, welche schon damals die Mittel- und Kleinstaaten das Militärwesen kostete, kam es bekanntlich nicht viel mehr dabei heraus, als wenn sie gar kein Militär gehabt hätten. War auch das Material gut, so fehlte es doch vollständig an der Führung, die im Jahre 1866 ein Fiasko gemacht hat, das fast an den Tag von Roßbach erinnert. Von einer Gleichmäßigkeit, von einem Zusammenwirken mehrerer Staaten war nirgends die Rede. Wie selten kamen, um nur eins anzuführen, im Jahre 1816—1866 gemeinschaftliche Manövrirübungen der württembergischen, badischen und hessischen Truppen vor, welche doch mit einander das achte Bundesarmeecorps bilden sollten! Es fragt sich, ob in diesen fünfzig Jahren solche Uebungen mehr als zweimal stattfanden. Und wie zweckmäßig wäre es gewesen, wenn diese drei Staaten zur Ausbildung ihrer Officiere eine gemeinschaftliche Anstalt gegründet und unterhalten hätten! Aber dazu brachte es die traditionelle deutsche Eifersüchtelei nicht. Was halfen dann die Militärinspektionen, welche von Bundes wegen vorgenommen wurden! Es ist Thatsache, daß an den militärischen Einrichtungen der Mittelstaaten von den inspicirenden preußischen Generalen stets Rügen und auf Verbesserungen angetragen wurde. Da aber der Landesherr und jeder Kriegsminister das Militär nach seinem Geschmack eingerichtet wissen wollte, so wurde auf diese Ausstellungen nicht gehört, dieselben vielmehr als Eingriffe in die Souveränetätsrechte angesehen. Schon damals konnte man Preußen klagen hören, daß, im Fall eines Bundeskrieges, alle Last auf dem preußischen und östreichischen Heere liege, daß die Mittelstaaten ein solches Militär freilich um verhältnißmäßig geringere Kosten unterhalten können, daß aber auch auf eine so bunte Musterkarte gar nicht zu rechnen, geschweige darauf zu bauen sei.

Sollten die Allianzverträge nicht rein illusorisch sein und ein nützliches Resultat haben, so mußten die süddeutschen Staaten schlechterdings ihr Militärwesen auf preußischem Fuß einrichten. Denn nur so bekam man eine Armee, welche in Verbindung mit der norddeutschen unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen

Digitized by Google

operiren konnte. Das künftige deutsche Heer muß aus einem Gu
sein; wenn irgendwo, so ist hier aller Partikularismus vom Uebe
Die Stuttgarter Konferenzen vom 5. Februar entsprachen daher de
Erwartungen nicht, und daß ihre Fortsetzung erst am 1. Oktob
stattfinden sollte, fand man sehr auffallend. Dieses langsame u
behagliche Berathen und Herumtasten reizte den Spott des Norden
welcher sich dahin äußerte, „die militärische Einheit des Süde
habe damit angefangen, daß für jedes Kontingent Waffen von b
sonderem, der Stammeseigenthümlichkeit entsprechendem Kaliber a
geschafft werden, und während das württembergische Kriegsmin
sterium bei der Geburt des klassischen Dioskurenpaares Albin
Brändle sich abmühe, experimentire Baiern mit seinen Podewilsg
wehren, um sie nach einem halben Jahr in einer Antiquitätenkar
mer aufstellen zu müssen." Noch im Monat April, also volle 8 M
nate nach Abschluß des Allianzvertrags, stand man in Süddeutsc
land noch auf dem nämlichen Fleck wie im August vorigen Jahre
Wie viel kostbare Zeit gieng dadurch für die Schaffung einer nati
nalen Armee verloren, zumal man in einer gewitterschwülen Atm
sphäre lebte und jeden Augenblick gewärtig sein mußte, daß e
Bote hereinstürzte und ausrief: Hannibal ante portas! (Hannib
steht vor den Thoren Roms!). Denn laut und immer lauter hö
man damals den Namen „Luxemburg."

Schon das ganze Jahr über hörte man dieses Wort in gehei
nißvoller Weise flüstern. Die Sache zog sich langsam hin wie e
gelindes Katarrhfieber. Plötzlich aber, gegen das Ende März, nah
die Krankheit einen akuten Charakter an. Die französische Pre
gerieth in heftiges Fieber und hatte viel mit Schwindel, ja sog
mit Anfällen von Delirium zu schaffen. Die deutschen Demokrat
und die Superklugen sprachen mit Schadenfreude von diesen ve
nachläßigten Zuständen, und mit besorgten Blicken schaute die n
tional-liberale Partei von ganz Deutschland nach der Miene d
Generalstabsarztes in Berlin, wie er eben dem Patienten den Pu
fühlte. Die Besorgniß steigerte sich von Woche zu Woche, u
auch hier stellten sich, wie bei den französischen Staatsmännern a
4. Juli, „patriotische Beklemmungen" ein. Aber über die Ve
schwiegenheit der Aerzte geht nichts, außer wenn der rechte Mann
geschickter Stunde kommt. Herr von Bennigsen brachte am 1. Ap

Digitized by Google

ne auf die Luxemburgische Frage bezügliche Interpellation ein,
t Graf Bismarck erklärte, er sei bereit, dieselbe sogleich zu be-
nworten. Darauf erklärte jener, daß sich die Gerüchte von einem
trag zwischen Holland und Frankreich über die Abtretung Luxem-
rgs an letzteres von Tag zu Tag mehren. Luxemburg sei ein alt-
utsches Land, die Festung, aus französischen Entschädigungsgeldern
d aus deutschen Mitteln zum Schutze Deutschlands (und Belgiens)
gen Frankreich gebaut; es handle sich darum, diese wichtige Po-
tion zu behalten und zu zeigen, daß wir auch den Krieg nicht
uten, wenn es gelte, den französischen Leidenschaften entgegenzu-
ten. Das Wort des Königs von Preußen, daß kein deutsches
ck an das Ausland verloren gehen dürfe, habe im deutschen Volke
nen lauten Wiederhall gefunden; der König möge, wenn Deutsch-
nd in Gefahr sei, das Volk aufrufen, und er werde die ganze
tion entschlossen an seiner Seite finden. Er frage also bei der
nzösischen Regierung an, ob sie von dem Vertrag Kenntniß habe,
d ob sie entschlossen sei, die Verbindung des Großherzogthums
xemburg mit dem übrigen Deutschland, insbesondere das preu-
sche Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg auf jede Gefahr
n dauernd sicher zu stellen.

Graf Bismarck erwiderte, daß er den zweiten Theil der Inter-
llation aus diplomatischen Gründen nicht beantworten könne, wohl
er den ersten, so weit er die thatsächlichen Verhältnisse kenne.
ch die Auflösung des deutschen Bundes habe Luxemburg, wie
e anderen Glieder desselben, seine volle Souveränetät wieder zu-
rhalten, und der Großherzog, zugleich König von Holland, habe
ne Mißstimmung gegen Preußen und seine Erfolge, die Bevöl-
rung aus Abneigung gegen die Uebernahme der Militärlasten nicht
e geringste Lust bezeugt, dem norddeutschen Bunde beizutreten.
n im Oktober 1866 sei eine Depesche aus dem Haag in Berlin
troffen, welche nachzuweisen suchte, daß Preußen kein Recht
hr habe, in Luxemburg eine Besatzung zu halten. Es habe sich
fragt, ob es angemessen sei, unter diesen Umständen eine Ein-
rkung oder gar einen Druck dahin zu üben, daß das Großherzog-
m Luxemburg, welches dem Zollverein angehöre, dennoch dem
rdbund beitrete. Nach den Erfahrungen, welche man in dieser
ziehung in früheren Jahren gemacht habe, habe die Regierung
e für unvortheilhaft gehalten, in einem Bunde von solcher In-

Digitized by Google

timität dieses einem fremden Souverän zugehörige Land als M
glied zu haben. Was nun den Verkauf des Landes an Frankre
betreffe, so habe die Regierung keinen Anlaß anzunehmen, daß
Beschluß über das künftige Schicksal desselben erfolgt sei; freil
könne sie auch das Gegentheil nicht mit Bestimmtheit versiche
Sie wisse nur so viel, daß vor wenigen Tagen der König Wilhe
von Holland den preußischen Gesandten in Haag gefragt habe,
die preußische Regierung es auffassen würde, wenn der König
der Souveränetät über das Großherzogthum Luxemburg entäußer
Der Gesandte, Graf Perponcher, sei angewiesen worden, darauf
antworten, daß die preußische Regierung im Augenblick keinen Be
fühle, sich über diese Frage zu äußern, und daß sie, bevor d
geschehen könne, jedenfalls sich darüber unterrichten müsse, wie di
Frage von ihren deutschen Bundesgenossen, wie von den Mitunt
zeichnern der Verträge von 1839, wie von der öffentlichen Meinu
in Deutschland, welche gegenwärtig im norddeutschen Parlament
angemessenes Organ besitze, aufgefaßt werde. Bald darauf habe
holländische Regierung durch ihren Gesandten in Berlin ihre gut
Dienste Behufs der von ihr vorausgesetzten Verhandlungen Preuße
mit Frankreich über das Großherzogthum Luxemburg angebot
Die preußische Regierung habe auf dies geantwortet, sie sei ni
in der Lage, von diesen guten Diensten Gebrauch zu machen,
mit Frankreich gar keine derartigen Verhandlungen stattfinden. Zu
Schluß drückte Graf Bismarck die Hoffnung aus, das Ausla
werde zweifellose Rechte Deutschlands auf deutsches Gebiet an
kennen, und es werde der Regierung möglich sein, diese Rechte
schützen, ohne daß die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen
Frankreich gestört würden.

Der nächste Eindruck, welchen diese Enthüllungen machten, äuße
sich in der allgemeinen Entrüstung Deutschlands über das L
nehmen des Königs von Holland. Freilich die Demokraten und
anderen Preußenfeinde riefen jubelnd aus, jetzt komme endlich
„schwarze Verrath" an den Tag, jetzt werden endlich die Gehei
nisse von Biarritz veröffentlicht; Graf Bismarck sei um kein Ho
besser als Graf Cavour; habe dieser in Plombières Savoyen u
Nizza verhandelt, so habe es sich in Biarritz um Luxemburg geh
delt, und dies sei nur der Anfang, das Saarbecken, Stücke v
Belgien und anderes werde nachkommen; wo unter den Fittigen

Digitized by Google

...schen Bundes je so etwas vorgekommen sei? Die Abtretung ...schen Gebietes, auch wenn dasselbe nicht mehr durch ein Bundes...hältniß mit Deutschland vereinigt war, wäre freilich ein schlim... Hochzeitsstrauß für die nahe bevorstehende Verbindung Nord...lands mit Preußen gewesen. Aber man war im Reichstag ...in anderen Kreisen fest überzeugt, daß Preußen, welches im ...rigen Jahres die Entschädigungsforderungen Frankreichs ...lehnt habe, auch diesmal seine Hand nicht im Spiel habe und ...auch in eine Räumung der Festung, so doch nie in eine Ab...ung des Landes an Frankreich willigen werde. Ganz abgesehen ...nationalen Standpunkt, der doch hier sehr ins Gewicht fiel, ...te man ja nur eine Karte ansehen, um sogleich zu bemerken, ...außer Belgien, gerade Preußen am meisten einer Besitznahme ...burgs durch Frankreich sich widersetzen müsse. Oder wäre ...Luxemburg, in französischen Händen, nicht ganz dazu gemacht, ...rechts und links Schläge auszutheilen? nicht ganz dazu gemacht, ...das preußische Gebiet von Saarbrück bis Trier halb in der Luft ...eben zu lassen und die Einverleibung Belgiens, wovon die ...zosen jedes Jahr wenigstens einmal träumen, zur Wahrheit ...machen? Wäre es denn etwas anderes als die erste Etappe an ...Rhein, an die „natürliche Grenze" Frankreichs, welchen Herr Gra... von Cassagnac so gern statt der „preußischen Grenzpfähle" ...würde?

Wie tief war doch dieses Haus Oranien, von dem der König ...Holland ein Sprößling ist, gesunken, wenn es, Deutschland und ...reich gegenübergestellt, eine solche Wahl traf! Jener Wilhelm ...Oranien, welcher in den drei letzten Jahrzehnten des siebzehnten ...derts Holland, Deutschland, ganz Europa gegen die Supre... Ludwigs XIV vertheidigte; welcher, gleich stark im Kabinet ...im Feld, es zu seiner Lebensaufgabe machte, Frankreichs Dik... zu vernichten, welcher durch die Erwerbung des englischen ...nes in den Stand gesetzt wurde, mit dem besten Erfolg der ...zösischen Uebermacht entgegenzutreten, mußte er nicht über diese ...artung seines Enkels im Grabe sich umdrehen? Und warum ...dies alles? Warum denn diesen glänzenden historischen Na..., warum denn die natürliche Bundesgenossenschaft des stamm...wandten Deutschlands, warum denn diese herrlichen Erinnerungen ...die Befreiung Hollands durch den General Bülow und an an-

Digitized by Google

dere Hilfleistungen und Waffenbrüderschaft auf einmal über Bo
werfen und mit einem Herrscher sich verbinden, dessen Bund
Meriko und in Italien solche Akte der Verzweiflung hervorgeruf
hat? Die einfache Antwort darauf ist: der König von Holland h
ungeheure Schulden, braucht sehr viel Geld und fürchtet (oder ste
sich wenigstens, als ob er fürchte), daß Preußen, um seine m
litärische Stellung noch mehr zu befestigen und rasch zu einer Se
macht ersten Ranges sich emporzuschwingen, auch Holland noch
Norddeutschland rechnen, neben der Mainlinie auch noch eine Maa
oder gar Scheldelinie aufstellen und Holland zum Eintritt in d
Nordbund zwingen werde. Und nicht bloß der König war v
dieser Gespensterfurcht gequält, auch die holländische Presse phant
sirte davon, daß Preußen bereits nach Mastricht und Venloo u
nach der Zuyderſee die Hände ausstrecke, woraus es sehr erklärl
wurde, daß Rouher in seiner Rede von der Zuyderſee sprech
konnte. Um den Umschlingungen des „preußischen Ehrgeizes" zu e
rinnen, wandte sich der König an Frankreich, bot ihm Luxembu
für Geld an und verlangte dafür den Schutz der französischen Waff
Ob Preußen und Belgien dadurch in Nachtheil kommen, kümme
ihn sehr wenig, im Gegentheil konnte es ihn ja bloß freuen, e
Gelegenheit zu haben, bei welcher er seinem Aerger über das „
dringliche und stolze" Preußen und seinem Haß gegen das ab
fallene Belgien auf eine für diese empfindliche Weise Luft mac
konnte. Und wenn er Preußen den Gedanken zutraute, Holland
verschlingen und Belgien mit Frankreich zu theilen, so konnte er
der Ausführung solch kühner Plane dadurch zuvorkommen, daß
diesen Gedanken selbst insofern acceptirte, daß er neben dem V
kauf Luxemburgs Frankreich eine Theilung Belgiens vorschlug,
daß Frankreich den südlichen, wallonischen Theil erhielt, Holland d
nördlichen, vlämischen.

Napoleon war dieser Antrag natürlich höchst willkomm
(Nach anderen Nachrichten war er es, der denselben zuerst gema
hat.) So konnte er doch seinen Franzosen irgend etwas von d
großen Inventar Deutschlands als Beutestück vorhalten. So mu
er sich denn doch nicht immer nachsagen lassen, daß er viel gefor
und nichts bekommen habe und nun eine Faust im Sack ma
Wenn ihn der Spaß auch 100 Millionen Franks kostete, was
ihm daran? Er zahlte es ja doch nicht, die Finanzen seines Lan

Digitized by Google

...ten ja doch schlecht, die Hauptsache aber war, daß die kleinen ...nzosen im Geschichtsunterricht einen neuen Paragraphen aus... ...wendig lernen mußten, der mit den Worten anfieng: „Napoleon III ...n Luxemburg erworben." Die Pariser hatten freilich ihre eigene ...ansicht von der Sache. Sobald sie hinter diesen Handel kamen, ...ten sie in ihrer plastischen Manier, der Kaiser komme ihnen vor ...e ein Jäger, welcher den ganzen Tag fehlgeschossen habe und ...m, um nicht mit leeren Taschen heimzukehren, bei dem Wildpret... ...ändler einen Hasen kaufe. Vorerst aber wollte Napoleon den ...anzen Handel als tiefes Geheimniß behandelt wissen, damit er, ...lls das Projekt mißlinge, nicht noch einmal als der Abgewiesene ...riche. Die zwei Bedingungen, unter welchen der Verkauf statt... ...finden sollte, Abstimmung der Bevölkerung und Einwilligung der ...Großmächte, speciell Preußens, machten ihm wenig Sorge. Zwar ...war die Einwohnerschaft Luxemburgs, besonders die Industriellen, ...für die Verbindung mit Deutschland, weil sie darin die einzige ...Sicherheit der Wahrung ihrer materiellen Interessen erblickte, für ...die Beibehaltung der preußischen Besatzung, welche eine hübsche ...Summe in der Stadt verbrauchte, und jedenfalls für das Verblei... ...ben im Zollverein. Nur in der höheren Gesellschaft, wo vielfache, ...besonders auch verwandtschaftliche Verbindungen mit Frankreich ...bestanden, zeigte sich der Wunsch des Anschlusses an Frankreich. ...Wenn wenn auch auf diese Weise die überwiegende Majorität den ...annexionistischen Bestrebungen entgegen war, so waren doch, wenn es ...sich einmal um eine Abstimmung handelte, die Napoleonischen Prä... ...fekten seit vielen Jahren so gut eindressirt, hatten sich besonders bei ...der Annexion des italienischen Nizza so meisterhaft bewährt, daß sie ...dort waren, überall, in Luxemburg wie in Moskau, mehr „Oui" ...als „Non" in der Urne zu finden. Auch wurden bereits gründliche ...und umfassende Vorstudien hiefür gemacht. Der luxemburgische ...Regierungspräsident, Baron von Tornaco, ein Franzose, wurde ...heimlich nach dem Haag berufen und ihm die Weisung gegeben, ...nach seiner Rückkehr die Bevölkerung für die kommende Abstimmung ...vorzubereiten und wo möglich eine Manifestation zu Gunsten Frank... ...reichs hervorzurufen. Zu dem gleichen Zwecke durchzogen französi... ...sche Agenten das Land. Ein Unterpräfekt, welcher eine Luxem... ...burgerin zur Frau hatte und eine Erholungsreise machen wollte, ...erhielt den gewünschten Urlaub nur unter der Bedingung, daß er

Digitized by Google

ihn in Luxemburg zubringe, Berichte von dort erstatte und franz
fische Sympathien wecke und kräftige. Ein anderer Herr trat berei
wie ein officieller Unterhändler auf, erklärte die Abtretung Luxe
burgs als eine vollendete und unwiderrufliche Thatsache und woll
nur noch Berathungen über die Wahrung der materiellen Interess
veranstalten. An den Häusern sah man sogar schon Plakate m
den Worten: „Vive Napoléon! Vive la France!“ und Auffor
rungen zu Gewaltthätigkeiten gegen die preußische Garnison. D
gegen lauteten Stimmen aus dem Volke ganz anders. „Es
einleuchtend, daß sie Luxemburger eigenthümlich über einen Fürst
urtheilen und für ihn fühlen müssen, welcher nicht in Abrede stell
könne, daß er sie wie eine Herde loszuschlagen suche. Er so
seinen Großherzogstitel, der ihm so feil sei, einem Verwandt
übertragen, könne auch seinen Rechtstitel dem norddeutschen ob
besser dem deutschen Bunde gegenüber verwerthen. Von eine
Verkauf, gegen den Willen der Landesvertretung, sei keine Re
da Artikel 37 der Verfassung ausdrücklich sage: Keine Abtretu
kein Tausch, kein Ausschluß von Gebiet kann anders stattfinden
kraft des Gesetzes.“

An der Einwilligung Preußens glaubte Napoleon nicht zweife
zu dürfen, da dieser Staat zur Beschwichtigung der Aufregung i
„großen Nation“ gewiß gern ein kleines Opfer bringe, zumal we
dasselbe nicht aus eigenem, sondern aus fremdem Vermögen gebra
werden müsse. Doch um diese Unterscheidung von Fremdem u
Eigenem handelte es sich eben. Der Abtretungsvertrag war
22. März aufgesetzt und sollte bis zum 5. April von Holland u
Frankreich ratificirt sein. War dies geschehen, so wollte Napole
mit diesem fait accompli in der Hand Preußen um seine Zusti
mung, beziehungsweise um die Räumung der Festung ersuch
Falls Preußen je Schwierigkeiten machte, so wurde der Han
wieder rückgängig, und Napoleon brauchte sich, da das Geheim
gewahrt blieb, weder von der Presse noch von den Herren Thi
und Jules Favre irgend welche Anzüglichkeiten sagen zu lassen.

Aber Wilhelm der Oranier hatte nicht wie sein Ahnherr
Beinamen „der Schweigsame.“ Hatte er aus Furcht vor dem pr
ßischen Ehrgeiz den Handel abgeschlossen, so verrieth er ihn
aus Furcht vor der preußischen Rache. Jetzt erst schien ihm
Zuyderſee, Maſtricht, Venloo, Amſterdam, ganz Holland bedr

Digitized by Google

...n sah den gewaltigen preußischen Adler schon in den Kaffee-...ungen auf Java umherstolziren. In seiner Herzensangst ließ ..., wie Graf Bismarck dies im Reichstag mitgetheilt hat, den ...sischen Gesandten kommen und legte eine vollständige Beichte ...Dieser konnte ihm schon am 25. März als Antwort seiner ...ierung mittheilen, daß sie zu einem solchen Handel niemals ihre ...immung geben könne. Daher blieb der Abtretungsvertrag Ent-...; zu einer Ratifikation kam es nicht. Dagegen verkündigte am ...tag des 30. März eine Extrabeilage des Luxemburgischen „Ku-...," daß „der Prinzstatthalter die Regierung ermächtige, die Ge-..., welche in Betreff der Abtretung des Großherzogthums um-...laufen seien, auf das formellste zu dementiren." Für Napoleon ...r war es unangenehm, daß die Sache doch veröffentlicht war, ...r vor ganz Europa zum zweitenmal eine Abweisung erfahren ..., die er entweder wie die erste hinnehmen oder mit einer ...gserklärung beantworten mußte. Ein einziger Ausweg blieb ...noch übrig, um seinen Rückzug etwas zu maskiren. Wenn er ...burg nicht bekommen sollte, so sollten auch die Preußen nicht ...r in der Festung bleiben. Nun sollte keiner von beiden etwas ...haben. Wie der Protest Preußens den Verkauf verhindert ..., so sollte der Protest Frankreichs die Fortdauer einer preußi-...Besatzung verhindern. Eine hierauf bezügliche Note gieng von ...nach Berlin ab, und man mußte sich sagen, daß die Lage ...ernst sei. Frankreich erklärte, die preußische Besatzung in Luxem-...sei eine fortwährende Bedrohung seiner Grenzen, das Garni-...recht sei durch die Auflösung des deutschen Bundes hinfällig ...worden, die Aufregung sei zu groß, als daß sie anders als durch ...Räumung beschwichtigt werden könnte. Diesem entgegnete ...gen, Frankreich sei selbst schuld an dieser seiner mißlichen Lage; ...es sich in diesen Handel eingelassen habe? So könnte es ...Halbjahr kommen und dann sagen, es könne jetzt nimmer ..., die französische Ehre sei dabei betheiligt; von einer Bedro-...sei bei den friedlichen Tendenzen Preußens und des Nord-...keine Rede, sein Garnisonsrecht sei aber nicht bloß auf den ...Bund, sondern auf internationale Verträge gegründet. ...Deutschland habe seine empfindliche Seite, die eben jetzt, wo ...zu einer einheitlichen Nation zusammenschließe, sehr zu scho-... sei. Frankreich möge nicht immer bloß von seiner eigenen

Digitized by Google

Ehre sprechen, sondern auch das Ehrgefühl anderer Nation respektiren.

Die Sache hatte sich zu einem Entweder — Oder zugespi Es bedurfte der ganzen Gewandtheit und Mäßigung des Gra Bismarck, um sie auf dem diplomatischen Wege festzuhalten u nicht auf die Kriegsstraße überführen zu lassen. Denn es war d eine starke Zumuthung, daß Preußen, das so eben einen der gl zendsten Feldzüge der Weltgeschichte beendigt hatte, der französisch Eitelkeit zu Lieb eine Festung, welche es vertragsmäßig schon Jahre lang besetzt gehalten hatte, räumen solle. Kein Wunder, t eine starke Partei, hervorragende Generale, man sagt, selbst der rechnende Moltke, lieber Krieg als Räumung wollte und dar hinwies, daß gerade jetzt zu einem Krieg mit Frankreich, das se Armee noch nicht reorganisirt und in seinen Arsenalen noch bed tende Lücken habe, die günstigste Zeit sei. Schon nach einem J werden die Würfel nicht mehr so günstig liegen. Sobald Frankr gerüstet sei, werde es, auch wenn man ihm jetzt nachgebe oder v mehr gerade weil man ihm nachgebe, eine ganz andere Spra führen, werde dann von Saarlouis, von Landau, von Mainz, Süddeutschland reden und, wenn man ihm nicht willfahre, z Schwert greifen. Nur aus militärischer Schwäche habe es t nicht bereits gethan, daher solle Preußen seine Stärke benütz ganz Deutschland, Nord und Süd, zum Kriege aufrufen und einem raschen Zug in das Herz des Feindes eindringen.

Daß man nicht bloß in Berlin, daß man auch in Süddeut land so dachte, die Sache als eine nationale ansah, bei welcher Ehre ganz Deutschlands auf dem Spiele stehe, bewiesen verschied öffentliche Kundgebungen. 118 Mitglieder der bairischen Abgeo netenkammer unterschrieben eine Erklärung an den Fürsten Hoh lohe, worin sie es „als eine erste Frucht des Allianzvertrages v 22. August 1866 freudig begrüßten, wenn Baiern keinen Zwe darüber bestehen lasse, daß es mit allen seinen Kräften für bedrohte deutsche Land einstehen werde." Andererseits waren a auch französische Agenten und östreichisch gesinnte Minister geschäftig, für den Fall des Krieges die süddeutschen Höfe in Neutralität zu halten, ihren Territorialbesitz ihnen zu garanti und ihnen für alle Fälle den Schutz des mächtigen Frankreichs zubieten. Aber sie widerstanden den Verlockungen und verstan

Digitized by Google

...endlich dazu, in der Verbesserung ihrer Heereseinrichtungen ...rascher vorzugehen. Die hessische Regierung, deren nördliche ...vinz (Oberhessen) dem norddeutschen Bund zugetheilt war, zog ...raus, um nicht zweierlei Militär zu bekommen, die einfache Kon...quenz, daß sie am 7. April eine Militärkonvention mit Preußen ...schloß, wonach alle hessischen Truppen als eine geschlossene Divi... dem elften preußischen Armeecorps zugetheilt, nach preußischem ...ster umgestaltet und unter den Oberbefehl des Königs von ...ußen gestellt wurden. Zugleich wurde zwischen Preußen und ...sen am 11. April ein Schutz- und Trutzbündniß, wie früher mit ... drei anderen süddeutschen Staaten, geschlossen. Von den letz... war Baden in der Reorganisation seines Heerwesens am ...ritten, und man sprach bereits davon, daß, sobald diese vollendet ... die badischen und hessischen Truppen zusammen das 13. deutsche ...meecorps bilden würden. Dagegen fand man in Berlin das ...gsame Vorgehen der Heereseinrichtungen in Baiern und Würt...berg unbegreiflich. Selbst bairische Blätter wunderten sich dar..., daß die sächsische Armee, fünf Monate nach dem Friedens..., bereits in bundesmäßiger Formation sich befinde, während ...Baiern, volle sieben Monate nach dem Allianzvertrag, die Re... noch gar keine Aussicht auf eine endgiltige Festsetzung habe. ...Militärorganisationsgesetz sei ausgearbeitet worden, aber die ...mmer habe es als unbrauchbar zurückweisen müssen. Jetzt fange ... endlich an, die Podewilsgewehre in Hinterlader umzuändern, ...r dies sei eine provisorische, keine definitive Waffe. Es scheine, ...ob das gewohnte Alte und jener vielgeschäftige Schlendrian der ...reaukratie, welcher nirgends schädlicher sei als in der Heeresver..., sich wieder festsetzen wolle. Eine Hauptursache hievon sei ... alte Grundsatz der bairischen Politik, immer selbständig zu sein, ...rend das Land nicht groß genug sei, um den nöthigen Stoff ...die erforderliche Kraft zu liefern. Daher zeige sich hier überall ... gewisse Herrschaft der Mittelmäßigkeit, die zu schwach sei, Be...deutendes zu leisten, und doch zu stolz, von anderen zu lernen. ...kam Baiern in eine so gewaltige Krisis, wie die möglicherweise ...der Luxemburger Frage bevorstehende, nicht besser gerüstet ein... und nichts Ergiebigeres leiste als im verflossenen Jahre, so ...e es sich schließlich gefallen lassen, wenn ihm ein Vormund ...t und ein Theil seiner Sorgen abgenommen werde, damit es

Digitized by Google

nicht zum drittenmal in den Fall komme, Pflichten zu versäum
die es nicht bloß sich, sondern dem Ganzen gegenüber zu
füllen habe.

Eben diese drohende Krisis brachte auch hier die Dinge
rascheren Fluß. Preußische Militärbevollmächtigte wurden an
süddeutschen Höfe geschickt, um für die Militärreform ihre Ra
schläge zu geben, das preußische Exercierreglement wurde in Bad
und Württemberg eingeführt, und letzteres entschloß sich, seiner L
geisterung für Albini-Brändle durch die Annahme des preußisch
Zündnadelgewehrs ein Ziel zu setzen. Neue Militärreformentwü
wurden ausgearbeitet, um den Kammern zur Annahme vorgelegt
werden. Je rascher man hier vorgieng, desto besser. Denn Fra
reich machte, in Erwartung eines Krieges, kolossale Rüstungen.
der Verfertigung von Chassepotgewehren wurde mit fieberhaf
Geschwindigkeit gearbeitet, Revolverkanonen, welche in ununterbr
chener Folge mehrere Schüsse abfeuern und einen gegebenen Pu
mit einem Hagel von Geschossen überschütten sollten, wurden ei
geführt, Pferdeaufkäufe gemacht, die Magazine mit Proviant u
Montirungsgegenständen angefüllt, die östlich und nördlich gelegen
Festungen vollständig ausgerüstet und mit neuen Vertheidigung
mitteln versehen und eine Heeresreorganisation vorbereitet, wel
die Armee auf 1,200,000 Mann bringen und dem Kaiser es mö
lich machen sollte, innerhalb weniger Wochen 5—600,000 Ma
über die Grenzen zu werfen. Doch stand diese Reform vor
Hand noch auf dem Papier und mußte von den Kammern
genehmigt werden. So unfertig alles dies auch aussah, so unw
kommen damals auch für Frankreich ein Krieg war, so hatte d
alles das Ansehen, als ob schon am nächsten Tage der Rhein üb
schritten werden sollte. Alle Officiere und Unterofficiere, welche
im Urlaub befanden, wurden auf den 30. April zurückberufen, u
die Presse ergieng sich in Wuthausbrüchen gegen Preußen, wel
deutlich verriethen, daß es sich weniger um Luxemburg handle,
um die entsetzliche Wahrnehmung, daß es mit der französisch
Suprematie in Mitteleuropa zu Ende sei.

Gegenüber diesen Auslassungen einer zügellosen Presse
diesen fortdauernden Rüstungen der Land- und Seemacht beob
tete Preußen eine stolze, sichere Haltung. Es hatte zwei unzw
felhaft gute Bundesgenossen für sich, seine treffliche Armee und

Digitized by Google

heit. Was die Organisation des Heeres, die Raschheit der Mobi-
rung, die Güte der Bewaffnung, die Ausbildung der größeren
rpenkörper und der einzelnen Mannschaft, die intelligente Lei-
ung und den nationalen Geist betrifft, so war die preußische Armee
e erste in ganz Europa. Wären die süddeutschen Heereseinrich-
ungen von der gleichen Beschaffenheit gewesen und dadurch zu der
rddeutschen Armee ein Zuwachs von etwa 200,000 Mann gekom-
n, so fragt es sich, ob die Kriegspartei in Berlin nicht Siegerin
worden wäre. Aber diese altbundestäglichen Zustände und viel-
cht auch die Erwägung, daß auch in Norddeutschland noch nicht
es fest zusammengewachsen sei, daß auch hier ein Aufschub nicht
s Frankreich, sondern auch Preußen zu gut komme, gab der Di-
matie so lange die Oberhand, als es möglich war, die nationale
hre unbefleckt zu erhalten. Auch die Rechtsfrage, über welche
e französische Regierung so leicht hinweggieng, gab der preußischen
ne guten Halt. Zwei Momente sind hier zu unterscheiden: das
ht Deutschlands auf Luxemburg als einen deutschen Staat und
s Recht Preußens, in der Festung eine Besatzung zu halten.

Das Großherzogthum Luxemburg hat nur 47 Quadratmeilen
d 300,000 Einwohnern. Diese sind meist katholisch, von deutscher
esinnung, nur wenige Wallonen. Im zehnten Jahrhundert, zur
it des Kaisers Heinrich I, machte die Grafschaft Luxemburg einen
eil des Herzogthums Lothringen aus. Als Gründer der Grafschaft
t ein in jenen Gegenden begüterter Siegfried genannt, welcher
Jahr 963 von der Abtei St. Maximin bei Trier das Schloß
emburg d. h. Lützelburg (lützel = klein), welches der altdeutsche
me statt Luxemburg war, nebst dem umliegenden Gebiet durch
uch erwarb. Aus seinem Geschlechte giengen mehrere deutsche
ser hervor. Graf Hermann von Luxemburg, 1081 zum Gegen-
g Heinrichs IV erwählt, spottweise der Knoblauchkönig genannt;
r thatkräftige Heinrich VII 1308—1313, welcher durch Vermäh-
ng seines Sohnes Johann mit Elisabeth von Böhmen die Krone
s Landes an sein Haus brachte; sein Enkel Karl IV und dessen
ne Wenzel und Sigismund 1346—1437. Kaiser Karl IV
b sein Stammland 1354 zu einem Herzogthum. Nach dem
sterben seiner männlichen Nachkommenschaft kam dasselbe, wie
nz Holland und Belgien, 1444 an den Herzog Philipp von
rgund, unter dessen Nachkommen die Verbindung des Landes mit

Digitized by Google

dem deutschen Reich nahezu aufgehoben war. Durch die Verm
lung Maximilians mit Maria von Burgund (1477) wurden
Habsburger Besitzer des Landes, und als Kaiser brachte Maximil
1512 die burgundischen Länder durch ihre Aufnahme in die n
Kreiseintheilung wieder in nähere Verbindung mit Deutschla
Durch seinen Sohn Philipp, welcher eine spanische Prinzessin
ratete, kam die ganze burgundische Erbschaft an den spanis
Zweig des habsburgischen Hauses, in dessen Besitz sie bis zu
Jahre 1714 blieb, der Begehrlichkeit des französischen Königs L
wig XIV ausgesetzt, welcher zweimal, 1684—1697 und 1701—1
die Festung mit seinen Truppen besetzt hielt und durch seinen
stungsbauer Vauban zu einem fast uneinnehmbaren Bollwerk mac
In den Friedensschlüssen von Utrecht und Rastadt (1713 und 17
welche dem spanischen Erbfolgekrieg ein Ende machten, wurde
Herzogthum Luxemburg nebst den spanischen Niederlanden (dem
tigen Belgien) dem Hause Oestreich zugesprochen, welches seine H
schaft über dasselbe bis zur Zeit der französischen Revolution
hauptete. Nach der Ueberschwemmung Belgiens durch die Rev
tionsheere wurde auch das Herzogthum, dessen Bewohner e
blutigen Guerillakrieg mit den Jakobinern führten, von den F
zosen besetzt (1794), die Festung aber ergab sich erst im folge
Jahre in Folge der darin ausgebrochenen Hungersnoth. Di
Raub gaben die Friedensschlüsse von Campo Formio (1797)
von Lüneville (1801) die Form der Abtretung. Von 1795—
war ganz Luxemburg mit dem französischen Kaiserreich verei
Wenn diese vorübergehende Herrschaft ein besserer Rechtstitel
sollte als die fast achthundertjährige Verbindung mit Deutschl
so müßten folgerichtig die französischen Grenzpfähle bis Ham
vorgerückt werden, um die lieblichen Zeiten des Wütherichs Da
wieder zurückzurufen.

Durch den ersten Pariser Frieden (30. Mai 1814) wurd
Festung Luxemburg von französischer Besatzung befreit. Der
England und Rußland sehr begünstigte Prinz von Oranien, wel
Holland und Belgien als Königreich der Niederlande zugesichert
zeigte gleich anfangs starken Appetit nach Luxemburg und begrü
denselben durch dessen frühere Verbindung mit Belgien. D
Herrn war somit nicht gut etwas abzutreten, da er auf eine
liche Art handelte wie einst Ludwig XIV mit seinen Reün

Digitized by Google

nem. Wenn er als weiteren Grund für die Vereinigung
mburgs mit seinem Königreiche den Umstand angab, daß er
e nassau-oranischen Stammlande, die Fürstenthümer Dietz, Sie-
, Dillenburg und Hadamar, an Preußen abgetreten habe und
Ersatz hiefür, zugleich um mit dem deutschen Reiche in Ver-
ung zu bleiben, Luxemburg beanspruche, so hätte ihm füglich
ht werden können, daß Belgien ein mehr als hinlänglicher Ersatz
nd daß man von einer besonderen Sentimentalität Hollands
seines Statthalters für Deutschland zu wenig wisse, um daraus
die Zukunft günstige Schlüsse ziehen zu können. Jedenfalls
hätten die politischen und strategischen Gründe alles Andere
wiegen sollen. Aber die Schöpfungen des Pariser Friedens
des Wiener Kongresses waren bekanntlich keine Meisterstücke.
n bedütirte mit der Verweisung Napoleons auf die in der Nähe
Italien und Frankreich gelegene Insel Elba und schloß mit
kolossalsten Ländermarkt, den die Geschichte kennt. Da machte
denn auch die große Weisheit geltend, daß man im Norden
reichs, zum Schutz gegen neue Eroberungsgelüste, einen starken
ßstaat schaffen müsse, der mächtig genug sei, um den ersten
ß auszuhalten, d. h. um gleich bei dem ersten Stoß über den
en geworfen zu werden. Als ob nicht auch Preußen im Nor-
Frankreichs läge! als ob nicht Preußen für seine unverhältniß-
ß großen Anstrengungen in den zwei letzten Feldzügen eine
größere Belohnung verdient hätte als ihm gewährt wurde,
mindesten eine größere als der Prinz von Oranien, welcher
seiner Vertreibung durch die Franzosen, 1795—1813, sich hinter
englischen Oefen gewärmt hatte! als ob nicht Preußen der ein-
Staat wäre, welcher die französische Grenze überwachen und
Interesse Deutschlands wahren könnte. Aber das aufstrebende
ßen hatte im Grunde nirgends, selbst nicht an Rußland, einen
bollenden Freund, und Fürst Hardenberg war kein Graf Bis-
. So drang der Unverstand und der Neid durch, und Luxem-
kam, statt an Preußen, an Holland. Durch den Vertrag vom
Mai 1815 zwischen dem König der Niederlande und Rußland,
reich, Preußen, England wurde Luxemburg als ein selbständiger
t, als ein besonderes „Großherzogthum" dem König der Nie-
nde übergeben, das vom übrigen Königreich ganz abgesondert
ltet werden und ein Glied des zu schließenden deutschen

Digitized by Google

Bundes sein sollte. Die Stadt Luxemburg war zur deutschen Bu
desfestung ausersehen.

Wenige Tage darauf, als Napoleon nach seiner Rückkehr v
Elba mit seinem Heere bis in das Herz von Belgien eindra
konnte man die Widerstandsfähigkeit des neuen Königreichs erprob
Wäre nicht Blücher und Wellington dort gestanden, so hätte
Oranier zum zweitenmal Muße gefunden, eine Spazierfahrt n
England zu machen. Aber man war auch jetzt noch nicht gewiß
Zwar fanden neue Verhandlungen statt, bei welchen Preußen, na
dem ihm die sächsische Beute zur Hälfte entgangen war, das Gr
herzogthum Luxemburg, sei es das ganze oder einen Theil desselb
ernstlich ins Auge faßte. Wenn es die Blöße seiner westlic
Grenze betrachtete, so mußte es schon aus militärischen Grün
den Besitz Luxemburgs mit aller Macht erstreben. Selbst Met
nich, der doch gewiß Preußens Vergrößerung nicht wollte, un
stützte einen Augenblick dessen Wünsche, freilich nur in der Hoffnu
daß es sich, wie er sagte, „durch die vielfachen Berührungspu
Frankreich gegenüber gründlich kompromittire." Aber auch dies
siegte die Zähigkeit des Holländers. In dem Protokoll vom 3.
vember 1815 wurde ihm aufs neue Luxemburg von den Mäch
zugesprochen, zugleich aber der Beschluß gefaßt, daß der König
Preußen gemeinschaftlich mit ihm die Besetzung der Festung üb
nehmen und das Recht, den Gouverneur zu ernennen, haben s
Es war dies eine vermittelnde Maßregel, welche beide Theile bef
digen und dem obersten Zweck, dem Schutze der deutschen Gren
genügen sollte. Mit welchem Erfolg alles dies erreicht wurde,
man im Jahre 1867 deutlich gesehen. Wohl zu beachten aber
daß dieses Protokoll nicht vom deutschen Bunde ausgieng, sond
von den vier alliirten Mächten und Holland, also ein rein in
nationaler Vertrag war, an dessen Giltigkeit seine nachherige
nahme oder Nichtannahme durch den deutschen Bund durchaus ni
änderte. Auch wenn der deutsche Bund, welcher erst am 5.
vember 1816 eröffnet wurde, gar nicht zu Stande gekommen w
wäre jener Vertrag doch geschlossen und ausgeführt worden, d
sich hier um eine Festung handelte, deren Besetzung durch die p
ßische Großmacht nicht bloß im holländischen, auch nicht bloß
preußischen und deutschen, sondern im europäischen Interesse
Auf dieses Protokoll hin, welches am 20. November unterzeic

Digitized by Google

wurde, schloß Holland am 8. November 1816 mit Preußen einen Separatvertrag, wonach die Besatzung zu drei Viertheilen aus preußischen und zu einem Viertheil aus niederländischen Truppen bestehen und Preußen den Gouverneur und den Kommandanten ernennen sollte. Die beiden Staaten wollten dadurch „für die vereinigte Vertheidigung ihrer respektiven Staaten auf die wirksamste Art und Weise Sorge tragen." Auch dieser Vertrag ist ein internationaler, welcher auch ohne den deutschen Bund, Preußen und Holland für sich allein gedacht, nach dem Willen der vier Mächte geschlossen werden mußte. Diese Bestimmungen wurden dann in den Separatverträgen von 1817 zwischen den Niederlanden einerseits, Oestreich, Rußland, England andererseits und in dem Frankfurter Territorialreceß vom 20. Juli 1819 wiederholt. Erst nachdem das preußische Besatzungsrecht seine europäische und private Begründung hatte, beschloß der deutsche Bundestag am 5. Oktober 1820, Luxemburg als Bundesfestung zu übernehmen, kam aber in seiner gewohnten Schneckenmanier erst nach fünf Jahren dazu, die unmächtige förmliche Uebernahme der Bundesfestung zu beschließen (... Juli 1825). So war also bei der Uebernahme der Festung durch den Bund das preußische Besatzungsrecht längst festgestellt und in Ausübung und hatte, wie oben angeführt, neben dem europäischen noch den besondern Zweck, Preußen und den Niederlanden die gemeinschaftliche Vertheidigung ihrer Grenzen zu erleichtern. Dieses Recht blieb somit in Kraft, so lange Frankreich der gefährliche Gegner beider Staaten war, so lange es ein Deutschland gab, das von der schmachvollen Hingabe des Elsaß und Lothringens nicht die neue Auflage veranstalten wollte. Ob dieses Deutschland deutscher Bund oder norddeutscher Bund hieß, von Frankfurt oder von Berlin aus geleitet wurde, that nichts zur Sache.

König Wilhelm von den Niederlanden regierte in den nächsten zehn Jahren Belgien und Luxemburg mit gleich „väterlicher Liebe," so daß im August 1830 die Belgier eine Revolution anfangen, von Holland sich lossagten und ein besonderes Königreich bildeten und die Luxemburger sich an sie anschloßen mit Ausnahme der Festung, deren Einwohner durch die preußische Besatzung gehalten wurden. Die Londoner Konferenz, welche dieses Fa[illegible]würfniß vor ihre Gerichtsbarkeit zog, entschied in den 24 Artikeln ihres Protokolls vom 15. November 1831, daß der west-

Digitized by Google

image
not
available

[illegible] War es aber auch von Deutschland gelöst? Limburg [illegible], das ja auch früher nicht dazu gehörte, wie dies auch [illegible] am 4. April 1867 dem holländischen Gesandten [illegible], Luxemburg aber nie und nimmermehr, so wenig als die [illegible] Staaten. Ist auch der norddeutsche Bund nicht der [illegible] des deutschen Bundes, so repräsentirt er doch nebst [illegible] Staaten das, was man Deutschland heißt, und [illegible] es in ganz anderer Weise als der alte Bundestag, und [illegible] Deutschland wird nie vergessen, daß an dem Flüßchen [illegible] alte Lützelburg liegt, daß die dortige Bevölkerung, mit [illegible] weniger Renegaten aus der höheren Gesellschaft, deutsch [illegible] denkt, und daß der Holländer das Land entweder zu [illegible] oder an Deutschland zurückzugeben hat. Findet hier nicht [illegible] Fall wie mit Baden, Württemberg und den anderen süd- [illegible] Staaten statt? Auch diese sind durch die Folgen des 14. [illegible] frei und ledig geworden, sind in den norddeutschen Bund [illegible] eingetreten, und doch, wenn der Großherzog von Baden [illegible] an Frankreich verkaufte, wenn Rastadt und Ulm einer [illegible] Besatzung geöffnet würde, sollte wirklich der norddeutsche [illegible] das übrige Süddeutschland mit verschränkten Armen [illegible] Schauspiele zusehen? Würden sie nicht mit Worten und [illegible] gegen protestiren und erklären, daß die Souveränetät von [illegible] Volk in den Beziehungen zur ganzen deutschen Nation [illegible] Beschränkung erleide?

[illegible] sind die historischen, rechtlichen und militärischen Verhält- [illegible] auf welche bei Lösung der Luxemburger Frage Rücksicht zu [illegible]. Indem Graf Bismarck von Anfang an erklärte, daß [illegible] nicht zwischen Preußen und Frankreich allein abzumachen [illegible] daß die Unterzeichner des Londoner Vertrags von 1839 [illegible] müssen, gab er denjenigen Weg an, auf dem es [illegible] möglich war, den Streit ohne Krieg beizulegen. Hatte [illegible] im Jahre 1815 von Europa den Auftrag erhalten, die [illegible] zu besetzen, so konnte es im Jahr 1867 das nämliche [illegible] fragen, ob diese Besetzung fortdauern oder unter Garantie [illegible] welchen Schaden für Deutschland aufhören solle. Und [illegible] Napoleon meinte, daß die französische Eitelkeit vor einer ein- [illegible] Abweisung Preußens sich nicht zurückziehen könne, so konnte [illegible] beschränkt vor einem europäischen Areopag. Der östreichische

Minister Freiherr von Beust, bot alles auf, um bei dieser Gelege
heit den gedemüthigten Kaiserstaat eine wichtige Vermittlerrolle, vi
leicht gar wie im Juni 1813, spielen zu lassen. Ja schon dam
sprach man von einer französisch-östreichischen Allianz als von ein
ausgemachten Sache. Als ob die Finanzen und Ungarn nicht a
ein Wort mitzusprechen hätten! Zuerst machte Herr von Beust d
Vorschlag, daß ganz Luxemburg, wie dies ja im Jahr 1830
wünscht und erstrebt wurde, in Belgien einverleibt werde und die
dafür einige belgische Gebietstheile, welche im zweiten Pariser Fr
den 1815 Frankreich genommen worden waren, an dasselbe zurü
geben solle. Dieser Antrag, über welchen sich Frankreich jedenfa
nicht zu beklagen hatte, scheiterte, auch wenn ihm die anderen Gro
mächte zugestimmt hätten, an dem edlen Worte des Königs Le
pold II. von Belgien: „Ich kann nicht einen meiner Landsle
austauschen." Nun machte Herr von Beust einen zweiten Vorschl
welcher dahin gieng, daß Luxemburg für neutral erklärt werde,
welcher Bestimmung die Räumung und Beseitigung der Festu
schon inbegriffen war. Auf dieser Grundlage beantragte Rußla
eine Konferenz der Unterzeichner des Londoner Vertrags von 183
und der König von Holland hatte nun die Ehre, die auswärtig
Mächte zu einer Konferenz in London einzuladen. Auch Preuß
stimmte bei, erklärte jedoch in den Vorverhandlungen, daß es se
gutes Recht nur gegen eine europäische Garantie der Neutr
lität Luxemburgs aufgeben könne, und daß daher Mittel und Ma
regeln ausfindig zu machen seien, damit diese Garantie nicht ill
sorisch sei und eines schönen Morgens die rothen Hosen in d
Festung Luxemburg einziehen. Wenn Preußen diesen offenkundig
Beweis von Versöhnlichkeit und Friedensliebe gebe, daß es auf se
vertragsmäßiges Recht verzichte, so könne es dies nur unter d
Bedingung thun, daß Europa künftig auf irgend eine Weise de
selben Schutz für das Grenzland leiste, welchen bisher Preuß
im Auftrag Europas geleistet habe.

Der Anfang der Konferenz wurde auf den 7. Mai bestimm
Die Augen von ganz Europa waren auf die diplomatischen Größ
gerichtet, welche in London Krieg und Frieden in ihrer Toga hatte
Es waren die Gesandten oder Minister von England, Preuße
Frankreich, Oestreich, Rußland, Italien (welches als sechste Gro
macht zugezogen wurde), Holland, Belgien, Luxemburg. Die Ko

Digitized by Google

tagte in demſelben Lokal wie die von 1864 während des
-däniſchen Krieges. Dies war, da dieſe letztere reſultatlos
, ein ſchlimmes Omen. Den Vorſitz führte Lord Stanley,
ſekretär des Auswärtigen im engliſchen Miniſterium. Die
ng dauerte nur fünf Tage und einigte ſich über alle Punkte.
d machte eine Zeit lang Schwierigkeiten, eine Garantie für
utralität Luxemburgs zu übernehmen, wodurch es ſich ver-
) machen würde, denjenigen Staat, welcher dieſe Neutralität
, in Gemeinſchaft mit den anderen Garanten mit den Waffen
impfen. Da aber der preußiſche Geſandte auf der Garantie
er Mächte beſtand als der einzigen Bedingung, unter welcher
n ſein Beſatzungsrecht aufgebe, ſo gab England nach. Auch
rbleiben Luxemburgs im Zollverein, mit welchem es am 20. Ok-
865 einen Vertrag auf 12 Jahre abgeſchloſſen hatte, kam zur
e. Es wurde von dem luxemburgiſchen Miniſter Tornaco die
ufgeworfen, ob die Neutralität Luxemburg es zulaſſe, nach
jener Friſt einen neuen Vertrag mit dem Zollverein zu
n. So ſehr Tornaco anfangs für die Abtretung an Frank-
n, ſo mußte er doch, nachdem davon keine Rede mehr ſein
für das Verbleiben Luxemburgs im Zollverein ſich intereſſiren,
Ausſcheiden den Ruin des Landes nach ſich zöge. Zum
Mißvergnügen des franzöſiſchen Geſandten, welcher auch
tzte Band, wodurch Luxemburg an Deutſchland geknüpft iſt,
itten wiſſen wollte, wurde Herrn Tornaco geantwortet, daß
utralität nur die militäriſche Unabhängigkeit von einem an-
Staat gehöre, daß daher den Verträgen mit dem Zollverein
mer nichts im Wege ſtehe. Dieſer Sache hatte ſich der
e Geſandte hauptſächlich angenommen, aus dem nämlichen
, aus welchem Preußen den öſtreichiſchen Vorſchlag, Luxem-
it Belgien zu vereinigen, abgewieſen hatte, weil dadurch
d von Deutſchland für immer abgelöst worden wäre.
dlich waren alle Schwierigkeiten geebnet und der Londoner
vom 11. Mai 1867 wurde von ſämtlichen Theilnehmern
hnet. In demſelben wurde beſtimmt, daß Luxemburg bei
uſe Naſſau-Oranien, deſſen Haupt der König von Holland
leiben, daß es für immer einen neutralen Staat bilden und
eutralität unter die Garantie der Unterzeichner dieſes Ver-
mit Ausnahme des gleichfalls neutralen Belgiens) geſtellt,

Digitized by Google

daß die Festung von den preußischen Truppen geräumt und r
dem Könige von Holland geschleift und nie wiederhergestellt werd
und daß Limburg, von Deutschland abgetrennt, einen integrirend
Theil des Königreichs Holland bilden solle. Die Ratifikationen
Vertrags sollten innerhalb 4 Wochen erfolgen, worauf Preußen
der Räumung zu beginnen versprach.

Wer hatte nun bei diesem so muthwillig heraufbeschworen
Luxemburger Handel etwas gewonnen? Von allen Staaten, wel
darein verwickelt waren, auch kein einziger. Frankreich nicht, welc
ja ursprünglich nicht bloß die Räumung, sondern die Abtretung
wünscht, also, was die Kompensationsforderungen betrifft, jedenfa
eine zweite Abweisung, eine neue Niederlage von Preußen erlit
hatte, wofür man es auch in Frankreich ansah; König Wilhelm
Holland nicht, welcher durch den Verkauf ein gutes Gesch
zu machen gedacht und nun statt dessen die Kosten der Sch
fung selbst zu tragen hatte; Luxemburg nicht, welches offenbar
der ganzen Sache entschiedener für sein Deutschthum hätte eintre
sollen, aber größtentheils nur Sinn zeigte für die hübsche Sum
von Thalern und Silbergroschen, welche die preußische Garnison
einbrachte, und eben diese verlor es; auch Preußen nicht, denn n
mag über die Kollektivgarantie der Mächte noch so sehr erb
sein, so muß man doch zugeben, daß eine preußische Besatzung
der durch Natur und Kunst so starken Festung ein sichererer F
war. Um so mehr muß ganz Europa der preußischen Regier
Dank wissen, daß es durch seine Mäßigung dem Erdtheil die Lei
eines Krieges von unberechenbarer Größe und Ausdehnung ers
hat. Es hat in Wahrheit ein ungeheures Opfer gebracht, und
jenigen waren nun sehr kleinlaut, welche immer von dem „tol
verzweifelten Spieler“ Bismarck sprachen, der immer nur K
haben wolle und müsse. Was Preußen zu diesem Opfer veranl
hat, ob der unfertige militärische Zustand Süddeutschlands und
noch nicht vollzogene Verschmelzung der neuen Provinzen mit
Königreich eine genügende Erklärung abgeben oder noch wei
Motive vorliegen, ist bis jetzt noch nicht aufgehellt. Eins
scheint sicher zu sein, daß Preußen entschlossen war, einmal
dann nie mehr auch nur ein Titelchen von seinen Rechten Fr
reich gegenüber aufzugeben. Die Gelegenheit, dies zu bethäti
kam bald.

Digitized by Google

Merkwürdig ist die Enthüllung, welche die „Schlesische Zeitung“ nach einem Brief aus Berlin gab. Man sieht daraus, theils warum die Konferenz so rasch verlief, theils warum England und alle anderen Mächte vom 8. auf den 9. Mai zur Uebernahme der Garantie sich entschloßen. Das Schreiben lautet: „Am 8. Mai in später Abendstunde ließ sich der französische Gesandte Benedetti bei Graf Bismarck melden und ergieng sich bei diesem in ziemlich nichtssagenden Phrasen über die Situation. Nachdem ihn der Graf ganze ruhig angehört, erwiderte dieser, daß, wenn die Konferenz für die Erhaltung des Friedens nicht günstig ausfallen sollte, Preußen Frankreich sofort ein Ultimatum richten würde, und daß, wenn Frankreich nicht genügende Zusicherungen wegen der Abrüstung geben würde, eine allerhöchste Kabinetsordre sofort 900,000 Mann und nur von Preußen 650,000, Norddeutsche 150,000, Süddeutsche 100,000 ins Feld rufen würde. Hierauf schlug Herr Benedetti einen anderen Ton an. Erst nach Mitternacht verließ er den Grafen Bismarck. Der Telegraph arbeitete die ganze Nacht nach Paris und nach London, und der gestrige Ausfall der Konferenz ergab sich von selbst. Auch erzählt man, daß Baiern aus freien Stücken sein zwei vollständige Armeecorps zu unserer Disposition gestellt habe.“

Einen häßlichen Mißton in das Finale dieses Friedenskoncerts brachte Lord Stanley, welcher von den englischen Musikern die falsche Violine zu spielen hatte. Im Unterhaus darüber interpellirt, warum er, trotz der Politik der Nichtintervention, durch die Garantie der Neutralität Luxemburgs Verpflichtungen für England übernommen habe, erwiderte er am 14. Juni, „eine Kollektivgarantie fasse man so auf, daß für den Fall einer Verletzung der Neutralität sämtliche Traktatmächte zur Kollektivaktion aufgefordert werden könnten, aber daß eine derselben allein einzuschreiten verpflichtet wäre. Eine derartige Garantie besitze mehr den Charakter einer moralischen Konvention des Vereinbarten, als den einer eventuellen Verbindlichkeit zur bewaffneten Einmischung. Aus ihr entspringe für jeden Einzelnen das Recht, aber nicht die Verpflichtung zum Kriegführen. Schließlich habe ja das Parlament, welches die erforderlichen Geldmittel bewilligen oder verweigern könne, es ganz in der Hand, über Krieg und Frieden in letzter Instanz zu entscheiden.“ Im Oberhaus äußerte am 20. Juni und am 5. Juli Graf Derby der Ansicht

Digitized by Google

seines „edlen Anverwandten" (Lord Stanley ist sein Sohn) vol
ständig bei, brachte den Unterschied zwischen einer Kollektiv- u
Separatgarantie auf und erklärte unumwunden, „daß, wenn Frau
reich, mit Verletzung des Vertrags, Besitz von Luxemburg ergreif
sollte, England, wenn gleich von Preußen zum Beistand aufgefo
dert, nicht verpflichtet wäre, diesen zu gewähren." Weder im Unte
haus noch im Oberhaus und nur in wenigen englischen Blätte
fand diese schamlose Schaustellung einer selbstsüchtigen Krämerpoli
erheblichen Widerspruch. In Berlin aber erregten diese advokatisch
Unterscheidungen der Firma „Vater und Sohn" den entschiedenst
Unwillen. „So weit also," rief die Kreuzzeitung aus, „ist das En
land Chathams und Pitts heruntergekommen! Die Erklärung
Lord Stanleys stehen im internationalen Verkehr vielleicht einz
da. Zu allen Zeiten sind Verträge gemacht und gebrochen worde
und wir sehen die Luxemburger Kollektivgarantie nicht als ei
Schöpfung an, die sich von anderen Schöpfungen derart unterschi
den wird. Aber im Moment einer feierlich eingegangenen Zusa
unbefangen zu erklären, diese Zusage bedeutet nichts und ist n
Hilfe des landesüblichen Parlamentarismus jeden Augenblick zu un
gehen: dies zeigt einen politischen Bankerott, eine Kleinheit d
Gesinnung, die nur noch von der dahinter steckenden, wie es schei
völlig naiven Flausenmacherei und gleichzeitigen diplomatisch
Rücksichtslosigkeit übertroffen wird. Bindet euch Besen vom Ginste
busch der Plantagenets und verkaufet euren Shakespeare an d
Käsekrämer, wenn ihr die Enkel eurer Ahnen zu sein nicht me
gewillt seid."

Während diese luxemburgische Frage ihre verschiedenen Phas
durchlief, wurden in den einander so schroff gegenüberstehend
Staaten, in Frankreich und Preußen, Werke des Friedens begonn
und vollendet. Am 1. April wurde die Weltindustrieausstellu
in Paris eröffnet, und am 17. April das norddeutsche Parlament
Berlin geschlossen. Die Specialdebatte über den Verfassungse
wurf begann im norddeutschen Reichstag am 18. März und daue
bis zum 10. April. Es liegt in der Natur einer solchen Vorla
daß die Regierungen dabei nicht zu kurz kommen wollen, daß
sich bemühen, in einem von ihnen paragraphirten Vertrag ihre Befu
nisse möglichst weit auszudehnen und dadurch eine starke Centralg
walt zu schaffen; andererseits wird jedes Parlament den Namen ein

Digitized by Google

unabhängigen, selbständigen Körpers zu tragen und sein Recht der Steuerung und Verwilligung eher zu weit als zu wenig auszudehnen suchen. Kommen beide Theile nicht mit versöhnlichem Sinn und echtem Patriotismus einander entgegen, sind sie nicht beide überzeugt, daß höher als dieser oder jener Paragraph der zu schließende Bund stehe, daß lieber zehn Paragraphen als dieser selbst in Frage gestellt werden dürfe, und daß Verfassungsparagraphen so wenig unsterblich sind als diejenigen, welche sie machen, so erlebt man das widerwärtige Schauspiel, daß vor lauter Liebe zum Vaterland das Vaterland selbst nicht zu Athem kommt. In solchen Fällen hilft nichts als ein anständiger Kompromiß. Man muß es beiden Theilen zum Ruhme nachsagen, daß sie diesen Weg mit aller Loyalität betreten und in unglaublich kurzer Zeit ein Werk gegründet haben, das, eben weil es praktisch angelegt und durchgeführt wurde, auf lange Zeit hin die Grundlage unserer politischen Entwicklung, der Grundstein der deutschen Einheit sein wird. Wenn auch eine unbedeutende Minderheit, die unverbesserlichen Partikularisten und Radikalen, an welchen die Erfahrungen des Jahres 1848 und die Erschütterungen des Jahres 1866 spurlos vorübergegangen sind, von Anfang bis zu Ende den Entwurf bekämpfte und über ohnmächtige Splitter, „Kantönli," mit Freiheitsphrasen überschrieben, gesehen hätte als die stolze deutsche Eiche, so hat man sich hinwiederum auch Männer, welche mit ihrer Ueberzeugung nicht spielen und nicht spielen lassen, Minister wie Abgeordnete, lieber auf die Konsequenzen derselben als auf den Ruhm verzichten sehen, zum Bau deutscher Größe einen Stein herbeigetragen zu haben.

Unter den verschiedenen Veränderungen, welche der Reichstag an dem Entwurf vornahm und der Bundesrath zuließ, möge nur die „Wählbarkeit" der Beamten, die „geheime Abstimmung" neben allgemeinen und direkten Wahlen, die „Straflosigkeit wahrheitsgetreuer Parlamentsberichte" hervorgehoben werden. Vor der Schlußberathung, welche am 15. und 16. April stattfand, erklärte Graf Bismarck im Namen der verbündeten Regierungen, daß sie in den vom Reichstag beschlossenen Abänderungen, deren es gegen 40 seien, zum Theil zweifellose Verbesserungen ihres Entwurfes gefunden, einige aber als solche erkannt haben, deren Annahme ihnen nicht leicht geworden sei. Dennoch werden sie, dem Reichstage mit

Digitized by Google

gutem Beispiele vorangehend, diesen Abänderungen ihre Zustimmur
nicht versagen, wenn der Reichstag in zwei Punkten, welche d
Sicherstellung der Heereseinrichtungen und die Frage über die B
willigung von Diäten betreffe, von seinem früheren Votum abgeh
Nach dem Regierungsentwurf sollten nämlich die „Reichstagsa
geordneten als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen
Der Reichstag aber verwarf am 30. März diesen Antrag und beschl
mit 136 gegen 130 Stimmen, daß sie „aus der Bundeskasse Reisekost
und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes" erhalten sollten. Es ist kei
Frage, daß mancher tüchtigen Kraft, manchem intelligenten Kopf d
Thüren des Reichstages auf immer verschlossen sind, wenn kei
Diäten bezahlt werden; es ist aber ebenso wahr, daß in dem groß
und gebildeten Deutschland es, auch ohne Diäten, nie an brau
baren Reichstagsmitgliedern fehlen wird. Und wenn die Regieru
sagte, daß sie die Diätenlosigkeit als das einzige Korrektiv des a
gemeinen direkten und geheimen Wahlrechts ansehe, ohne welch
Korrektiv sie diese demokratische Institution für äußerst gefährl
und gewagt erachte, wer wollte ihr, zumal wenn er an Zeiten dach
wo die Wogen der Volksaufregung alle staatliche Ordnung um
stürzen drohten, wo gewandte Volksführer mit wenigen Schlagw
tern eine Revolution entzündeten, zu widersprechen vermögen? U
kann sich die Regierung nicht auf England, wo man sich doch a
ein bischen auf Freiheit versteht, und auf Italien berufen, wo
Parlamentsmitglieder gleichfalls keine Diäten erhalten? Fragt m
welche Kammer in der Achtung nach oben und nach unten hö
stehe, eine besoldete, wie die französische, oder eine unbesoldete,
kann die Antwort nicht zweifelhaft sein. All diese Gründe w
digend beschloß der Reichstag am 15. April mit 178 gegen
Stimmen, seinen früheren, zum Theil noch jetzigen, Standpunkt
verleugnen und die Frage über die Diäten im Sinn der Regier
zu entscheiden.

Hatte der Reichstag auf diese Weise dafür gesorgt, daß e
Terrorisirung dieser Versammlung durch „katilinarische Existenz
nicht zu befürchten war, so glaubte er in dem zweiten Punkt, wel
die Friedenspräsenzstärke der Armee und die hiefür ausgesetzte Al
salsumme betraf, nicht nachgeben zu dürfen, da es sich hier um
Wahrung des verfassungsmäßigen Budgetrechts handelte. Währ
der Entwurf verlangte, daß „jeder wehrfähige Norddeutsche sie

Digitized by Google

ihre lang dem stehenden Heere und die folgenden fünf Lebens-
re hindurch der Landwehr angehören, daß die Friedenspräsens-
te des Bundesheeres auf ein Procent der Bevölkerung von 1867
mmt und bei wachsender Bevölkerung je nach zehn Jahren ein
rweitiger Procentsatz festgesetzt werden, daß endlich zur Bestrei-
g des Aufwandes für das gesamte Bundesheer dem Bundesfeld-
n jährlich so viel mal 225 Thaler, als die Kopfzahl der Frie-
stärke beträgt, zur Verfügung gestellt werden sollen," gieng der
chstag von der Ansicht aus, daß diese Bestimmung über die
nsstärke nur als Uebergangsstadium zu betrachten und später
festzustellen sei. Er gieng daher von seinem früheren Beschluß
ab und präcisirte ihn bei der nochmaligen Berathung am
April dahin, daß von den „sieben Dienstjahren der Soldat drei
re bei den Fahnen, vier in der Reserve zu dienen habe, daß
ch die Friedenspräsensstärke von einem Procent der Bevölkerung
die hiefür bestimmte Summe nur „bis zum 31. December 1871"
n und dann im Wege der Bundesgesetzgebung neu festgestellt
den solle. Es half nichts, daß Graf Bismarck statt „des 31. De-
bers 1871" gesetzt wissen wollte: „bis zum Erlaß eines Bundes-
ses." Die Kammer blieb, nachdem sie in der Diätenfrage sich
rnativ und nachgiebig gezeigt hatte, bei Festsetzung des Mili-
sens unerbittlich und nahm obige Bestimmungen mit 202 gegen
Stimmen, den ganzen Verfassungsentwurf mit 230 gegen 53
mmen an. Da selbst Prinz Friedrich Karl und die Generale
r stimmten, so hoffte man auf eine nachgiebige Haltung der
erung. So war es auch. Am 17. April erklärte Graf Bis-
ck, daß die Bundesregierungen der Verfassung des norddeutschen
ndes, wie sie aus der Berathung des Reichstages schließlich her-
gegangen sei, ihre Zustimmung ertheilen. Am Nachmittag des
lichen Tages wurde der Reichstag vom König mit einer Thron-
e geschlossen, welche sich mit Befriedigung über das gelungene
k, über die Grundlage der Einigung Norddeutschlands aussprach.
r Ton, in welchem sie gehalten war, geht aus dem einen Satze
vor: „Die Zeit ist herbeigekommen, wo unser deutsches Vater-
d durch seine Gesamtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine
ehre zu vertreten im Stande ist." Sofort wurde die Verfassung
den Einzellandtagen der verbündeten Staaten vorgelegt und mit
großen Majoritäten angenommen, so von dem preußischen Landtag

Digitized by Google

image
not
available

daher von dem unglücklichen
ehr entzückt und sahen sich ver-
die Eröffnung wirklich stattfand,
gten und auch das bekannte Orakel
eß, sondern der Kaiser mit der
e durch die Säle der einzelnen
Kommissionen sich vorstellen ließ,
ungen einnahm und unter den
Wagen bestieg und in die Tuilerien
nfang entsprach der Fortgang bis
nz. Die Zahl der auswärtigen
erthe; von fremden Fürsten hatten
m aber war das Protokoll vom
aus allen Weltgegenden und nicht
eine industrielle Wallfahrt nach
e sich, die fremden Herrscher ein-
Besuch der fremden Souveräne,
der Ausstellung galt, seine eigene
hein zu umgeben und die vor-
n Besuchen verbundenen Festlich-
e und durch das viele Geld, das
in eine gelinde Betäubung zu
Luxemburg, Königgrätz und die
ls russische Uniformen und Gold-
chische Kellnermädchen in einem

der Kaiser von Rußland am
bewegen. Die moralische Unter-
stand im Jahre 1863 von Seiten
eil geworden war, die gleichlau-
t bloß Frankreich, sondern auf
d Oestreich nach Petersburg ge-
ußland auf das gleiche Niveau
tten in dem Herzen des Zaren
en. Doch überwand er endlich
ugleich mit seinem Oheim, dem
nzutreten. Dieser Plan mißfiel
n längst ärgerte man sich ja in

Frankreich darüber, daß Preußen und Rußland so innig befreun
um nicht zu sagen, so eng verbündet seien; sollte man durch
gleichzeitigen Besuch der beiden Fürsten dieses Bündniß gleich
leibhaftig auf den Boulevards spazieren gehen sehen? Hint
nicht die Furcht vor dieser preußisch-russischen Allianz jede Al
des isolirt stehenden Frankreichs gegen Deutschland? War es
weit angenehmer, wenn diese Fürsten nach, statt mit einander ka
damit man auch ein vertrauliches Stündchen haben konnte, wo
alte Napoleonische Grundsatz l'un après l'autre zu seiner Gel
kam? War denn diese nordische Allianz schlechterdings nich
brechen? Gab es nicht ein Zauberwort, das auf diese Eiskryst
sation mit der Kraft eines Sirocco einwirkte? Wie jeder Mc
seine Schwäche hat, so auch jeder Staat, und die Schwäche
lands ist Konstantinopel. Wenn Napoleon mit dem Zaren
seinem Minister die orientalische Frage besprach, längst ersehnte
cessionen machte und die Revision des für Rußland so demüth
den Pariser Friedens von 1856 in Aussicht stellte, konnte da Alex
widerstehen? Mußte er da nicht Preußen fahren lassen und
mit Frankreich eine Allianz schließen? Und dann gute Nacht De
land! gute Nacht Nordbund! Und was sollte dann vollends
Süddeutschland werden!

Napoleon eröffnete also dem preußischen Gesandten, daß es
lieber wäre, wenn sein König erst nach der Abreise des Kaiser
Rußland nach Paris käme, da er jenem besondere Ehre ern
möchte, bei einem gleichzeitigen Besuch aber doch dem Kaiser
Vortritt lassen müßte. Diese gesuchte Höflichkeit und ceremo
Aengstlichkeit, welcher man in Berlin und St. Petersburg leich
den Grund schaute, brachte eine sehr unerwünschte Wirkung h
Kaiser Alexander wollte von der ganzen Reise nichts mehr w
wenn er nicht einmal über die Zeit derselben selbst sollte ver
konnen. Nun lenkte Napoleon wieder ein und sagte, so sei es
nicht gemeint gewesen; er habe nur jedem der beiden Fürsten
lichst viel Ehre anthun wollen; sie möchten doch reisen, w
ihnen am angenehmsten sei. Auf dies hin wurde ausgemacht
der König von Preußen ein paar Tage nach seinem kaiser
Neffen in Paris eintreffen solle, so daß Beide doch einige Ta
einander zubringen konnten.

Kaiser Alexander kam mit zwei seiner Söhne am 1. Ju

Digitized by Google

[illegible] an und hatte schon bei der Fahrt durch die Straßen an [illegible]eren Punkten der Boulevards den Ruf zu hören: vive la Po[illegible]gne! Dieser Ruf, welcher offenbar auf einer malitiösen Verab[illegible]ung beruhte, verfolgte den hohen Gast, wohin er nur zur Be[illegible]tigung der Sehenswürdigkeiten sich wandte, besonders im Justiz[illegible]alast und in der Ausstellung. Aber auch die Gelegenheit zu [illegible]erhandlungen über die orientalische Frage wurde nicht versäumt. [illegible]cht bloß um die Revision des Pariser Friedens, dessen drückendste, [illegible]e Seearsenale und die Kriegsschiffe betreffende Bestimmungen [illegible]ußland thatsächlich schon umgangen hatte, handelte es sich hier, [illegible]ndern darum, daß die Pforte allen ihren christlichen Unterthanen [illegible]öglichst viel Selbständigkeit verleihen, all ihre christlichen Provin[illegible]n etwa in die Stellung der heutigen Donaufürstenthümer bringen [illegible]le, die bekanntlich, abgesehen von der Entrichtung eines Tributs, [illegible]ollständig souverän sind. War dies erreicht, so war für Rußland [illegible]e Zeit der Ernte da. Denn diese Bevölkerungen, welche fast alle [illegible]n Rußland den griechisch-katholischen Glauben, zum großen Theil [illegible]ch die slavische Nationalität gemein haben, sehen in Rußland [illegible]ren Befreier und wollen mit diesem lieber ein großes Slavenreich [illegible]den als beständig zu helotenmäßiger Unterthänigkeit unter ein [illegible]rkisches Barbarenvolk verurtheilt sein. Diese Schmach und dieser [illegible]luch waren es auch, welche den Aufstand auf der Insel Kandia [illegible]ründet hatten, deren Verhältniß zur Türkei eben damals die Ka[illegible]nette sehr beschäftigte, keines mehr als die von Rußland und von [illegible]riechenland. Wie der Wiener Kongreß bei Luxemburg, so hatten [illegible]e Londoner Konferenzen von 1832 bei Kandia wenig Staatskunst [illegible]ewiesen. Diese Insel war in dem neunjährigen Unabhängigkeits[illegible]kampf von 1821—1830 immer treu zu Griechenland gestanden, hatte [illegible]e Leiden jenes mit so blutigen Unthaten dicht besäten Kampfes [illegible]itgemacht, und die sphakiotischen Häuptlinge zeigten sich damals [illegible]s heldenmüthig wie heute. Trotz all dem wurde Kandia nicht [illegible]n Griechenland vereinigt, sondern der Türkei zurückgegeben und [illegible]ner ägyptische Verwaltung gestellt. Die Motive waren damals [illegible]n nämlichen wie heutzutag, wo es sich um Abtretung der Insel [illegible]n Seiten der Türkei an Griechenland handelt. Alle Großmächte [illegible]en im März 1867 der Türkei zu diesem Schritte gerathen, nur [illegible]r England. Auch 1832 war es England, dessen maritime Eifer[illegible]sucht fürchtete, das mit Griechenland vereinigte Kandia möchte ein

Digitized by Google

russischer Vasallenstaat werden und Rußland dadurch im östlich Mittelmeer eine den englischen Interessen gefährliche Position halten, und dieser fremden Politik zu Lieb wurde das arme Kand mit 200,000 hellenischen Einwohnern gegen kaum 10,000 türkis in widernatürliche und unerträgliche Bande geschmiedet. Die A lehnung Mehemed Alis von Aegypten und dessen Unterwerfu durch die Quadrupelallianz im Jahre 1840 brachte Kandia von ägyptischen Hoheit wieder unmittelbar unter die türkische, das he vom Regen unter die Traufe.

Zwar gibt sich die türkische Regierung zuweilen das Ansel als ob sie zeitgemäßen Reformen durchaus nicht abgeneigt sei, dies aus der Depesche des englischen Gesandten in Konstantino vom 6. März 1867 hervorgeht. Die sonst so skeptische engli Regierung erheuchelt dann jedesmal, wie dies Graf Derby in sei Rede im Oberhaus am 8. März bewiesen hat, eine blinde Gl bigkeit und kann keinen Grund für Abtretungen finden. Als ob türkischen Pascha's glimpflicher mit den Christen umgiengen als einst von der englischen Presse so angefeindete König Bomba Neapel! Als ob das Nationalitätsprincip nur in Italien zur G tung kommen dürfte, nicht auch in Griechenland! Was haben d jene hauptsächlich auf englische Veranlassung gegebenen türkisc Gesetze, der Hattischerif von Gülhane (3. Nov. 1839) und der Humayun (18. Febr. 1856) genützt? Versprochen wurde da daß die Christen künftig die gleichen bürgerlichen Rechte wie Türken haben sollen; aber bis auf den heutigen Tag sind diese lasse nicht mehr werth als das Papier, auf dem sie verzeichnet si Noch heute dürfen die Fremden in der Türkei keinen Grundb erwerben, die Christen nicht überall, noch heute ist das Zeug eines Christen gegen einen Moslem ungiltig. Dies sind bar rische Zustände, und eben nur durch solche kann sich die Türk herrschaft halten, da bei vollständiger Gleichheit schon die numeri Ueberlegenheit der türkischen Christen das Verhältniß zwischen ih und den Muhamedanern bald umkehren würde.

Der Aufstand der Kandioten begann im April 1866 mit ei Bittschrift an die Pforte um Abhilfe ihrer Beschwerden. Da d abschlägig beschieden wurde, so erfolgte die allgemeine Erheb der Insel und der Beschluß der Generalversammlung vom 2. Se daß die osmanische Herrschaft auf der Insel abgeschafft sei

Digitized by Google

dia mit Griechenland sich vereinige. Sofort langte Mustapha
da mit türkischen und ägyptischen Truppen an, es entspann sich
verzweifelter Kampf, in welchem die Kandioten von Griechen-
ands mit Freiwilligen, Waffen und Geld unterstützt wurden,
Jahr näherte sich seinem Ende, und noch war Kandia nicht
worfen. In einer Depesche, welche die Pforte am 26. Dec.
an die drei Schutzmächte Griechenlands (Rußland, England,
reich) richtete, beklagte sie sich bitter über Griechenland, das
die Pacifikation Kandias verhindere, auch nach Thessalien und
die Fackel des Aufstandes schleudere, und stellte, wofern
Treiben nicht abgeholfen würde, einen offenen Bruch mit
henland in Aussicht. Die Antwort Griechenlands auf diese
ung war die am 29. Januar 1867 auf den Antrag des Kriegs-
ers Botzaris beschlossene Vermehrung der Armee. Und kann
henland anders handeln? Niemand, weder König noch Mi-
ium, kann sich der nationalen Strömung entziehen, welche da-
cht, alle hellenischen Stämme in der nämlichen Weise mit
Königreich Griechenland zu vereinigen wie im Jahre 1859 die
ischen mit dem Königreich Sardinien, und so die Fehler der
ner Konferenzen, welche die hellenischen Stämme von einander
en und das junge Königreich zu groß zum Sterben und zu
gum Leben schufen, wieder gut zu machen. Will König Geor-
nicht den Ausgang seines Vorgängers haben, so muß er sich
Spitze dieser großgriechischen Bewegung stellen; denn eben
uptsächlich hat König Otto seinen Thron gekostet, daß er
während des Krimkrieges noch nach dem italienischen Krieg
iese Lieblingsidee seiner neuen Heimat Verständniß und guten
n zeigte. Daher kehrte sich die griechische Regierung so wenig
nglich an die Vorstellungen Englands und schloß sich haupt-
h an Rußland an, in dessen Interesse es liegt, daß Kandia,
auch Thessalien und Epirus, von der Türkei sich losreiße
mit Griechenland sich vereinige. Denn die Türkei wird da-
schwächer, den anderen christlichen Provinzen, welche gleich-
Trennungsgelüste haben, wird ein ermunterndes Beispiel ge-
, und Griechenland wird doch nicht so stark, daß es nicht den
nd Rußlands stets bedürfte. So könnte der russische Plan,
ürkei mit lauter ganz oder halb selbständigen Staaten zu um-
verwirklicht werden. Ist dies geschehen, so braucht es wenig

Digitized by Google

Sprengpulver mehr, um die türkische Herrschaft selbst an die E
zu setzen.

Im Jahr 1866 war es den Türken nicht gelungen, den A
stand auf der Insel Kandia zu unterdrücken. Nicht glücklicher wa
sie im folgenden Jahre; vielmehr zeigte es sich, daß, so oft
erklärten, der Aufstand sei erloschen, er um so heftiger entbran
Vom 11. bis zum 14. Februar fanden neue Kämpfe statt, wel
ein Zurückgehen der türkischen Truppen zur Folge hatten. Die la
Dauer dieses Streites war für diejenigen europäischen Mächte
unbequem, welche ein Interesse daran hatten, daß die Lösung
orientalischen Frage immer und immer wieder verschoben we
Denn es war zu fürchten, daß durch diesen kandiotischen Aufst
ein Krieg entstehe, in welchen alle Großmächte verwickelt würd
Daher gaben zu Anfang des März die Gesandten von Frankre
Rußland, Preußen und Italien der Pforte den Rath, die S
dadurch beizulegen, daß sie Kandia an Griechenland abtrete.
aber England, welches vermöge seiner Ueberlegenheit zur See
dieser Sache ein kräftiges Wort zu sprechen vermag, der Türkei
entgegengesetzten Rath gab, so lehnte diese, der englischen H
vertrauend, den Vorschlag der anderen Großmächte ab. Um ih
die Gelegenheit zu weiteren Zudringlichkeiten abzuschneiden, schi
sie statt Mustapha den berühmten General Omer Pascha nach
Insel, welcher die Kandioten in wenigen Wochen unterwerfen und
theilnehmenden Europa berichten sollte, daß die Ruhe vollkom
wieder hergestellt sei. Aber am 23. April bei Kalikrati zurüc
schlagen, mußte er sich nach Rethymno zurückziehen, und seine
bitterten Soldaten begiengen auf dem Rückzug Greuelthaten a
Art. Dies hatte neue Erbitterung und neuen Zuzug von griechis
Freiwilligen, gegen 3000, zur Folge.

So standen die Verhältnisse, als Kaiser Alexander nach P
kam. Die türkische Abweisung hatte sicherlich den schlimmsten E
druck auf ihn gemacht. Es fragte sich, ob Napoleon ebenso gesi
und bereit war, von nun an den Kandioten durch mittelbare
unmittelbare Unterstützung mehr Theilnahme zu schenken. Die V
handlungen scheinen nicht am besten gegangen zu sein; denn
einzige Maßregel, welche daraus hervorgieng, war eine am 15. J
von Frankreich, Rußland, Preußen und Italien in Konstantinopel üb
reichte Kollektivnote, an welche sich am 16. eine Separatnote Oestrei

Digitized by Google

ziemlich von gleichem Inhalt, anschloß. Jene Kollektivnote war ein unverkennbarer Rückschritt gegen den früheren Rath, die Insel zu räumen; denn sie enthielt nur den Vorschlag, daß die Pforte die Notabeln von Kandia berufen und diese über die Wünsche der Bevölkerung, so weit sie die Herstellung eines besseren Einvernehmens zwischen der türkischen Regierung und den Kandioten betreffen, befragen sollte. Aber auch diesen Kollektivvorschlag wagte die Pforte, da England sich wiederum nicht dabei betheiligte, zurückzuweisen und ihre Antwort zu geben, daß sie vorerst abwarten wolle, was Omer Pascha durch seine aufs neue aufgenommenen kriegerischen Operationen ausrichte. Derselbe habe die Zusicherung gegeben, binnen zwei Monats den Aufstand zu bewältigen. Erst wenn nach Ablauf dieser Frist, bis zum 24. Juli, Omer nicht zum Ziele gelangt sei, werde die Pforte Einleitung zur Berufung der christlichen Notabeln treffen.

Wenn diese Kollektivnote und die nochmalige Abweisung von Seiten der Pforte das einzige positive Resultat der Monarchen-Zusammenkunft in Paris war, so mag es sehr frostig dabei zugegangen sein, und es hat sehr viel Wahrscheinlichkeit, wenn behauptet wird, daß Alexander sei über das Tuilerienkabinet erbitterter als je. Daß dieses von ihm als Gegenleistung für etwaige Konzessionen in der orientalischen Frage verlangte, das Aufgeben des engen Verhältnisses zu Preußen, konnte er durchaus nicht gewähren. Auch ohne dieser besonders beruhigt worden zu sein, konnte der König von Preußen seinen Neffen nach der Seine vorausreisen lassen. Denn die Intimität, welche zwischen beiden Fürsten besteht, beruht nicht bloß auf verwandtschaftlichen oder überhaupt persönlichen Banden, sondern noch mehr auf dem Charakter ihrer Politik, welcher es ihren Staaten erlaubt, trotz vielfacher Berührung ruhig auf verschiedenen Zielen nachzugehen, ohne daß der eine jeden Augenblick gewärtig sein muß, dem anderen das Wort des syrakusischen Archimedes zuzurufen: „bringe mir meine Kreise nicht in Verwirrung!“ Eine russisch-französische Allianz, soviel man auch schon davon gesprochen hat, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Polen und Italien sind zwei Punkte, über welche die Regierungen Rußlands und Frankreichs sich nicht so bald verständigen werden. Frankreich wird nie aufhören, mit den Polen zu kokettiren, nie aufhören, den Italienern zu unterstützen, wie wenigstens Staatsminister Rouher ver-

Digitized by Google

sichert; Rußland wird Polen zu einer russischen Provinz mach
und Italien in der Untergrabung der päpstlichen Herrschaft unt
stützen. Im Orient freilich, sollte man glauben, berühren sich
Interessen beider Staaten nicht; Frankreich, von der Aufmerksa
keit auf Deutschland und Italien ganz hingenommen, habe an
Donau und am schwarzen Meere gar wenig greifbare Interess
So richtig diese Ansicht an sich ist, so unrichtig, so bald sie sich
litisch geltend machen will. Abgesehen davon, daß das heut
Frankreich, wie das Napoleonenthum und sein Geschichtschrei
Thiers mit Stolz verkündigen, in der Rolle des europäischen Ne
weis sich gefällt und in allem seine Hände haben will, handelt
sich in dieser Frage auch darum, wie sie von anderen Großmäch
aufgefaßt wird, und da zeigt es sich, daß gerade diejenigen,
welchen es Frankreich am wenigsten verderben will, England
Oestreich, den russischen Planen schnurstracks entgegenarbeiten.
Motive Englands wurden schon besprochen; von Oestreich w
weiter unten die Rede sein. Wollte Frankreich die orientali
Politik Rußlands unterstützen, so würde es sich England und O
reich zu Gegnern machen. Und was könnte Rußland der fran
zösischen Regierung als Ersatz für diese Gegnerschaft, welche sich
deutschen und italienischen Fragen bald bemerklich machen wür
nennenswerthes bieten?

Preußen dagegen, welches nicht die Anmaßung eines europäisc
Schiedsrichters, aber den Ehrgeiz und das praktische Geschick
sich in seinem deutschen Hause wohnlich einzurichten und darin
gute Ordnung zu halten, interessirt sich nicht stark für orientali
Bilder und kann Rußland in diesem Genre weit größere Kon
sionen machen als jeder andere Staat. Auch im westlichen Eur
laufen die preußischen und russischen Interessen friedlich neben
ander her, und in Polen sind sie so eng mit einander verfloch
daß im Jahr 1863, während Frankreich, England und Oestreich
dringliche Noten nach Rußland schickten, Preußen den geheimen
trag vom 8. Februar mit ihm schloß, welcher die gemeinschaftl
Unterdrückung des polnischen Aufstandes zum Zweck hatte. Es
daher sehr richtig, wenn gesagt wird, daß Rußland Preußens m
bedürfe als Preußen Rußlands. Diesen Satz kann keine Par
Reise, keine Liebenswürdigkeit der französischen Kaiserfamilie, ke
Gefälligkeiten ihrer Diplomatie umstoßen. Nur eine Frage kön

Digitized by Google

der Zeit das freundschaftliche Verhältniß Preußens und Rußs
s lockern, und das ist eine deutsche. Je mehr Preußen in
schland aufgeht, sich mit diesem identificirt, desto mehr wird es
auch zur Pflicht gemacht, die deutschen Interessen überall, an
Ostsee wie an der Königsau, zu wahren und für jeden Schmer=
schrei eines unterdrückten deutschen Volksstammes ein empfäng=
s Ohr zu haben. Wenn Rußland fortfährt, in den deutschen
rovinzen Sprache und Religion unserer Stammesbrüder so
einträchtigen, wie die fanatische altrussische Partei, welche auf
Vernichtung aller fremdartigen Elemente und auf vollständige
Russirung aller fremden Nationalitäten ausgeht, bereits begonnen
so wird die Kameradschaft nimmer lange eine herzliche sein.
rerseits haben auch die panslavistischen Tendenzen Rußlands
s Bedenkliches für Deutschland. Hält Rußland sich für be=
, alle slavischen Stämme unter seiner Herrschaft zu vereinigen,
ürde es in denjenigen östreichischen Provinzen, wo Deutsche und
en gemischt sind, an Preußen einen Nebenbuhler finden. Ob
Befürchtung früher oder später praktisch wird, hängt mit der
t von der Lebensfähigkeit des auf neuen Principien gegrün=
östreichischen Kaiserstaates zusammen.

Vorerst hat es mit solchen Besorgnissen noch seine guten Wege.
n konnten sich die Pariser bei der gleichzeitigen Anwesenheit
beiden Monarchen in ihrer schönen Hauptstadt überzeugen.
bevor der König von Preußen, welchem das kronprinzliche
vorausgereist war, Berlin verließ, war noch ein kleines Ge=
abzumachen. Da die Pariser sehr neugierig sind und neuer=
namentlich für deutsche Verhältnisse ungemein viel Interesse
n Tag legen, so glaubte Graf Bismarck, durch nichts sich besser
nen zu empfehlen und eine günstige Aufnahme sich bei ihnen
erschaffen, als wenn er ihnen eine politische Neuigkeit ganz
aus seinem geheimen Kabinet mitbringe und zwar ihnen
vorerst, schon aus schuldiger Revanche dafür, daß auch sie ihm
luxemburger Geheimniß, wenn auch nicht zuerst anvertraut,
auch nicht lange vorenthalten haben. Er schrieb daher am
Mai sogleich an seine Kollegen in Süddeutschland und that
zu wissen, daß er etwas auf dem Herzen habe. Diese
sich so etwas nicht zweimal sagen. Am 3. Juni waren sie
in Berlin und klopften bei dem Herrn Minister an. Es war

Digitized by Google

der Fürst von Hohenlohe, welcher zum Schrecken der bairische
Reichsräthe und der Ultramontanen den weiten Weg nicht gesche
hatte, Herr von Varnbüler, über dessen Abreise die württemberg
schen Demokraten die Hände über dem Kopf zusammenschluge
Herr von Freydorf, welchen die besten Wünsche des badischen Volke
nur nicht des erzbischöflichen Palastes in Freiburg begleiteten, un
Herr von Dalwigk, immer bereit, in Berlin sich angenehm zu mache
wenn er schlechterdings nicht anders konnte.

Als diese vier Minister mit dem Grafen Bismarck beisamm
waren, erklärte ihnen der Letztere, daß bekanntlich der auf zwö
Jahre geschlossene Zollvereinsvertrag vom 16. Mai 1865 durch d
Bestimmung vom 24. August 1866 denjenigen Regierungen gege
über, welche sich mit Preußen im Krieg befanden, nur unter d
Bedingung einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist fortbestehe. (
werde aber im Interesse des Südens wie des Nordens liegen, wei
ein für das wirthschaftliche Leben ganz Deutschlands so nothwe
diges Institut eine gesichertere Existenz habe. Aber mehr noch a
diese den Bestand des Vereins betreffenden Bestimmungen zeig
sich andere Verhältnisse, durch welche die Entwicklung und d
Fortschritt desselben bedingt sei, schlechterdings unerträglich. Na
dem der norddeutsche Bund gegründet und in Artikel IV sein
Verfassung die Zoll- und Handelsgesetzgebung vor das Forum d
Bundesraths und Reichstags verwiesen sei, könne man doch
Beschlüsse dieser eine Bevölkerung von 30 Millionen repräsentire
den Körperschaften nicht von der Zustimmung der Regierungen u
Landtage der vier süddeutschen Staaten abhängig machen. Ander
seits könne man aber auch den süddeutschen Regierungen nicht
muthen, die Beschlüsse des norddeutschen Bundesrathes und Reic
tags ohne weiteres zu den ihrigen zu machen. Es bleibe da
nichts anders übrig, als daß die Gesetzgebung in Zollvereinsange
genheiten einem gemeinschaftlichen Organe der betheiligten Reg
rungen und einer Vertretung der Bevölkerungen übertragen wer
Darauf legte er einen Entwurf vor, wonach der obengenannte V
trag dahin abzuändern sei, daß von nun an die Gesetzgebung ü
das gesamte Zollwesen, über die Besteurung des einheimisch
Zuckers, Salzes und Tabaks und über die Maßregeln, welche
Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze erforderlich seien, d
die Mehrheitsbeschlüsse des verstärkten Bundesraths und des r

Digitized by Google

ihen Reichsraths festgestellt werden solle, Preußen die Stellung
leitenden Präsidialmacht einnehme und nur für den Fall, daß
sich für Aufrechthaltung bestehender Einrichtungen erkläre, ein
n beanspruche, in allen übrigen Fällen sich wie jede andere Re-
rung den Mehrheitsbeschlüssen der beiden berathenden Körper zu
nterwerfen habe. Der Vertrag solle bis zum letzten December des
hres 1877 gelten.

Diese Ministerkonferenz, welche am 3. und 4. Juni stattfand,
te besonders durch das entgegenkommende Verhalten des würt-
bergischen und des badischen Ministers einen sehr günstigen Ver-
f. Beide erklärten sich sogleich einverstanden mit der beabsich-
ten Uebereinkunft, während Hessen-Darmstadt am 7., Baiern erst
18. Juni seine Zustimmung gab. Ja die Stellung des Fürsten
Karlsruhe schien eine Zeit lang der Festigkeit sehr zu ermangeln.
t hier zeigte es sich wieder, wie schwer es Baiern fiel, seine
achtspolitik aufzugeben und von einer nationalen Gesamtheit,
der es selbst ein Glied ausmachte, sich etwas vorschreiben zu
n. Man hielt es dort für einen gewaltigen Eingriff in die
reränetätsrechte, für einen weiteren Schritt (den Allianzvertrag
den ersten angesehen) zur Mediatisirung des Hauses Wittelsbach,
n das alte Recht der Zollvereinsglieder, daß jedes einzelne der-
er gegen die Beschlüsse der Mehrheit protestiren und sie dadurch
ßig machen könne, aufgegeben werde. Als ob dieses liberum
o nicht überall, wo es in staatlichen Konföderationen stattgefun-
, aufs übelste gewirkt und zum Ruin derselben ausgeschlagen
e! Als ob nicht dadurch bei jeder Neuerung eine gefährliche
ß entstehen und die Existenz der Konföderation in Frage ge-
werden müßte! Dies hatte sich bei dem Handelsvertrag ge-
, welchen Preußen im Namen des Zollvereins 1862 mit Frank-
abgeschlossen hat. Da einzelne Bestimmungen desselben nicht
n Regierungen genehm waren, so wurde von dem Recht des
vielfach Gebrauch gemacht, worauf Preußen erklärte, daß es
den Handelsvertrag festhalte, denjenigen Staaten, welche den-
n verwerfen, den Zollverein kündigen und mit den anderen
neuen schließen werde. Wie stand es nun mit dem liberum
n? Es blieb bestehen, aber es half nichts. Sämtliche Zoll-
staaten, wenn sie nicht industriell ruinirt sein wollten, mußten
Jahre 1864 dem französischen Handelsvertrag beitreten. Mit

Digitized by Google

Recht hat daher Preußen in der Uebereinkunft vom 4. Juni an d
Stelle dieses Veto den Mehrheitsbeschluß des Bundesraths u
Reichstags gesetzt. Da für alle Berathungen über Zoll- und Ha
delsangelegenheiten eine bestimmte Anzahl Bevollmächtigter der sü
deutschen Regierungen in den norddeutschen Bundesrath eintr
und ebenso süddeutsche Abgeordnete, welche aus allgemeinen u
direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgehen und kei
Diäten erhalten, an den Sitzungen des norddeutschen Reichsta
theilnehmen, so ist ja eben hiemit Regierung und Volk Gelegenh
genug gegeben, ihre Stimme zu erheben, und gerade so viel Einfl
gegönnt, als ihnen vermöge ihrer realen Machtverhältnisse zukomn
Es ist immer wohl zu beachten, daß nicht bloß über Preußen, n
man neuerdings so vielfach betont hat, sondern auch über Baie
das ganze Deutschland steht, und daß nur der seinem Deutschla
im wahren Sinne dient, welcher auch in Fragen, die nicht n
seinem Geschmack beantwortet werden, den Mehrheitsbeschlüssen ei
Versammlung sich unterwirft, welche der gesetzliche und natürli
Repräsentant Deutschlands ist.

Die Partei der Ultramontanen und der Reichsräthe in Baie
fand diese Uebereinkunft sehr bedenklich, weniger wegen dessen, w
darin stand, als wegen dessen, was nicht darin stand. Dieses ne
Verbindungsmittel mit dem Norden war ihnen natürlich an s
schon äußerst zuwider. Nun sollten sie sich auch noch der Gefahr a
setzen, von den preußischen Bundesräthen und Reichstagsabgeordne
nebst deren Kollegen sich überstimmen zu lassen, und solche auf
drungene Beschlüsse gerade so bereitwillig annehmen, wie we
ihre Abgeordneten und Reichsräthe in München die Sa
unter sich abgemacht hätten, die doch kein Wort hiezu sprec
durften. Wo bleibe da eine Souveränetät? wo bleibe die Se
ständigkeit des Staates? wo Baiern und seine Nation? Doch al
dies wäre noch angegangen, wenn nur nicht das Bedenklichste
noch zu fürchten gewesen wäre. Oder konnte jemand glauben, d
die 48 Abgeordneten, welche von Baiern nach Berlin in den Reic
tag geschickt werden, zehn volle Jahre lang, bis zum 31. Decem
1877, sich mit der Aufgabe begnügen werden, über Zollangeleg
heiten und über Zucker, Salz und Tabak zu debattiren, dann
fremde Gäste sich zu entfernen, während die näheren Bekannten
Hauses sich jetzt erst zusammensetzen und Dinge zur Sprache br

Digitized by Google

auf deren Besprechung man in allen Theilen Europas und an den Gestaden der Union mit Begierde lauscht? War nicht zu hoffen, daß diese neu eintretenden Reichstagsmitglieder, wie aus ihrem vor ihren norddeutschen Kollegen über ihre beschränkte Stellung, selbst darauf dringen werden, daß ihre Wirksamkeit erweitert, zum mindesten auf alle diejenigen Gegenstände ausgedehnt werde, welche nach dem 4. Artikel der norddeutschen Verfassung der Bundesgesetzgebung vorbehalten sind, um auf diese Weise das ganze wirthschaftliche Leben des deutschen Volkes in den Kreis ihrer Thätigkeit hereinzuziehen? Wenn ihnen zunächst bloß obengenannte Punkte zur Mitberathung zugewiesen werden, ist es nicht ein sehr natürlicher Gedanke, den man bei jeder größeren öffentlichen Verhandlung wiederkehren sieht, daß sie vom Theil auf das Ganze übergehen und auch an den Berathungen über Freizügigkeit, Heimath- und Niederlassungsverhältnisse, Maß-, Münz- und Gewichtswesen, Papiergeld und Bankwesen, Erfindungspatente und Schutz des geistigen Eigenthums, Eisenbahnen, Post- und Telegraphenwesen, Handels- und Wechselrecht, Civilproceß und dergleichen theilnehmen wollen, welche Gegenstände größtentheils ebensogut unter die Rubrik „Verkehrswesen" gehören, wie die in die Uebereinkunft vom 4. Juni aufgenommenen Punkte? Ueberhaupt, mußte man nicht fürchten, daß diese Abgeordneten aus Berlin als vollendete „Preußen" zusammen und in der alten Heimat Propaganda für den Norden machen, so daß endlich die Erweiterung ihres Wirkungskreises nicht Manchen mehr genüge, sondern auch die letzte Konsequenz gezogen werden müsse, der Eintritt in den norddeutschen Bund, wodurch dann die Konsolidirung Deutschlands eine Wahrheit ist?

Dem all diese Konsequenzen als „schwarze Punkte" am Horizonte aufstiegen, wie dies bei den bairischen Ultramontanen der Fall war, mußte allerdings mit ängstlichem Gefühl dem Abschluß einer Uebereinkunft entgegensehen, welche so Großes in ihrem Schoße barg. Gab aber auch andere, welche die naturgemäße Entwicklung der Dinge ruhig abwarteten, noch andere, welche diesem Ziele mit der Hoffnung freudig zusteuerten. Aber schon bei jenen Verhandlungen in den ersten Tagen des Juni zeigte sich eine gewisse Aengstlichkeit. Wenigstens wird erzählt, Graf Bismarck habe den süddeutschen Ministern vorgeschlagen, neben der Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen noch andere Punkte in die Kompetenz

Digitized by Google

des gemeinsamen Reichstags aufzunehmen. Aber darauf seien
Minister nicht eingegangen und haben, um ganz sicher zu geh
darauf gedrungen, daß in den Wortlaut der Uebereinkunft die a
drückliche Bestimmung aufgenommen werde, die Zuständigkeit
gemeinsamen Parlaments habe sich auf andere als die im § 2
zeichneten Punkte nicht zu erstrecken. Eine Berliner Korrespond
äußerte sich hierüber: „Diesen Akt der Vorsicht kann man in
That nur belächeln. Die Konsequenzen werden schon ganz von se
kommen und den Herren über den Kopf wachsen. Ganz gewiß w
bevor die jetzt abgeschlossenen Verträge (bis 1877) ablaufen,
deutsche Volk in einem Parlament, nicht bloß für Zollsachen,
dern für alle seine Angelegenheiten vertreten sein."

Damit diese Prophetenstimme zu den falschen gerechnet we
glaubte die bairische Regierung noch besondere Mittelchen anwen
zu müssen. Die klerikalen Einflüsse, welche aus verwandtschaftli
und anderen Kreisen auf den jungen König eindrangen, kon
denn doch ihre Plane nicht durchsetzen. Bei einem Fürsten, wel
nicht durch die Traditionen einer langjährigen Regierung mit Vo
theilen befangen war und sich nicht schon sein bestimmtes, unal
derliches Regierungsprincip zurechtgeschnitten hatte, war es am
sten möglich, daß er mit der ganzen neuen Generation sich in
Neue hineinlebte, was auch den Nachbarstaaten zu gut kam.
wollte es mit der Annahme der Uebereinkunft so wenig vorw
gehen, daß Fürst Hohenlohe für den Fall, daß sie die königl
Ratifikation nicht erhalte, seine Entlassung anbot. Wenn
Aenderungen in einigen Punkten wünschenswerth seien, habe e
seinem Bericht an den König gesagt, so nöthige doch die Unr
lichkeit einer Zolleinigung mit Oestreich Baiern zur Annahme
preußischen Vorschläge. Darauf wurde Graf Taufkirchen nach B
geschickt, welcher am 17. und 18. Juni aufs neue unterhan
Er äußerte unter anderem den Wunsch, daß die Vertreter der
deutschen Staaten im Reichstag nicht bloß als Anhängsel dess
aufgefaßt werden, sondern daß sämtliche Vertreter in Zollsachen
besonderes Zollparlament sich konstituiren sollten, welches s
Geschäftsgang und seine Disciplin selbständig durch eine Gesch
ordnung zu regeln und seinen Präsidenten, seine Vicepräsid
und Schriftführer selbständig zu wählen habe. Zu dieser Umw
lung des Namens „Reichstag" in den Namen „Zollparlament"

Digitized by Google

n dem übrigen Formalismus, hinter dem sich die Furcht vor den
nsequenzen einer, wenn auch nur temporären, Reichstags-
meinschaft nicht gut verbergen konnte, gab Graf Bismarck, im
rtrauen auf das Wesen der Sache, am 18. Juni seine Zustim-
ung. Es blieb nun noch übrig, daß auf der Basis dieser Ueber-
nkunft vom 4. Juni als eines bloßen Entwurfs ein detaillirter
rmlicher Zollvertrag neu abgeschlossen wurde. Zu diesem Behufe
rten am 26. Juni im Finanzministerium in Berlin Zollkonfe-
nzen, zu welchen als die Bevollmächtigten der einzelnen Staaten
chsmänner eingetroffen waren, eröffnet, und schon am 8. Juli war,
ner Uebereinkunft entsprechend, der neue Zollvertrag fertig. Es
r ein neuer Sieg, dessen sich Graf Bismarck rühmen konnte.
enn diese Zollübereinkunft mit dem nachherigen Vertrag bedeutet
el mehr als die Allianzverträge vom August 1866. Diese sind,
e alle politischen Verträge, dem Wechsel der politischen Konstella-
nen nur zu sehr unterworfen und könnten, ohne eine fühlbare
cke im Volksleben zurückzulassen, leicht wieder zerrissen werden;
er wirthschaftliche Vertrag aber, welcher den Eintritt des Südens
n den Organismus des norddeutschen Bundes für die Angelegen-
iten des Zollvereins festsetzt, macht eben dadurch das Band zwischen
rd- und Süddeutschland unzerreißbar und gibt die festeste Bürg-
haft eines immer innigeren Zusammenwachsens von Süd und Nord.
ese Jahre, in welchen die Vertreter von Nord- und Süddeutsch-
nd gemeinschaftlich im Zollparlament zu berathen haben werden,
d geradezu als die Lehrjahre zu bezeichnen, in welchen Nord und
d einander kennen zu lernen, zu achten und zu lieben haben, in
chen Gegensätze auszugleichen, Vorurtheile abzustreifen, Eifer-
chteleien abzulegen sind. Sind nur erst diese Lehrjahre vorüber,
n den Meisterjahren wird es dann nicht fehlen.

Kaum war die Uebereinkunft vom 4. Juni unterzeichnet, so
er der König von Preußen die Reise nach Paris an. Unter sei-
m Gefolge befanden sich als die Repräsentanten der preußischen
aats- und Kriegskunst Graf Bismarck und General von Moltke.
e Ankunft in Paris erfolgte am 5. Juni Nachmittags vier Uhr,
d der Empfang des Königs von Seiten des Publikums war weit
hmeichelnder als der des russischen Kaisers. Das heitere, freund-
he Wesen des durch seine hohe, männliche Gestalt imponirenden
ährigen Herrschers trug nicht wenig dazu bei. Die Sympathie

Digitized by Google

für ihn wuchs von Tag zu Tag und äußerte sich in vielfachen Rufe
Von feindseligen Kundgebungen, wie sie dem Zaren zu Theil wu
den, war keine Rede. Einen fast komischen Eindruck machte e
als am 5. Juni in den Ruf eines kräftigen Deutschen: „Vive l'en
pereur d'Allemagne!“ einige Pariser Gamins aus Leibeskräfte
einstimmten, wohl weniger von der Regierung oder von Her
Thiers hiezu aufgestellt, als von sinnloser Schreiwuth erfüllt. M
dem Grafen Bismarck, welcher eine mehr zugeknöpfte Haltung a
nahm, war man weniger zufrieden. Man äußerte, nach Pariſ
Weise spöttelnd, den Wunsch, „la tête de Bismarck“ zu sehe
suchte ihn aber gewöhnlich da nicht, wo er sich befand, nämlich
der weißen Uniform eines Küraſſier-Generals.

Gleich am folgenden Tage, am 6. Juni, war große Revue i
Boulogner Wald. Die Sache lief gut ab. Napoleon und sei
Gäste stiegen von den Pferden und fuhren in den bereitgehalten
Wagen nach Paris zurück. Im ersten Wagen saß jener mit Kaiſ
Alexander und dessen beiden Söhnen, im zweiten der König u
der Kronprinz von Preußen, der Prinz von Hessen und Graf Bi
marck. Die Wagen waren gerade am großen Wasserfall vorübe
gekommen und lenkten in die große Allee von Longchamps e
wegen des Gedränges im Schritt fahrend. Man hörte ganz in d
Nähe mehrere Personen „vive la Pologne!“ rufen und zugleich d
Knall einer Feuerwaffe. Die Uniformen Napoleons und des Gro
fürsten Wladimir waren mit Blut bespritzt, aber niemand verwund
Der Thäter war ein Pole aus Volhynien, welcher die Absicht hat
den Kaiser Alexander zu erschießen. Bei der Biegung der Stra
war er aus der Menschenmenge hervorgetreten und hatte mit ein
doppelläufigen Terzerol nach dem ersten Wagen gezielt. Dies
merkte der kaiserliche Stallmeister, Herr Raimbeaux, welcher hin
dem Wagen ritt, warf sich mit einem mächtigen Satz seines Pfer
zwischen den Wagen und das Terzerol, und die zwei Kugeln, wel
für den Zaren bestimmt waren, drangen in die Nüstern des Pfer
ein, welches sich bäumte und die Fürsten mit seinem Blute bespri
Diese erhoben sich in dem Wagen, um dem Volke zu zeigen, d
sie unverwundet seien, und fuhren dann nach den Tuilerien zuri
Die Menge aber stürzte sich auf den Thäter, um Lynchjustiz
ihm zu üben, bis es endlich der Gensdarmerie gelang, ihn d
Wüthenden zu entreißen, in einen Wagen zu bringen und un

Digitized by Google

Bedeckung nach der Polizeipräfektur zu geleiten. Hier wurde
ter, dessen linke Hand durch das Zersprengen eines der Läufe
det worden war, sofort verhört. Man erfuhr, daß derselbe
wski heiße, 22 Jahre alt sei, im Jahre 1863 unter den
aren in Polen gekämpft und seit 2 Jahren in Paris in
ebenen Fabriken sich herumgetrieben und theils von solchem
nst, theils von einer Geldunterstützung der französischen Re-
g gelebt habe. Wegen des Attentats wurde er vor das
rgericht des Seinedepartements gestellt und von demselben
7. Juli für schuldig mit mildernden Umständen erklärt, worauf
richtshof ihn zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilte,
s nachsichtige Urtheil der Geschworenen, worin man eine
mmung der russischen Politik in Polen sah, wieder gut zu
n. Er wurde am 11. September nach Toulon gebracht und
rt die Kette der Bagnosträflinge angeschmiedet.

Niemand war entrüsteter über dieses Attentat als Kaiser Na-
. Wie konnte er künftig fürstlichen Personen seine Gastfreund-
anbieten, wenn dieselben bei jeder Biegung einer Straße auf
ugel gefaßt sein mußten! Sagte er auch halb scherzend zu
nen: „So sind wir denn mit einander im Feuer gestanden!"
er auch wieder, wenn er unter den Seinigen war, voll Er-
g einmal ums anderemal aus: „Das ist eine Schmach!"
ch durfte man nicht zu viel Wesen aus der Sache machen,
e daher auch nichts an dem Programm der weiteren Festlich-

Doch machten diese glänzenden Ballgestalten bei so düsterer
ung einen unheimlichen Eindruck. Am 11. Juni reiste Kaiser
ter von Paris ab, um am 16. Juni noch einmal mit dem
von Preußen in Berlin zusammenzukommen und seine Reise-
e mit ihm auszutauschen. Er mochte beim Abschied von
nebleau an die Worte Napoleons denken, wie er im Oktober
nach dem Attentat des Friedrich Staps in Schönbrunn, seiner
ung zurief: „Fort aus diesem unheimlichen Lande!"

Der König von Preußen reiste erst am 14. Juni ab und mußte
hen, daß während seiner Anwesenheit in der französischen
dt ein officiöser Journalist, der bekannte Granier von
ac, in einem Artikel, dessen Unverschämtheit mit seiner
chaftigkeit wetteiferte, die „natürlichen Grenzen" zur Sprache
. Das Journal „Pays" war unanständig genug, in diesem

Digitized by Google

Artikel, bis auf Tiberius und Cäsar zurückgreifend, beweisen
wollen, daß auf das linke Rheinufer keine Deutsche gehören ol
nur solche, welche es sich zur Ehre anrechnen, als Franzosen a
gesehen zu werden und mit diesen die Rheingrenze gegen die Ei
fälle der deutschen Völkerschaften zu beschützen. Auch dieses Attent
für welches die allmächtige kaiserliche Regierung eher verantwortl
gemacht werden konnte als für die Kugel Berezowskis, war g
dazu angethan, in den auswärtigen Monarchen den Gedanken
erwecken, daß Kaiser Napoleon entweder in seiner gerühmten D
ciplin nachlasse oder mit zweierlei Karten spiele.

Mit solchen Preß- und Polen-Attentaten seinen unschuldi
Namen in Verbindung gebracht zu sehen, durfte Kaiser Napol
bei der Ankunft eines dritten Gastes, wohl des ersehntesten, n
befürchten. Schon traf die Fürstin Metternich die glänzendsten V
bereitungen zu einem Feste, welches bei der Anwesenheit des Kai
und der Kaiserin von Oestreich gefeiert werden und alles, was
früheren Gästen geboten worden war, hinter sich lassen sollte.
gleich wurde hervorgehoben, daß, während die Monarchen von Preu
und Rußland mit ausgesuchter Höflichkeit in den Tuilerien empfan
worden seien, die Aufnahme der östreichischen Majestäten den C
rakter der Intimität und Herzlichkeit haben werde, was in a
Schichten der Gesellschaft sich bemerklich machen werde. Dies f
freilich eine Raschheit des Temperaturwechsels voraus, wie er
in diesen höheren Kreisen, wo neben dem Gletscher die Alpen
blüht, vor sich gehen kann, und erinnert an ein ähnliches Phäno
aus den Jahren 1809 und 1810. Kaum hatte damals der „g
Oheim" in seinem vierten östreichischen Feldzug den Kaiserstaat
Wagram auf's neue niedergeworfen und im Wiener Frieden (14.
1809) um 2000 Quadratmeilen leichter gemacht, so fühlte er,
ehe die ersten Veilchen kamen, sich unwiderstehlich zu dem Besie
hingezogen und erklärte schon am 7. Febr. 1810 dem östreichi
Gesandten, Fürsten von Schwarzenberg, daß er sich mit der
herzogin Marie Luise zu vermählen wünsche. Wie man damals
unmittelbar vom Krieg zur Verwandtschaft und bald darauf
Allianz übergieng, so sollte auch jetzt der Begegnung auf den Schl
feldern der warme Händedruck folgen. Oder hat nicht Oestreich
die schweren Schläge, die es seit einem Jahrzehnt erlitten hat,
nächst allerdings der Unfähigkeit seiner eigenen Staatsmänner

Digitized by Google

schränken, sodann aber in erster Linie dem Napoleonischen Neujahrsgruß von 1859 zu verdanken? Napoleon wollte, hierin den Spuren des Oheims und der früheren Könige bis hinauf zu Franz I. folgend, Oestreich all seine italienischen Provinzen entreißen, seinen Einfluß auf der Halbinsel vernichten, um dafür sich selbst zum unentbehrlichen Hausfreund Italiens zu machen. Nachdem dies erreicht und Oestreich gegen Napoleons Hoffnung und Wunsch sogar aus Deutschland hinaus gedrängt ist, hat sich auf einmal das Verhältniß beider Staaten zu einander geändert, und Frankreich spielt Oestreich gegenüber den zärtlichen Liebhaber. Das Wohl dieses Staates ist ihm nun Herzenssache geworden, wenn gleich diese Empfindung aus einer sehr eigennützigen Berechnung hervorgieng.

Der Schlüssel hiezu liegt einfach darin, daß Oestreich und Frankreich von nun an für gegenseitige Eifersucht keinen Gegenstand mehr haben, daß es aber auf dem europäischen Theater zwei Punkte gibt, wo auch in tiefster Nacht ihre Blicke sich verstehen. Diese Punkte sind Deutschland und der Orient. Nur verhalten sich die Staaten gegen jeden dieser Punkte nicht auf gleiche Weise sympathisch oder antipathisch. Oestreich, das seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegt hat, sind die Dinge an der unteren Donau von höchster Wichtigkeit. Wenn Rußland dort zugreifen will, so wird es eine weit energischere Politik gegen dasselbe verfolgen als 1854 während des Krimkrieges, und wird hierin Frankreich, natürlich auch England zu seinen Bundesgenossen haben. Frankreich dagegen liegt der Rhein näher als die Donau, und wenn es auf das Drängen seiner chauvinistischen Presse hören will, so muß es, sobald seine Armeeorganisation vollendet, alle Soldaten mit Chassepot, die Regimenter mit tragbaren Kanonen versehen sind und der Kriegsminister Marschall Niel sein zuversichtliches „Je suis prêt" ausspricht, Preußen die Alternative stellen, entweder seine alte Suprematie in allen europäischen Angelegenheiten anzuerkennen und die Mainlinie als einen ehernen Schlagbaum anzusehen oder mit ihm einen Gang auf Leben und Tod zu machen. Da aber in diesem Fall Preußen nicht allein stände, sondern über sämtliche Streitkräfte Nord- und Süddeutschlands zu gebieten hätte, es also ein Kampf zwischen Deutschland und Frankreich wäre, so fragt es sich, ob dieses dann an Oestreich einen Bundesgenossen hätte. Etwa zur Revanche für Königgrätz? Auch dies wäre möglich, wenn es gleich Oestreichs

Digitized by Google

tollſter Streich, wenn es gleich das Signal zu ſeiner Zertrümmerun
wäre, nichts anders hieße, als für das habgierige und herrſchſüchtig
Frankreich die Kaſtanien aus der Aſche holen. Daß es aber nich
möglich wird, dafür werden die 8 Millionen Deutſche in Oeſtreid
die Selbſtändigkeit des ungariſchen Königreichs und die troſtloſe
Zuſtände der Staatskaſſe ſorgen. Und ſelbſt wenn all dieſe Hinde
niſſe nicht beachtet oder beſeitigt würden, ſo könnte dennoch Oeſ
reich auch mit keinem einzigen Bataillon gegen Preußen marſchire
da es durch Rußland vollſtändig gelähmt wäre. Denn dieſes, ſe
dem Krimkrieg und den polniſchen Noten von 1863 mit Oeſtrei
tief verfeindet, wäre bei einer ſolchen Kombination der natürlid
Bundesgenoſſe Preußens, würde die ſlaviſchen Elemente Oeſtreich
die ohnedies ſchon rebelliſch ſind, durch das Wunderbild des Pa
ſlavismus zu offener Empörung reizen und zur Löſung der orie
taliſchen Frage an der unteren Donau ein Feuer anzünden, an we
chem ſich Oeſtreich mehr als bloß die Finger verbrennen könnte. F
Frankreich ſtände in einem Kriege mit Deutſchland nicht gerade
viel auf dem Spiele, wenn gleich auch von deutſcher Seite d
Wünſche von 1815 wiederholt und Arndt's Buch: „Der Rhe
Deutſchlands Strom, nicht Deutſchlands Grenze" neu ſtudirt werd
könnte, für Oeſtreich aber nicht weiter als alles. Es wird ſich daß
zehn und zwanzigmal beſinnen, ehe es der Sirenenſtimme von d
Seine folgt, und jedenfalls beſſer daran thun, wenn es die nächſt
Jahre dazu benützt, um ſeine neue, etwas komplicirte Staatsmaſchi
immer in gehörigem Gang zu erhalten, durch Vereinfachung ſein
Militärweſens ſeinen Finanzen aufzuhelfen und nach Abſtreifung i
mittelalterlichen Feſſeln ſich in das neunzehnte Jahrhundert hine
zuleben.

Es läßt ſich nicht verkennen, daß das heutige Oeſtreich, we
wir ſeine ſtaatlichen Einrichtungen betrachten, eine ganz neue Pl
ſiognomie hat. Ob es mit derſelben mehr Glück hat als mit d
Schmerling'ſchen Experimenten, läßt ſich noch nicht ſagen. Vor
Hand iſt alles noch zu ſehr auf dem Papier, noch zu wenig
Fleiſch und Blut des Volkes eingedrungen. Erſt bei der nächſ
Kriſis wird man ſich ein Urtheil darüber bilden können. Jedenfa
darf als Prüfſtein für eine aufrichtige Reform die Behandlung
Konkordatsfrage angeſehen werden, und dieſe iſt bis zum Sch

Digitized by Google

Jahres von den leitenden Kreisen nur sehr zart berührt, ge-
ge denn gelöst worden.

Was neuerdings in Oestreich vorgegangen ist, ist Folge seines
ältnisses zu den Ungarn, und wenn diese endlich ihre For-
gen alle durchgesetzt haben, so können sie sich dafür am mei-
bei den Siegern von Königgrätz bedanken, welche den Kaiser-
in eine Lage versetzten, aus welcher er schlechterdings nicht
zu retten war, wenn er nicht mit Ungarn Frieden machte und
ch seine gefährlichste Wunde schloß. Freilich benützten die Un-
diese Verlegenheit Habsburgs, um ihm möglichst viel auszu-
n und den lange gesuchten Ausgleich mehr nach ihren Inter-
als nach denen der westlichen Reichshälfte zu gestalten. Der
n, welcher diesen langwierigen Proceß in rascheren Fluß brachte,
Freiherr von Beust, bis zur Katastrophe von 1866 sächsischer
ister, als Reaktionär verschrieen, in der Kunst, Gegenminen an-
n, dem Grafen Bismarck wohl bekannt. In den letzten Tagen
Oktobers 1866 übernahm er, als Nachfolger des Grafen Mens-
, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Oest-
Als solcher hatte er den Grafen Belcredi, einen geborenen
hm, seit 1865 Staatsminister, zum Kollegen. Dieser Mann
rte die Sonderbundsgelüste seiner Landsleute in hohem Grade,
mmte für die „historisch-politischen Individualitäten" und wollte
mäß den Kaiserstaat in fünf neben einander stehende, von
der ganz unabhängige Königreiche zerlegen, welche nur durch
erson des Kaisers mit einander verbunden seien, damit zu dem
ffionellen Mittelalter auch noch ein politisches hinzukomme und
Einheit des Staates kaum noch dem Namen nach bestehe. Für
reich, das dadurch zu politischer Ohnmacht verurtheilt worden
, wäre dies der Anfang vom Ende gewesen. In konsequenter
verlangte nun Graf Belcredi, daß der Ausgleich mit Ungarn
außerordentlichen Reichsrath der deutsch-slavischen Länder zur
ung vorgelegt werden solle, auf welchem die Slaven Gelegen-
gehabt hätten, ihre Zustimmung nur unter der Bedingung zu
, daß ihnen die gleichen Rechte, die nämliche Selbständigkeit
den Ungarn zugestanden, daß der heiligen Wenzelskrone von
men und Mähren der nämliche Apparat von Krönung, eigenem
sterium und Verfassung zugestanden werde, wie dies den Län-
der Stephanskrone bereits versprochen war.

Digitized by Google

Die Frage über die Berufung eines außerordentlichen Reich
raths war zwar officiell schon entschieden. Denn der Kaiser Fra
Josef hatte in seinem Patent vom 3. Januar 1867 die bisherig
Landtage der deutsch-slavischen Länder aufgelöst, neue Landtag
wahlen angeordnet und befohlen, daß diese neuen Landtage die M
glieder zu jenem Reichsrath wählen sollten. Da es sich aber zeig
daß die Deutsch-Oestreicher diesen Reichsrath gar nicht beschick
die Slaven ihn nur zu ihren Sonderbundsgelüsten benützen wollt
und daß, wenn die unter dem vorwiegenden Einfluß des ungarisch
Parteiführers Franz Deak getroffenen Vereinbarungen nicht sa
und sonders, wie ein Ultimatum, angenommen würden, die radik
Partei im ungarischen Reichstag, deren Programm auf eine e
fache Personalunion hinauslief, die Oberhand bekommen werde,
sanken im kaiserlichen Rathe die Aktien des Reichsraths und
Grafen Belcredi. Der Kaiser stimmte der Ansicht des Herrn v
Beust bei, welcher vorschlug, das ungarische Ministerium sofort
ernennen, durch dasselbe die Zustimmung des ungarischen Reic
tags zu dem Entwurf einzuholen, von einem außerordentlichen Reic
rath für die Länder diesseits der Leitha (Cisleithanien) ganz ab
sehen, dagegen der Februarverfassung von 1861 gemäß den enge
Reichsrath einzuberufen, demselben den Vertrag mit Ungarn
schon vollendete Thatsache einfach zu notificiren und ihm die
änderung der Februarverfassung mit Rücksicht auf die Zugestä
nisse an Ungarn vorzuschlagen. Nun merkte der czechische G
Belcredi, daß er selbst nur noch eine „historisch-politische Ind
dualität" sei, gab seine Entlassung ein und erhielt sie.

Am 7. Februar wurde Herr von Beust zum Ministerpräsiden
ernannt und zugleich Graf Julius Andrassy beauftragt, ein ung
sches Ministerium zu bilden. Dasselbe wurde aus den Männ
der Partei Deak gewählt und legte am 15. März in dem Schl
zu Ofen seinen Eid in die Hände des Kaisers ab. Den Sch
des Einigungswerks bildete die mit allem Pomp des reich kostür
ten Magnatenthums und mit aller Begeisterung des leicht entzü
baren Volkes gefeierte Königskrönung vom 8. Juni, wobei Fr
Josef selbst jene mehr asiatische als europäische Scene nicht erla
wurde, wonach er den Krönungshügel, welcher aus der Erde
verschiedenen merkwürdigen Orten gebildet war, hinansprengen
das Schwert des heiligen Stephan nach den vier Weltgegen

Digitized by Google

bringen mußte. Dieses Fest der Versöhnung zwischen Fürst und Volk erhielt dadurch noch eine besondere Illustration, daß Franz Joseph und seine Gemahlin die Summe von 100,000 Dukaten, welche ihnen vom ungarischen Landtage der Sitte gemäß als Krönungsgeschenk dargebracht worden war, den Witwen und Waisen der in den Jahren 1848 und 1849 gefallenen, sowie den verkrüppelten Invaliden schenkten, eben jenen, welche selbst oder deren Angehörige damals gegen die Heere Habsburgs im Felde gestanden waren. Ein weiteres Aktenstück enthielt eine Amnestie für alle politisch Verurtheilten und Kompromittirten Ungarns, denen ihre konfiscirten Güter zurückgegeben wurden und, falls sie sich im Exil befanden, die Rückkehr freistand, sobald sie dem gekrönten König und den Gesetzen Treue schwuren, eine Einschränkung, welche lediglich auf Ludwig Kossuth, den ehemaligen Präsidenten der ungarischen Republik, gemünzt war, welcher denn auch von der Amnestie keinen Gebrauch machte.

Hinsichtlich der ungarischen Nebenländer, Siebenbürgen und Kroatien, verordnete die kaiserliche Regierung, daß beide mit Ungarn verbunden und dem ungarischen Ministerium untergeordnet werden sollten. Der südliche Theil Siebenbürgens, wo Sachsen und Walachen wohnen, widerstrebte dieser Einverleibung; der kroatische Landtag schickte einen Protest an den Kaiser ein und sprach, wie Czechen in Böhmen und Mähren nacheifernd, von der Selbständigkeit des dreieinigen Königreichs Kroatien, Dalmatien und Slavonien. Aber die Regierung bestand auf der Einverleibung und löste den kroatischen Landtag auf, womit freilich noch keine Lösung dieser Frage erzielt war.

So waren die Wünsche der östlichen Reichshälfte erfüllt. Durch Wiederherstellung der Verfassung von 1848 und Ernennung eines selbständigen Ministeriums hatte sich der Kaiser mit den Ungarn vollständig versöhnt. Eben dies bezeichnete Beust als die erste Bedingung für die Hebung der Macht und des Kredits Oestreichs. Damit war gegenüber den früheren Experimenten eines Gesamtreichs und einer Gesamtstaatsverfassung der entschiedene Dualismus eingeführt, und es fragte sich, inwieweit dieses selbständige Ungarn Lust habe, Hand in Hand mit Cisleithanien zu gehen und dem Rufe des Kaisers zu folgen. Das Verlangen einer Truppenaufbietung von 48,000 Mann gieng zwar im ungarischen Abgeord-

Digitized by Google

uetenhaus durch. Wenn aber dieſe Verſammlung irgend einen Kri
welchen das Haus Habsburg beabſichtigt, für einen dem ungariſch
Intereſſe widerſtreitenden erklärt, was dann? Dann wird ſie Trupp
und Geld verweigern, und der Kaiſer kann ſehen, ob er mit ſein
Slaven gegen Rußland oder mit ſeinen Deutſchen gegen Deutſ
land marſchiren kann. Zeigte es ſich ja ſchon im März dieſes Jahr
daß, als das kaiſerliche Militärkommando in Peſth den Trupp
die Einheit der Armee einzuſchärfen ſuchte, ganz Ungarn darin ei
war, daß die ungariſchen Regimenter zu keinem nicht im Inter
Ungarns liegenden Zwecke verwendet werden dürfen. Und bald d
auf wurde im Abgeordnetenhauſe von dem früheren Honvedgene
Perczel der Antrag auf Errichtung einer ſelbſtändigen national
Armee geſtellt. Daß mit einer ſolchen bloß ungariſche Nation
kriege, keine habsburgiſche Hauskriege geführt werden können, li
auf der Hand. Daher haben Manche in dieſem Ausgleich e
Schwächung, keine Stärkung der öſtreichiſchen Macht gefunden
denſelben für keine ſchwierige Aufgabe erklärt, da es ſich ja b
darum gehandelt habe, der einen von zwei ſtreitenden Parteien ih
Willen ganz zu erfüllen.

Nach dem Grundſatz: „Was dem einen recht iſt, iſt dem
dern billig“, mußten nun auch in Cisleithanien verfaſſungsmäß
Zuſtände und ein beſonderes Miniſterium hergeſtellt werden. W
dies geſchehen, ſo blieb als die Krönung des Gebäudes die E
ſetzung eines Reichsminiſteriums übrig, welches die den beiden Rei
hälften gemeinſamen Reichsangelegenheiten zu verwalten hatten.
ſolche wurden das Auswärtige, das Heerweſen und die Finan
bezeichnet. Nicht weniger als dreierlei Miniſterien ſollte künf
(und dieſe Organiſation trat mit Beginn des Jahres 1868 i
Leben) der öſtreichiſche Kaiſerſtaat haben: ein aus drei Mitglied
beſtehendes Reichsminiſterium für die gemeinſamen Angelegenheit
ein vollſtändiges Miniſterium für die deutſch-ſlaviſchen und ein dri
für die ungariſchen Länder. Es kam nun alles darauf an, ob
zwei untergeordneten Miniſterien mit einander in der Förderung
Ganzen oder bloß darin wetteifern, welches von ihnen die mei
Rechte und die wenigſten Laſten erhalte. In letzterem Falle
das Reichsminiſterium nicht auf Roſen gebettet. Und da auf
einen Seite hartnäckige, begehrliche Ungarn, auf der anderen
duldige Deutſche ſind, ſo läßt ſich die Art und das Ende

Digitized by Google

reits recht wohl voraussehen. Er muß sich bei dem Zusam-
ten der auf den Januar 1868 berufenen Delegationen, einer Art
üsse des cisleithanischen und ungarischen Parlaments, entschei-
Denn erst diese Delegationen haben den Auftrag, mit dem
ministerium über die Ordnung und Verwaltung der gemein-
Angelegenheiten zu berathen, wobei es sich namentlich auch
handelt, wie viel Ungarn von den Staatsschulden Gesamt-
s übernimmt. In solchen Sachen hört aber bekanntlich die
lichkeit auf.

er deutsch-slavische Reichsrath wurde am 22. Mai von dem
eröffnet. Die Adresse des Abgeordnetenhauses nahm die
che des ungarischen Ausgleichs als eine Sache der politischen
endigkeit auf, begrüßte mit Freuden die Zusage der Gesetzes-
e über die Ministerverantwortlichkeit, wies auf die Reform
samten Gesetzgebung und Verwaltung im Sinne der Freiheit
s Fortschritts als auf ein dringendes Bedürfniß hin und be-
te es als eine unabweisbare Nothwendigkeit, „daß im Wege
fassungsmäßigen Gesetzgebung an die Revision des Kon-
ts in jenen Beziehungen geschritten werde, welche in den
der Staatsgesetzgebung fallen." Schon die Adreßdebatte
der Regierung zeigen, daß das Volk nicht mehr Willens sei,
125. Sept. 1853 abgeschlossene Konkordat als giltiges Staats-
anzuerkennen und sich fernerhin noch wie eine Herde Schafe
n Trägern des Krummstabs leiten zu lassen. Der protestan-
Generalsuperintendent Schneider hielt diesem Brutsystem aller
samkeit sein ganzes Sündenregister vor, zählte auf, wie das
Volksschulen zu gründen, durch büreaukratische Mittel illuso-
emacht sei, wie der Errichtung eines zeitentsprechenden Lehrer-
s immer noch Hindernisse in den Weg gelegt, die armen
atischen Gemeinden nach wie vor zu Beitragleistungen für
sche Kultuszwecke beigezogen, in den aus den öffentlichen Fonds
nen Mittelschulen evangelische Lehrer nicht zugelassen, die
gen der Generalsynode entweder gar nicht oder abschlägig oder
heiste der protestantischen Kirche ganz entgegen erledigt, das
ntenpatent der Willkür der Landtage (Tirol) untergeord-
Beziehung auf das Reversweſen der gemischten Ehen eine
beliebt werde, die an die schlimmsten Tage der sogenannten
nzepoche erinnere, und schloß damit, daß er verlangte, die

Digitized by Google

Protestanten in Oestreich sollen nicht auf den Aussterbe-Etat ges
werden. Die Worte Mühlfelds: „Das Konkordat muß aufgehob
werden! so hallt es in ganz Oestreich wieder, im ganzen Vol
Es muß diese Fessel fallen, sonst gibt es kein Heil“ riefen ein
außerordentlichen Beifallssturm hervor. Wie in Ungarn der V
fassungskampf in der Forderung eines selbständigen ungarischen M
nisteriums gipfelte, so drehte sich in Deutsch-Oestreich alles um
Vernichtung des Konkordats. Das Protestantenpatent, welches
hierarchischen Willkürherrschaft steuern sollte, war, so weit es sich
die Praxis handelt, nichts anderes als eine kolossale Heuchelei, u
mit diesem geduldigen Blatt Papier wagte die Regierung se
Jahre lang den Versuch, ihr eigenes Gewissen und den Scharfb
des entrüsteten Europa zu täuschen. Der einfachste Weg, welc
das Abgeordnetenhaus einschlagen konnte, war der, sich um die Kr
und den mit ihr geschlossenen Vertrag, der vom Reichsrath n
genehmigt war, nicht im geringsten zu kümmern und all diese k
fessionellen und interkonfessionellen Verhältnisse von sich aus zu
geln. Ließ man sich dagegen auf Unterhandlungen ein, so kam n
langer, langer Zeit nichts oder etwas Schlechtes heraus.

Wenn hier die Regierung nur dadurch, daß sie sich rückha
los an die Vertreter des Volkes anschloß, ihren Kredit verbess
konnte, so gab ihr die czechische Partei Gelegenheit, über den
kannten Satz: principiis obsta! sich ihre Gedanken zu mac
Die altrussische Partei hatte unter dem unschuldigen Namen e
„ethnographischen Ausstellung“ einen Slavenkongreß nach Mos
berufen, um für etwaige Eventualitäten die Mannschaft, auf di
sich verlassen könne, zu überzählen und im Stillen schon die Gr
pfähle des großen Slavenreiches auszustecken. Mehrere czech
Führer in Böhmen entsprachen der Einladung und pilgerten
Wonnemonat nach Moskau. Da sie keine Aussicht hatten, in S
reich unter der neuen Aera für etwas Größeres als für aufgebla
Frösche angesehen zu werden, so that es ihnen so wohl, wenn
russische Koloß sie als seine kleinen Geschwisterchen liebkoste. S
Kroaten, wegen der Einverleibung in Ungarn grollend, fanden
in Verbindung mit Serben ein, von einem südslavischen Re
träumend, das Kroatien, Slavonien, Serbien, Bosnien, Herz
wina und Montenegro umfasse und seine Befehle in Peters
hole. Weder in Moskau noch in Petersburg fehlte es an gehei

Digitized by Google

...enen Verschwörungen, an Aufmunterungen und Hätscheleien, ...n aufrichtigsten Herzensergießungen. Die Slavendeputation ...e sogar von dem Kaiser, der Kaiserin und den Großfürsten, ...e von dem Fürsten Gortschakow und anderen Ministern em...gen. In Banketten und begeisterten Trinksprüchen wurde das ...ste geleistet. Herr Rieger aus Prag rief aus, „die Slaven ...die zerstreuten Glieder eines Körpers, welche mit geschworenen ...den, den Deutschen, Magyaren, Italienern und Tataren, kämpfen. ...Sonne der slavischen Gemeinschaftlichkeit sei nun aufgegangen; ...Slaven werden bei gegenseitiger Unterstützung ein großes Volk, ...nur an Zahlen, sondern auch an Thaten sein." Was würde ...in Frankreich denjenigen Elsäßern geschehen, welche, ihres ...mischen Ursprungs sich erinnernd, in Berlin von den Franzosen ...ren geschworenen Feinden sprächen?

Das äußerste in Aufrichtigkeit leistete ein Mitglied des ...n Landtags, welches unter anderem äußerte: „Die Befreiung ...europäischen Ostens ist die große Aufgabe Rußlands. Man ...endlich der Herrschaft einer Nationalität über die andere ein ...machen, gleichviel ob diese Herrschaft sich eine türkische, ma...che oder östreichisch-deutsche nennt. Die Schlacht bei Sa... hat das Schicksal des europäischen Ostens entschieden. Die ...mische Welt hat sich von der slavischen getrennt. Die Frage ...das Schicksal des Slaventhums können jetzt wir allein, die ..., entscheiden, und in diesem Falle fällt die erste Rolle Ruß... zu. Rußland ist nicht nur eine russische, sondern eine sla..., eine panslavistische Macht. Es bereitet in Europa die Ver...ung der slavischen Familie vor. Der erste Schritt zu dieser ...That ist die Lösung der orientalischen Frage." Klarer und ...als dieses serbische enfant terrible konnte man die großen ...der russischen Politik nicht aussprechen. Es wird zwar noch ...Wasser die Donau hinablaufen, bis auch nur die Hälfte dieser ...sprechereien in Wirklichkeit umgesetzt ist; die östreichische Re...ung aber konnte sehen, daß sie nach Erledigung der ungarischen ...mit einer slavischen zu rechnen habe. Ihre Wahl kann nicht ...schaft sein. Sie muß sich in dem Hauptherd dieser Bewe... in Böhmen, auf Seiten der Deutschen stellen und den Czechen ...Worte des Grafen Bismarck zurufen: „Sie werden einer Ener...begegnen, der Sie nicht gewachsen sind." Denn diese czechischen

Digitized by Google

Wallfahrer kamen wie besessen in die Heimat zurück und hatten dem Volke, das auf einer sehr niedrigen Stufe der Bildung steht gar kein politisches Urtheil besitzt, leichtes Spiel, wenn sie ihm der Glückseligkeit eines großen Slavenreiches, wo die Bäume in den Himmel hineinwachsen, in allen Tonarten vorsangen. R sische Sprache und russische Volkslieder wurden auf einmal beli und gangbare Artikel. Der russische Buchhandel hob sich rasch du massenhafte Verbreitung von russischen Grammatiken und Konv sationsbüchern. Denn man hatte auf dem Moskauer Kong die unangenehme Erfahrung gemacht, daß man sich nur dann stand, wenn man das verhaßte Deutsch sprach, und daher schlossen, daß die russische Sprache die Schriftsprache aller Sla sein solle.

Bis zu diesem Punkte waren die Verhältnisse in Oestreich diehen, als von Paris aus der Wunsch immer dringender kund geben wurde, die habsburgischen Majestäten möchten doch, nach die Monarchen von Preußen und Rußland abgereist seien einem intimen tête à tête nichts mehr im Wege stehe, ihren such in der französischen Hauptstadt nicht länger hinausschiel Die Neigung hiezu war vorhanden, aber jedesmal wenn Franz sef den Termin seiner Abreise bestimmen wollte, war es ihm, sehe er aus den Wellen des atlantischen Oceans eine bekannte stalt emportauchen, welche ihn mit der vorgehaltenen Hand dieser Reise warnte. Sie wurde von Woche zu Woche hinau schoben. Die Unruhe wurde immer heftiger, die Luft im schwüler. Herrschte in der Wiener Hofburg peinliche Beklomm heit, so regte sich in den Tuilerien etwas wie ein Gewissen. ganz Europa nahm an dieser transatlantischen Tragödie theil überflog neugierig die Telegramme der Tagesblätter. Franz J reiste mit seiner Gemahlin nach München, kam am Nachmittag 30. Juni auf dem dortigen Bahnhof an und beabsichtigte, der zoglichen Familie im Schloß Possenhofen einen kurzen Besuch machen. Noch auf dem Bahnhof wurden ihm zwei Telegramme ü geben. Tief erschüttert vergoß er bittere Thränen, ließ die Kais Elisabeth allein zu ihren Eltern weiter reisen und kehrte Ab 5 Uhr mit einem Extrazug nach Wien zurück, um seinen Sch über den neuen furchtbaren Schlag, der sein Haus betroffen, in Einsamkeit seines Schlosses zu verbergen.

Digitized by Google

Die beiden Telegramme waren von dem kaiserlichen General-
l in New-York und von dem kaiserlichen Gesandten bei den
nigten Staaten, Freiherrn von Wydenbruck, am 29. Juni in
York aufgegeben und von Wien aus nach München dem Kaiser
schickt worden. Sie enthielten beide die Nachricht, daß Kaiser
imilian von Mexiko am 19. Juni, Morgens 7 Uhr, in
taro erschossen worden sei. Auf eine telegraphische Erkundi-
, ob die nordamerikanische Regierung officielle Kenntniß davon
lief am 4. Juli die Antwort ein, daß Staatssekretär Seward
en Konsuln in Veracruz und Matamoros die officielle Anzeige
er Erschießung erhalten habe. Es konnte kein Zweifel mehr
ten. Auch in Paris hatte man ein Telegramm aus Washing-
halten, und unter dem frischen Eindruck desselben hielt Na-
, von hohen Gästen umgeben, am 1. Juli bei der Austheilung
usstellungspreise eine friedlich klingende Rede. Der Sultan
ürkei, Abdul-Aziz war am 30. Juni in Paris eingetroffen.
r seiner Vorgänger hatte je den Occident bereist, und er ver-
nicht, von Paris aus seinen besten Verbündeten, England, zu
n, worauf die Heimreise über Koblenz, Nürnberg und Wien
e. Sein Pariser Aufenthalt wurde durch die Nachrichten aus
e getrübt, da Napoleon auf diese hin alle weiteren Festlich-
abbestellen mußte. Man war allgemein sehr besorgt um das
al der französischen Staatsangehörigen, welche nebst dem Ge-
n Dano sich noch in Mexiko befanden, und fürchtete mit dem
n Telegramm die Nachricht von einer mexikanischen Vesper
alten, was Frankreich zu einer zweiten Expedition in dieses
olle Land gezwungen hätte. Sehr verwundert war man über
chreiben des Moniteur vom 5. Juli, welcher, über die Er-
ng Maximilians sich aussprechend, sagte: „Die Ermordung
isers Maximilian wird die ganze Welt mit Entsetzen erfüllen.
niederträchtige, durch Juarez angeordnete Maßregel drückt der
jener Männer, welche sich als die Vertreter der mexikanischen
lk ausgeben, ein unauslöschliches Mal der Schande auf.
lschen aller Nationen wird die erste Züchtigung dafür sein."
Man fand diese Sprache theils zu stark gegenüber den Re-
nern von Mexiko, welche besonders durch das von Maximi-
unterzeichnete Dekret vom 3. Oktober 1865 und durch die in
desselben vollzogene Erschießung der wackeren Generale Arsnaga

Digitized by Google

und Salazar und vieler Anderer aufs höchste erbittert waren, theils
unangemessen für eine Regierung, welche nach dem Staatsstreich
2. December 1851 sich Grausamkeiten hatte zu Schulden kom
lassen, neben welchen der Racheakt des Präsidenten Juarez im
der Mäßigung erscheinen muß, zumal er Männer traf, welche
Fremde in sein Vaterland eindrangen und es mit fremden Tru
wie eine eroberte Provinz besetzten. So sehr man auch das Sc
sal des unglücklichen Fürsten bedauerte, so sehr man auch seine
schießung vom Standpunkt der Moral und der Politik verdam
so erinnerte man doch auch daran, daß weder Moral noch P
es verlangten, daß Maximilian jene zwei Generale, welche kein
deres Verbrechen begangen, als daß sie ihr republikanisches V
land vertheidigt hatten, als vogelfreie Banditen behandelte.
wenn man von dem „niederträchtigen" Juarez sprach, welchen N
sollte man demjenigen geben, der dem Kaiser Maximilian versprı
hatte, ihn unter keiner Bedingung im Stich zu lassen, ihm
Schutz der französischen Fahnen zu gewähren, so lange er ders
benöthigt sei, und der diesen Vertrag von Miramar, ohne we
Maximilian die Reise nach Mexiko niemals angetreten hätte
Folge von veränderten Umständen plötzlich brach und seinem S
ling keine andere Wahl ließ, als entweder die Ehre oder das
aufs Spiel zu setzen? Auch in Frankreich brachte man die N
Napoleons und Juarez' vielfach mit einander in Verbindung
nicht immer zum Vortheil des ersteren.

Selbst in Wien, wo man doch sicherlich dem Prinzen
übelwollte, äußerte sich ein mit den Verhältnissen wohl vertr
Mann folgendermaßen: „Die allem Recht hohnsprechende
vention Louis Napoleons in Mexiko und seine offenbare Absic
Hilfe der Sklavenbarone auf den Trümmern der Union eine
narchie zu gründen, vermochten die Sympathien für euro
Herrscher unmöglich zu steigern, und waren daher wenig daz
gethan, um, selbst bei einer Verwendung aller Potentaten u
Welttheils, bei den indignirten Mexikanern, die hierin von d
waltigen nordamerikanischen Republik unterstützt wurden,
einen Erfolg zu erzielen. Man wollte den europäischen Fürst
für allemal jede weitere Lust verleiden, sich mit bewaffneter
in die Angelegenheiten des amerikanischen Erdtheils zu m
Der edle, ehrgeizige, von einem ans Abenteuerliche grenzende

Digitized by Google

…ung erfüllte Prinz, büßte in furchtbarer Weise für die doppelte …leidung, daß er mit Hilfe der sogenannten schwarzen oder kle… Partei und unter dem Protektorat eines Louis Napoleon in …n einen Thron aufrichten wollte und dadurch das Reich einer …icheren Zukunft entgegen führen zu können wähnte. Von beiden, Ultramontanen und dem Franzosenkaiser, wurde er verrathen …n Stich gelassen, und sein tragisches Ende ist um so trost…; als er bei den glänzenden Eigenschaften seines Geistes und …s seinem Vaterlande unvergängliche Dienste zu leisten be… war. Für Oestreich aber ist das grauenvolle Geschick eines …r begabtesten Fürsten eine neue Warnung, wohin eine vertrauens… Verbindung mit der ultramontanen Partei und mit dem Be… der Franzosen zu führen vermag."

Diese Stimme eines patriotischen Oestreichers hat das Richtige …fen. So viel man auch von den Bemühungen des Staats… …rs Seward, Maximilian zu retten, so viel man auch von der …hümlichen Lage Juarez' gesprochen hat, welcher, wie man …urch die Begnadigung Maximilians dessen Leben bei der …b des Volkes doch nicht hätte retten können, sein eigenes aber …verloren hätte, so entspricht doch weder das eine noch das …e den thatsächlichen Verhältnissen. Sowohl Seward als …y wollten durch die Erschießung Maximilians der bekannten …roe-Doctrin", wonach jede Einmischung der europäischen …te in die inneren Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents …ine unrechtmäßige betrachtet wird, eine blutige Weihe geben. …ugeln, welche von dem Soldatenpiquet in Queretaro am 19. …abgefeuert wurden, sollten nicht bloß das Herz Maximilians …, sie waren vielmehr an die Adresse von ganz Europa ge…. Ist es nicht, als ob man die befriedigte Miene der beiden …anischen Herren sähe und sie zu einander sagen hörte: „So! …wird so bald kein europäischer Prinz mehr zu uns kommen"? Niemand fühlte den Schlag, so weit es sich um seine politische …ung handelte, so sehr als Kaiser Napoleon. Es war nicht …stemal, daß man in diesem Jahrhundert in Frankreich ame…sche Geschäfte machen wollte. Als Napoleon I. seinem Bruder …die Krone von Spanien schenkte, glaubte er auch das ungeheure …t der spanisch-amerikanischen Kolonien an sein Haus fesseln zu …, und erließ daher an dieselben die Aufforderung, sich der

Digitized by Google

Napoleonischen Herrschaft in Madrid zu unterwerfen. Allein die
dachten an ganz andere Sachen und hielten, Mexiko voran, dies f
eine sehr gute Gelegenheit, sich von Spanien loszumachen und u
abhängige Staaten zu gründen. Einige Jahre später, als Lu
wig XVIII. im Jahre 1823 im Auftrag der heiligen Allianz d
spanische Revolution niederwarf und den Absolutismus Ferdinan
wieder einsetzte, glaubten die Väter der Allianz, ihr Polizeiregl
ment auch auf Amerika ausdehnen zu müssen, und die französisc
Regierung zeigte sich bereit, ein paar bourbonische Königreiche
der anderen Hemisphäre zu gründen. Damals war es Engla
und sein großer Minister George Canning, welche die Freiheit Am
rikas retteten und die englischen Handelsinteressen dabei nicht ve
gaßen. Diesen Plan griff Napoleon III. wieder auf. Man spra
in den Tuilerien von Wiederbelebung der lateinischen Race, v
einem Damm gegenüber dem Umsichgreifen der Angelsachsen, v
der Erstarkung des Katholicismus, was besonders die Kaiserin b
tonte, und nannte die mexikanische Expedition „die große Idee d
Kaiserreichs". Nachdem Napoleon für diese Idee über 600 Milli
nen Franks ausgegegeben hatte, konnte er nicht einmal wie Kön
Franz I. nach der Schlacht bei Pavia sagen: „Madame, alles
verloren, nur die Ehre nicht!" Denn gerade diese hatte bedeute
Schiffbruch gelitten. Nichts hat in den beiden letzten Jahrzehnt
dem viel citirten Prestige des Kaiserreichs so sehr geschadet n
diese mexikanische Schlappe, dieser Rückzug des kaiserlichen Adle
vor dem Sternenbanner der Union.

Schon 1864 schrieb der Präsident Abraham Lincoln an Juare
„Wir befinden uns nicht im offenen Krieg mit Frankreich, ab
rechnen Sie auf Geld, Kanonen und Freiwillige, deren Absendu
wir begünstigen werden." Und nach Paris ließ er schreiben, d
„die Stimme des amerikanischen Volkes einmüthig der Anerkennu
einer Monarchie in Mexiko sich widersetze." Lautete die Spra
so, während die Union noch im Kampf mit den Konföderirten w
so mochte sie einen stark hinterwäldlerischen Accent annehmen, we
diese besiegt waren. Die amerikanischen Noten vom 6. Decemb
1865 und noch mehr vom 12. Februar 1866 ließen an Deutlichk
nichts zu wünschen übrig. Dem französischen Kabinet wurde e
klärt, daß diese sogenannte Volksabstimmung, durch welche a
Mexiko ein Kaiserreich gemacht worden sei, nicht für die wah

Digitized by Google

Willensäußerung des mexikanischen Volkes angesehen werden können, da sie unter dem Druck der französischen Invasionsarmee erfolgt sei. „Die Union erkennt in Mexiko nur die ehemalige Republik an und wird dieselbe fernerhin anerkennen, und sie kann in keinem Falle einwilligen, direkt oder indirekt in Verbindung mit dem Prinzen Maximilian zu treten oder diesen Prinzen anzuerkennen. Nach der Ansicht des Präsidenten darf Frankreich die versprochene Abberufung seiner Truppen aus Mexiko keinen Augenblick verzögern. Wir werden uns höchlich freuen, wenn der Kaiser uns definitiv die Zeit angibt, in welcher die militärischen Operationen Frankreichs in Mexiko enden werden."

Drei Gründe waren es, welche die französische Regierung bewogen, vor einer so zudringlichen Sprache die Segel zu streichen: die Unmöglichkeit, sich mit den Vereinigten Staaten in einen Krieg einzulassen, die ungeheuren Summen, welche der mexikanische Schlund verschlang, der Wunsch, die 30,000 Mann kriegsgewohnter Truppen, welche im fernen Westen für eine bereits verlorene Sache kämpften, für die Eventualitäten des deutschen Konflikts bereit zu haben. Man konnte ihr, da einmal der Fehler gemacht war, nicht zumuthen, muthwillig in demselben zu beharren und in unabsehbare Gefahren sich zu stürzen; nur durfte man erwarten, daß sie durch eine wohlwollende und offene Auseinandersetzung mit Maximilian diesem einen ehrenvollen Ausweg eröffne und ihn nicht zwinge, „in den Reisewagen der französischen Armee nach Europa zurückzukehren." Sagte sie doch selbst in einem Schreiben vom 31. December 1866: „Es ist für Maximilian nicht leicht, einen Rückzug zu machen, der nicht ein Makel für sein politisches Leben ist." Statt dessen ließ die französische Regierung Maximilian in gänzlicher Unkenntniß über ihre Beziehungen zu der Union, wollte ihrer Verpflichtungen in Miramar los sein und benützte dazu die durch die finanzielle Noth herbeigeführte Nichtausführung eines Vertragsartikels von Seiten Mexikos. Eine neue Konvention, der Vertrag vom 30. Juli 1866, sollte geschlossen werden, wonach Maximilian von seinen letzten Einnahmen, den Zolleinnahmen der Hafenstädte Veracruz und Tampico, nur noch die eine Hälfte behalten, die andere an Frankreich überlassen sollte. Eben dadurch aber wurde er wehrlos seinen Gegnern überliefert; denn mit welchem Gelde sollte er eine eigene Armee unterhalten? Falls er den neuen Vertrag annehme, so soll-

Bayerische Staatsbibliothek München

Digitized by Google

ten die französischen Truppen in drei Terminen, vom Novem
1866 bis Herbst 1867, Mexiko räumen, wodurch Maximilian n
über ein Jahr Frist bekam. Wenn er ihn aber nicht annehme,
sollte Marschall Bazaine sogleich abziehen und Maximilian sein
Schicksal überlassen.

Bei Ankunft dieser Botschaft, welche vom 21. Mai 1866
tirt war, soll Maximilian ausgerufen haben: „Ich bin betro
Es bestand ein förmlicher Vertrag zwischen dem Kaiser Napol
und mir, ohne welchen ich den Thron nie angenommen haben wü
und der mir die Unterstützung der französischen Truppen bis
Ende des Jahres 1868 absolut verbürgte." Die in England
terlegten Papiere Maximilians werden über die Existenz e
solchen Abkommens mit der Zeit Aufschluß geben. Schon dan
wollte Maximilian, die Konsequenzen eines solchen Verfahrens
aussehend, abdanken. Seine Gemahlin hielt ihn zurück, eilte
Paris und Rom, sprach von Verträgen und Konkordaten, fand
nirgends Gehör und fiel in Wahnsinn. Daß Maximilian den n
Vertrag annahm, statt denselben samt dem von Miramar dem K
Napoleon vor die Füße zu werfen, dem Throne zu entsagen
seiner Gemahlin zu folgen, war ein politischer Fehler, der sich
aus seinem Hang zum Abenteuerlichen und aus seiner Leidens
für einen Kaiserthron erklären läßt. Napoleon aber, welche
eben die alten Verträge zerrissen hatte, respectirte, nach der
gereizten Unterredung zwischen ihm und der Kaiserin Charlott
St. Cloud, nicht einmal den frisch geschlossenen und beschloß,
Truppen in kürzester Frist und auf einmal zurückzuziehen. Um
Wortbruch zu bemänteln, sollte Maximilian, sei's durch Güte,
durch Gewalt, zur Abdankung gebracht und zur Einschiffung
Europa veranlaßt werden. War dies erreicht, so wollte man e
Kongreß versammeln, mit den Generalen der republikanischen A
unterhandeln und demjenigen die Präsidentschaft der Republik i
tragen, welcher Frankreich am meisten Genugthuung und Ent
digung anbieten würde.

Die Lösung dieser weder leichten noch ehrenvollen Auf
wurde dem General Castelnau, einem Adjutanten Napoleons,
vertraut. Dieser kam am 21. Oktober 1866 in der Stadt M
an und bildete mit dem Marschall Bazaine und dem Gesa
Dano eine Art Triumvirat. Am nämlichen Tage reiste Ma

Digitized by Google

n vom Fieber geplagt, von dem Schicksal seiner Gemahlin in
nmiß gesetzt, schon Morgens 2 Uhr von Mexiko ab, begegnete
einem Dorfe dem Zuge des Generals Castelnau, gewährte diesem
e keine Audienz, hielt sich eine Woche in Orizaba auf und zog
dann auf die unter Kaffee- und Zuckerplantagen versteckte Villa
apilla zurück, in seinen Entschlüssen, ob abdanken oder aushar-
, schwankend. Aber die Partei, mit welcher er sich seit dem 26.
ſ umgeben hatte, war nicht für das Erstere. Nach Entlassung
es liberalen Ministeriums hatte er sich den Ultramontanen in
Arme geworfen, aus diesen Kreisen seine Minister genommen,
Abbé Augustin Fischer, einen von protestantischen Eltern
renen Württemberger, zum Chef des kaiserlichen Kabinets ge-
t. Diesen Leuten war der Abzug der Franzosen nicht uner-
icht, weil sie dann die Herren im Lande zu sein und die durch
Gesetz vom Jahre 1859 eingezogenen Kirchengüter, im Werthe
900 Millionen Franks, wieder an sich zu ziehen hofften. Aber
Abdankung war nicht in ihrem Interesse, weil auf sie die Re-
ſt und die gänzliche Niederlage des Klerus folgte. Wie aber
Monarchie, nur durch mexikanische Streitkräfte vertheidigt, nach-
die von der Union unterstützten Republikaner bereits bis in
Innere des Reiches vorgedrungen waren, sich auch nur einige
nate lang halten könne, darüber täuschten sie sich selbst und
n Kaiser. Zu allem Unglück kam noch ein Brief des belgischen
ntsraths Eloin, welcher früher dem Dienst der Kaiserin Char-
beigegeben war, aus Brüssel vom 17. September 1866 datirt,
Jalapilla an. Darin klärte Eloin den Kaiser über den wahren
ſ der Sendung Castelnaus auf und gab ihm den Rath, er solle
Partie nicht vor Rückkehr der französischen Armee aufgeben,
ihm dies als Schwäche ausgelegt würde, sondern an das vom
ſ fremder Intervention erlöste mexikanische Volk von neuem
ufung einlegen. Bleibe dieser Aufruf ungehört, dann erst solle
mit demselben Glanze zurückkehren, mit welchem er gekommen
am inmitten der wichtigen Ereignisse, welche sicher nicht aus-
den werden, die Stelle einzunehmen, welche ihm in jeder Hin-
gekomme. Denn in Oestreich herrsche seit dem Tage von Kö-
nigz allgemeines Mißvergnügen, der Kaiser sei entmuthigt, das
l werde ungeduldig und fordere öffentlich seine Abdankung, wäh-
alle Blicke nur auf Maximilian gerichtet seien."

Digitized by Google

Diese Zeilen eines Mannes, welcher die Lage Oestreichs s
schlecht beurtheilte und in Folge dessen Maximilian einen schlimm
Rath gab, wirkten sehr belebend auf die ritterliche Gesinnung u
den ehrgeizigen Charakter des Prinzen. Er beschloß, von einer
fortigen Abdankung und Abreise ganz abzusehen und so lange
möglich auszuhalten, ließ sich aber über die Möglichkeit täusch
Die beiden Generale Miramon und Marquez, welche eben dam
aus Europa, wohin sie vor zwei Jahren verbannt worden waren,
rückkehrten, sagten ihre Mitwirkung zu. Die Minister und
Staatsrath wurden aus der Hauptstadt nach Jalapilla beschied
um über die Monarchie zu entscheiden. Sie beschworen Maxi
lian, auf dem Thron auszuharren, und sicherten ihm eine schlagf
tige Armee und 20 Millionen Franks zu. Der Kriegsplan wurde
sprochen. Marquez sollte die Hauptstadt besetzen und gegen Porfi
Diaz schützen, Miramon, von dem tapferen Mejia unterstützt, in
nördlichen Provinzen sich begeben und den Truppen Escobedo's
entgegenstellen. Maximilian war mit allem einverstanden, sch
sich damit unbedingt an die klerikale Partei an und hätte ihr nat
lich für den Fall des Gelingens bedeutende Konzessionen zu mach
Als Hauptbedingung, unter welcher er die Regierung fortführe, ste
er die Einberufung eines Nationalkongresses auf, welcher entschei
solle, ob das Kaiserreich fortbestehen oder durch eine andere
gierungsform ersetzt werden solle. Von den 22 Mitgliedern
Konferenz, welche drei Tage verhandelte, stimmten 20 dem Ka
bei. Sofort erließ dieser am 1. December 1866 ein Manifest
die Mexikaner und kündigte ihnen den Kongreß und den Zweck sei
Berufung an. Eine Note des Ministerpräsidenten Lards, v
3. December, theilte dem französischen Triumvirat, Dano, Bazc
und Castelnau, die Entschließung des Kaisers mit, sich von nun
nur auf seine eigenen Streitkräfte zu stützen.

Dies war freilich nicht Wasser auf die Mühle der Tuileri
politik, und ihr einziges Bestreben war nun darauf gerichtet,
Throne Maximilians den Boden zu entziehen. Nachdem Bazc
bereits Befehl erhalten hatte, die Räumung Mexiko's im Fr
jahr 1867 zu veranstalten, und dieser Vertragsbruch damit begrün
war, daß eine der Bedingungen des Vertrages vom 30. Juli, we
die französischen Zolleinnahmen von Tampico betrifft, durch W
nahme dieses Hafens nicht erfüllt sei, so verlangte ein Brief Napole

Digitized by Google

13. December, „die Fremdenlegion, die östreichische und belgische
n, wenn sie es verlangen, seien in die Heimat zurückzuschicken."
doch setzte der Vertrag von Miramar fest, daß diese „8000
n starke Fremdenlegion noch sechs Jahre nach dem Abzug der
zösischen Armee in Mexiko, im Dienst und Sold der dortigen
erung bleiben solle." Während Frankreich so den Vertrag zerriß,
ngte es von Maximilian, daß er die Konvention vom 30. Juli
cht halte und die Zolleinnahmen von Veracruz, seine einzige
nue, zur Hälfte ihm zur Verfügung stelle. Die dortige Zoll-
e wurde mit Beschlag belegt und die Ausbezahlung von Geldern
die mexikanische Regierung verweigert. Es sollte damit ein
uch gemacht werden, ob Maximilian nicht zur Abdankung zu
gen sei.

Andererseits wurden auch dem Tuilerienkabinet Schrauben an-
t. Die Regierung der Vereinigten Staaten konnte es kaum
rten, bis sie die erste Ladung Franzosen von Veracruz aus nach
a abfegeln sah. Sie traute den Zusagen Napoleons so lange
bis sie sich durch den Augenschein davon überzeugte. Schon
ovember hatte sie als ihren Gesandten bei dem Präsidenten
z Herrn Campbell nach Mexiko abgesandt und ihm den General
man beigegeben, welcher das Oberkommando über die an der
nischen Grenze befindlichen amerikanischen Truppen hatte und
ftigt war, den Republikanern seine Unterstützung zukommen zu
. Diese Bevollmächtigten waren sehr erstaunt, bei ihrer An-
im Hafen von Veracruz hören zu müssen, daß Maximilian
nicht abgereist sei, daß das Kaiserreich sich auf seine eigenen
stellen wolle, und daß die Franzosen noch alle da seien. Ueber
letzten Punkt verbreitete sich eine Note Sewards vom 23. No-
er, welche, weil sie gar zu entschieden lautete, vom französischen
ret abgeleugnet wurde. Darin zeigt sich die Regierung von
ington „erstaunt und gekränkt, daß die auf den November 1866
agte Zurückführung einer Abtheilung der französischen Truppen
dem Kaiser aufgeschoben worden sei, ohne Rücksprache mit den
inigten Staaten, ja sogar ohne irgend welche Mittheilung. Der
ident wünsche und erwarte ernstlich, daß die Räumung Mexiko's
ß der bestehenden Uebereinkunft, so weit dies jetzt noch geschehen
t, ausgeführt werde". Je schärfer Herr Seward dem Kaiser
leon zusetzte, desto heftigere Schläge brachte dieser in seinem

Digitized by Google

üblen Humor seinem Schützling Maximilian bei, nahm ihm Trupp
und Geld und wartete ruhig ab, durch welche Mittel jener e
nationale Armee aufbringen oder auch nur den Kongreß zusamm
berufen wolle.

Auf seiner Rückreise nach Mexiko hatte Maximilian am 25. D
cember in Puebla eine Unterredung mit Castelnau und Dano, k
unter dem Geläute aller Glocken am 5. Januar in der Hauptst
an und nahm in einem nahen Landhaus, la Teja, seine Wohnu
Am 10. Januar 1867 hatte er noch eine Zusammenkunft mit Bazai
Als dieser ihn, mit Hinweisung auf die Haltung der Vereinig
Staaten, aufs neue zur Abdankung drängte, so erwiderte er ih
„Ich werde auf den 14. Januar eine Junta in das Schloß v
Mexiko berufen und bitte Sie, derselben anzuwohnen und dort I
Ansichten zu wiederholen. Wenn die Majorität Ihnen zustimm
so werde ich abreisen; wenn sie verlangen, daß ich bleibe, so w
darüber kein Wort weiter zu verlieren sein; ich werde bleiben, n
ich nicht einem Soldaten gleichen will, der sein Gewehr wegwi
um rascher vom Schlachtfeld entfliehen zu können." In die
Junta, an welcher 40 Personen theilnahmen, Maximilian sel
nicht, stellte der Kriegs- und der Finanzminister die Lage der kai
lichen Regierung weit rosiger dar, als sie anderen vorkam. S
ließen gar keinen Zweifel darüber aufkommen, daß man zur L
endigung des Krieges Geld und Mannschaft genug habe. Und d
war die Wahrheit die, daß es ihnen schlechterdings nicht gelun
war, die versprochenen 20 Millionen Franks aufzubringen, daß
republikanischen Truppen schon bis Potosi vorgedrungen waren, i
täglich neue Scharen ihnen zuströmten, daß die Anführer der kai
lichen Heerestheile die ihnen von den abziehenden Franzosen üb
gebenen Plätze oft kaum einen Tag gegen die Republikaner zu h
ten vermochten, zuweilen auch, bei dem allgemeinen Verrath, n
halten wollten, und daß es daher für die Vertreter des mexikanisch
Volkes eine physische Unmöglichkeit war, durch die feindlichen Lin
hindurch zu einem Nationalkongreß den Weg nach der Hauptst
zu finden. Es war dem Marschall Bazaine leicht, den klerika
Schwindel aufzudecken und der Junta durch Darlegung
militärischen, finanziellen und politischen Verhältnisse zu beweis
daß Maximilian, wenn er nicht „zum Parteigänger herabsink
und sein Leben aufs Spiel setzen wolle, nichts anderes als die

Digitized by Google

nige Thronentsagung übrig bleibe. Da aber jene Leute durch
e Fortsetzung des Kampfes nur gewinnen, nichts mehr verlieren
nten, und das Interesse ihrer Partei ihnen weit mehr am Herzen
n als das Wohl Maximilians, so beschloß eine Mehrheit von 36
gen 4 Stimmen, daß die Monarchie den Entscheidungskampf mit
r Republik aufnehmen solle. Von einem Nationalkongreß war
ine Rede mehr. Das Urtheil dieser Junta konnte dafür gelten.

Das französische Triumvirat bedachte nun, daß seine Mission
Ende sei, daß es, von Maximilian verachtet, von den republi-
nischen Führern, mit welchen es sich in Unterhandlungen eingelassen
tte, theils zurückgestoßen, theils hingehalten, gut daran thun werde,
an einen Rückzug zu denken. Statt aber das überflüssige Kriegs-
material der Regierung Maximilians übergeben zu lassen, hatte
Bazaine befohlen, sämtliche Kanonen und die besseren Pferde
mitzunehmen, die minder brauchbaren um jeden Preis zu verkaufen.
Um kaum 100 Franks wurden diese Thiere verkauft und trugen,
was die Verkäufer recht wohl wußten, wenige Tage darauf die repu-
blikanischen Reiter zum Angriff auf Maximilians Truppen. Vor der
Räumung der Hauptstadt, welche zu Ende Januars begann und am
5 Februar vollendet war, wurden die Geschosse zerschlagen und das
Pulver in die Sequia geworfen. Die Auswechslung der Gefangenen
hatte keinen Anstand, da die Republikaner froh waren, dadurch die
Franzosen schneller vom Hals zu bekommen. Alles jubelte, als die
Truppen abzogen, und Castelnau war naiv genug, seinem Herrn zu
berichten, daß die Räumung der Hauptstadt nur sympathische
Bewegungen hervorgerufen habe. Als Bazaine mit den letzten
Truppen abzog und auf dem Weg nach Veracruz erfuhr, daß
Marmon von Escobedo gänzlich geschlagen worden sei, schrieb er
an Maximilian und bat ihn noch einmal, im Geleite des französischen
Heeres nach Europa zurückzukehren. Aber dieser hatte als Mann
von Ehre sehr Recht, wenn er sich nicht von den Truppen eines
Monarchen beschützen lassen wollte, welcher alle Verträge zerrissen
hatte und bis zum letzten Augenblick der Occupation von dem Zoll-
amt von Veracruz noch den letzten Piaster herauspreßte. Die
Franzosen mußten abziehen, ohne sagen zu können, daß durch die
Anwesenheit Maximilians ihre Anwesenheit nicht mehr nöthig sei;
sie mußten sich vielmehr sagen lassen, daß sie den Mann im Stiche
gelassen haben, der ohne die Garantie ihres Schutzes gar nicht nach

Digitized by Google

Mexiko gekommen wäre. Am 11. März 1867 wurde Veracruz d
kaiserlichen General Gomez von den Franzosen übergeben, und
letzten Regimenter schifften sich ein. Die französische Expediti
war zu Ende. Wie stand es nun mit der Wiederbelebung
lateinischen Race? mit dem Damm gegen das Vordringen der Ang
sachsen? mit der Erstarkung des Katholicismus? mit der gro
Idee des Kaiserreichs? Nichts von all diesem war Wirklichkeit
worden; alles war in's Gegentheil umgeschlagen; Napoleon h
einen Rechnungsfehler gemacht, den er schwerlich wieder gut mac
kann.

Maximilian hatte sich einstweilen am 19. Februar an
Spitze von 3000 Mann, welche kaum nothdürftig bekleidet war
nach Queretaro begeben und wurde dort von Escobedo eingeschlos
General Marquez blieb in der Hauptstadt zurück, wurde, als er z
Entsatz Puebla's auszog, von Porfirio Diaz geschlagen, diese St
am 2. April von Diaz erstürmt, darauf Mexiko selbst von ihm
lagert. Am 15. Mai fiel Queretaro durch den Verrath des Ob
Lopez, welcher gegen eine Geldsumme das Fort und Kloster La G
dem Feinde überlieferte, in Escobedo's Hände, und Maximil
mußte sich ergeben. Mehrere Generale wurden mit ihm gefang
darunter Miramon und Mejia. Die Belagerung hatte 70 T
gedauert, in welcher Zeit sich Maximilian durch seine persönl
Tapferkeit und sein edles Benehmen die allgemeine Achtung erwa
Da man allen Grund hatte zu fürchten, daß die Republikaner
Leben nicht schonen werden, so verwandten sich die Gesandten a
europäischen Mächte für ihn und erboten sich, die Garantie da
zu übernehmen, daß er, wenn er freigelassen werde, nie mehr
Fuß auf mexikanischen Boden setzen werde. Selbst das Washingto
Kabinet that, von Oestreich darum angegangen, vermittelnde Schri
Wenn irgend jemand Maximilian retten konnte, so waren es
Staatsmänner der Union. Man hat aber, wie bereits beme
allen Grund zu der Annahme, daß zwischen ihren officiellen Sch
ben und ihren privaten Gedanken eine kleine Verschiedenheit stattfa
Die Dinge nahmen, unbekümmert um die Mahnungen und Warn
gen der Diplomatie, in Queretaro ihren raschen Lauf. Die Unter
dung, welche Maximilian mit dem „Präsidenten" Juarez zu ha
wünschte, wurde von letzterem nicht zugegeben, die Zulassung von
vokaten zu seinem Prozesse gestattet. Das Kriegsgericht begann

Digitized by Google

...Juni seine Thätigkeit. Unter den vier Anklagepunkten, welche gegen ...ximilian vorgebracht wurden, spielte der Erlaß des Dekrets vom ...Oktober 1865, wonach alle Republikaner, welche mit den Waffen ...der Hand ergriffen wurden, binnen 24 Stunden erschossen wer... sollten, eine Hauptrolle. Sein Vertheidiger hob dagegen her..., daß Maximilian dieses Dekret nur auf Andrängen Bazaines ...zeichnet habe, als dieser ihm fälschlicher Weise die Meinung ...brachte, Juarez habe sich nach den Vereinigten Staaten geflüch... und die bewaffneten Scharen seien nur noch eine Art Räuber... ...ande. Auch habe er vor seiner Abreise nach Jalapilla in einem ...Bazaine gerichteten Schreiben vom 21. Oktober 1866 jenes ...Dekret aufgehoben. Allein weder dieser Vertheidigung wurde Gehör ...geben noch dem Protest Maximilians, welcher erklärte, daß er ...ein von allen Nationen der civilisirten Welt, mit Ausnahme der ...einigten Staaten, anerkannter Souverän nicht von einem Kriegs... ...richt, nur von einem Nationalkongreß gerichtet werden könne.

Der ganze Prozeß war eine reine Komödie. Juarez und ...obedo verfuhren dabei geradeso, wie Napoleon I. bei dem Herzog ...Enghien, dem Buchhändler Palm und anderen. Das Todes... ...eil war zum voraus gefällt; das Gericht sollte der Sache nur ...einen legalen Anstrich geben. Zugleich mit Maximilian wur... ...auch die Generale Miramon und Mejia abgeurtheilt. Am ...Abend des 14. Juni war die Untersuchung zu Ende, das Kriegs... ...richt sprach das Todesurtheil aus, und Escobedo bestätigte es am ...folgenden Tage. Maximilian hatte zur Ordnung seiner Privat... ...angelegenheiten noch drei volle Tage Zeit. Erst am 19. Juni ...Morgens 7 Uhr wurde er nebst Miramon und Mejia aus dem ...Gefängnisse abgeholt und zur Richtstätte geführt. Alle drei wurden ...zu gleicher Zeit erschossen. Maximilian hatte sich von dem Unter... ...offizier, welcher die Wache befehligte, die Gunst erbeten, daß die ...Soldaten nicht nach seinem Haupt, sondern nach seinem Herzen ...zielen. Fünf Kugeln trafen ihn in die Brust, tödteten ihn aber ...nicht sogleich; zwei Soldaten mußten aus der Reihe treten und ihn ...von der Seite schießen, um ihn vollends zu tödten. Seine letzten ...Worte waren: „Arme Charlotte!“ Der Leichnam wurde sofort ein... ...balsamirt und in einer Kapelle aufbewahrt. Zwei Tage darauf, ...am 21. Juni, ergab sich die Hauptstadt dem General Diaz, nach... ...dem Marquez mit seinen Anhängern am 19. daraus entflohen war.

Digitized by Google

Am 27. Juni wurde auch Veracruz von den Republikanern beset
und am 15. Juli hielt Juarez seinen Einzug in Mexiko und übe
nahm wieder die Regierung des ganzen Landes. Daß er, obgle
Indianer von Geburt, nicht so „niederträchtig" war, als m
in Paris aussagte, geht daraus hervor, daß viele hervorragen
Personen der Gegenpartei wenn auch gefangen genommen, d
wieder frei gelassen wurden, darunter auch der Abbé Fisch
welcher als Fremder und als Ultramontaner den Republikanern
wiß sehr verhaßt war.

Nach dieser Katastrophe von Queretaro blieb nur noch ein
zu erledigen übrig, soweit es sich um „Maximilian von Habsbur
handelte. Der Kaiser Franz Josef schickte den Viceadmiral Tege
hoff, den Sieger von Lissa, nach Mexiko ab, um sich von der d
tigen Regierung den Leichnam seines Bruders zu erbitten. Jua
empfieng ihn gut und versprach ihm die Auslieferung des Leichnar
sobald der Kaiser von Oestreich ein förmliches Gesuch an die R
gierung der mexikanischen Republik stelle. Als auch diese Förmli
keit abgemacht war, wurde die Leiche Maximilians am 26. Novem
in einem dreifachen Sarg nach Veracruz geführt und Tegettl
übergeben. Am andern Tage wurde sie auf die Fregatte Novo
welche im Jahre 1864 das Kaiserpaar nach Mexiko gebracht ha
übergeschafft, und fort gieng es über den atlantischen Ocean, du
das mittelländische und adriatische Meer nach dem Hafen von Tri
wo am 15. Januar 1868 gelandet wurde. Am Abend des 17. J
nuar kam die Leiche in Wien an und wurde am folgenden T
unter Betheiligung einer ungeheuren Volksmenge in der Kaiserg
der Kapuzinerkirche feierlich beigesetzt. Noch beklagenswerther ist
Schicksal der Kaiserin Charlotte, welche sich von ihrem Irrsinn n
mehr erholte. Sie wurde von ihrer Schwägerin, der Königin
Belgien, in Miramar abgeholt und am 31. Juli 1867 nach
Schlosse Tervuren, in der Nähe von Brüssel, gebracht. Daß
Nachricht von dem Tode ihres Gemahls, welche ihr erst im Jan
1868 mitgetheilt wurde, keine größere Aufregung in ihr bewi
als es der Fall war, läßt für ihre Genesung wenig Hoffnung üb

Sehr unangenehm war es für Napoleon, daß er gewisse,
und seine Regierung kompromittirende, Papiere von Maximi
nicht hatte herausbekommen und unter dem Gepäck der Kais
Charlotte nicht hatte finden können. Sie sind von der letzteren

Digitized by Google

...herzog von Aumale, welcher bekanntlich kein Freund Napoleons ... niedergelegt und ihm für gewisse Eventualitäten sehr bestimmte ...ungen hinsichtlich ihrer Veröffentlichung gegeben worden. Die ...erin Eugenie mußte Ende Juli's eigens nach der Insel Wight ...en und der Königin Viktoria in Osborne einen zweitägigen Be... machen, um mit ihrer feinen, zarten Hand zu sondiren. Sollte ...ie Königin Viktoria etwas davon wissen? den Inhalt der Papiere ...nen? oder gar Mittel und Wege angeben können, wie dem un...sammen Aumale beizukommen wäre? Aber die „fragliche Dame", ...e der amerikanische Geschäftsträger in Paris in seiner Depesche ...m 10. August 1866 von der Kaiserin Charlotte gesprochen hatte, ...m mit leeren Taschen und ohne irgend welchen Erfolg ihrer ...Hinterlist nach den Tuilerien zurück. Ihr Herr Gemahl, dessen ...ugier so wenig befriedigt war, war nun boshaft genug, auch den ...deren ihre Freude verderben zu wollen, und ließ daher officiell ...ären, daß die Papiere des Kaisers Max sehr unschuldiger Natur ...en und für Frankreich durchaus nichts Kompromittirendes ent...lten. Zum Unglück für ihn erinnerte man sich dabei an die Fabel ...m Fuchs und den sauren Trauben und hofft steif und fest, daß ...e wackere Orleans bald etwas Pikantes zum Besten geben werde.

Während in Folge der Schlußscene der mexikanischen Tragödie ...n schwerer Druck auf der kaiserlichen Hofburg lag, suchten die ...ämmer des Abgeordnetenhauses eines anderen, vielleicht noch schwe...ren Druckes sich zu entledigen. Noch lastete der Alp des Kon...rdats auf dem Kaiserstaat. Mit Recht sagte eine freie Stimme ...s Wien: „Wir haben Verfassung und Amnestie, aber wir haben ...ch das Konkordat, und darum haben wir noch nichts. Die Be...eitigung desselben wird der Probirstein des heutigen Konstitutio...alismus sein, und bevor das Ministerium nicht eine Probe davon ...gelegt hat, daß die Umgestaltung auch diese Sphäre ergreift, darf ...s sich des Erfolges seiner Politik nicht sicher wähnen." Gerade ...ieser Frage verhielt sich der am 30. Juni zum Reichskanzler ...annte Freiherr von Beust so passiv als möglich. Als Protestant, ...ürde er, könne er in dieser Sache am wenigsten thun und müsse ...e Initiative dem Reichsrath anheimstellen. Wenn dieser durch ...e Gesetzgebung das Konkordat umgehe, so werde man am leich...ten zum Ziele kommen. An Gelegenheit, zu zeigen, daß er sich ...enigstens schieben lasse, sollte es dem Reichskanzler nicht fehlen.

Digitized by Google

Der Abgeordnete Dr. Mühlfeld stellte den Antrag auf Niedersetzu
eines Ausschusses, welcher den Entwurf eines Religionsedikts au
zuarbeiten habe, und hob in der Begründung seines Antrags a
10. Juli hervor, daß die Entfremdung Deutschlands von Oestrei
welche nicht erst von heute, sondern von älterem Datum sei u
bis zur Reformation zurückreiche, hauptsächlich die Folge jen
religiösen Intoleranz sei, wonach man immer nur der einen Konfessi
Rechte gewährte, der anderen nicht. Der Abgeordnete Profes
Herbst und 70 Genossen brachten am 11. Juli einen Antrag a
Abfassung und Berathung von drei Gesetzentwürfen ein, wonach d
Eherecht des bürgerlichen Gesetzbuches wiederhergestellt und
Jurisdiktion in Ehesachen wieder den weltlichen Gerichten überlass
die Emancipation der Schule von der Kirche durchgeführt u
die interkonfessionellen Verhältnisse, unter Berücksichtigung des Gru
satzes der Gleichstellung der verschiedenen Konfessionen, geregelt w
den sollten.

Dieser Antrag wurde in der Sitzung vom 20. Juli mit ei
Mehrheit von 134 gegen 22 Stimmen genehmigt und damit d
Konkordat der offene Krieg erklärt. Das Abgeordnetenhaus h
dasselbe für ein Gesetz wie jedes andere. Was die absolutisti
Gesetzgebung geschaffen habe, sei durch die konstitutionelle abzuänd
oder zu beseitigen. Dagegen erklärte der provisorische Leiter
Kultministeriums, Herr von Hye, im Namen der Regierung,
diese zwar die „Nothwendigkeit einer Regelung der Konfessio
verhältnisse anerkenne, daß sie aber, um selbst den Schein e
Mißachtung bestehender Rechtsverhältnisse zu vermeiden, den A
conciliatorischer Verhandlungen mit Rom einschlagen werde
daher an das Haus die angelegentliche Aufforderung richte, n
auf einer sofortigen Lösung der angeregten Fragen zu bestehe
Wenn darin alle Weisheit und aller guter Wille der Regier
bestand, so war dies fürwahr nicht viel. In der allerwichtig
Frage sollte das Abgeordnetenhaus, wie die alten Metternich'
Landtage, schweigen und alles Heil von der östreichischen Diplom
welche in den letzten Jahren ihre Unfähigkeit auf's glänzendste
urkundet hatte, und von der römischen Kurie erwarten, deren
duldsamkeit und Herrschsucht doch hinlänglich bekannt war. Im
noch hielt man in den leitenden Kreisen an der Anschauung
daß das Konkordat ein Staatsvertrag zwischen den Souveränen

Digitized by Google

rich und dem Kirchenstaat sei, der nur in Uebereinstimmung
t Pacificenten abgeändert werden dürfe. Allein abgesehen davon,
her ein zweites Königgrätz als diese Uebereinstimmung zu er-
n ist, muß noch hervorgehoben werden, daß das Konkordat sich
it den Verhältnissen der Katholiken beschäftigt, daß es aber
Punkte gibt, wie die gemischten Ehen, Schulen und Fried-
wo beide Konfessionen an einander streifen. In solchen Fällen
isher die Entscheidung ganz den katholischen geistlichen Ge-
anheimgestellt. Wie lange aber sollten sich die österreichischen
tanten eine solche Vergewaltigung gefallen lassen? Die drei
ntwürfe des Abgeordnetenhauses sollten dieser helotenmäßigen
cheit auf legalem Wege abhelfen. Der Wiener Gemeinde-
richte in einer Adresse an das Abgeordnetenhaus seine volle
instimmung damit aus. In der hierüber sich entspinnenden
e citirte ein Gemeinderathsmitglied die Worte des früheren
hofs Milde, welcher, als ihm das Konkordat vorgelegt wurde,
habe: „Diesen Vertrag empfehle ich nicht; das wäre ein
h an Kaiser und Vaterland."

elbst der erste österreichische Lehrertag, welcher gegen 2000 Lehrer
en Theilen der Monarchie in Wien vereinigte, sprach sich in
ien Tagen des Septembers mit aller Entschiedenheit gegen
nkordat und für die Trennung der Schule von der Kirche
gleich diese Lehrer alle von der Gnade des Klerus abhängen.
n kam, wie ein Blitzstrahl aus der mittelalterlichen Rüst-
des Vatikans, die Adresse der 25 Bischöfe vom 2. Oktober,
ie sich unmittelbar an den Kaiser wandten und diesem zu-
daß die „Angriffe auf das Konkordat nicht diesem, sondern
olischen Religion und nicht ihr allein, sondern dem ganzen
thum gelten. Man wolle eine Ehe ohne Festigkeit und
ng, eine Schule ohne Religion und sittlichen Ernst, in
neben dem Geistlichen ein gesinnungstüchtiger Lehrer stehe,
ult in die Grundsätze jener Wissenschaft, welche die Ver-
ng der Menschen mit den Thieren lehre. Um solche Werk-
n hinreichender Anzahl zur Verfügung zu haben, sollen
ildungsanstalten gegründet und darauf berechnet werden, ihre
e zur Geringschätzung alles Heiligen und Hohen einzuschulen.
üsse entweder den Rechten der katholischen Kirche die ge-
e Achtung schenken oder sich zu den Grundsätzen der Re-

Digitized by Google

volution bekennen. Sie, die für das Seelenheil von 17 Million Erlöster Rechenschaft ablegen müssen, erfüllen eine Pflicht geg Seine Majestät und das Vaterland, wenn sie hier ihre Stim erheben."

Wenn diese 25 Kirchenfürsten in das Feuer der Agitation gen das Konkordat noch einige Tonnen Oel hätten hineingieß wollen, so hätten sie es nicht praktischer anfangen können, als ind sie diese Adresse unterzeichneten. Gegen diese Verwechslung Konkordat und Religion, von geistiger Freiheit und Revoluti gegen diese Anmaßung, als ob sie im Namen von 17 Millio zu sprechen hätten, erhob sich in Oestreich alles, was nicht, um Wort Steins von Gentz zu gebrauchen, ein vertrocknetes Geh und ein verfaultes Herz hatte. Zunächst aber hob den Fehdeha schuh der Wiener Gemeinderath auf, gegen welchen die Bisch wegen der „Lehrerbildungsanstalt" zu Felde gezogen waren. war dies eine Sache, welche schon ein ganzes Jahr beim Ministeri anhängig war. Schon im Jahre 1866 hatte der Gemeinderath schlossen, zur Hebung des Volksunterrichtes eine Lehrerbildungsans (Schullehrerseminar) ohne Rücksicht auf die Konfession in Wien errichten. Auf die Einsprache des päpstlichen Nuntius verbot Regierung die Gründung derselben. Ein Jahr darauf, 4. Oktober 1867, wurde dem Gemeinderath die Antwort mitgeth welche der Unterrichtsminister, Ritter von Hye, der an ihn geschickten Deputation gegeben hatte. Dieser Ritter einer alten hatte erklärt, das Ministerium werde die Verhandlungen mit Gemeinderath wieder aufnehmen, wenn es Zeit dazu finde. D wurde für eine „Demonstration" gegen den Gemeinderath angesel die man nur durch eine andere Demonstration beantworten kön Man beschloß, das Lehrerseminar, das man in Wien nicht grün durfte, in Deutschland zu suchen und dorthin sechs Wiener Le zu ihrer weiteren Ausbildung zu schicken. Dieser Sache kam nun bischöfliche Adresse sehr zu Statten. In gerechter Erregt erklärte ein Mitglied des Gemeinderaths in der Sitzung 4. Oktober, daß auf diesen Angriff nichts übrig bleibe, als Kaiser offen zu sagen, daß das, was die Bischöfe ihm über Gemeinderath mitgetheilt hätten, eine „dreiste Unwahrheit, eine leumdung" sei. Sofort wurde eine Adresse an den Kaiser bera und beschlossen, worin gesagt war, ob denn jemand glauben kö

Digitized by Google

die Bürger Wiens „ihre Kinder Lehrern übergeben wollen, der Religion und Sittlichkeit bar, dieselben entarten ließen. solche Anklage vermöge nur der verblendete Haß familienloser, dem Ideenkreise des eigenen Ich erstarrter Männer zu ersinnen.“ Der Kaiser nahm beide Adressen, die der Bischöfe und des einderaths, an, drückte dem letzteren sein volles Vertrauen aus, die die Adressen dem Ministerium zur Beantwortung zu und ete am 16. Oktober ein Handschreiben an den Kardinal Rauscher, in er bemerkte, er müsse es beklagen, daß die Bischöfe „durch lage und Veröffentlichung einer die Gemüther tief erregenden sie die Aufgabe der Regierung erschweren, in einem Zeitpunkt, elchem, wie die Bischöfe treffend bemerken, Eintracht so sehr thue. Er werde die Kirche zu schirmen und zu schützen wissen, elbst aber sollten der Pflichten eingedenk sein, welche er als itutioneller Regent zu erfüllen habe.“ Und auch andere, Presse Gemeinden, waren ihrer Pflichten eingedenk. Es wurde in der e mehrfach hervorgehoben, daß, so wichtig auch für Oestreich usgleich mit Ungarn sei, doch die Aufhebung des Konkordats noch weit dringender erweise. Ob es sich denn bei einem ierregiment, das jede freie geistige Entwicklung im Keime zu ten drohe, überhaupt lohne, den Staat zu reorganisiren? Die erung habe geglaubt, mit dem Konkordat einen Kitt erfunden aben, durch den sie die verschiedenen Nationalitäten zu einem ßlichen Ganzen verbinden könne. Aber Solferino und König- hätten gezeigt, daß die geistige Knechtschaft ein sehr schlechter sei. Wenn die Regierung nicht auf eine dritte Niederlage ire, so müsse sie sich nach einem anderen Patent für staat- n Kitt umsehen. Die Frage stehe einfach so: Konkordat oder ssung? Oestreich schwebe „in der Gefahr eines dreifachen krotts: des finanziellen, des politischen und des geistigen. Der r sei der schlimmste; denn er ziehe die zwei anderen nach sich, eben dieser werde durch das Konkordat unwiderruflich besiegelt. Trotz aller Gegenbemühungen des Klerus liefen aus allen en des Kaiserstaats, selbst aus dem glaubenseifrigen und wohl ninten Tirol, Adressen der Gemeinden gegen das Konkordat In vielen derselben wurde hauptsächlich sein nachtheiliger uf auf die Volksbildung hervorgehoben und gesagt, daß ein er Unterricht vor allem noth thue, damit „Oestreich in Wissen-

Digitized by Google

schaft und Industrie nicht hinter dem Ausland zurückbleibe und i
den Stand gesetzt werde, die enormen Staatslasten zu tragen
Der Gemeinderath von Hermannstadt in Mähren erlaubte sich, b
dieser Gelegenheit die klerikale Unterrichtsmethode mit folgend
Worten einer Kritik zu unterziehen: „Bei der jährlich einmal stat
findenden Prüfung wissen wohl die bravsten Schüler, wie es i
Himmel aussieht, kennen die hervorragendsten Engel, die Zahl d
Heiligen, haben auch einen Begriff von der Hölle, vom Fegfeu
und von den Leiden der Verdammten; aber was in dem eigen
Kronland erzeugt wird, wie es billiger und besser erzeugt werd
könnte, was exportirt und importirt wird, ja nur, wie viel Ei
wohner in dem Kronlande sind, und wie die Hauptstadt desselb
heißt, davon wissen sie nichts. Können die Schüler den Katechism
und die biblische Geschichte papageienmäßig herplappern, so werd
die Lehrer öffentlich belobt." Die mit mehr als 44,000 Unt
schriften katholischer Männer Wiens versehene Volksadresse war
jeder Hinsicht eine gewichtige Petition zu nennen. Eine Adre
der Wiener Studenten an Dr. Mühlfeld protestirte gegen d
„ultramontane Gängelband", erklärte, daß eine Vergleichung d
östreichischen Universitäten mit der geringsten deutschen Universi
zur Schmach der ersteren ausfalle, und mischte in den Ruf n
Reform der Volksschule den nach Reform der Hochschule.

Dies waren die Früchte, welche die Bischöfe mit ihrer unzeitig
Adresse einernteten. Im Abgeordnetenhaus war man über
weitere Behandlung der Sache verschiedener Ansicht. Die e
Partei verlangte die sofortige Aufhebung des Konkordats, und Mü
feld stellte in diesem Sinne am 9. Oktober einen Antrag, die and
Partei wollte vorläufig nur die Gesetze über Schule und Ehe dur
bringen, da hiemit der Kern des Konkordats beseitigt wür
Dieser Ansicht war die Majorität. Die Gesetzentwürfe über
und Schule wurden daher am 23. und 29. Oktober von dem
geordnetenhaus angenommen. Sie giengen sofort an das Herr
haus, wo freilich eine andere Atmosphäre herrschte. Meinte d
in der Debatte des konfessionellen Ausschusses Fürst Sangu
daß „Gott seine Verpflichtungen gegen Oestreich brechen we
wenn dieses seine Verpflichtungen gegen den Statthalter Ch
breche", worauf Fürst Auersperg ihn fragte, ob er etwa von
einen persönlichen Auftrag habe, diese Drohung in seinem Na

Digitized by Google

...sprechen. Die Berathungen dieses Ausschusses dehnten sich ...den Schluß des Jahres 1867 hinaus, und die Regierung war ...mit ganz einverstanden. Denn sie wollte nicht eher zu einer ...tiven Entscheidung schreiten, bis die Verhandlungen mit Rom ...Ende sein würden. Zunächst handelte es sich darum, daß sie ...mal begonnen werden. Die Aufgabe war eine sehr undankbare, ...man sich auf eine glänzende Zurückweisung gefaßt machen mußte. ...österreichische Gesandte in Rom, Baron von Hübner, welcher im ...1859 auf dem Gesandtschaftsposten in Paris so viel Kurz...sichtigkeit gezeigt hatte, wurde zu Anfang Novembers abberufen und ...Grivelli, bisher Gesandter in Madrid, mit dem Auftrag betraut, ...Kardinal Antonelli sich eine Vorlesung über das Non possumus ...zu lassen. So wurde die Lösung der Frage dem nächsten ...vorbehalten, und am 31. December konnte man noch so gut ...1. Juli schreiben: „Wir haben Verfassung und Amnestie, ...wir haben auch das Konkordat, und darum haben wir noch ...“

Nur in einer Beziehung wurde ein positives Resultat erzielt. ...die Drohung, daß eine Anzahl Lehrer zu ihrer weiteren Aus...bung nach Gotha, in den Bereich des norddeutschen Bundes, ...werde, gab Ritter von Hye am 3. November seine be...gungslose Erlaubniß zur Gründung einer Lehrerbildungsanstalt. ...dieselbe ein konfessionsloses, also für die Lehrer aller Bekennt...zugängliches Institut sein soll, so trat mit dieser Bewilligung ...Ministerium in Widerspruch mit einem der Grundprincipien ...Konkordats. Man konnte es vor der Hand für eine Abschlags...bung ansehen.

Wie sich in Oestreich die Konkordatsfrage bis zum Schluß des ...hinschleppte, so in Preußen die Verhandlungen mit Dänemark ...Zurückgabe der nördlichen Distrikte Schleswigs. Dort waren ...Bischöfe, welche einen allgemeinen Sturm veranlaßten und ...Versöhnung erschwerten, hier die französische Regierung und ...Was irgend mit dem Prager Frieden zusammenhieng und ...nicht glatt abgemacht war, hielt Frankreich für seine Domäne, ...welcher es kaiserliche Befehle ertheilen dürfe. Man mußte von ...Leuten eine Sprache hören, als ob sie nicht so eben, aus ...vor dem Sternenbanner Nordamerika's, einen schmachvollen ...bewerkstelligt hätten, sondern noch in frischer Siegesglorie

Digitized by Google

dieselben für überflüssig, ja bedenklich, und die bestehenden Ges
und Verträge für vollkommen ausreichend halte". Mit die
Ansicht war die preußische Regierung durchaus nicht einverstan
und ließ durch ihren Gesandten dem dänischen Minister eine n
Note vom 18. Juni übergeben, worin sie auf der präcisen Erledig
der beiden Vorfragen beharrte und den Minister daran erinne
daß „das gute Einvernehmen zwischen Dänemark und den Herz
thümern neuerdings bekanntlich gerade dadurch gestört worden
weil die dänische Regierung nach der Umgestaltung der älte
Verfassung der Monarchie nicht mehr im Stande war, den deutsc
Unterthanen denselben Schutz ihrer Nationalität und Sprache
gewähren, dessen sie sich ehemals erfreut hätten. Nicht dazu h
der Prager Friedensvertrag Preußen verpflichtet, daß es deut
Gemeinden wider ihren Willen und mit dem Verlust jedes Re
auf ihre nationalen Eigenthümlichkeiten an ein fremdes Land abt
und sie Gefahren preisgebe, deren Befürchtung in Erinnerung
die Vergangenheit unter ihnen selbst laut genug hervortrete.
Regierung möge sich also erklären, ob sie zur Sicherung di
nationalen Eigenthümlichkeiten Bürgschaften geben wolle, und wel
Art, in individueller, lokaler und kommunaler Beziehung, d
Garantien sein würden. Von der Beantwortung dieser Fra
„hänge der Umfang der beabsichtigten Abstimmung oder Abtret
ab". Die Erwiderung des dänischen Kabinets, welche gegen
20. Juli in Berlin eintraf, ließ sich auf eine Beantwortung
Vorfragen, namentlich der ersten, nicht ein, sondern verlangte
nächst eine nähere Erklärung über die Natur und Tragweite
von Preußen verlangten Bedingungen. Es war ihm, da es si
sein konnte, keine andere Auskunft als früher zu erhalten, offen
nur darum zu thun, die Sache einige Zeit in der Schwebe zu
halten, den Zeitpunkt, wo es ganz bestimmte Erklärungen abzuge
habe, möglichst hinauszuziehen und zunächst abzuwarten, was
„hohe Verbündete" für Geschäfte mache.

Fast gleichzeitig mit dieser dänischen Antwort traf in Be
eine französische Depesche ein, welche der Botschaftssekretär Lefe
der die Stelle des abwesenden Herrn Benedetti vertrat, dem Gr
Bismarck vorlesen sollte. Da sich dieser damals nicht in Be
befand, sondern auf seiner Dotationsbesitzung Varzin in Hin
pommern, um in dieser ländlichen Zurückgezogenheit sein angegriffe

Digitized by Google

...ystem wiederherzustellen, so hatte Unterstaatssekretär Thile die ...heilung am 23. Juli entgegenzunehmen. In dieser Depesche betonte ...französische Minister, Marquis de Moustier, das Recht Frank...s, sich in die schleswig'sche Sache zu mischen, insofern der viel...nchene Artikel V. des Prager Friedensvertrages, „daß die Be...ungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch ...Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark ...igt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollten", nicht ...Oestreichs, sondern auf Frankreichs Einwirkung hin entstanden ...In Folge dessen erlaube sich der Minister die Bemerkung zu ...en, daß es Dänemark unmöglich sei, die von Preußen geforder...Garantien hinsichtlich des Schutzes der abzutretenden deutschen ...ölkerung zu geben. Diese Garantien würden der Keim ewigen ...es zwischen Preußen und Dänemark sein, da ersteres dadurch ...genheit bekäme, sich fortwährend in die inneren Angelegenheiten ...letzteren zu mischen.

So zurückhaltend und versöhnlich auch diese Depesche gehalten ...so enthielt sie doch eine Einmischung in bester Form. ...deutsche Nationalgefühl, für keinen Luftzug so empfindlich ...für den westlichen, sträubte sich auf das entschiedenste gegen ...n neuen Versuch Frankreichs, ein europäisches Aufsichtsrecht und ...speciell eine Kontrole der strikten Einhaltung des Prager ...rags für sich in Anspruch zu nehmen. In Versammlungen und ...r Presse wurde gefragt, ob dies eine neue Auflage der luxem...rischen Angelegenheit sein solle. Man vertraute zu der preußi...Regierung, daß sie dieses Interventionsgelüste so zurückweisen ...e, wie dasselbe es verdiene, und dem französischen Kabinet es ...asse, mit der Abweisung anzufangen, was es wolle. Dabei ...hlte man sich nicht, daß die Lage eine sehr ernste sei, und ...sprachen schon von einem Herbstfeldzug, wozu die französ...n Heißsporne den Kaiser antrieben, indem sie ihm das Wort ...Abgeordneten: „innere Freiheit oder Krieg!" zu Gemüth ...en. Eine Nachgiebigkeit wie in der Luxemburger Frage sei ...um so weniger möglich, da es sich hier nicht um das, wenn ...deutsche, Gebiet eines fremden Souveräns, nicht um ein ...s Besatzungsrecht handle, sondern um einen integrirenden Theil ...norddeutschen Bundes. Daß dadurch die Unterhandlungen mit ...mark sehr erschwert werden, indem dieses auf seinem Eigensinn

Digitized by Google

nur noch mehr beharren werde, und Preußen jetzt noch weni
bieten könne, um dem Verdacht, einem äußeren Drucke gewichen
sein, zu entgehen, liege auf der Hand.

Auch in dieser Sache stand Frankreich ganz allein. Oestre
welchem allein Preußen das Recht der Einsprache vindicirte, h
durchaus keinen Grund, den Dänen gefällig zu sein und sich
Preußen auf's neue zu verfeinden. England, welches im Jahre 1
eine so zärtliche Zuneigung für Dänemark kundgab, sah end
die Untugenden dieses enfant gâté ein, und Lord Stanley erkl
im Unterhaus, das Ministerium habe jede Meinungsäußerung
Nordschleswig in Berlin vermieden, eine Erklärung, welche gan
aussieht, wie wenn ihr eine Aufforderung Frankreichs vorangega
wäre, sich an dem Protest zu Gunsten Dänemarks zu betheilig

Die Sache war zu wichtig, als daß sie durch den Vert
des Ministerpräsidenten hätte erledigt werden können. Daher e
der Letztere eine Instruktion an den französischen Botschafte
Paris, den Grafen von der Goltz, in welcher die Einmisch
Frankreichs, beziehungsweise seine Theilnahme bei den Verhand
gen über die Ausführung des Artikels V. des Prager Frieden
der entschiedensten Weise zurückgewiesen wurde. Die Mittheil
dieser Erklärung an den Marquis von Moustier erregte zun
scheinbare Ueberraschung über die Empfindlichkeit der preußi
Politik; sodann aber zwang sie dem französischen Kabinet
Alternative auf, entweder auf die Einmischung in die schleswi
Angelegenheit zu verzichten oder eine Kriegsfrage daraus zu ma
Das letztere wollte man so wenig als bei der Verweigerung
Kompensationen oder bei der Störung des Luxemburger Har
Somit blieb nur der Rückzug übrig, welcher denn auch in
kleinen Moniteur vom 27. Juli mit den Worten angetreten w
„Es ist dem Berliner Kabinet keine Note übergeben worden,
über die schleswigsche Angelegenheit noch über eine andere Fr
Diese officielle Ableugnung, welche auf das unkundige P
Publikum berechnet war, enthielt freilich einen Schein von W
heit, nur verschwieg sie gerade die Wahrheit selbst. Denn
Note war es nicht, was Herr Lefebre am 23. Juli dem
von Thile mittheilte, sondern eine Depesche (zwischen we
beiden Benennungen in der diplomatischen Welt unterschieden

Digitized by Google

übergeben hat er sie auch nicht, sondern nur *vorgelesen* und keine Abschrift davon zurückgelassen.

Zu diesem raschen Rückzug soll der weitere Umstand beigetragen haben, daß es zu dem Prager Frieden noch eine geheime Vertragsbestimmung gebe, wonach die preußische Regierung mit der Abstimmung in Nordschleswig bis zum Jahre 1870 warten könne, und daß Graf Bismarck es für gut gefunden habe, das französische Cabinet in dieses Geheimniß einzuweihen. Aber während der Moniteur zum Rückzug blies, bliesen andere zum Angriff. Schon der Umstand, daß gerade damals der französische Handelsminister Rouher eine Reise nach Dänemark und Schweden machte, war ganz geeignet, neuen Verdacht zu erregen und einen Widerspruch zwischen Worten und Thatsachen zu konstatiren. Noch mehr Staub wurde aufgeworfen durch die Demonstrationen, welche am 12. August und den folgenden Tagen in Kopenhagen gemacht wurden. Dort waren an diesem Tage in Folge einer Einladung eines dänischen Comités, der Abgeordnete Morin und über ein Dutzend französischer Journalisten, freilich keine Sterne erster Größe, angekommen, um ein Fest der Verbrüderung zwischen Frankreich und Dänemark zu feiern. Die Stadt war beflaggt und die Kanonen donnerten. Ließ der Bürgermeister der Stadt „das Gedächtniß der ersten Helden der Welt, die tapfere Nation, das sieggekrönte, stolze, schöne Frankreich und seinen großen Kaiser" leben, so sprachen die Franzosen von dem „muthigen Dänemark, das nie sterbe, weil es an sein Recht glaube". Wenn man auch solche Großsprechereien verlachen und verachten konnte, so unterhielten sie jedenfalls das Feuer der politischen Aufregung, und man fragte sich, warum denn die französische Regierung, wenn es ihr mit dem Frieden so ernst sei, diesen beständigen Hetzereien der Presse nicht ein Ende mache, was ihr ja bei anderen Fragen so gut gelinge.

Doch was bedeutete diese Journalistenreise gegen die Reise am 17. und 18. August! Kaiser Napoleon giengen die Verhältnisse in Deutschland, wie sie sich durch die Allianz- und Zollverträge zu Gunsten einer preußischen Machtvergrößerung entwickelten, nicht nach Wunsch. Mit seinen Einsprüchen und Einmischungen hatte er bisher wenig Glück gehabt, daher er sich, um desto entschiedener auftreten zu können, sehr nach der Bundesgenossenschaft einer anderen Großmacht sehnte. Wer paßte für diesen Zweck besser als Oestreich,

Digitized by Google

der von Preußen besiegte und aus Deutschland verdrängte Kaise
staat? Um aber eben diesen Verdacht einer Konspiration von si
abzuwälzen und die Reise als eine ganz harmlose hinzustelle
wurde ihr der officielle Charakter eines Kondolationsbesuches gegebe
Der Schatten des unglücklichen Max, statt sich zürnend zwisch
Haus Habsburg und Haus Bonaparte zu werfen, mußte im Gege
theil dazu dienen, die alten Feinde zu einer idyllischen Versöhnung
scene zusammenzubringen. Ueberall sprach man davon, daß Napole
dem Bruder des Kaisers von Mexiko, im Gefühl der Mitschuld
dessen Schicksal, einen Besuch zumachen wünsche, hob den re
persönlichen Charakter dieser Zusammenkunft hervor und gab de
preußischen Gesandten die beruhigendsten Erklärungen. Einen B
such, welcher in Trauer gehüllt und mit büßendem Herzen sich a
meldete, konnte Franz Josef unmöglich abweisen, abgesehen davo
daß es ihm nach so vielen Schlägen eine Genugthuung gewähr
mochte, vor Europa zu zeigen, daß Oestreich immer noch ei
gesuchte Partie sei. Als Ort der Zusammenkunft wurde d
romantische Salzburg festgesetzt, und so reiste das französische Kais
paar am 17. August über Karlsruhe, Stuttgart, Ulm nach Aug
burg, wo übernachtet wurde, und am 18. August über Münch
nach Salzburg, wo es Abends fünf Uhr ankam und von d
östreichischen Majestäten empfangen wurde. Napoleon hatte d
Marschall Fleury, keinen seiner Staatsmänner bei sich; aber d
östreichische Gesandte am Tuilerienhof, Fürst Metternich, welch
für eine französisch-östreichische Allianz begeistert ist, hatte die Re
mitgemacht. Von östreichischen Celebritäten war der Reichskanzl
von Beust und der ungarische Ministerpräsident Graf Andra
anwesend.

Daß „die Häupter zweier großen Reiche sich nicht mehre
Tage lang in inniger Vertraulichkeit vereint finden konnten, oh
sich gegenseitig über Fragen von allgemeinem Interesse ihre Ei
drücke mitzutheilen und ihre Gedanken auszutauschen", sagt u
das französische Rundschreiben vom 25. August und fügt noch be
„Die Unterhaltungen zwischen Napoleon und Franz Josef hatt
nicht die Beschaffenheit, welche gewisse Neuigkeitskrämer ihnen be
legen. Sie erneuerten gegenseitig die Versicherungen ihrer frie
liebenden Politik und beschränkten sich in ihren Gesprächen auf al
gemeine Gegenstände. Weit entfernt, die Salzburger Zusamme

Digitized by Google

hat als einen Gegenstand der Beunruhigung und Befürchtung
r andere Höfe zu betrachten, hat man darin nur einen neuen
Beweggrund zum Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens zu
ben". Man muß es diesem Rundschreiben des Herrn von Moustier
nachsagen, daß es nicht zu viel aus der Schule schwatzte. Auch
us Oestreich erfuhr man nicht viel. Selbst das östreichische Roth-
uch, welches im Februar 1868 den Delegationen vorgelegt wurde,
nthielt nichts weiter als die Notiz, daß bei dieser Zusammenkunft
für das in der orientalischen Frage zu beobachtende Vorgehen
gewisse Grundzüge vereinbart worden seien".

So viel wußte man auch ohne Rundschreiben und Rothbuch.
Daß die mehrstündigen Konferenzen, welche Napoleon mit Freiherrn
on Beust hatte, nicht bloß auf „allgemeine Gegenstände" sich be-
gen, sondern daß neben einer Revue sämtlicher europäischen
agen jeder von beiden Theilen das ihn hauptsächlich Interessirende
nd Beunruhigende hervorhob, Oestreich den Orient, Frankreich
eutschland, speciell Süddeutschland, lag auf der Hand. Da man
wußte, wie aufmerksam Frankreich das Verhältniß zwischen Süd-
nd Norddeutschland beobachtete, wie es jede weitere Annäherung
hintertreiben suchte, gegen die gegenseitige Absendung von Militär-
vollmächtigten agitirte, der Wiederherstellung des Zollvereins ent-
gegenarbeitete, die süddeutschen Staaten zu veranlassen suchte, unter
sich allein einen süddeutschen Zollverein zu gründen, zuletzt wenigstens
darauf drang, daß von dem neuen Zollverein die parlamentarische
Form ferngehalten werde, damit nicht aus diesem Zollparlament
ein deutsches Parlament hervorgehe, so bedurfte es gerade keiner
besonderen Kühnheit, um zu behaupten, daß die süddeutsche Frage
in Frankreich gründlich auf's Tapet gebracht worden sei. Denn
wenn die Allianz- und Zollverträge von den süddeutschen Landtagen
noch nicht genehmigt waren, so war das Terrain durchaus noch
nicht so ungünstig, daß nicht das Projekt einer engeren Vereinigung
der Südstaaten und ihrer Allianz mit Oestreich mit den Staats-
männern an der Donau besprochen werden konnte. Die Verwirk-
lichung dieses Projekts war freilich ohne einen furchtbarn Krieg mit
dem norddeutschen Bund nicht möglich, und in einem solchen, wenn
man bei der Abneigung Ungarns und bei dem absoluten Mangel
an Geld und Kredit je führen konnte, riskirte Oestreich seine ganze
Existenz.

Digitized by Google

Weder in Wien noch in den Provinzialstädten war man da
von diesem Besuch und der drohenden Allianz sonderlich entzü
Die Neue Freie Presse sprach von dem „düsteren Verhängn
welches über jeder Verbindung, welche Oestreich und Frankreich
einander eingehen, walte", und wies zum Beweis hiefür auf Ma
Antoinette, auf die Kaiserin Marie Luise und ihren Sohn und
Kaiser Max hin. Ein Grazer Blatt schrieb: „Hat sich Oestr
mit Frankreich über seine deutsche Mission geeint, dann hat es e
Kluft gezogen nicht nur zwischen sich und Deutschland, sond
auch zwischen der Richtung seiner eigenen Politik und den Deutsc
in seinem eigenen Reiche, dann ist das Ausgleichswerk in Oestr
in Frage gestellt, dann müssen in die Reihe jener Nationen, we
die Opposition der Regierung in der äußeren Politik bilden, a
die Millionen Deutsche in Oestreich eintreten, welche bisher
Aktion fern geblieben sind." Die „Presse" vom 28. Aug
erklärte, daß ein süddeutscher Bund unter östreichischer Führung
Luftgebilde sei, und daß die angeblich östreichisch-französische Collek
note an das Berliner Kabinet sich als ein wohlgemeinter Rathsch
an Dänemark entpuppe, nicht allzu hartnäckig auf der Herausg
von Düppel und Alsen zu beharren. „Die Interessen Oestrei
welches mit großen und noch ungelösten inneren Fragen und
Finanzkalamitäten schwierigster Art in diesem Augenblick zu käm
hat, verbieten es dieser Macht, für die Suprematie Frankreichs
Europa jetzt einen Krieg zu führen, wenn auch immerhin eine
zahl einflußreicher Persönlichkeiten in Wien den Wunsch hegen n
ihre Revanche für Königgrätz zu nehmen. Die Verhältnisse
aber mächtiger als die Menschen, und Herr von Beust ist
genug, um zu wissen, daß die Kriegserklärung Oestreichs und Fr
reichs an Preußen ganz Deutschland, die deutschen Provin
Oestreichs nicht ausgenommen, um die Fahnen Preuß
scharen würde."

Die preußischen Blätter und einige süddeutsche äußerten
voll Mißtrauen und Leidenschaft über diese Salzburger „
schwörung". Die Kreuzzeitung schrieb: „In Paris lassen
uns die Recepte nicht vorschreiben für Deutschlands Wohlbefin
und wenn Oestreich gewillt ist, nach französischen Noten zu fin
so wird es in Deutschland nur wenig Accompagnement finden.
geht es die Tuilerien an, wie Nord und Süd sich mit eina

Digitized by Google

tragen? Was hat Louis Napoleon sich darum zu kümmern, wie Deutschland seine militärischen Verhältnisse ordnen, seine Zoll-einrichtungen treffen will? Es gibt der Hundsfötter nur wenig in Deutschland, welche das Heil ihres Vaterlandes oder vielmehr ihr eigenes von Paris erhoffen. Man wird sie zu Boden schlagen, wenn es Zeit ist, den Verrath zu lohnen. Wir verlangen nicht, der Präceptor eines anderen Staates zu sein, aber wir lassen uns auch nicht disciplíniren. Und ob man auch in Salzburg beschlossen hat, die „„östreichisch-französische Auffassung irgend einer Frage nicht durchkreuzen zu lassen,““ wir sind nicht gemeint, diese europäische Diktatur anzuerkennen. Gunst oder Abgunst — wir werden unsren eigenen Willen behalten. Und wir wissen, was wir wollen.“ Hiezu bemerkte die Kölner Zeitung, sie könne nicht glauben, daß es mög-lich sei, die Rheinbundsschmach zu erneuern, und setzt hinzu: „Die süddeutschen Fürsten haben bis jetzt keine Lust gezeigt, ein Experiment zu versuchen, das die Wohnungsmieten in Hietzing in die Höhe treiben könnte.“

Die Haltung Süddeutschlands, das denn doch bei der Besprechung dieser Pläne auch ein Wort mitzureden hatte, war größtentheils durchaus korrekt. Napoleon wurde auf der Reise nach Salzburg in Basel von badischen Militär- und Civilbehörden empfangen, in Ulm vom König Karl, welcher von Friedrichshafen herbeikam, begrüßt, was nicht länger als eine Viertelstunde dauerte, und auf dem Weg von Augsburg nach München von König Ludwig II. geleitet, der von da wieder nach seinem Schlosse Berg eilte. Auch der Be-völkerung kann nichts zur Last gelegt werden. Kaum ein Dutzend Stimmen, wie sie in allen Residenzen für solche Zwecke zu haben sind, riefen im Stuttgarter Bahnhof dem scheidenden Kaiser ein Vive l'empereur! nach, und als sich dies bei der Ankunft in Augs-burg wiederholte, entstand von anderer Seite ein solches Zischen und Pfeifen, daß fernerhin alle Hochrufe unterblieben und Napoleon hören konnte, wie auch in Baiern, dessen frühere Geschichte so viele französische Allianzen aufzuzählen hat, die Rheinbundszeiten vorüber seien. Davon daß die süddeutschen Fürsten sich in Salz-burg wie zu einem Erfurter Kongreß einfanden, war keine Rede. Auch Hohenlohe soll eine Kabinetsfrage daraus gemacht haben. Auch kein Minister erschien. Nur der Großherzog von Hessen, welcher an dem Herrn von Dalwigk nicht den besten Rathgeber hat,

Digitized by Google

wußte es so einzurichten, daß er gerade zu jener Zeit bei seine
Schwiegervater, dem alten König Ludwig von Baiern, auf Leopold
kron bei Salzburg einen Besuch machte und so mit den allerhöchste
Herrschaften in Berührung kam.

Hinsichtlich Süddeutschlands hatte Napoleon sicherlich ein schlechte
Geschäft gemacht. Fürsten und Volk waren ihm entgegen, u
Oestreich konnte sich in solche Plane nicht einlassen. Wollte er d
Sache verfolgen, so stand er nach wie vor ohne Allianzen da. M
dieser Gewißheit reiste das Kaiserpaar, nachdem es sich an Theate
und Koncerten und an dem Anblick der großartigen Alpenwelt e
getzt und erfrischt hatte, am 23. August Vormittags 8 Uhr v
Salzburg ab, um am nämlichen Tage Straßburg, am nächsten Ta
Paris zu erreichen. Kaum hatte es ein wenig ausgeruht, so mach
es am 26. August eine kleine Rundreise nach dem nördlichen Frankrei
wo es die Städte Arras, Lille und Amiens besuchte. In erster
Stadt versicherte der Bürgermeister den Kaiser, daß Frankreich dur
die Vergrößerungen seiner Nachbarstaaten nicht im mindesten
Macht und Einfluß verloren habe und der Friede deßhalb nicht g
fährdet sei, worauf Napoleon erwiderte: „Mit Recht haben S
Vertrauen in die Zukunft. Nur schwache Regierungen suchen
auswärtigen Verwicklungen eine Ablenkung aus inneren Wirren
Dem Bürgermeister zu Lille gab er unter anderem zur Antwo
„Seit 14 Jahren haben sich viele meiner Hoffnungen verwirklic
große Fortschritte wurden erzielt. Inzwischen schienen schwar
Punkte unsern Horizont verfinstern zu wollen. Aber wie m
das Glück nicht verblendet, so werden mich vorübergehende Unglüc
fälle nicht entmuthigen." Offenbar wollte der Kaiser durch die er
dieser beiden Reden der Oppositionspartei, welche ihn vor die Alt
native „Krieg oder Revolution!" stellte, erklären, daß er das ei
nicht brauche und das andere nicht fürchte, während er mit d
„schwarzen Punkten" eingestand, daß der Einfluß Frankreichs verm
dert sei und man günstigere Konjunkturen abwarten müsse, um
alte Suprematie wieder herzustellen. Die letzte Wendung die
Rede begeisterte Herrn Paul de Cassagnac zu einem widerlich
Kriegsgeschrei, das er im „Pays" gegen Preußen ausstieß: „S
sind stolz auf ihre Militärorganisation, auf ihr erstes und zwei
Aufgebot. Sie sehen aber nicht, daß sie nur eine Armee von 2000
Soldaten haben, und daß der Rest, aus dem sie so viel Gesch

Digitized by Google

nden, aus Schuſtern und Bierbrauern beſteht. Unſere Zuaven, ere Garde und unſere Chaſſeurs brauchen nur in die erſte Ziegelmauer ein Loch zu brechen; alles Uebrige verſchwindet wie im Jahre 1806. Die Rede von Lille zeigt, daß nun letzte Schritt rückwärts unabänderlich gethan iſt. Sie ſollen ſchweigen, dieſe Biertrinker und Sauerkrauteſſer!"

Auf dieſe und ähnliche Prahlereien und Hetzereien der franzöſiſchen Preſſe erließ die Kreuzzeitung vom 1. Oktober einen Artikel, wie noch wenige über den Rhein geſchickt worden ſind. Wir fürchten uns nicht, aber wir rühmen uns auch nicht. Wir werden niemand angreifen, vor niemandes Angriff aber uns ſcheuen. Irgends werden wir Frankreich in den Weg treten, ſeine inneren Angelegenheiten durchaus nicht vermehren. Wir werden uns niemals einmiſchen in eine Frage, die der Entſcheidung Frankreichs anheim fällt; allein und frei möge es ſeinen Gang ordnen. Aber auch mit den unſrigen! Wir ſind nicht gemeint, Herrn Drouyn de Lhuys zu bitten, daß Preußen Großmacht bleiben dürfe. Es fällt uns nicht ein, den kaiſerlichen Vetter um Belehrung zu erſuchen über die Grenzpflicht des Rheinſtromes. Alles das denken wir allein zu beſorgen, und wir würden uns jede Intervention mit höflichſtem Danke verbitten. Wir hoffen, dies werde genügen; Frankreich wird wichtiger ſein als die kriegstollen Journale von Paris. Wenn es doch nicht, nun dann: Fuß beim Maal! und zu jedem Wettkampf bereit, trotz aller Turkos und Fächerkanonen. Dem groben Klotz ein grober Keil!"

Dieſe Antwort erregte Aufſehen in Paris, und man mußte ſich geſtehen, daß die Zeiten ſich doch ſehr geändert haben. Noch weit mehr Aufſehen erregten einige officielle Kundgebungen, wovon die eine aus Karlsruhe, die zwei anderen aus Berlin kamen. Es handelte ſich um Süddeutſchland und ſein Verhältniß zum norddeutſchen Bunde. Dieſes beruht, ſo weit es ſich um die diplomatiſche Beziehung handelt, auf dem Artikel IV. des Prager Friedens. Derſelbe lautet: „Der Kaiſer von Oeſtreich erkennt die Auflöſung des bisherigen deutſchen Bundes an und gibt ſeine Zuſtimmung zu einer neuen Geſtaltung Deutſchlands ohne Betheiligung des öſtreichiſchen Kaiſerſtaates. Ebenſo verſpricht Se. Majeſtät das engere Bundesverhältniß anzuerkennen, welches der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt ſich damit

einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutsch
Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbi
dung mit dem norddeutschen Bund der näheren Verständigu
zwischen beiden vorbehalten bleibt, und der eine internationale u
abhängige Existenz haben wird." Daraus erhellt nur so viel, d
Oestreich sehr gut daran thut, wenn es sich in die fernere Entwi
lung Deutschlands, auch in das Verhältniß zwischen Nord und S
nicht im geringsten mehr mischt, und daß die süddeutschen Staa
berechtigt waren, einen Südbund zu schließen, welcher dann un
irgend einer Form eine „nationale Verbindung" mit dem no
deutschen Bund aufrecht hielt. Für diesen Fall war ihm jene „
ternationale unabhängige Existenz" ebenso gesichert wie jedem ande
Staate, und es wurde daher in den Kammerverhandlungen mit einig
Selbstgefühl von der „europäischen Stellung" des Landes gesproch
Wenn aber diese Staaten einen solchen Verein nicht eingehen wol
wie dies thatsächlich bewiesen ist, was dann? Sie haben ja
unabhängige, souveräne Existenz, können also thun, was sie wollen. S
haben sie durch den Allianzvertrag und durch die Uebertragung des Ob
befehls an den König von Preußen bereits Gebrauch von dieser ne
Freiheit gemacht. Dadurch sind die Bestimmungen des Prager Frie
bereits überholt, und wenn irgend einer der vier süddeutschen Sta
oder alle vier ihrer Souveränetät sich noch weiter entkleiden
geradezu in den norddeutschen Bund eintreten und denselben
durch zum deutschen Bund umwandeln wollen, wem steht irgend
Recht zu, sie zu hindern? und auf welchen Vertrag hin? Ih
freiwilligen Eintritt kann rechtlich niemand etwas entgegenstel
nur dazu gezwungen werden dürfen sie nicht. Was soll
dieser ganze Artikel für Süddeutschland? Er soll Preußen verhin
einen äußeren Zwang auf dasselbe auszuüben; er soll demselben
nen freien Entschluß sichern. Wie aber dieser ausfällt, hierin
Süddeutschland durch keinen Vertrag, durch keine Macht auf E
beschränkt. Dies ist lediglich Sache des norddeutschen Bundes e
seits und der vier Südstaaten, sowohl aller zusammen als auch
einzelnen, andererseits.

Wenn schon Oestreich nicht das geringste Recht der Einsp
hat, wie steht es vollends mit Frankreich, mit dem doch für
der Prager Friede nicht geschlossen worden ist? Und selbst
hätte es eben gerade so viel Recht wie Oestreich, nämlich

Digitized by Google

ist. Wenn es aber beständig erklärt, daß es, gemäß den Be-
mmungen des Prager Friedens, den Eintritt Badens in den
ddeutschen Bund, die Aufnahme einer preußischen Besatzung in
ndt nicht dulden würde, worauf basirt denn diese diktatorische
ärung? Wie gesagt, der Prager Friede geht Frankreich nichts
Das einzige Recht, auf welches es sich berufen kann, ist das
gsrecht. So gut es den Vereinigten Staaten von Amerika er-
en kann, daß es den Eintritt Mexikos in die Union als Kriegs-
nsehen würde, ebenso gut kann es den Vereinigten Staaten
Deutschland oder dem norddeutschen Bund sagen, daß es den
ritt eines süddeutschen Staates in denselben mit einer Kriegs-
ärung beantworten werde. Dies und nur dies ist sein Recht,
es ist das nämliche, wie es jeder Raubritter des Mittelalters
ht hat. Es ist nur zu wünschen, daß es ihm, falls es von
em Recht Gebrauch machen sollte, gerade so geht, wie den thü-
gischen Raubrittern unter Kaiser Rudolf, dem ersten Habsburger.
Eine mannhafte Antwort auf ein solch anmaßendes Benehmen
der Großherzog von Baden bei Eröffnung der Ständeversamm-
g am 5. September. Weit über die Grenzen Badens, ja Deutsch-
s hinaus drangen die patriotischen Worte dieses Fürsten: „Mein
chluß steht fest, der nationalen Einigung mit dem nord-
chen Bunde unausgesetzt nachzustreben, und gerne werde Ich
wird mit Mir Mein getreues Volk die Opfer bringen, die mit
Eintritt in denselben unzertrennlich verbunden sind. Sie werden
lich aufgewogen durch die volle Theilnahme an dem nationalen
n und die erhöhte Sicherheit für die freudig fortschreitende
re Staatsentwicklung, deren Selbständigkeit zu wahren stets
ht Meiner Regierung sein wird. Ist auch die Form der na-
alen Einigung Süddeutschlands mit dem norddeutschen Bunde
nicht gefunden, so sind doch schon bedeutungsvolle Schritte zu
em Ziele gethan. Dank den Allianzverträgen der süddeutschen
aten mit Preußen ist die erste und dringendste nationale For-
ng erfüllt: Abwehr jedes Angriffs von außen mit den geeinig-
Kräften aller unter einheitlicher Führung. In dem Zoll-
lament begrüße Ich, wenn auch seine Wirksamkeit eine be-
nkte ist, doch freudig eine reguläre Vertretung des gesamten
chen Volkes." Die englischen Journale begrüßten diese Rede
Begeisterung, und die französische „Liberté" bemerkte, „es

Digitized by Google

lasse sich daraus mit Bestimmtheit entnehmen, daß an dem Ta
an welchem Frankreich in die deutschen Angelegenheiten sich misch
würde, es mit 40 Millionen zu thun bekäme, und daß es dabei
Rolle des Mannes spielen würde, der sich, um sich vor dem Reg
zu schützen, ins Wasser geworfen habe. Das europäische Glei
gewicht habe Frankreich bei der italienischen Frage zuerst gebrod
und könne auf diesen Vorgang hin die Einheit Deutschlands ni
zu verhindern suchen."

Der badischen Thronrede entsprach die von der zweiten Kamm
mit allen gegen 5 Stimmen angenommene Adresse vom 16. S
tember, in welcher gesagt wurde: „Wir hegen die zuversichtli
Erwartung, „daß die dauernde organische Verbindung
dem norddeutschen Bund unter der Führung des mächtigs
deutschen Staates bald gefunden und damit die Wiedergeburt Deut
lands in einer Weise vollzogen sein wird, welche unserm Vaterla
die lange vermißte Machtstellung verleiht."

Wenn hier Fürst und Volk unter gemeinsamer, für jederm
sichtbarer Flagge dem vollständigen Eintritt in den norddeutsc
Bund zusteuern, so herrschte in dem benachbarten Hessen nicht
gleiche Einmüthigkeit. Und doch hätte man, wenn in irgend ein
der vier Südstaaten, gerade hier am meisten Hinneigung zu No
deutschland suchen sollen, da der nördliche Theil des Großherzogthu
schon zum norddeutschen Bund gehört. Auch fehlt es nicht
Solchen, welche den Eintritt der beiden andern Provinzen, Starl
burg und Rheinhessen, nur als die natürliche Konsequenz von
Eintritt Oberhessens ansehen. Als daher am 3. Juni die no
deutsche Bundesverfassung der hessischen zweiten Kammer zur Annah
vorgelegt wurde, stellte der Abgeordnete Goldmann den Antrag,
das ganze Großherzogthum in den norddeutschen Bund eintre
solle. Aber obgleich der größte Theil der Kammer dem Antrag
stimmte, wie er denn auch mit einer Mehrheit von 32 gegen 15 St
men angenommen wurde, so erklärte doch die Regierung, daß es
der Militärkonvention, an dem Schutz- und Trutzbündniß, an dem Z
vereinsvertrag, an der Abtretung des Post- und Telegraphenwes
an Preußen gerade genug sei. Sie könne doch der preußischen
gierung nicht zumuthen, über einen kaum geschlossenen Vertrag
wegzugehen und so das gute Einvernehmen mit befreundeten Nachb
staaten um einer relativ unbedeutenden Ausdehnung des norddu

Digitized by Google

undesgebiets willen zu trüben. Von dieser zarten Sorge halte sie den gegenwärtigen Moment für ungeeignet, dem Folge zu geben und den sofortigen Eintritt in den nord- n Bund in Erwägung zu ziehen.

e unberechtigt diese Rücksichtnahme der hessischen Regierung ußens Stellung zum vierten Artikel des Prager Friedens sich ihr kategorisches Nichtwollen hinter schönen Phrasen zu suchte, welche in Paris sicherlich besser gefielen als in konnte man aus dem Rundschreiben des Grafen Bismarck September sehen, worin er die preußischen Gesandten an den gen Höfen gerade über diesen Punkt instruirte. Das Akten- liches den fremden Regierungen vorzulesen war, gehört zu den Erzeugnissen der Diplomatie. Es geht davon aus, wie die hen und französischen Erklärungen, daß in Salzburg die inne- legenheiten Deutschlands nicht in offensiver Weise besprochen rden, die preußische Regierung sehr befriedigt hätten. Unter eine, als ob er dies mit der Unschuld eines Kindes glaube, n Graf Bismarck mit einer Art Ironie, daß ein solches s das einzig mögliche sei, da die Nord- und Süddeutschen en ganz unter sich abmachen, jene auf diese nicht den Druck ausüben, ihren nationalen Wünschen aber stets denken werden. „Die Aufnahme, welche jene Nachrichten mmsetzungen (über die Salzburger Besprechungen) in ganz nd fanden, hat von neuem gezeigt, wie wenig das deutsche efühl den Gedanken erträgt, die Entwicklung der Ange- n der deutschen Nation unter die Vormundschaft fremder ng gestellt oder nach anderen Rücksichten geleitet zu sehen, den durch die nationalen Interessen Deutschlands gebotenen. n es uns von Anfang zur Aufgabe gemacht, den Strom nalen Entwicklung Deutschlands in ein Bett zu leiten, in r nicht zerstörend, sondern befruchtend wirke. Wir haben nieden, was die nationale Bewegung überstürzen könnte, r nicht aufzuregen, sondern zu beruhigen gesucht. Dies wird uns, wie wir hoffen dürfen, gelingen, wenn auch ürtigen Mächten mit gleicher Sorgfalt alles vermieden s bei dem deutschen Volke eine Beunruhigung hinsichtlich Plane, deren Gegenstand es sein könnte, und in Folge e gerechte Erregung des Gefühls nationaler Würde und

Digitized by Google

Unabhängigkeit hervorrufen könnte. Wir werden dieser Halt
(keinen moralischen Druck auf die Entschließungen der südd
schen Regierungen zu üben) auch ferner treu bleiben.
norddeutsche Bund wird jedem Bedürfnisse der süddeutschen
gierungen nach Erweiterung und Befestigung der nation
Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden Deutschl
auch in Zukunft bereitwillig entgegenkommen, aber wir werden
Bestimmung des Maßes, welches die gegenseitige Annäherung i
zuhalten hat, jederzeit der freien Entschließung unserer süddeut
Verbündeten überlassen."

Dies war freilich eine andere Sprache als jenes Versteck
spielen des Herrn von Dalwigk. In Paris merkte man recht n
wie die eigentliche Adresse des Rundschreibens laute. Alle Jour
beschäftigten sich mit demselben. Die officiöse France fragte,
denn Frankreich dieser Einigung Deutschlands nicht Einhalt
müsse oder wenigstens eine Entschädigung verlange. Die Pr
rief aus: „Wagt den Main zu überschreiten und wir werden seh
Die Opinion nationale hielt eine solche Verspottung Fr
reichs für unerträglich und forderte den Krieg. Die Situat
tröstete sich nur damit, daß Preußen „am Vorabend von Jena ste
Die Debats waren vernünftig genug, die Sache auf den einfa
Satz zurückzuführen: „Mahomet kommt nicht zum Berg, sonder
Berg kommt zu Mahomet" und sich in dieses Zusammenfinden
Nord- und Süddeutschland mit philosophischem Bewußtsein
schicken. Von den englischen Blättern äußerte Daily Ne
„Seit dem Prager Frieden ist nichts aus dem preußischen Kab
hervorgegangen, das mehr einer Großmacht würdig gewesen r
die ruhig dasteht in dem Bewußtsein ihrer Stärke und ebens
entfernt ist, zu beleidigen als sich beleidigen zu lassen. Das R
schreiben hat den doppelten Vorzug entschlossener Freimüthigkeit
stolzer Zurückhaltung, aber die Freimüthigkeit ist höflich und r
bedacht und die Zurückhaltung ist frei von Dunkelheit. Die Sp
Bismarcks erscheint zahm gegen die Reden badischer Abgeordn
aber in ihrer Zurückhaltung liegt die Beredsamkeit des unerschü
lichen Entschlusses." Auch die italienischen Blätter nahmen
davon. Die Turiner Zeitung sagte: „Nie, seit Napoleon I.,
man in Europa eine solche Sprache, doch mit dem Unterschied,
die Sprache, deren sich der große Eroberer bediente, wie U

Digitized by Google

rung der Völker klang, während die des Hauptes der preußischen
gierung den Grundsätzen der Nationalität Ausdruck verleiht und
ihr oder später das größte aller Güter, die Freiheit, in Aussicht
llt.' Die Mailänder *Perseveranza* kam zu folgendem Ge-
ankniß: „Deutschland konstituirt sich ungleich kräftiger als Italien.
e Einheit verursacht dort weit nicht soviel Gejammer und Ge-
ri wie bei uns. Die Unabhängigkeit des deutschen Geistes vom
ranzösischen wird hinreichen, Deutschland von jener furchtbar raschen
ivilisation auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung
zuwahren, welche uns durch die Abhängigkeit unsres Geistes vom
ranzösischen aufgenöthigt wurde. Auch ist dort die radikale Partei
niedergehalten und beseitigt worden, man hat nicht ihre Hilfe gebraucht
d verlangt, wie dies bei uns der Fall war. Die konservativen
lemente sind so noch in frischer Kraft vorhanden, und bevor sie
rbraucht sind, wird der Staat fertig und für alle Dauer gegrün-
t sein."

Zu seiner dauernden Gründung geschah alles, was geschehen
nnte. Die Verbindung, welche Preußen mit seinen norddeutschen
undeten geschlossen hatte, wurde von Monat zu Monat enger,
gemeinsamen Einrichtungen wurden es immer mehr. Vom
Juli an übernahm Preußen das Postwesen aller derjenigen
aaten, in welchen bisher der Fürst von Thurn und Taxis das-
lbe als Monopol gehabt hatte. Das Monopol wurde gegen Ent-
digung vertragsmäßig aufgehoben. Mit sämtlichen kleineren
undesstaaten schloß es im August und September Militärkonven-
nen ab, wonach jene theils von der Stellung eines eigenen Kon-
ngents ganz absehen und ihre militärische Bundesleistung einfach
Preußen übertragen, theils, wie die sieben thüringischen Staaten,
e besonderen Kontingente als Bestandtheile des norddeutschen
undesheeres aufrecht erhalten, dabei aber die vollständige Ver-
fügung ihrer Kontingente mit den preußischen Truppen an-
nen und dem König von Preußen die Ernennung sämtlicher
ziere überlassen. Bis zum 1. Oktober waren all diese neuen
ruppenorganisationen fertig, und die norddeutschen Truppen hatten
diesem Tage dem König von Preußen den Fahneneid zu schwö-
n. Den Zuwachs an Truppen, welchen Preußen durch die neuen
quisitionen in den annektirten Provinzen und den Kleinstaaten
s norddeutschen Bundes in diesem Jahre erhalten hat, schätzt man

Digitized by Google

auf 170,000 oder 180,000 Mann, welche sofort zum Ausrücken reit sind. Auch eine Art Civilkonvention, wonach die Verwaltu des Fürstenthums Waldeck-Pyrmont, vorerst auf die Dauer 10 Jahren, an Preußen übergehen sollte, wurde in dem Vert vom 18. Juli mit dem Fürsten jenes Ländchens geschlossen. neue Verwaltung sollte am 1. Januar 1868 beginnen, begann a thatsächlich am 1. Oktober 1867.

Die Eröffnung des norddeutschen Reichstags, welcher auf Gr der neuen Verfassung am 31. August neu gewählt wurde, gab laß zu weiteren Erklärungen. Weitaus die bedeutendste unter Wahlen war die im zweiten schleswig'schen Wahldistrikt Flensbu Apenrade. Hier hatten die Dänen bei der Reichstagswahl 12. Februar den dänischen Landmann Ahlmann durchgesetzt. ihre Behauptung hin, daß das Dänenthum südlich bis Flensb reiche, und daß die Abtretung bis dahin sich erstrecken müsse, es nun, ihnen in offener Wahlschlacht zu zeigen, daß hier Deutschen die Mehrzahl haben. Der frühere Sieg war bloß d die Uneinigkeit der Deutschen errungen worden, wovon die ei einen preußisch gesinnten, die anderen einen augustenburgischen K didaten aufgestellt hatten, während die Dänen fest zusammenhiel Es wurden daher die Schleswiger an ihre nationale Pflicht erin und das Beispiel der Provinz Posen ihnen vorgehalten, wo ei polnischen Kandidaten gegenüber die liberale und die Regierun partei der Deutschen ihre Streitigkeiten ruhen lassen und als einzige deutsche Partei auch nur *einen* Kandidaten aufstellen. Schleswiger nahmen sich das gute Beispiel zu Herzen und se mit einer Mehrheit von beinahe 1000 Stimmen die Wahl deutschen Kandidaten, Regierungsrath Kraus, gegen Ahlmann d

Die Thronrede vom 10. September war mehr eine gesch liche als eine politische zu nennen. Kein Wort über auswär Angelegenheiten, aber der Ausdruck der Genugthuung, daß die V fassung des norddeutschen Bundes auf verfassungsmäßigem W in allen Bundesstaaten Gesetz geworden sei. Mehrere Gesetzentwi hauptsächlich materiellen, auf den Verkehr des bürgerlichen Le bezüglichen Inhalts (Freizügigkeit, Paßwesen, Maß- und Gewic ordnung, Postwesen, Errichtung von Bundeskonsulaten) wurden Reichstag zur Berathung angekündigt. Obenan stand die Aufforder zur Gutheißung eines wichtigen Schrittes für die „Ordnung der n

Digitized by Google

in Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten", zu
Genehmigung des neuen Zollvereinsvertrags, woraus das Zoll-
ament hervorgehen sollte.

Hatte der König nach dem Rundschreiben vom 7. September
n Grund, schon nach drei Tagen sich aufs neue über die Ent-
lung der deutschen Verhältnisse zu äußern, so lag viel daran,
der Reichstag das Votum von 30 Millionen Deutscher in die
hschale lege, seinerseits gleichfalls eine Antwort auf Salzburg
die französischen Anmaßungen gebe und dadurch das innige
ammengehen zwischen Reichstag und Bundesregierung in dieser
konstatire. In der Antwortsadresse, welche in der Sitzung
24. Sept. mit 157 gegen 58 Stimmen angenommen wurde,
rte der Reichstag: „Wir unsererseits dürfen das große Werk
kum für vollendet erachten, wenn der Eintritt der süddeutschen
ten in den Bund auf Grund des Artikels 79 der Verfassung
norddeutschen Bundes erfolgt sein wird. Mit Freuden be-
en wir deßhalb jede Maßregel Eurer Majestät, welche uns die-
erstrebten Ziele in freier Vereinbarung aller Theile näher führt.
unwiderstehliche Macht nationaler Zusammengehörigkeit und die
rgie aller materiellen und geistigen Interessen schließt jeden
Schritt auf dem betretenen Wege aus. Das deutsche Volk, von
Wunsche beseelt, mit allen Völkern in Frieden zu leben, hat
das Verlangen, seine eigenen Angelegenheiten in voller Unab-
ängigkeit zu ordnen. Entschlossen, jeden Versuch fremder Ein-
ung in ruhigem Selbstvertrauen zurückzuweisen, wird Deutsch-
dieses unbestreitbare Recht unter allen Umständen zur that-
chen Geltung bringen."

Die Angriffe, welche die Adresse von demokratischer und par-
kularistischer Seite erfuhr, gaben dem Grafen Bismarck Gelegen-
, seinen nationaldeutschen Standpunkt nach mancher Seite hin
klarer zu beleuchten. Derselbe stand dem Reichstag zum ersten-
in seiner neuen Würde als Bundeskanzler gegenüber, welche
ihm der König durch Erlaß vom 1. Juli verliehen
Auf die Bemerkung des Leipziger Abgeordneten Bebel, daß
immer nur von Errungenschaften rede, nie von den Ver-
, den Luxemburg und Nordschleswig kein Wort spreche, ent-
Graf Bismarck, daß „nach der Auflösung des deutschen Bun-
Preußen gegen den Willen des Landessouveräns kein zweifel-

Digitized by Google

loses Recht mehr auf die Besatzung in Luxemburg gehabt habe, wenig wie es ein solches ohne einen neuen Vertrag mit dem Gr herzog von Hessen in Mainz gehabt hätte oder in Widerspruch dem Großherzog von Baden in Rastadt ausüben könnte." Mit d letzteren Beispiel war klar genug gesagt, daß eine preußische S satzung in Rastadt nur eine Verständigung mit der badischen R gierung bedürfe, und daß keine andere, zumal nicht eine auswärt darein zu reden haben würde. Ueber Nordschleswig bemerkte „die Schwierigkeit liege darin, daß mit den Dänen auch Deut wieder an Dänemank kommen werden. Wenn sich alle Dänen einem Fleck versammelt befänden, so würde es eine sehr thöri Politik sein, wenn man der Sache nicht durch einen kurzen St ein Ende machte. Doch wäre Preußen in manche Lage nicht kommen, wenn die Haltung der Schleswig-Holsteiner selbst r eine solche gewesen wäre, daß sie aus Partikularismus verge hätten, daß sie Deutsche seien." Auf die Frage eines hessis Abgeordneten, wie es denn mit jener Aeußerung des Herrn Dalwigk stehe, daß er, wenn er den Eintritt des ganzen Gr herzogthums Hessen in den norddeutschen Bund betriebe, der p ßischen Regierung jetzt nur Verlegenheiten bereiten würde, erwid Graf Bismarck, „er habe dem hessischen Minister mit keinem W Anlaß zu dieser Aeußerung gegeben." Damit war angedeutet, dem Eintritt auch eines einzelnen süddeutschen Staates von p ßischer Seite nichts im Wege stehe, wie dies auch im Artikel der norddeutschen Bundesverfassung ausdrücklich bestimmt ist. U die Adresse selbst sagte der Bundeskanzler: „Wir sehen sie nich an, als ob sie die Regierungen zu einer rascheren Aktion, als s selbst für räthlich halten, drängen wolle. Unser Standpunkt is dem Rundschreiben vom 7. Sept. dargelegt. Aus diesem Sta punkt hervorzutreten, sind wir nicht gesonnen. Aber wir sind überzeugt, daß, wenn die deutsche Nation, Süden und Norden, Einheit wollen, keine deutsche Regierung, kein deutscher Staatsm stark genug, kein deutscher Staatsmann muthig oder, ich mi vielmehr sagen, kleinmüthig genug sein wird, um dies hinder wollen."

Die Adresse des Reichstags wurde dem König am 3. Okt auf der Burg Hohenzollern, welche, aufs glänzendste restaurirt, diesem Tage eingeweiht wurde, vom Präsidenten Simson überre

Digitized by Google

Der König von Preußen hatte mit seiner Gemahlin und dem Kronprinzen einige Tage auf der reizenden Besitzung seines Schwiegervaters, des Großherzogs von Baden, auf der Insel Mainau zugebracht und dort am 1. Oktober den Besuch des württembergischen Königspaares empfangen. Zur Erwiderung dieses Besuches fuhren die preußischen Majestäten am Vormittag des 2. Oktober nach Friedrichshafen, und von da reisten sie Nachmittags nach ihrer Stammburg Hohenzollern ab. Unterwegs wurden sie bei der Durchfahrt durch Sigmaringen mit Böllerschüssen und von der zahlreich versammelten Hofgesellschaft mit lautem Hochrufen empfangen, auch in dem mehr demokratischen Tübingen dem König und dem Kronprinzen von dem zahlreichen Publikum ein mehrmaliges Hoch ausgebracht. Präsident Schmidlin begleitete die Uebergabe der Adresse mit folgender Ansprache: „Diese Stätte weist auf den ersten Anfang des preußischen Königshauses hin; von diesem Felsen aus trug ein Geschlecht großer Fürsten die Segnungen seiner Regierung nordwärts bis an die baltischen Meere; dort erblühte unter ihrem Scepter aus Ruinen neues Leben, dort wurde der Grund des neuen deutschen Staates gelegt, und nun bringt heute in diese edlen Räume die Stimme von Millionen Deutscher, eines verfassungsmäßig zu einem Staatswesen geeinigten Volkes.“ Nach dreitägigem Aufenthalt reiste der König, die Königin und der Kronprinz von Preußen am 6. Okt. von Augsburg, wohin König Ludwig II. von Baiern zur Begrüßung herbeieilte, nach Nürnberg und am folgenden Tage von dort nach Weimar und später nach Berlin zurück.

Dies war keine Salzburger Reise. Fürsten und Volk in Süddeutschland kamen dem mächtigsten deutschen König mit freudigem Vertrauen entgegen. Wenn auch die nationale Einigung mit dem norddeutschen Bund noch nicht von allen Seiten gefordert wird, so ist doch Süddeutschland durch die Allianz- und Zollvereinsverträge mit unauflöslichen Banden an jenen Bund geknüpft und entschlossen, im Verein mit dem Norden jedem Versuch fremder Einmischung als ein einiges Volk entgegenzutreten. Es war nun eben damals die Sache Süddeutschlands, seine Stimme für diese Verträge, welche den einzelnen Landtagen zur Annahme vorzulegen waren, zu erheben. In diesem Sinne, aber auch im Sinne der Reichstagsadresse waren die sieben Resolutionen abgefaßt, welche etwa 50 Abgeordnete, die Einigung Deutschlands anstrebende Männer aus den

Digitized by Google

vier süddeutschen Staaten am 4. August bei einer Zusammenkr
in Stuttgart beriethen und annahmen. In dem Programm di
Versammlung wurde die Wiedervereinigung der süddeutschen St
ten mit Norddeutschland als die unentbehrliche Lebensbedingung
deutschen Volkes bezeichnet, jede fremde Einmischung in seine Sel
gestaltung zurückgewiesen, die Schutz- und Trutzbündnisse mit Pr
ßen und dem norddeutschen Bund als erster Schritt zur Schaff
einer nationalen Armee und zur Sicherung der politischen Einh
gegen außen gutgeheißen, die Zolleinigung als die nothwendige
form der bisher höchst unvollkommenen Zollvereinsverfassung freu
begrüßt, der Wunsch nach weiterer Theilnahme an den durch
norddeutsche Bundesverfassung gewährten Rechten ausgesprochen
auf die bevorstehenden Wahlen zum Zollparlament als in die
Geiste zu vollziehende hingewiesen. An diese Versammlung sch
sich die Landesversammlung der deutschen Partei in Württemb
an, welche am 27. Sept. gleichfalls in Stuttgart tagte und au
speciell württembergischen Dingen obige Resolutionen in ihre
träge aufnahm.

Die Frage über die Annahme der Verträge mit Preußen h
den ganzen Oktober hindurch Süddeutschland in Athem. In Hes
war der Zollvereinsvertrag schon am 17. August von der zwei
Kammer mit 31 gegen 5 Stimmen und darauf auch von der ers
Kammer genehmigt worden. In Baiern, wo der Verfassung gem
das Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen der Zustimmung
Landtags nicht bedurfte, wurden die beiden Kammern auf den
September einberufen. Viele Abgeordnete hatten in ihren Wa
bezirken Versammlungen im Sinne des Stuttgarter Programms
halten. Als einer der eifrigsten Vertheidiger desselben und als ei
der populärsten Redner galt Dr. Völk von Augsburg, welcher
dieser Stadt in einer Versammlung der Fortschrittspartei am
Oktober den Anschluß an den Norden empfahl. „Ich weiß, d
man der norddeutschen Bundesverfassung den Vorwurf des Mang
freiheitlicher Entwicklung und der Tödtung partikularer Eigenthü
lichkeiten macht. Sie ist auch wahrlich kein Ideal, sie hat der Fel
sehr viele; aber sie ist der Anfang eines großen Lebens der deutsch
Nation, und wenn wir eine Probe darüber machen wollen, n
sie werth ist, so fragen wir bei den Fremden an, dort an
Themse und an der Seine, namentlich in Frankreich, wo der lüste

Digitized by Google

sitzt. Dort werden wir erfahren, was die norddeutsche Ver-
und der norddeutsche Bund werth ist, wenn wir finden,
an sich fürchtet Angesichts des Zusammenschließens von 30
en Deutscher. Wer dabei nicht ein freudiges Zucken im
Herzen empfindet, der ist nicht werth, ein Deutscher zu sein."
o offenherzig wie Herr Völk konnte sich der Präsident des
en Ministeriums, Fürst Hohenlohe, nicht auslassen. Er hatte
len Seiten hin Rücksichten zu nehmen und sollte die Kunst
, das Schifflein vorwärts zu bringen, ohne daß die Passagiere
ten. Seine schlimmsten Feinde sind die Feudalen und Ultra-
en, welche im Reichsrath ihr Lager aufgeschlagen haben und
genblick erlauern, wo sie den Minister stürzen und seine Stelle
en können. Diesen Leuten war der vorige Bundestag noch
liberal, viel zu centralisirend, und nun sollten sie an dem
tischen Bund, welcher vor mittelstaatlichem und reichsräth-
Partikularismus so wenig Respekt zeigt, Geschmack finden.
ach Preußen, sondern nach Oestreich war ihr Blick gewendet,
cher Richtung die bairische Politik sich sobald nicht wird
en können. Erst die neuesten Enthüllungen des östreichischen
hs gaben Belege hiezu. Es wird darin ein Brief des
n von Beust veröffentlicht, welchen derselbe am 19. April
östreichischen Gesandten in Berlin, Graf Wimpffen, über die
des Grafen Taufkirchen geschrieben hat. Diesen Diplomaten
Fürst Hohenlohe im April, zur Zeit der Luxemburger Frage,
erlin und Wien, um zwischen Preußen und Oestreich eine
anzubahnen und Süddeutschland in ein intimeres Verhält-
Oestreich zu bringen. Nach der Darstellung des Herrn von
abe sich Graf Bismarck sehr günstig über eine enge Allianz
s mit Oestreich ausgesprochen und den Grafen Taufkirchen
gt, in Wien Anerbietungen zu machen. Dieser habe von
rantie der deutsch-östreichischen Provinzen, von einer völker-
n Allianz Oestreichs mit Nord- und Süddeutschland als
lebergang zu bleibenden, engeren Vertragsverhältnissen ge-
, welche, für Oestreich wie für Deutschland gleich vortheil-
en früheren Staatenbund ersetzen könnten. Da aber der
Unterhändler zu festen Anerbietungen nicht ermächtigt war
ne greifbaren Vortheile für Oestreich mitbrachte, so habe
n Beust den Allianzantrag abgelehnt. Denn er habe sich

Digitized by Google

ſagen müſſen, daß durch dieſes Bündniß Oeſtreich in einen Kr
mit Frankreich verwickelt werden könnte, im Fall einer Niederl
deſſen Rache zu fürchten hätte, im Fall eines Sieges von dem v
bündeten Preußen doch nichts als einen ſchönen Dank bekäme, e
Ausſicht, welche doch nicht ſo lockend ſei, daß nicht ſtrenge Neut
lität für Oeſtreich ſich als das zweckmäßigſte empfehle. Da a
auch Frankreichs Anerbietungen damals zurückgewieſen wurden,
war man damals in Paris mit der öſtreichiſchen Politik n
zufrieden, wohl auch nicht mit der Veröffentlichung dieſer V
handlungen.

Damit war für den Fürſten Hohenlohe angezeigt, daß die V
mittlerrolle, welche auch die Fröbel'ſche „Süddeutſche Preſſe"
bairiſchen Politik aufdringen möchte, nicht immer Roſen brin
Er hielt es daher für gerathen, am 8. Oktober, als er der Ab
ordnetenkammer den Zollvereinsvertrag vorlegte, ſich über die Richtı
der bairiſchen Politik näher auszuſprechen. Nachdem er die v
ſchiedenen Möglichkeiten, welche für die Allianzbedürfniſſe Baie
und ganz Süddeutſchlands in Frage kommen, angeführt und
leuchtet hatte, ſagte er: „Wir wollen nicht den Eintritt Baierns
den norddeutſchen Bund, kein Verfaſſungsbündniß der ſüddeutſc
Staaten unter der Führung Oeſtreichs, keinen ſüdweſtdeutſchen Bund
ſtaat, der für ſich abgeſchloſſen wäre oder ſich gar an eine ni
deutſche Macht anlehnte, wir wollen ebenſowenig eine Großmad
politik und glauben nicht, daß Baiern in einer Vermittlerrolle
Endziel ſeiner Politik zu ſuchen hat. Das iſt es, was wir ni
wollen. Was wir aber wollen, und was wir auch ferner
ſtreben werden, iſt die nationale Verbindung der ſüddeutſchen Stac
mit dem norddeutſchen Bunde und damit die Einigung des
Zeit getrennten Deutſchlands in der Form eines Staatenbun
Es wäre weder korrekt noch zweckmäßig noch in friedlicher W
durchführbar, daß einzelne Staaten ſüdlich des Mains mit N
deutſchland in nähere Verbindung träten. Das nationale Ba
das zwiſchen uns und dem norddeutſchen Bund geſchaffen wer
ſoll (dieſer Staatenbund zwiſchen dem norddeutſchen Bund und
ſüddeutſchen Staaten unter dem Präſidium Preußens und d
Allianz mit Oeſtreich), muß den ganzen Süden umfaſſen.
in dieſer Form iſt es zuläßig und zur Zeit erreichbar."

Dieſes neue Programm, welches dem vom 19. Januar

ürlich ist, ließ in seinen negativen Theilen an Klarheit nichts zu
ünschen übrig, um so mehr aber in seinen positiven. Denn unter
diesem „Staatenbund" werden wenige sich etwas Praktisches denken
können, davon gar nicht zu reden, daß damit schwerlich das na-
tionale Ziel Deutschlands bezeichnet ist. Daher haben vielleicht die-
jenigen Recht, welche sagen, Fürst Hohenlohe sei im Grund mit
der nationalen Forderung einverstanden; da er aber auf die vielen
seine Stellung bedrohenden Widerstandskräfte Rücksicht nehmen
zu müssen glaube, so sei er genöthigt, sein politisches Programm
in einem mystischen Halbdunkel zu verhüllen. Die Behauptung,
daß der Eintritt eines einzelnen süddeutschen Staates in den nord-
deutschen Bund unzulässig sei, erschien für Solche sehr auffallend,
welche den Artikel 79 der Bundesverfassung, die badische Thron-
rede, das Rundschreiben Bismarcks und die Adresse des Reichstags
gelesen hatten. Bedenklicher aber war die Nachricht, daß die bairische
Kammer der Reichsräthe, durch die Niederlagen von 1866 noch nicht
gesättigt, als könnte sie dadurch Rache dafür nehmen, den Zollver-
trag verwerfen wolle und auf den Austritt Baierns aus dem Zoll-
verein hinarbeite. Und aus Stuttgart mußte man sogar hören,
daß von der Kommission der Abgeordnetenkammer die eine Hälfte
die Annahme, die andere die Verwerfung des Zollvereinsvertrages
beantrage, daß dagegen das Schutz- und Trutzbündniß mit
Baiern in ernstlicher Gefahr sei, da die Kommission mit 5 gegen
4 Stimmen beschlossen habe, den Antrag zu stellen, demselben die ver-
fassungsmäßige Zustimmung zu versagen. Alles schien hier aus den
Fugen gehen zu wollen. Man glaubte Salzburg näher zu sein als je.

Schon am 8. Oktober, als der norddeutsche Reichstag die Zoll-
vereinsverträge zu berathen hatte, deutete der Abgeordnete Braun
darauf hin, daß, falls in Württemberg das Schutz- und Trutzbünd-
niß von der Kammer verworfen werde, der Reichstag sich veranlaßt
fühlen könnte, bei der erst später erfolgenden Schlußberathung der
Zollvereinigung des Zollvereins mit Württemberg nicht zuzustimmen.
Denn, sagte er, „wenn sie nicht mit uns zusammenhalten wollen zu
Schutz und Trutz, so fühlen wir uns auch nicht veranlaßt, mit ihnen
zusammen zu halten in Handel und Wandel. Ohne den Schutz
der Wehrkraft nach außen kann Handel und Wandel nicht aufblühen,
wie sie der nächsten Zukunft nicht sicher sind." Bei der Schlußbe-
rathung am 26. Oktober, an welchem Tage Nachmittags der Reichs-

Digitized by Google

tag geschlossen wurde, stellte Braun den von 125 Mitgliedern unt
stützten Antrag, daß der Reichstag nur denjenigen süddeutschen Staa
gegenüber die Zollvereinsverträge genehmigen wolle, welche
Rechtsverbindlichkeit der Allianzverträge nicht in Frage stellen. G
Bismarck erklärte sich mit diesem Antrag einverstanden, zweife
aber nicht daran, daß die Allianzverträge ehrlich gehalten werd
da die Ratifikationen von den süddeutschen Fürsten uneingeschrä
und ohne Klausel erfolgt seien und diese Fürsten sich gewiß jeder
zu ihren Worten bekennen werden. Auch fügte er hinzu, daß m
doch ja nicht glauben solle, „diese Verträge seien für den Süd
nur eine Last, eine Pflicht zur Heeresfolge, nur für den Nord
ein Nutzen. Die Pflicht der Heeresfolge liege ja auch dem Nord
ob. Der Süden, wenn er in Händel verwickelt werde, erhalte v
dem Norden eine weit bessere Unterstützung, als er selbst zu bie
vermöge. Es sei keine Kleinigkeit, in Zeitläuften, wie sie jetzt
Europa seien, wo das Schwert unter Umständen hart in die W
schale fallen könne, wenn da ein kleiner, an sich europäisch n
wehrfähiger Staat auf die fast unbegrenzte Ziffer von Bajonet
sich berufen könne, welche der norddeutsche Bund ihm zur Seite stell
Der Antrag Brauns wurde mit 177 gegen 26 Stimmen angenc
men. Zugleich ertheilte die preußische Regierung ihren Gesand
in Baiern und Württemberg den Auftrag, „die Zollvereinsvertr
von 1865 am 31. Oktober zu kündigen, wenn bis dahin der n
Zollvereinsvertrag vom 8. Juli 1867 in München nicht sicher gest
und nicht jeder Zweifel an der Aufrechthaltung des von der wi
tembergischen Regierung geschlossenen und von dem König v
Württemberg ohne allen Vorbehalt ratificirten Bündnisses vom
August 1866 beseitigt werde."

Nirgends stimmte man mit den Anschauungen des norddeutsc
Reichstags so sehr überein als in Karlsruhe. Um so weniger ge
dort das Programm des Fürsten von Hohenlohe. Daher richtete
der zweiten Kammer der Abgeordnete Wundt am 14. Oktober e
Interpellation an die Regierung, ob politische Verhandlungen zwisc
den süddeutschen Regierungen über ihr Verhältniß zum norddeutsc
Bund stattgefunden, ob bei denselben eine Verbindung jener
diesem in der Form eines Staatenbundes und gleichzeitige Alli
jener Staaten mit Oestreich beabsichtigt sei, und ob die Behaupti
Hohenlohes, daß der Eintritt eines einzelnen süddeutschen Sta

Digitized by Google

norddeutschen Bund unausführbar sei, auf bestimmte, aus atischen Verhandlungen hervorgegangene Gründe sich stütze. linister des Auswärtigen, Herr von Freydorf, antwortete, daß gs, in Folge einer Note des Fürsten von Hohenlohe vom i, Verhandlungen zwischen den süddeutschen Staaten über g eines weiteren Bundes mit dem norddeutschen Bund statt= n haben, daß man sich bis jetzt wohl über Einleitung von dlungen mit dem norddeutschen Bund und über die Idee weiteren Bundes, aber noch nicht über die Grundlagen der ung dieses Bundes verständigt habe. Für das Verhältniß weiteren Bundes zu Oestreich sei die Stellung maßgebend, Preußen und der norddeutsche Bund zu Oestreich einnehmen gunehmen gedenken, daher sich die Regierung über diesen noch gar nicht geäußert habe. Ueber den Eintritt eines ein= süddeutschen Staates in den norddeutschen Bund habe Fürst he nicht weiter als seine persönliche Ueberzeugung aussprechen welche wohl auf einer besonderen Auslegung des Artikels IV ger Friedens und auf allgemeinen politischen Anschauungen e Lage der Dinge in Mitteleuropa, aber nicht auf irgend politischen Verhandlungen, diplomatischen Aktenstücken und ngen betheiligter oder fremder Mächte beruhe. Die badische ng habe hierüber eine andere Ansicht; sie suche die nationale g des Landes mit dem Norden anzubahnen, werde sich je= dlich schätzen, wenn diese Einigung in Gemeinschaft mit den deutschen Nachbarstaaten erfolgen könne.

ese Berathung wurde in der Sitzung vom 18. Oktober, in der Allianzvertrag mit Preußen auf der Tagesordnung stand, it. Herr von Freydorf erklärte, „daß, falls der weitere Bund Nord= und Süddeutschland zu Stande käme, das deutsche n in einem gemeinsamen Parlament, nicht in den acht n der süddeutschen Staaten seine nationale Vertretung er= ünne. Die badische Regierung habe den übrigen süddeutschen diesen Vorschlag gemacht und hoffe damit durchzudringen. deres Projekt könne der norddeutsche Bund gar nicht an= Man werde demselben doch nicht zumuthen wollen, daß gesetzgeberischen Arbeiten von den acht süddeutschen Kam= hängig machen solle." Der Allianzvertrag wurde mit allen n gegen die des ultramontanen Abgeordneten Lindau ge=

Digitized by Google

nehmigt und am 19. Oktober der Zollvereinsvertrag einstimmig
genommen, worauf die erste Kammer am 23. Oktober beiden V
trägen ihre Zustimmung gab.

Auch in der bairischen Abgeordnetenkammer, welche am
und 22. Oktober über den Zollvereinsvertrag debattirte, zeigte
eine günstige Stimmung. Zwar meinte der ultramontane Dr.
land, Bibliothekar in Würzburg, der vorliegende Vertrag sei
dritte Glied in der Sklavenkette, durch welche Baiern an Preu
geschlossen werden solle. Eine Kündigung des Zollvereins sei n
zu fürchten, und wenn je, so werde man es in Baiern auch
denselben aushalten können; die Leute hätten sich doch auch g
wohl befunden, als der deutsche Zollverein noch gar nicht bestan
habe. Und Ministerialrath Dr. Weis sagte nicht minder naiv,
immense Majorität des Landes wolle nichts von einer Unterordn
Baierns unter Preußen wissen, nur eine winzig kleine Anzahl n
dazu hin, und diesem allgemeinen Gefühle des bairischen Vo
werde Preußen, auf ein Votum dieses Hauses hin, gewiß Rechn
tragen und günstigere Bedingungen stellen. Aber solche Stim
waren denn doch sehr vereinzelt. Dr. Barth entgegnete ihnen, w
Baiern jetzt Nein sage, so werde es die nächsten sechs Monate
den Tag hineinleben, und dann werde es wiederkommen und bit
„Um Gotteswillen laßt uns doch wieder in den Zollverein hinei
Der Abgeordnete Brater sprach mit Entrüstung von einer französis
Partei in Baiern, deren Fahne nicht bloß von den Ultramonta
sondern in den einflußreichsten Kreisen mit schamloser Offen
aufgesteckt worden sei. Die Ideen des ersten Napoleonischen Kai
reiches seien noch in sehr vielen Kreisen lebendig. Um so dringe
sei eine rasche Einigung mit dem Norden, damit es jener va
landsverrätherischen Partei, selbst wenn sie ans Ruder des M
steriums käme, nie mehr gelinge, ihre Rheinbundtendenzen
verwirklichen.

Mit 117 gegen 17 Stimmen wurde am 22. Oktober der
vereinsvertrag von der Abgeordnetenkammer genehmigt, worauf
allen Theilen des Landes von den Gemeindekollegien, den Hand
und Gewerbekammern Dankadressen an das Abgeordnetenhaus
lassen wurden, was mit der von Herrn Weis angeführten „imm
sen Majorität" nicht recht in Einklang zu bringen war. Günsti
Aussichten hatte diese Partei in der Kammer der Reichsräthe, d

Digitized by Google

kommission mit 9 gegen 1 Stimme auf Ablehnung antrug. Und
ch sagte man auch von diesen, daß es ihnen in dieser Sache selbst
it Ernst und nur darum zu thun sei, das ihnen verhaßte Mini-
rium Hohenlohe zu stürzen. Sei dieser Zweck erreicht, so würden
wohl selbst wieder, durch die Macht der Umstände genöthigt,
Strömung des Zollvereins zu erreichen suchen. Eine andere
ge war freilich, ob sie mit ihrer Opposition ihren Zweck er-
chen. Damit sie sich in dieser Beziehung nicht gar zu süßen
llusionen hingeben, that ihnen der König zu wissen, daß er, falls
den Zollvereinsvertrag verwerfen, das Ministerium doch nicht
ehen werde. Am 26. Oktober fand die Reichsrathssitzung statt.
e Aufregung im Lande war ungeheuer; man mußte auf Unruhen
den größeren Städten gefaßt sein, wenn eine Verwerfung er-
lte. In München wurden militärische Vorsichtsmaßregeln ge-
fen. Man sprach von einem Staatsstreich, von Aufhebung oder
nstens Purificirung der Reichsrathskammer, von der Unmöglich-
t, sich in den allerwichtigsten Angelegenheiten von ein paar
end adeliger Herren ein Veto zurufen zu lassen, darunter von
en, welche, wie der „Fränkische Kurier" schrieb, nicht einmal
bei der Reichsrathswürde vorgeschriebene Steuer mehr bezahlen
en, somit diese Würde gesetzmäßig verloren haben.

Eine Menge von Telegrammen war eingelaufen, alle des In-
lts, daß der Reichsrath das „nationale Unglück" einer Kündigung
Zollvereins durch sein Votum abwenden solle. Es war wenig
sicht dazu. Der Referent und zweite Präsident der Kammer,
iherr von Thüngen, welchen man schon als den Nachfolger
henlohes bezeichnete, sprach sich entschieden gegen den Vertrag
und ergieng sich in hohen Worten über die Machtverhältnisse
erns, welches stark genug sei, um sich nicht in fremdem Fahr-
er bewegen zu müssen. Freiherr von Zu-Rhein faßte die Kün-
gung des Zollvereins ganz ernsthaft ins Auge, sprach von anderen
gswegen, welche dann Baiern suchen müsse, und glaubte diese,
ob die Richtung der Donau eigens hierfür hergestellt sei, nirgends
ser, nirgends zukunftsvoller zu finden als in dem Orient.
s dieses Wort ertönte und ein neuer Handelskreuzzug in die Länder
Palmen und der Cedern in Aussicht stand, wurde es manchem
ischen Ritter bange. Es fand daher der Vermittlungsantrag
Fürsten von Löwenstein-Wertheim starken Anklang. Derselbe

Digitized by Google

schlug vor, „die Kammer solle dem vorliegenden Vertrage ihre Z
stimmung nur unter der ausdrücklichen Bedingung ertheilen, d
das dem Staate Baiern in dem bisherigen Zollvereinsvertrag z
stehende Recht der Zustimmung oder Verwerfung in allen das Zo
wesen und die innere Besteurung betreffenden Fragen auch in d
neuen Verträgen Ausdruck finde," das heißt, daß das unsinni
von Preußen mit Recht verworfene liberum Veto für Baiern w
nigstens wieder eingeführt werde. Von diesem Ausweg, welcher
Selbständigkeit der bairischen „Nation" retten sollte, war al
entzückt. Niemand fürchtete sich mehr vor Preußen. Man w
entschlossen, wenn es sein müsse, noch einige weitere Verträge m
Preußen einzugehen, natürlich nie ohne das liberum Veto. Sel
Fürst Hohenlohe erklärte, daß er als Reichsrath kein Bedenken tra
dem Antrag zuzustimmen, als Minister freilich noch keine binde
Erklärung abgeben könne. Man wunderte sich über den ersten Th
seiner Aeußerung, fand sich aber bald veranlaßt, über etwas ande
sich zu wundern.

Denn soweit mußte sich doch Fürst Hohenlohe klar sein, d
er sich nicht der Hoffnung hingab, Preußen werde in ein V
Baierns willigen. Damit wäre ja die ganze handelspolitische F
form wieder in Frage gestellt. Wenn er nun dennoch auf d
Löwensteinschen Antrag eingieng, so glaubte jedermann den Zw
des Manövers vollständig zu durchschauen, sobald er hörte, d
noch am Abend des nämlichen 26. Oktobers Fürst Hohenlohe u
Freiherr von Thüngen nach Berlin abgereist seien, um an Ort u
Stelle wegen des Veto persönlich zu verhandeln. Der letztere kon
ja nicht besser belehrt und bekehrt werden, als wenn er mit d
Kabinet des Grafen Bismarck Bekanntschaft machte. Die bei
Herren kamen am 27. Oktober in Berlin an und wurden Na
mittags vom Grafen Bismarck empfangen, hatten am 28. Okto
eine längere Audienz beim König im Beisein Bismarcks, wel
vorher Vortrag gehabt, und reisten Abends nach München zur
Ihre ganze Errungenschaft reducirte sich auf das Versprechen
Grafen Bismarck, daß Preußen von dem durch § 12 ihm bewil
ten Veto (welches den Fall betrifft, daß es sich für die bestehe
den Vorschriften und Einrichtungen ausspricht) nur dann Gebra
machen werde, wenn durch die verlangten Abänderungen das G
deihen oder die Einnahmen des Zollvereins gefährdet würden.

Digitized by Google

...gen wurde ihnen in der höflichsten Form auf das bestimmteste ...gt, daß weder Baiern besonders noch den süddeutschen Staaten ...mmen ein Veto zugestanden, daß überhaupt eine Modifikation ... Bundesverfassung nicht mehr zugelassen werden könne, und daß, ... die Reichsrathskammer auf der Ablehnung des Vertrags be...re, dieser sofort gekündigt werde, in Folge dessen sechs Monate ...uf, vom 1. Mai an, Baiern vom Zollverein ausgeschlossen sei. ... es dann bei einem etwaigen späteren Wiedereintreten noch sechs ...mmen im Zollbundesrath erhalten hätte, ist sehr zu bezweifeln.

Aus den bedeutendsten Städten des Landes waren Deputatio... in München angekommen und besprachen sich am 30. Okt. mit ... Fürsten Hohenlohe und dem Freiherrn von Thüngen. Das ...ordnetenhaus, welches am 30. Okt. über den Reichsrathsbe...ß sich zu äußern hatte, beharrte ohne alle Debatte, mit allen ... 12 Stimmen, auf seinem Beschluß und fügte noch den Zusatz ..., die Regierung möge dahin wirken, daß Preußen von seinem ... nicht in einer den wirthschaftlichen Interessen Baierns nach...gen Weise Gebrauch mache. Nun kam alles auf die Reichs...sitzung vom 31. Okt. an, deren Resultat sich um so weniger ...sagen ließ, als der Verfassung gemäß zur Annahme des Ver... eine Majorität von zwei Drittheilen erforderlich war. Es ...te einen starken Eindruck, als der Präsident erklärte, daß ...elegramme eingelaufen seien, welche alle die Bitte enthielten, ...hohe Kammer möchte dem Vertrage zustimmen, und daß sich ...eputationen, welche er empfangen habe, in diesem Sinne aus...rochen. Mit Rücksicht auf diese Kundgebungen und die An...ungen, welche er von Berlin mitgebracht hatte, beantragte ...herr von Thüngen im Namen der Kommission (mit 9 gegen ...timme) Zustimmung zu dem Beschluß des Abgeordnetenhauses. ... bringe dem Frieden und der Eintracht seine Ueberzeugung zum ...r." Mit 35 gegen 13 Stimmen wurde dieser Antrag ange...men. Zu den Verneinenden gehörten die zwei Bischöfe und der ...ischof und, was sehr auffiel, drei Prinzen des königlichen Hau... Fürwahr nicht deßwegen hatte der König den Prinzen sagen ..., sie möchten sich alle in der Sitzung einfinden!

So hatte das nationale Princip in dem größten Staate Süd...schlands gesiegt. Aber jeder patriotisch gesinnte Mann mußte ...e Frage vorlegen, ob dies ein gesunder, ein erträglicher Zu...

Digitized by Google

ſtand ſei, wenn ein Halbhundert Reichsräthe, die niemand als ih
Stand repräſentiren, über ſo tiefwurzelnde Lebensintereſſen des
ſamten Staates mit kavaliermäßiger Elaſticität ſich hinwegſetzen
durch die Majorität von ein paar Stimmen die ſich bewegende
zum Stillſtehen verurtheilen können. Denn wenn zu jenen
Stimmen nur noch 4 hinzugekommen wären, ſo wären die
Drittheile nicht zu Stande gekommen und der Antrag verwo
worden. Man knüpfte daran die Hoffnung, daß ſich die Ein
Bahn brechen werde, es ſei Zeit, dieſe erſten Kammern in
kleinen Staaten entweder geradezu aufzuheben oder wenigſtens ih
eine mehr volksthümliche Unterlage zu geben.

Mit dieſem ſo mühevoll errungenen Sieg war auch der Ka
in Württemberg entſchieden. Nur lagen hier die Verhältn
ganz anders. Nicht von der erſten, ſondern von der zweiten Kam
mußte man in Stuttgart eine Ablehnung fürchten und zwar
in dem Grade für den Zollvereinsvertrag wie für das Schutz=
Trutzbündniß vom 13. Auguſt 1866. Auch dieſes hatte, wurd
Württemberg behauptet, nur dann Geltung, wenn es von den K
mern genehmigt war. Und doch war es, wie Graf Bismar
der Reichstagsſitzung vom 26. Okt. bemerkt hatte, von König
und ſeinen Miniſtern ohne allen Vorbehalt geſchloſſen und u
zeichnet. Der König von Württemberg erklärte daher auch bei
ſchiedenen Gelegenheiten ſeinen feſten Entſchluß, an den durch
Vertrag übernommenen Verpflichtungen unter allen Umſtänden
zuhalten. Von der Vertragstreue dieſes Fürſten ließ ſich ein ſo
Wort erwarten. Eine Weigerung der Kammer hätte nichts an
als eine Auflöſung derſelben, möglichenfalls eine mehrmalige
Folge gehabt. Aber auch die Preſſe, der Schwäbiſche Merkur v
ſprach ſich entſchieden für Annahme der Verträge aus, und in
chem Sinne lauteten die vielen Adreſſen der Handels= und
werbekammern und der Gemeindekollegien, vor allen der von S
gart ſelbſt. Die Verwerfung der Verträge wurde als ein verh
nes Spiel mit der Wohlfahrt des Landes, als das Signal zu
bodenloſen Verwirrung, zu einem Stillſtand aller auf den deut
Markt berechneten Unternehmungen, zu einem verderblichen
ſchlag auf den Kredit des Staates und der Privaten, zu e
Sinken aller mobilen und immobilen Werthe bezeichnet.

Die Abgeordnetenkammer hatte am 29. Okt. über das S

Digitized by Google

Trutzbündniß oder den Allianzvertrag zu berathen. Dies war
nämliche Tag, an welchem Fürst Hohenlohe und Freiherr von
Linden von Berlin zurückkamen. Daher wurde von den Gegnern
Vertrags der Antrag gestellt, die Debatte noch einige Tage zu
schieben, bis man von dem neuen Beschlusse der bairischen Reichs-
the in Kenntniß gesetzt sei. Der Minister des Auswärtigen, Frei-
von Varnbüler, mußte diese Partei darauf aufmerksam machen,
es der Würde dieses Hauses doch so wenig gezieme, seine Ver-
handlungen von den Beschlüssen der bairischen Reichsräthe abhängig
machen. Der Antrag auf Vertagung wurde denn auch mit
gegen 37 Stimmen abgelehnt. Sah man diese 37 Stimmen
an, so waren es die Stimmen von Adeligen, Ultramontanen, Ra-
len und Mitgliedern der früheren Fortschrittspartei. Daß die
ren ein „Schutz- und Trutzbündniß" mit den bairischen Reichs-
then eingehen und Hand in Hand mit diesen gegen den nord-
schen Bund Sturm laufen wollten, war jedenfalls ein mehr in-
essantes als erquickliches Schauspiel. Die dreitägigen Verhand-
gen über die beiden Verträge machten einen sehr ungünstigen
druck, da der freie historische Blick bei den meisten Rednern ver-
ßt wurde und der schwäbische Partikularismus in einem gar zu
ren Kreise sich bewegte und über die gewöhnlichen Phrasen nicht
auskam. Es hängt dies zwar einigermaßen mit dem schwäbi-
en Naturell zusammen, aber nur einigermaßen; denn Württem-
g hat bekanntlich manche „Landtage" aufzuweisen, welche die
ge von ganz Deutschland auf sich gezogen haben. Diese Kam-
r war unter bundestäglichen Verhältnissen gewählt und konnte
schlechterdings in die Folgen von Königgrätz nicht finden. Es
wohl das Beste gewesen, sie gleich nach dem Friedensver-
mit Preußen aufzulösen und eine andere wählen zu lassen.
ere warnten andere und meinten, daß eine Neuwahl die Reihen
Volks- oder „Beobachter"partei vielleicht noch verstärkt hätte.
fallend war es jedenfalls, zu sehen, daß Männer, welche ihrer
ung für die Einheit und Größe Deutschlands geschwärmt hatten,
nde jetzt, wo ihr Traum der Verwirklichung so nahe war, von
em Deutschland sich abwandten, lieber den alten Barbarossa noch
ger schlafen ließen, und zwar nur weil das neue Deutschland,
t den Ausschluß Oestreichs, nicht so groß war, als sie wünsch-
, und weil die Organisation desselben nicht vorher die Kom-

Digitized by Google

missions- und Kammersitzungen des württembergischen Abgeordnet
hauses durchgemacht hatte. Es that einem für manchen Kämp
mit dem man früher viele Sympathie gefühlt hatte, wehe,
dem großen, erreichbaren Ganzen den Rücken kehren und mit
rissenem Herzen dem unerreichbaren nachstreben zu sehen.
Caesar aut nihil! (entweder alles oder nichts) ist zwar ein schö
großes Diktum. Aber wo ist dieser Cäsar, der mit Muth
Geist dieses kurze Programm durchzuführen weiß? Am Nesenb
scheint es, nicht. Man hat sich daher bei dieser Kammer j
Wortes erinnert, welches König Ludwig XVIII von Frankreich
der im Jahre 1815 neugewählten französischen Kammer gebra
hat. Er nannte sie, weil er glaubte, eine solche sei unter
damaligen Umständen nicht zu finden, la chambre introuvable.

Mit einer Mehrheit von 5 gegen 3 Stimmen beantragte
Kommission, welche den Allianzvertrag zu berathen gehabt hatte,
Verwerfung desselben und erklärte zugleich, daß zu seiner Anna
verfassungsmäßig eine Mehrheit von zwei Drittheilen erforde
sei, weil durch die Uebertragung des Oberbefehls an den König
Preußen die Existenz Württembergs als eines selbständigen S
tes aufgegeben, also eine Aenderung der Verfassung vorgeschl
sei. Machte die Kammer diese Erklärung zu der ihrigen, so
das Schicksal des Allianzvertrags entschieden; denn nach obiger
stimmung zu schließen, ließ sich eine Majorität von zwei Drit
len schlechterdings nicht herausbringen. Uebrigens ließ sich er
ten, daß die Mehrzahl der Kammer diese Erklärung und den
weis hiefür als unhaltbar ansehe und bezeichne.

Die heftigste Opposition führte der Abgeordnete Mohl, wel
in seiner Broschüre, „Mahnruf" betitelt, den Ruin Süddeutschl
von der Annahme dieser Verträge ableitete. Es sei besser für
sagte er, wenn Süddeutschland neutral bleibe, anstatt der Pri
knabe für Preußen zu sein. Für Preußen sich zermalmen zu la
das sei eine Zumuthung eines Ministers. Preußen habe Deu
land zerrissen und zerstört. Er behaupte, daß wir gar keinen F
haben als Preußen. Wir sollen unsere Lage erkennen, uns in
europäischen Händel nicht mischen und uns bloß unserer Haut
ren, wenn wir angegriffen werden. Dazu bedürfe es nicht
preußischen Militärsystems mit seinem Präsenzstande. Vor e
Kündigung des Zollvereins fürchte er sich nicht, bemerke vieln

Digitized by Google

wenn wir auch mit Baiern isolirt sein sollten, der Aufschwung
er Industrie eben aus der Zeit des bairischen Zollverbands
r und in jetziger Zeit sich noch verfünffachen würde, wozu dann
der Handelsanschluß an Oestreich komme. Es war für den
ster von Barnbüler, welcher, wie seine Kollegen vom Justiz-
Kriegsministerium, Staatsrath von Mittnacht und General
Wagner, aufs entschiedenste für den Vertrag einstand, ein
ies, solche Behauptungen aus dem Feld zu schlagen, den mili-
den Anschluß an Preußen als die einzige Möglichkeit hinzu-
t und an der Hand der Geschichte „der Staaten, deren Neu-
it garantirt sei, wie Schweiz, Krakau, Belgien, neuerdings
nburg, zu zeigen, wie es wohl in gefahrvollen Zeiten denjeni-
Kleinstaaten ergienge, deren Neutralität von niemand garantirt
Darauf hatte schon der Schwäbische Merkur in einem treff-
Artikel vom 24. Okt. hingewiesen, worin es hieß: „Ein neu-
s Württemberg würde im Kriege der Schauplatz der Zer-
ng und Aussaugung, seine militärische Kraft würde der ge-
Bundesgenosse des rascheſten der Nachbarn, und das Land
lgenden Frieden, wer auch der Sieger sei, das willkommenste
leichungsobjekt werden. Würde Frankreich siegen, so wäre
estdeutschland der Austausch für das linke Rheinufer; siegt
ien, so würde Württemberg, welches das Schutz- und Trutzbünd-
erworfen hat, das Schicksal Hannovers theilen. Ist dem
den Volke vor seiner völligen Einigung ein nationaler Krieg
eben, so wolle ein gütiges Geschick wenigstens den Fluch ver-
ner Zeiten uns ersparen, daß deutsche Kraft im Dienste des
ndes gegen das Vaterland kämpfen müsse! Dieses gütige
ick ist sichtlich mit uns, wenn wir unsere nationale Pflicht
und zu Deutschland stehen!“

In der Sitzung vom 30. Okt. wurde der Antrag der Minder-
daß einfache Stimmenmehrheit zur Genehmigung ausreichend
mit 53 gegen 37 und darauf der zweite Antrag, den Allianz-
ng zu genehmigen, mit 57 gegen 33 Stimmen angenommen.
Die Annahme des Zollvereinsvertrags, welcher am 31. Okt.
der Tagesordnung stand, bedurfte eine Mehrheit von zwei
Theilen. Die eine Hälfte der Kommission beantragte seine Ver-
ung, die andere seine Annahme. Daß die bairischen Reichs-
: an eben diesem Tage ihn angenommen hatten, wurde unter

Digitized by Google

den Abgeordneten bekannt und veranlaßte mehrere derselben, t
einer weiteren Opposition abzustehen, da ja Württemberg sonst so
barmenswerth isolirt, als eine Oase in der Wüste oder vielle
auch als eine Wüste in der Oase dagestanden wäre. Minister v
Varnbüler führte in einer längeren Rede die Kammer in die G
nesis dieses Vertrags, schilderte seine persönlichen Verhandlun
mit der preußischen Regierung im August 1866 und im Juni 18
bezeichnete das Veto als etwas ganz Nutzloses, das man inde
gehabt habe, ohne jemals irgend einen wirksamen Gebrauch da
machen zu können, wie man dies am besten bei dem französisc
Handelsvertrag gesehen habe, sprach von der vernichtenden Isol
heit, in welche das württembergische Verkehrswesen durch neue Z
grenzen käme, und sagte dem Abgeordneten Mohl, daß er, so
es sich um einen Fortschritt in wirthschaftlichen Dingen handle,
eine merkwürdige Schwarzseherei verfalle. Nicht vom württem
gisch-bairischen Zollverband, sondern von dem im Jahre 1833
Preußen geschlossenen Zollvereinsvertrag datire der ungeheure A
schwung unserer Industrie. Und doch habe Mohl ebendamals
einer 42 Bogen langen Eingabe an den König Wilhelm von W
temberg auseinandergesetzt, daß das Land ruinirt sei, wenn der Z
vereinsvertrag mit Preußen ausgeführt werde.

Die Abgeordnetenkammer gieng von der Ansicht aus, daß
Mohl im Jahre 1867 kein besserer Prophet sein werde als im Ja
1833, und beschloß mit einer Mehrheit von 73 gegen 16 Stim
die Annahme des Zollvereinsvertrags. Auch die erste Kammer
nehmigte in ihrer Sitzung vom 4. November die Verträge, ja
Mitglieder derselben sprachen den Wunsch aus, daß „die Regier
die erforderlichen Einleitungen treffen möchte, um den mögl
baldigen Eintritt Württembergs in den norddeutschen Bund her
zuführen.“ Dieser Ausgang einer langen und schweren Krisis w
in Norddeutschland mit großer Freude als ein Sieg der nation
Sache und als eine gute Vorbedeutung für die weitere Entwickl
der deutschen Verhältnisse begrüßt und dabei den Königen
Württemberg und Baiern und der loyalen Haltung ihrer Re
rungen verdientes Lob gespendet.

Aber nicht bloß auf Süddeutschland waren zu Ende Okto
die Blicke der politischen Welt gerichtet; auch andere Ereignisse z
die Aufmerksamkeit auf sich. Zuerst begleitete man den Kaiser F

Digitized by Google

auf seiner Reise nach Paris, wo er am 23. Okt. ankam, nach- er am 22. in Dos eine kurze Zusammenkunft mit dem König Preußen und dem Großherzog von Baden gehabt hatte. Da herr von Beust und Graf Andrassy in seinem Gefolge waren, konnten diplomatische Verhandlungen nicht ausbleiben. Man sah sie auch in dieser Beziehung diese Reise als die Vervollständigung Salzburger Zusammenkunft an. Der Aufenthalt des österreichi- Kaisers in Frankreich dauerte bis zum 4. November. Auf Rückreise machte er am 5. und 6. November an den Höfen Karlsruhe, Stuttgart und München Besuche, welchen man nach Annahme der Verträge keine politische Bedeutung zuschrieb. In Paris aus machte Freiherr von Beust einen Abstecher nach ien, wo er vom 1.—3. Nov. sich aufhielt und vorzugsweise Lord Stanley verkehrte. Die Unterhandlungen bezogen sich sächlich auf die orientalische Politik, in welcher man seitdem land, Frankreich und Oestreich gemeinschaftlich auftreten sieht. e kandiotischen Griechen haben bisher wenig Nutzen von dieser bindung gehabt. In einem türkischen Ministerrath vom 5. Sept. rde der Beschluß gefaßt, Omer Pascha den Auftrag zu geben, militärischen Operationen bis zum 20. Okt. einzustellen, eine meine Amnestie zu verkündigen, den fremden Freiwilligen und nigen Eingeborenen, welche nicht unter türkischer Herrschaft n wollen, ungehinderten Abzug zu gestatten, auf eine Abtretung Insel aber nicht einzugehen. Was sollte aber aus den Kan- n werden, welche nicht auswandern wollten? Sollten diese ch unter den alten Despotismus des türkischen Pascha zurück- n? Ihre Führer erklärten einstimmig, daß sie auf ihrem Ver- n, die Insel mit Griechenland zu vereinigen, beharren. Der fenstillstand gieng vorüber, und der Kampf begann im Novem- e heftig als je. Die Unterstützungen von Seiten Griechenlands rten fort. Die am 27. Okt. in Petersburg vollzogene Ver- lung des Königs Georgios von Griechenland mit einer te des Kaisers von Rußland, der Großfürstin Olga, ist für die lung des griechischen Monarchen nicht ohne Bedeutung.

Noch wichtiger als die Entscheidung der kandiotischen Frage ist Oestreich die Entwicklung der Verhältnisse an der Donau. ch war schon davon die Rede, daß Serbien das benachbarte ien, Herzegowina, Montenegro und das zu Oestreich gehörige

Digitized by Google

serbische Gebiet mit sich vereinigen und im Nordosten der Tü
ein starkes, unabhängiges Reich gründen wolle, das sich der P
tektion Rußlands zu erfreuen habe. Serbien und die Tü
rüsteten sich. Fragten die Konsuln der drei verbündeten Mächte
erstere nach dem Grund seiner Rüstungen, so wies es mit unsch
diger Miene auf die Anhäufung der türkischen Truppen an sei
Grenzen hin. Die Berufung der russischen Gesandten in Konst
tinopel und Paris zu einem Diplomatenkongreß in Petersbu
welche gegen das Ende des Jahres stattfand, wurde schon
Kriegsvorbereitung gedeutet. Aber so lange Rußland seine Ar
nicht reorganisirt, die Gewehre nicht in Hinterlader umgewand
die Eisenbahnen nicht bis an die türkische Grenze fortgeführt
ist ihm eine ernstliche Inangriffnahme der orientalischen Frage du
aus unmöglich, zumal gegenüber der geschlossenen Phalanx der
Großmächte England, Frankreich und Oestreich, welche ihm dies
wohl noch übler mitspielen würden, als dies im Krimkrieg
Fall gewesen war. Nur ein im westlichen Europa entbrennen
großer Krieg könnte und würde Rußland aus seiner lauern
Stellung heraustreiben. Ueber die enge Verbindung Oestre
und Frankreichs konnte es seit dem vom 1. November aus P
datirten Rundschreiben des Freiherrn von Beust an die östrei
schen Gesandten keinen Zweifel mehr hegen. In demselben
die volle Uebereinstimmung der beiden Staaten in Bezug
alle großen, schwebenden politischen Fragen konstatirt. Diese
monie sei die natürliche Folge der Lage und der Ereignisse,
daß ihr eine Allianz zu Grunde liege. Von nun an werden
im Orient alle ihre Schritte nur gemeinsam thun. In die
wicklung des norddeutschen Bundes werde sich Oestreich nicht
mischen, und in den italienischen Wirren begleiten seine b
Wünsche die französische Regierung in ihrem Bestreben, einen
dus aufzufinden, welcher die Interessen der Kirche und Italiens
gleich zu wahren vermöchte.

Gerade in der letzten Frage ist es aber leichter, seine „b
Wünsche" auszudrücken, als zwei so widerstrebende Interessen
vereinigen. So lange es sich um östreichische Provinzen, um
staatliche Existenzen und um das türkische Regiment in Neapel
delte, sprang Italien von Glück zu Glück und machte Riesensch
in seiner Konsolidirung. Es war schwer zu sagen, ob ihm

Digitized by Google

ge oder seine Niederlagen mehr Gewinn brachten. Aber so
haft auch sein Verlangen ist, den letzten Rest von „Ausland
Inland“ mit sich zu vereinigen oder wenigstens mit engen Ban-
an sich zu ketten, so ist doch in diesem letzten Aufzug des ita-
schen Drama's die Abwicklung des Stückes so voll von neuen
wicklungen, daß sich manche eher auf einen neuen Anfang als
einen Schlußakt gefaßt machten. Preußen hat zwar Süd-
schland auch noch nicht in seinen Bund aufgenommen, aber die
träge sind geschlossen und genehmigt, und im Jahre 1866 wer-
die Vertreter von 38 Millionen Deutscher zu einem Parlament
vereinigen, wenn dieses auch noch den speciellen Namen „Zoll-
lament“ führt; Italien aber steht vor Rom und dem Kirchenstaat
ne irgend welchen Erfolg, wie vor einem uneinnehmbaren Kapitol,
ren Erklimmen nur dann möglich wäre, wenn nicht, statt jener
ligen Gänse vom Jahr 390, zwei französische Brigaden mit ihren
under thuenden“ Chassepots auf der Wache ständen.

Das ganze Jahr hindurch mühte sich Italien mit Finanzplanen
Ministerwechseln ab. Meist mit hoher Politik sich befassend
in einem ewigen Parteiwesen sich herumtreibend, versäumte die
mmer die Pflege und Förderung der wirthschaftlichen Interessen,
die praktischen Ziele zu sehr aus dem Auge und beschwor da-
ein nationales Unglück herauf. Der Tod Cavours stellte sich
ste in diesem Jahre als ein unersetzlicher Verlust heraus, daher
die italienische Presse auf Preußen als einen Musterstaat hin-
s und es um seinen großen Staatsmann beneidete. Von den
Nachfolgern Cavours hat keiner die Würde des Landes so sehr ge-
hrt wie Ricasoli, keiner den lehensherrlichen Prätentionen Na-
ons einen so unbeugsamen Nacken entgegengesetzt wie er. Die-
schmachvollen Unterordnung unter die Napoleonische Regierung,
che mit Viktor Emanuel und seinen Ministern wie mit franzö-
n Präfekten sprechen wollte, suchte er ein Ende zu machen und eine
ue Allianz mit Deutschland an ihre Stelle treten zu lassen. Aber
deswegen fiel er, obgleich er die Mehrheit der Kammer für sich
te, als er bei Neugestaltung seines Ministeriums die gewünschten
mmer nicht bekommen konnte. Die französische Luftströmung war
kurz. Napoleon konnte dem stolzen Minister nie verzeihen, daß
am 5. Juli 1866, als Franz Josef Venetien an Napoleon
, um seine siegreichen italienischen Truppen gegen die unauf-

Digitized by Google

haltsam vordringenden Preußen verwenden zu können, das
Frankreich dargebotene venetianische Geschenk zurückwies und
Bündniß mit Preußen treu blieb. Dadurch errangen die Preu
größere Erfolge, als den Staatsmännern an der Seine lieb
Am 4. April bot Ricasoli seine Entlassung an. Sie wurde
Viktor Emanuel, der sich den französischen Einflüsterungen
wird verschließen können, angenommen, und Ratazzi, der Mann
französischen Allianz, am 10. April zum Ministerpräsidenten ernan
Da diese Intrigue gerade zur Zeit der Luxemburger Frage aus
spielt wurde, so glaubten die patriotischen Männer Italiens
Landsleute schon in den Reihen der französischen Truppen ge
Preußen marschiren zu sehen. Zwar erklärte Ratazzi in der Kamm
bei einem etwaigen Kriege zwischen Preußen und Frankreich we
sich Italien, um sich gegen keinen der beiden Bundesgenossen ei
Undankbarkeit schuldig zu machen, neutral halten; es sei Zeit,
die Ordnung der innern Angelegenheiten zu denken und die Fina
zustände zu berücksichtigen. Allein gerade ihm glaubte man
erstere am wenigsten, zumal wenn man das fortwährende Hinundh
reise n hochgestellter Persönlichkeiten zwischen Paris und Florenz beme

Mit den Finanzen sah es in Italien nicht besser aus als
seinem früheren Antipoden, Oestreich. Eine Zinsenreduktion
ein Staatsbankerott steht schon längst vor der Thüre, und es
zuletzt nur Sache der Courtoisie, welcher von beiden Staaten zu
damit anfängt. Um diesem drohenden Uebel vorzubeugen, m
eher um das Eintreten desselben noch länger hinauszuziehen, wurde
dem Finanzminister Ferrara die Einziehung der Kirchen- und Klo
güter vorgeschlagen. Dieselben, im Werthe von 600 Millio
Franks, sollten partienweise verkauft werden und das Geld in
Staatskasse fließen, welche dafür die Unterhaltung des Klerus ü
nimmt. Der Gesetzentwurf über die Liquidation des Kirchen
mögens wurde von der Abgeordnetenkammer am 28. Juli mit
gegen 48 Stimmen angenommen und im August vom Senat
nehmigt. Der Verkauf begann am 1. September, wo zuerst
150 Millionen Güter der Versteigerung ausgesetzt wurden.
bei einer solchen Masse verkäuflicher Güter manches unter
realen Werth, einiges zu Spottpreisen hergegeben werden mu
hängt mit den Gesetzen des Handels zusammen. Es war bei
römischen und böhmischen Proskriptionen, wo die Krassus und

Digitized by Google

Hahnstein ihre Geschäfte machten, gerade so. Der Papst ver-
mute nicht, in einer Ansprache an das Konsistorium vom 20. Sep-
mber gegen dieses Dekret der italienischen Regierung, „welches
e Kirchenschändung in Italien durch den Raub der geistlichen
ter krone, zu protestiren, es feierlich zu verdammen und Kirchen-
ren gegen die Räuber in Aussicht zu stellen." Allein man hatte
d in Italien in den letzten Jahren zu sehr an solch klerikalen
mer gewöhnt, als daß man das Gewitter noch gefürchtet hätte.
Weit ernster faßte man die Sendung des Generals Dümont
r, welcher von dem französischen Kriegsminister Niel im Juli
h Rom gesandt wurde, um die in das päpstliche Heer eingereihten
anzösischen Freiwilligen, die Legion von Antibes, zu inspiciren. Die
gion war 1200 Mann stark, und in kurzer Zeit desertirten davon über
0 Mann. Dümont sollte die Gründe hievon untersuchen und
e Legionären erklären, daß sie, wenn auch im päpstlichen Dienst,
ht nie aufhören, französische Soldaten zu sein. Am 17. Juli
ht Dümont in französischer Generalsuniform eine Musterung über
e Legion auf einem der öffentlichen Plätze Roms und richtete eine
gere Rede an sie. Bald darauf wurde auch der Brief bekannt,
chen vom 21. Juni datirt, Niel an den Oberst der Antibes-
gion gerichtet hatte. In demselben sprach er von der Legion als
em integrirenden Bestandtheil der französischen Armee, welcher
r Gründen der Politik, von jener entfernt, seine Garnison in
m habe. Ein Sturm des Unwillens erhob sich in Italien ge-
n diese Verletzung der Konvention vom 15. September 1864,
che der französischen Occupation zu Ende des Jahres 1866 ein
de gemacht und den Schutz des päpstlichen Gebietes dem Königreich
lien überlassen hatte. Welcher Unterschied war zwischen der frühe-
n Occupation und der Aufstellung dieser Antibeslegion? Thatsächlich
ar. Das Princip der Nichtintervention, welches jener Septem-
nvention zu Grunde lag, war ein Halbjahr nach dem Abzug
r Franzosen bereits wieder aufgehoben. Jetzt erst merkten die
lener, daß Napoleon seinen Machiavelli zu gut studirt habe,
nicht zu wissen, daß eine starke Macht nur dazu Verträge mit
r schwächeren schließe, um diese zur Haltung derselben zu zwin-
n, selbst aber sie zu umgehen. Was half es, daß Ratazzi in
r Note an das französische Kabinet über diesen Vorfall sich beschwerte?
ten seine Noten, noch die Vorstellungen seines Gesandten Nigra

Digitized by Google

wurden in Paris hoch angeschlagen. Die ganze Sache wurde
den Kriegsminister Niel abgeladen; von seiner Entlassung, wel
allein eine Genugthuung gewesen wäre, war natürlich keine Re

Die Männer, welche ein freies Italien erstrebten, seufzten
unter dem französischem Joch. Der Haß gegen Frankreich wu
aufs neue sah man nach Deutschland, aufs neue nach Rom. Ol
den Besitz Roms, sagte man, hat Italien keine Ruhe; diese w
liche Herrschaft des Papstes bleibt für Italien eine offene Wun
erst mit dem Besitz Roms ist Italien eine selbständige Ma
Diese Stimmung kam niemand gelegener als Garibaldi. Di
glühende Feind des Papstthums und Napoleons hatte schon
Frühjahr seine einsame Insel Kaprera verlassen und ganz Ol
italien bereist, überall gegen seine Feinde losdonnernd und zur
freiung Roms auffordernd. In Verona hatte er sogar, als ob
wie in den grauen Zeiten des Alterthums, die Würde eines Ol
feldherrn, Oberrichters und Oberpriesters in seiner Person vereini
die Taufe eines Kindes im modernen Stil vorgenommen. Ge
den Herbst hin war jedermann überzeugt, daß er entschlossen
seinen Ruf von 1862 „Rom oder den Tod!" zu erneuern. Eine Me
von Freiwilligen zeigte sich an der Grenze des päpstlichen Gebi
und harrte seiner Befehle. Garibaldi besuchte den Friedenskon
zu Genf, welcher vom 9. bis 12. September dauerte, wurde
seiner Ankunft am 8. September mit beispiellosem Enthusias
empfangen und von einem Redner als „ein zweiter Jesus Chri
als dessen lebendiges Abbild unter uns" begrüßt. Diese Versa
lung, welche den allgemeinen Völkerfrieden durch einen allgeme
Umsturz erzwingen, eine politische, sociale und religiöse Revolu
in Europa organisiren wollte und zur Durchführung derselben
permanentes Centralkomite niedersetzte, gab Garibaldi Gelegen
die stärksten Reden für die Demokratie und gegen das Papstt
zu halten. Auch andere blieben nicht zurück, nannten Napo
geradezu einen „Mörder" und stellten den Antrag, „den Na
Napoleons I. als des größten Verbrechers des Jahrhunderts
brandmarken." Dies war denn doch den Genfern zu toll, und
Volksversammlung, an welcher gegen 1000 Bürger theilnahmen,
testirte gegen die Theorien und Tendenzen des Kongresses,
welchen das Genfer Volk keine Gemeinschaft haben wolle. In
Sitzung vom 12. September erhoben die Genfer, um die Ab

Digitized by Google

und den Beschluß über die vorgeschlagenen Resolutionen zu ändern, einen solchen Tumult, daß der Präsident die Versamm- für geschlossen erklären mußte.

Kaum war Garibaldi wieder auf italienischem Boden, so setzte seine in Genf unterbrochenen Reden fort. In Belgirate äußerte „Italien sollte neben den gebildetsten Nationen Europas stehen, es ist dies nicht im Stande, und zwar wegen der schwarzen die es so viele Jahrhunderte hindurch unterdrückt hielt. Wir nach Rom gehen und dieses Viperneſt ausheben und den schwarzen Fleck mit siedender Lauge wegbrühen. Ja, wir müssen diese Wäsche machen; denn diese schwarze Race ist schlimmer die Cholera." Darauf begab er sich auf zwei Tage nach Florenz, über Arezzo nach der päpstlichen Grenze ab, um das Kom- der Freiwilligen zu übernehmen, und übernachtete in Asina- Am andern Morgen, am 24. September, war auf Befehl italienischen Regierung sein Haus von Bewaffneten umstellt er für einen Gefangenen erklärt. Schon am 21. September Ratazzi eine Erklärung gegen den Freischarenzug erlassen, er sagte: „In einem freien Staate darf kein Bürger sich das Gesetz erheben, sich selbst an die Stelle der großen Ge- der Nation setzen und nach seinem Gutdünken Italien in schweren Werke seiner Organisation stören und mitten in die wirrsten Verwicklungen hineinreißen. Sollte einer versuchen, der treue abtrünnig zu werden, und jene Grenze verletzen, von uns unser Ehrenwort fern halten muß, so wird das Ministerium in keiner Weise dulden und überläßt den Zuwiderhandelnden die antwortlichkeit für die durch sie hervorgerufenen Handlungen." baldi wurde in einem Extrazug nach der Festung Alessandria bracht, aber schon am 27. September von dort ohne Bedingung lassen, worauf er noch am nämlichen Tage auf einem Dampfer Caprera abreiste, wo er von sechs Kriegsschiffen bewacht wurde.

Die französische Regierung hatte in Toulon bereits Vorbe- gen zur Einschiffung von Truppen getroffen, um eine zweite sche Expedition zu veranstalten. Sie verlangte von Italien, es sein in der Septemberkonvention gegebenes Versprechen solle, weder selbst einen Angriff auf das päpstliche Gebiet zu noch von andern einen solchen zu dulden. Sollte es das wesen nicht energisch bekämpfen, über dasselbe nicht Herr

Digitized by Google

werden oder gar sich von ihm nach Rom fortreißen lassen, so n
Frankreich entschlossen, seinerseits den Vertrag aufrecht zu halt
den Papst und sein Gebiet zu beschützen, selbst wenn es zu ei
Belagerung und Bestürmung Roms, wie im Jahre 1849, kom
sollte. So weit durfte es die italienische Regierung nicht kom
lassen. Eine zweite römische Expedition warf neue Schmach ü
das Land, rief möglicherweise einen Bürgerkrieg hervor und ma
die Versöhnung mit dem Papstthum noch schwerer. Nur zwei W
um in den Besitz Roms zu gelangen, blieben der italienischen
gierung auch nach der Septemberkonvention übrig: wenn die Rö
selbst aus freien Stücken ihrem Papst-König den Gehorsam
kündigten und den Anschluß an Italien proklamirten, oder w
es ihr gelang, die Kurie zu solchen Maßregeln zu überreden,
durch der allmähliche Anschluß des Kirchenstaates an das Königr
eingeleitet würde. Von diesen zwei Fällen steht nichts in der K
vention. Man kann sich fast keine andere Lösung als durch e
derselben denken. Allein Aussicht auf diese Weise zum Ziel
gelangen, hat Italien bis jetzt nicht die geringste. An der H
näckigkeit der Kurie scheiterte bisher jeder Versuch, die italieni
und päpstlichen Interessen zu versöhnen, und wenn die Freisch
auf eine Erhebung der Römer rechneten, so haben sie sich in il
gründlich getäuscht. Die Masse des römischen Volkes hat für
litische Freiheiten keinen Sinn und will ihr behagliches L
unter der geistlichen Leitung nicht mit der Steuerlast, der Pa
geldwirthschaft und dem Militärwesen des Königreichs It
vertauschen.

Doch war der Freischarenzug durch die Gefangennehmung
ribaldis nicht beseitigt. Unter Anführung seines Sohnes Menotti
coteras und anderer überschritten die Freischaren am 30. Sept. die G
zen des Kirchenstaates und zwar zu gleicher Zeit die nördlichen und
lichen. In mannigfachen Täuschungen befangen rechneten sie
auf, vor Ankunft der Franzosen in Rom zu sein, das italie
Militär durch die Gewalt der nationalen Idee nachzuziehen
Rom einen Volksbeschluß zu Gunsten des Anschlusses zu veran
und dann Napoleon die Wahl zu lassen, ob er dieses fait acco
anerkennen oder einen Krieg mit ganz Italien, den unpopulä
von allen, beginnen und sein eigenes Werk wieder stürzen
Von all diesen Voraussetzungen trat keine ein. Mit dem Ueb

Digitized by Google

Acquapendente am 30. September begann die Invasion. ere Grenzorte wurden genommen, um nach ein paar Tagen r verloren zu werden. Ueberall wo die päpstlichen Truppen Garibaldinern entgegentraten, wie bei der Erstürmung Bag- s am 5. Oktober, zogen die letzteren den Kürzern. Es fehlte hnen an einheitlicher Führung, an Waffen und Munition. die Disciplin ließ vieles zu wünschen übrig, daher sich die hner der Grenzorte von ihnen abwandten. Es waren Leute welche kaum dem Knabenalter entwachsen waren; die Be- ung konnte hier den Mangel an Uebung nicht ersetzen. Eine migrirten gebildete „römische Legion" unter Major Ghirelli in Orte bereits eine provisorische Regierung ein. In Rom in Folge der Aufstandsproklamationen einerseits und der An- ng des Belagerungszustandes andererseits die Unruhe und die nuß von Tag zu Tag zu, so daß endlich am 18. Oktober enator (Bürgermeister) von Rom eine mit 12000 Unterschriften ne Adresse übergeben wurde, worin die Bürgerschaft die Bitte ach, der Senator möchte beim Papst die Intervention der äßigen Armee des Königreichs Italien beantragen. Da n dem nämlichen Tage der französische Geschäftsträger dem den unfehlbaren Schutz Frankreichs zusicherte, wurde die nicht beachtet. Die päpstlichen Zuaven rückten vor, vertrie- n 18. und 19. Oktober die Garibaldiner aus Nerola und rsa und zwangen sie über die Grenze zurückzugehen. Das des Kirchenstaates war am 20. Oktober von den Freischaren nt, der Telegraph brachte diese Nachricht wie einen Triumph lienischen Regierung nach Paris, und Napoleon gab den Be- ie Einschiffung der Truppen in Toulon einzustellen.

lles schien wieder im guten Geleise zu sein. Und doch fieng che jetzt erst recht an. In Florenz war man schwankend. hätte man sich in den Besitz von Rom setzen lassen oder ge- um dem unleidlichen Zustand einmal ein Ende zu machen. dies bedeutete einen Bruch mit Frankreich, und wer wollte ? Der als Napoleonische Kreatur verschrieene Ratazzi war es, r Hand in Hand mit der Aktionspartei Rom nehmen und ich den äußersten Widerstand entgegensetzen wollte. Unein- seiner Erklärung vom 21. September unterhandelte er mit ührern der Freischaren, um nicht nur seinem Gegner von

Digitized by Google

1862, Garibaldi, ſondern ſich ſelbſt ein zweites Aspromonte zu
reiten. Als es aber darauf ankam, daß ein Manifeſt an die
tion erlaſſen und die Reſerven einberufen würden, ſo ſchreckte
König vor dieſem äußerſten Schritt und ſeinen unermeßlichen
gen zurück. Ratazzi nahm am 19. Oktober ſeine Entlaſſung,
am 20. wurde Cialdini, der Sieger von Caſtelfidardo, berufen und
der Bildung eines neuen Miniſteriums beauftragt. Da aber
dieſer, wie Ratazzi, auf die Linke ſich ſtützen wollte und eine ſolche Po
bei den Beziehungen zu Frankreich im damaligen Augenblick
möglich war, ſo erklärte er am 26. Oktober dem König, daß er
die Bildung eines Miniſteriums verzichten müſſe. Darauf wa
ſich der König an General Menabrea, und dieſer brachte
27. Oktober ein neues Miniſterium zuſammen.

In der Zwiſchenzeit, vom 19. bis 27. Oktober, gab es im Kö
reich Italien faktiſch keine Regierung, und dies benützte Garib
Dieſem war es, noch unter dem Miniſterium des aktionsfre
lichen Ratazzi, trotz der ſechs Kriegsſchiffe gelungen, von Kap
zu entrinnen und am 19. Oktober in der Nähe von Livorn
landen. Am 21. erſchien er in Florenz und ſprach öffentlich
Volk. Auch in Rom wurde es unruhiger. Das dortige Natio
komite rief die Einwohner zum Aufſtand auf. Das päpſtliche M
tär fieng an, die Thore Roms durch Schanzen und Gräben
verſperren. Am 22. wurden mehrere Vorpoſten von den Auf
diſchen überfallen und durch eine Pulvermine die Hälfte der Zua
kaſerne in die Luft geſprengt, wodurch 20 Zuaven getödtet wu
Zugleich fuhr eine Schar von 75 Mann unter der Führung Cai
den Tiber hinab und ſetzte ſich auf dem Monte Parioli feſt.
andern Tag wurde der Hügel von den Päpſtlichen erſtürmt,
die ganze Schar vernichtet, Cairoli fiel. Darauf wurde Rom
25. in Belagerungszuſtand erklärt und die Ablieferung aller W
anbefohlen. Da kaum 2000 Mann in der Stadt lagen und
durch den aufregenden Dienſt der letzten Tage ſehr erſchöpft w
ſo fürchtete man, für den Fall eines kecken Handſtreichs, ſeh
die Sicherheit der Stadt. Denn ſchon war Garibaldi bei ſ
Rothhemden. Er hatte am 23. Florenz mit einem Extrazug
laſſen, ſich mit ſeinem Sohne Menotti vereinigt und gleich am
Viterbo an ſechs Punkten ſtürmen laſſen. Der Sturm wurd
geſchlagen. Darauf zog er mit etwa 4000 Mann gegen Monterot

Digitized by Google

erstürmte es am 26. Die Besatzung von nur 400 Mann
sich tapfer gewehrt und kapitulirte. Er war nur noch wenige
von Rom entfernt. Einige seiner Scharen drangen bis
die Nähe der Stadt vor. Im Süden, von Tivoli bis Frosinone,
von Nicotera und seinen Leuten in allen Städten die päpst-
Wappen abgerissen und die Vereinigung mit Italien prokla-
Dagegen erließ der König und das Ministerium Menabrea
27. Oktober eine Proklamation an die Italiener, worin der
Freischarenzug verdammt und Achtung der Verträge gefordert wurde.
Es war die höchste Zeit. Denn schon schwamm die französische
im Mittelmeer. Auf die Nachricht von dem Vordringen der
Freischaren gab Napoleon am 26. Befehl zur Einschiffung. Am
war die Flotte im Hafen von Civitavecchia. Heftige Stürme
hinderten die sofortige Ausschiffung, was die Besorgnisse in Rom
mehrte. Endlich, am 30., waren die Truppen ausgeschifft. Es
waren zwei Brigaden unter den Generalen Dümont und Polhès.
Kommandirender General war de Failly. Abends zogen die ersten
Bataillone in Rom ein, zur Freude der Kardinäle, zum Schmerz
der nationalen Partei. Die verhaßte Fremdherrschaft hatte man
nun aufs neue wieder; um mehrere Jahre sah man sich zurückge-
worfen. Aber auch die italienische Regierung ließ, in einem Rund-
schreiben vom 30. die ganze Sachlage enthüllend, ihre Truppen in
die Grenzorte des Kirchenstaats einmarschiren, überall die päpst-
lichen Wappen wieder aufrichten und daneben die Fahne Italiens,
als ob die Versöhnung und Verschmelzung schon vollzogen sei,
war. Die ungeheure Aufregung Italiens zwang sie dazu; nur
konnte sie weiteren Unruhen vorbeugen; zugleich wollte sie sich
dieselbe Stellung setzen wie die andere kontrahirende Partei,
auf dem Fuße einer vollständigen Gleichheit neue Unterhand-
lungen beginnen zu können."

Garibaldi stand nun mitten zwischen der französischen und
päpstlichen Intervention. So lange er es nur mit den päpstlichen
Truppen zu thun hatte, konnte er auf ein Gelingen seines Planes
hoffen. Seit der Ankunft der Franzosen war es Wahnsinn, daran
zu denken. Boten um Boten kamen von Florenz und forderten ihn
zur Niederlegung der Waffen und zur Umkehr auf. Aber noch am
4. November erließ er in Monterotondo einen Tagesbefehl, worin
es hieß: „Will man uns zwingen, unsere Waffen aus Gehorsam

Digitized by Google

gegen den 2. December 1852 niederzulegen, dann will ich die V
daran erinnern, daß ich hier allein, römiſcher General, mit V
macht der einzigen geſetzmäßigen Regierung der römiſchen Repul
durch allgemeine Abſtimmung erwählt, das Recht habe, mich
dieſem Boden meiner Jurisdiction in Waffen zu behaupten."
mußte ihm entſetzlich ſchwer werden, vor Napoleon zurückzuwei
und den Boden, welchen er ſein nannte, deſſen Generalen zu ü
laſſen. Mit etwa 8000 Mann hielt er die Gegend von Mont
tondo und Mentana, welche Orte er hatte verbarrikadiren la
beſetzt. Sein Plan war, ſcheint es, am 3. November nach Ti
zu ziehen, dort mit den Scharen Nicotera's und Orſini's ſich
vereinigen und ſich dann in die Abruzzen zu werfen, von wo
er das ſüdliche Italien in Aufſtand bringen konnte. Aber wäh
er am 3. November über Mentana nach Tivoli marſchiren wo
zogen 3000 Mann päpſtlicher Truppen unter dem Befehl des Kri
miniſters Generals Kanzler, eines geborenen Badenſers, und
Reſerve von 2000 Mann von der franzöſiſchen Brigade Po
heran, um Monterotondo wieder zu nehmen. Um 12 Uhr ſti
ſie bei Mentana auf die Vorpoſten Garibaldi's. Bald entbra
ein heftiger Kampf. Die Garibaldiner wurden zurückgedrä
ſammelten ſich wieder, nahmen mit zwei ſtarken Kolonnen die P
lichen in die Flanken, dieſe wichen und waren verloren, wenn
die franzöſiſchen Truppen dem Hilferuf des römiſchen Generals f
entſprachen. Aber dies geſchah. Die Franzoſen rückten in die vo
Linie und ſchoßen mit ihren Chaſſepot die armen Garibaldine
Hunderten nieder. Ein Theil zog ſich in das Schloß von Mer
zurück und behauptete dieſes und die übrigen verbarrikadirten H
bis zum andern Morgen, wo ihnen von den Franzoſen freier A
zugeſtanden wurde. Von den Garibaldinern lagen 1000 Mann
oder verwundet auf dem Schlachtfeld, 1400 wurden gefange
nommen; die Franzoſen gaben ihre Verluſte auf 2 Todte un
Verwundete, die der Päpſtlichen auf 30 Todte und 103
wundete an.

Garibaldi war während des Sturms auf Mentana mi
paar tauſend Mann nach Correſe abgezogen und legte do
Waffen nieder. Am andern Tag beſtieg er mit ſeinen Frei
einen Extrazug, um nach Florenz zu reiſen. Auf der Station F
wurde er auf Befehl der Regierung verhaftet und nach La Sp

Digitized by Google

ins Fort Varignano gebracht. Man sprach von einem politischen Pro-
, der gegen ihn anhängig gemacht werden sollte. Da aber nicht
ß ehemalige Minister, sondern noch höher gestellte Personen dabei zu
volvirt gehabt hätten, so wurde an der Verwirklichung dieses Planes
ar gezweifelt, wie denn auch Viktor Emanuel bald eine allgemeine
mnestie erließ. Für die Unthätigkeit eines Gefängnißlebens waren
e Gesundheitsumstände Garibaldi's nicht geschaffen. Dies gab der
gierung eine willkommene Gelegenheit, ihn am 26. November
eder nach Kaprera zu entlassen. Denn die Gefangenhaltung des
annes, welchen Italien als seinen Helden und Befreier, wenn
ch als einen Phantasten ansieht, hatte, zumal bei der sonstigen
altung der Regierung so böses Blut gemacht, daß es, besonders
Turin und Mailand, an Verwünschungen des Ehrenkönigs Viktor
manuel nicht fehlte. Auch war diesem nicht die Genugthuung
gönnt, seine Truppen zugleich mit den französischen den Kirchen-
at besetzen zu lassen und so wenigstens den Schein der Eben-
ürtigkeit zu wahren. Denn kaum erfuhr das französische Kabinet,
ß die italienischen Truppen am 30. Oktober im Kirchenstaat ein-
ückt seien, so erhielt die französische Gesandtschaft von Herrn
n Moustier eine Depesche vom 1. November, worin „diese Hand-
ngsweise als eine mit dem Völkerrecht im Widerspruch stehende"
ichnet wurde. Es blieb der italienischen Regierung, nachdem
einmal so weit nachgegeben hatte, nichts anderes übrig, als ihre
uppen am 4. November in die Grenzen des Königreichs zurück-
ehen und den Kirchenstaat ausschließlich den Franzosen zu über-
ssen, welche ihr dadurch das Geständniß abpressen wollten, daß sie
t nichts zu schaffen habe.

So waren denn die Franzosen wieder in Rom. Aber wie
llten sie wieder herauskommen? Die französischen Staatsmänner
ßten recht gut, daß diese römische Expedition nur bei den franzö-
chen Klerikalen beliebt, bei den andern Parteien im höchsten Grade
pulär sei, daß von den andern Großmächten besonders England
d Rußland diese Verletzung des von Frankreich selbst so sehr
rvorgehobenen Nichtinterventionsprincips, diese Unterstützung der
ltlichen Macht des Papstes verdammen, und daß der einzige
undesgenosse, welchen Frankreich habe, durch diese Expedition und
e sich daran knüpfende Occupation zum unversöhnlichen Feinde ge-
cht werde. Auch war ihnen wohl bekannt, daß die Klerikalen

Digitized by Google

mit diesem Schritte noch nicht einmal zufrieden waren, daß sie l
reits von der Zurückgabe der Marken und der Romagna an d
Papst, ja von der genauen Ausführung des Friedens von Zür
(1858) sprachen, wonach Neapel und Sicilien dem Könige Franz I
die Fürstenthümer den östreichischen Erzherzogen zurückgegeben w
den sollten. Eines so verhängnißvollen Sieges sich bewußt k
die französische Regierung auf den Gedanken, eine Konferenz
berufen und die Verlegenheiten, welche sie sich durch ihr rasch
Zugreifen bereitet hatte, von Europa sich abnehmen zu lassen, wie
auch bei dem Luxemburger Handel die Garantie Europa's an
Stelle der preußischen Besatzung getreten war. Aber abgesehe
davon, daß die anderen Mächte gar keinen Beruf in sich fühlt
den Kaiser Napoleon von seinen Verlegenheiten zu erlösen, d
namentlich Deutschland mit großem Behagen zusehen konnte, w
er sich ganz Italien zum erbittertsten Gegner mache, fragte es
für die Theilnehmer an der Konferenz, auf welcher Grundlage diese
zusammenkommen solle. Am 9. November giengen die Einladung
von Paris ab. Von einem bestimmten Programm war keine Re
man sollte sich zu freien Besprechungen vereinigen. Auf diese u
sichere Aussicht hin war nur Oestreich und Spanien zur Theilnah
bereit und mit herzlicher Freude Hessen-Darmstadt. Die übrig
Mächte zeigten mehr Sprödigkeit. Graf Derby äußerte
20. Nov. im englischen Oberhaus: „Bevor die Einladung
Konferenz angenommen werden konnte, mußten verschiedene Pun
in Erwägung gezogen werden. Zuerst ob die beiden Hauptbetheil
ten, der Papst und Italien, die Beschlüsse der Konferenz als b
dend anerkennen würden. Denn wenn diese beiden sich den B
rathungen und deren Beschlüssen entzögen, so wäre die Konfer
doch offenbar eine Vergeudung diplomatischer Thatkraft und G
schicklichkeit. Sodann ob billig Aussicht zur Vereinbarung ei
praktischen Grundlage für die Konferenz vorhanden sei, da in d
manglung einer solchen aus den Berathungen eine wahre Sü
flut von Wirren entstehen dürfte. So lange diese beiden Fra
nicht ihre befriedigende Lösung gefunden, kann ich in der Bethe
gung an einer Konferenz so unbestimmten Charakters keinen Nu
erblicken." Dies war auch die Ansicht Preußen und Rußlands.

Auch die deutschen Mittelstaaten hatten Einladungen zur K
ferenz erhalten. Sachsen war bundestreu genug, die Einladung

Digitized by Google

präsidium des norddeutschen Bundes zu verweisen; Baiern, temberg und Baden erklärten ihre Bereitwilligkeit zur Theil- unter den von Preußen aufgestellten Bedingungen. Um so lender war die bedingungslose Annahme Hessen-Darmstadts, es ja mit einem Theile seines Gebietes zum norddeutschen gehört. Es zog sich dadurch nicht bloß einen geharnischten der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zu, worin von „voll- em Mangel an Einsicht dessen, was politisch schicklich ist, en Mißachtung der nationalen Idee" die Rede war, sondern und dies wog noch schwerer, eine Note des Grafen Bismarck 4. November, worin gefragt wurde, ob „dieses Verfahren ie Konsequenzen desselben sich mit dem Wortlaut der Bundes- ung in Einklang bringen lassen."

Die meisten Mächte erklärten sich, „im Princip" damit einver- n, die italienische Frage auf einer Konferenz zu erledigen, aber eine Konferenz für unmöglich, wenn nicht Italien und apst sich über ihre Stellung zu derselben bestimmt ausge- n und diese beiden nebst Frankreich sich über die Grundlagen eratung verständigt hätten. Da aber Graf Menabrea in Antwort vom 19. November erklärte, daß, von allem an- abgesehen, die Besetzung Roms durch die Franzosen vor Be- er Konferenz aufgehoben werden müsse, worauf Frankreich ingieng, und da die Kurie in dieser Konferenz nur eine Ge- eit zu einem Ideenaustausch sah, wobei sie vor ganz Europa as zurückfordern werde, was ihr seit dem Jahre 1860 ge- n worden sei, so war zum großen Leidwesen der französischen ung nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß die Konferenz nde komme. Hatte Frankreich ohne irgend jemand zu fragen, lien intervenirt, so behielt es neben der Ehre der Occupation ie Verantwortung dafür. Und nicht bloß außerhalb Frank- sondern in Frankreich selbst erfuhr die zweite römische Expedition Tadel. Gelegenheit hiezu gab die Eröffnung der Kam- am 18. November. Napoleon sagte in seiner Thronrede, er Septembervertrag mit Italien fortbestehe, so lange er urch einen neuen internationalen Akt ersetzt sei, kündigte einen ntwurf über die Verbesserung der militärischen Einrichtungen versicherte, daß Frankreich sich in die deutschen Angelegen- nicht mischen werde, „so lange unsere Interessen und unsere

Digitized by Google

Würde nicht bedroht sind," eine Klausel von so elastischer Nat
daß mit derselben ebensowohl der Frieden erhalten werden,
jeden Augenblick der Krieg losbrechen kann.

Zunächst kam in den Kammern die italienische Frage zur S
sprechung. Im Senat, wo die Erzbischöfe so salbungsvoll sprach
als ob sie in der Kirche unter ihren Gläubigen ständen, hatte
Regierung keinen harten Stand. Auf die Rede des Minist
Moustier am 30. November wurde zur Tagesordnung übergegang
Dagegen griff in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 2. D
Jules Favre, welcher eine Interpellation gestellt hatte, die italieni
Politik der Regierung aufs heftigste an. „Sonst war Frankr
in der Wahrung seiner Unterschrift nicht so eifrig. Es ließ t
des Vertrags von 1852 Dänemark von Preußen vernichten
Vor einer gebieterischen Geberde der Vereinigten Staaten haben S
den Vertrag mit Maximilian zerrissen. Als Ihnen zwischen Ab
und Schande die Wahl blieb, wählten Sie den ersteren. Sie hal
Maximilian im Stich gelassen. Ich tadle Sie nicht darum; a
ich verlange, daß Sie mit dem Septembervertrag dasselbe thun, w
es nicht heißen soll, daß Sie die Verträge nur gegen die Schwac
geltend machen, gegen den Starken aber fallen lassen. Wo
führt diese Politik? Wir können nicht vorwärts und nicht zur
Wenn wir den Papst fortwährend und wirksam beschützen woll
müssen wir jährlich 50000 Mann und 100 Millionen darauf v
wenden und werden zum Hasse der Völker, wie es ehemals
Oestreicher waren. Und das für dieselbe Macht, welche in der
rüchtigten Encyklika vom 8. December 1864 die finstersten Gru
sätze der Verdammung und der Ausschließung verkündet und d
ganzen Wesen unserer Zeit den Krieg erklärt! Ich weiß wohl,
die Regierung diese Encyklika durch den Staatsrath hat zerrei
lassen. Ja, aber sie hat die Fetzen derselben zusammengesucht,
daraus die Patronen der Chassepotgewehre zu machen." Ju
Simon, welcher am 3. December sprach, äußerte über die so
betonte Nothwendigkeit der Unabhängigkeit des Papstes: „Der
veräne Papst ist gar nicht unabhängig, er ist ein Schützling Fr
reichs, geschützt und gehalten durch französische Waffen seit 18
denn die französischen Truppen blieben als Legion von Anti
selbst nach dem formellen Abzug der kaiserlichen Truppen."

In der Sitzung vom 4. Dec. klagte der Minister Moust

Digitized by Google

abgetretene Ministerium Ratazzi offen an, seit Beginn der Be-
ung Frankreich getäuscht und Garibaldi vorgeschoben zu haben,
im geeigneten Augenblick statt dieses republikanischen Führers
selbst an die Spitze der Bewegung zu stellen. „Wir betrachteten
Vertrag als verletzt, sobald die italienischen Truppen in das
liche Gebiet einrückten. Da machte mir der italienische Gesandte
dlich eine Mittheilung von der höchsten Wichtigkeit: er schlug
europäische Konferenz und für den Augenblick die gemeinschaft-
Besetzung Roms durch Frankreich und Italien vor. Wir
nen von dem ersten Vorschlag Akt und wiesen den zweiten
t. Ich kann diesen zweiten Vorschlag nicht anders als in folgen-
Weise charakterisiren: man trug uns nicht nur die Rolle des
pten, sondern auch die des Verräthers an. Wir wiesen mit
istung diese Mitschuld zurück, welche man uns mit einer Art
hemie zumuthete, die den Schimpf noch verdoppelte. Tritt die
ferenz nicht zusammen, so fallen wir unter die Herrschaft des
tembervertrags zurück und sagen zu Italien: wollt ihr ihn
mal ausführen und stärkere Garantien geben als früher? Nur
iesem Fall werden wir ein zweitesmal das Papstthum in die
de eurer Loyalität zurückgeben." Darauf folgte Thiers, wel-
in seiner bekannten Weise davon sprach, daß Frankreich die
heit Italiens nicht hätte zugeben, nach der Losreißung der Lom-
ei die weiteren Annexionen nicht hätte dulden sollen. Italien
ihre mit der größten Rücksichtslosigkeit, gebe den entthronten
ten nicht einmal ihr Privatvermögen zurück. „Gewiß, Herr
Bismarck geht nicht achtungsvoll mit den kleinen Staaten um,
er hat wenigstens die private Redlichkeit und hat den Fürsten
Hannover und Nassau ihr persönliches Vermögen zurückerstattet.
schen Garibaldi und dem Haus Savoyen besteht eine Ueber-
timmung der Instinkte. Garibaldi zieht aus, um für das Haus
oyen Königreiche zu erobern. Glückt es ihm nicht, so verhaftet
ihn und schickt ihn nach Kaprera. Glückt es ihm, so sagt man
: „Deine Beute gehört uns."" Da es sich um den Fürsten
delt, welcher das Oberhaupt der katholischen Kirche ist, so ist es
e gewöhnliche Intervention. Wenn ihr das Papstthum wieder
die Hände der Italiener gebt, so werden diese es achten, so
ge ihr unbeschäftigt seid; so bald ihr aber mit einer anderen
cht zu thun habt, so werden sie sich Roms bemächtigen."

Digitized by Google

Noch entschiedener als diese beiden Herren sprach sich in
Sitzung vom 5. December Staatsminister Rouher aus: „W
erklären, daß Italien sich niemals Roms bemächtigen wird. N
mals wird Frankreich eine solche Gewaltthat gegen seine Ehre,
gen seine Katholicität ertragen. Es wird von Italien die strer
und energische Ausführung des Septembervertrags verlangen;
nicht, so wird es selbst dafür eintreten. Wenn ich von Rom spr
so meine ich damit das gegenwärtige päpstliche Gebiet in sei
ganzen Integrität." Nach dieser Rede wurde über die Interpellati
Favres mit 237 gegen 17 Stimmen einfache Tagesordnung
schlossen.

Auch die deutschen Angelegenheiten kamen wieder zur Sprac
In der Sitzung vom 9. December fragte Thiers: „Soll m
jetzt Deutschland, das die größte Revolution der Neuzeit vollbra
alles nach seinem Gutdünken thun lassen? Was soll da aus Fra
reich werden, wenn man zu jedermann sagt: thut, was euch beliebt
Diese kleinliche, selbstsüchtige und eifersüchtige Politik bekämp
Gueroult und hob hervor, die französische Regiernng habe es du
ihre Politik dahin gebracht, daß sie ganz isolirt stehe, den Regieru
gen und den Völkern gleich verhaßt." Darauf wußte Rouher nic
anderes als Phrasen, wie sie in der Thronrede standen, anzuführe
„Bezüglich Deutschlands sei die Politik Frankreichs eine Poli
der Beruhigung und der Beschwichtigung gewesen. Die Regieru
nehme offen die vollendeten Thatsachen hin, so lange nicht sei
Interessen und seine Würde mit ins Spiel kommen."

Was Frankreich nach Vollendung seiner Heeresorganisati
unter seinen Interessen und seiner Würde zu verstehen gesonn
sei, ließ sich aus den Debatten über das neue Militärgesetz er
nehmen, welche im gesetzgebenden Körper am 19. December ihr
Anfang nahmen. Gressier, der Berichterstatter der Kommissio
sagte in der Sitzung vom 21. December: „Wenn das Gleichgewi
(d. h. das Uebergewicht Frankreichs) gestört ist, muß man es wied
herstellen. Es wird aber weder durch die Uebereinstimmung d
Völker noch durch die Anstrengungen der Diplomatie wieder herg
stellt werden, sondern durch das einzige Mittel, welches heute no
die Differenzen zwischen Nationen regeln kann, durch den Krieg
Darauf sagte die Linke, daß dadurch der wirkliche Zweck des Gesetz
enthüllt sei, einen großen Krieg vorzubereiten. Was auch Rouh

Digitized by Google

Verhüllung der geheimsten Gedanken Napoleons sagen mochte, niemand glaubte ihm, um so weniger, als am 23. December der Kriegsminister Marschall Niel eine sehr herausfordernde Sprache führte.

Es handelte sich um einen Antrag der Linken, an die Stelle des durch Konskription gebildeten stehenden Heeres die allgemeine Wehrpflicht mit möglichst kurzer Dienstzeit einzuführen. Niel bekämpfte diesen Antrag und sagte: „in Preußen sei dieses System anfangs den französischen Revolutionären nachgeahmt und allmählich zu einer gewaltigen Kriegsmaschine ausgebildet worden. Irgends aber, in der Vergangenheit wie in der Gegenwart könne man ein drückenderes Militärgesetz finden als das preußische. Wenn man das System der allgemeinen Volksbewaffnung in Frankreich einführen und dabei auf den militärischen Geist verzichten wolle, verzichte man auch gleichzeitig auf die Disciplin. Und wie will man unter solchen Bedingungen Frankreich der Gefahr aussetzen, eines Tages gegen eine Nation (Preußen) zu marschiren, die geschickt ist von langer Zeit her organisirt ist, in welcher vielfache Uebungen stattfinden, in welcher der militärische Geist in einem Grade, wie wir ihn vielleicht nie erreichen werden, vorherrscht, und in welcher die Hierarchie des Rangs, ohne daß die Bevölkerung daran Anstoß nimmt, mit der Hierarchie der Geburt zusammenfällt? Darum denken Sie nicht, oder wenn Sie auf das französische Volk das System der allgemeinen Wehrpflicht anwenden wollen, so müssen Sie dasselbe vollkommen nach preußischem Muster organisiren, und dann, aber nur dann können beide Nationen, ohne Nachtheil für die eine von ihnen, sich auf dem so schwierigen Schlachtenfelde gegenübertreten. Seit meiner Uebernahme des Amtes ist unsere Armee so ziemlich schlagfertig gemacht. Die ganze Infanterie wird bis zum nächsten Frühjahr mit ausgezeichneten Gewehren versehen sein; die Zeughäuser und die Magazine sind gefüllt, die Festungen sind bereits in einem besseren Zustand, und alle Tage wird daran gearbeitet. Das französische Volk ist von jeher stolz gewesen, und die Armee ist sein Ebenbild. Es hat gallisches Blut in den Adern und vermag nicht lange eine Gefahr, von der es bedroht ist, zu ertragen. Es geht lieber dieser Gefahr entgegen. Das französische Volk lebt nicht gerne in der Ungewißheit und sieht seinen Handel und seine Industrie nicht gerne dahinsiechen; lieber

will es sofort den Krieg. Gibt man ihm nun eine militärisch Organisation, welche ihm alle Sicherheit gewährt, so läßt es d Sorgen fahren. Es fürchtet seine Nachbarn nicht, träumt selb von keinen Eroberungen und überläßt sich im Frieden seinen g wohnten Beschäftigungen. Durch die Einführung des neuen M litärgesetzes werden diese Resultate erreicht, daher er durch da selbe für die Aufrechthaltung des Friedens gearbeitet zu hab glaube. Frankreich brauche eine ständige Armee von 400000 Man eine ebenso starke Reserve und mobile Nationalgarde, so daß m im geeigneten Augenblicke über 1,200,000 Mann verfügen könn Nicht erst in 6 bis 7 Jahren werde dieses Gesetz seine Wirku auf die Wehrkraft der Nation äußern, sondern schon im nächst Jahre werden 600,000 Mann mobiler Nationalgarde vorhand sein. Mit einer Armee von 600,000 Mann und ebenso vielen N tionalgarden könne man vorläufig schon allen Eventualitäten b gegnen. Enfin, nous sommes prêts."

Dem Kriegsminister entgegnete Jules Favre: „Niel fort die Erhöhung des Effektivbestandes und sage doch, Frankreich b drohe niemand und werde von niemand bedroht. Er aber sag Frankreich bedrohe und werde bedroht. Die politische Lage Fra reichs, die Verfassung des Kaiserreichs, welches den Souverän zu ausschließlichen Herrn über Krieg und Frieden mache, habe ga Europa in jene unbestimmte Unruhe versetzt, aus welcher die o seitige Vermehrung der Streitkräfte hervorgegangen sei. Die me kanische Expedition sei Schuld an den Ereignissen in Schlesw Holstein und in Böhmen. Frankreich habe keinen Alliirten m als die Priesterherrschaft und die weltliche Macht des Papst Man solle der Regierung nicht so viel Macht in die Hand gel und an die Allmacht des ersten Kaiserreichs denken, die mit Occupation des Landes durch die fremden Mächte geendigt hab

Während dieses französischen Säbelgerassels war es auch der italienischen Abgeordnetenkammer, welche am 5. December w der zusammentrat, scharf hergegangen. Gerade an diesem Tage h Rouher sein gebieterisches Jamais ausgesprochen und zugleich Zweck der römischen Expedition angeführt, daß Frankreich die R volution habe aufhalten wollen, für welche drei Etappen festgest gewesen seien: Rom, Florenz und Paris. Italien wurde zwar i der englischen Times getröstet, welche sagte, so ein Jamais sei i

Digitized by Google

einen Staatsmann nicht so böse gemeint; man wisse ja, daß die Minister gar häufig selbst etwas ausführen helfen, was sie ein Jahr vorher als unmöglich bezeichnet haben. Doch wäre den Italienern eine englische Flotte vor Civitavecchia ein wirksamerer Trost gewesen. Die Abgeordneten gaben dieser antifranzösischen Stimmung einen scharfen Ausdruck. Selbst der konservative Ministerpräsident Menabrea konnte sich dieser nationalen Strömung nicht entziehen. Gleich in der ersten Sitzung vom 5. December hielt er eine längere Rede über die Vorgänge, welche den Sturz Ratazzi's und die Neubildung des Ministeriums herbeiführten, und sagte unter anderem: Zwischen den südlichen Provinzen Italiens und den anderen besteht ein kleiner Staat, in welchem die berühmteste Stadt der Welt liegt. Dieser kleine Staat ist ein schweres Hinderniß für uns. Wäre seine Regierung besser, so wären die Uebelstände geringer. Aber Rom ist der Mittelpunkt der Verschwörungen gegen die Einheit Italiens. Es ist natürlich, daß ganz Italien lebhaft gegen Rom protestirt. Was würden wohl die Franzosen thun, wenn Paris in der Gewalt der Engländer wäre? In unserem Jahrhundert ist dasjenige, was ein Volk hemmen kann, ein Hinderniß, das beseitigt werden muß. Allein Rom ist zugleich die Stadt, wo das Haupt der Kirche seinen Sitz hat, das sicher nicht so schwach ist, wie wohl mancher meint, und wohl weniger schwach in einem Lande, wo das katholische Gefühl das vorherrschende ist. Unsere Pflicht ist es, das Haupt der Religion zu achten. Nicht durch Gewalt geht man nach Rom; man muß moralische Mittel anwenden. Das Nationalparlament hat dies in der Sitzung vom März 1861 anerkannt. Diejenigen, welche mit den Waffen in der Hand nach Rom gehen wollen, verletzen das Parlamentsdekret. Je stärker wir sein werden, desto näher werden wir Rom kommen." Ueber das, was nun zunächst zu thun sei, sagte er am 17. December: „Der Septembervertrag ist nicht null und nichtig, sondern nur suspendirt wegen der Einmischung Frankreichs. Ebenso ist aber auch die halbjährige Zahlung der päpstlichen Schuld (welche Italien zugleich mit der Annexion der päpstlichen Provinzen übernommen hatte) eingestellt. Die italienische Regierung wird sich bemühen, den Septembervertrag wieder in Kraft zu setzen und sodann über neue Bedingungen zu verhandeln und zwar, wie sie hofft, über bessere. Zunächst handelt es sich darum, ein doppeltes Ziel zu erlangen: den Abzug

Digitized by Google

der französischen Truppen und die Herstellung eines modus viven mit Rom."

Eine mehrtägige Debatte über das Verhältniß Italiens Frankreich und zum Kirchenstaat fand statt, in welcher die M glieder der Rechten und der Linken sich darin einig zeigten, d beide erklärten, der italienische Staat bedürfe zu seiner Vervo ständigung Roms, darin uneinig, daß die Rechte nur durch moralis Mittel, die freilich schwer definirbar sind, in den Besitz von R gelangen wollte, während die Linke auch die Gewalt nicht sche und durch die „Wunder von Mentana" so erbittert gegen Frankre war, daß sie den Septembervertrag nicht mehr anerkennen und diplomatischen Beziehungen mit Frankreich abbrechen wollte. aber dadurch die Schmach der französischen Soldatenherrschaft endlose verlängert würde, so mußte man der Rechten beistimm wenn sie, weil im Augenblick schlechterdings nichts anderes zu reichen war, den Septembervertrag in irgend einer Form erneue wollte, um nur die Franzosen wieder aus dem Lande hinaus bekommen. Ueber die weltliche Herrschaft des Papstes und üb Frankreich drückten sich beide Parteien gleich stark aus. Der Just minister Mari sagte am 13. December: „Wer wünscht nicht d Fall der weltlichen Gewalt des Papstes? Wer ist nicht überzeu daß die Religion bei unsern Gegnern nur ein Vorwand ist? Uns Ansicht ist nicht neu. Es ist schon lange, daß Dante gesagt h die römische Kirche sei, indem sie die beiden Gewalten vermisch in den Koth gesunken." Crispi, der Hauptführer der Linken, klärte am 16. December, schon die Legion von Antibes sei ei Verletzung des Septembervertrages gewesen, und die italieni Regierung hätte, wenigstens nach der Sendung des Generals D mont, denselben aufkündigen sollen. „Im übrigen kann uns wen daran liegen, ob die französischen Truppen in Civitavecchia o in Toulon liegen, sobald Frankreich erklärt, einzuschreiten, wenn weltliche Macht des Papstes bedroht ist. Auf die Länge ist es d nicht möglich, daß die Söhne Voltaires sich hergeben, die Küs der Pfaffen zu machen. Lassen wir die Rouher, die Berryer, Moustier, die Thiers Allianz mit der Soutane und den Legitimis machen; der Tag der neuen Marseillaise ist nicht fern."

Allgemein erwartete man einen Kammerbeschluß, wodurch Politik des Ministeriums gebilligt würde, zumal schon bei der W

Digitized by Google

zum Präsidenten der Abgeordnetenkammer am 6. December der Regierungskandidat Lanza mit einer Mehrheit von 40 Stimmen über Ratazzi, welchen die Linke vorschlug, gesiegt hatte. Als aber Menabrea ein förmliches Vertrauensvotum und die Annahme folgender Tagesordnung verlangte: „Die Kammer, indem sie Akt nimmt von der Erklärung des Ministeriums, daß es das nationale Programm, welches Rom zur Hauptstadt Italiens verlangt, unverrückt aufrecht halten werde, beklagt, daß man dasselbe mit Mitteln durchführen wollte, welche im Widerspruch mit den Gesetzen und den Parlamentsbeschlüssen sind, und überzeugt, daß in der Achtung des Gesetzes die Bürgschaft für die Freiheit und Einheit des Landes besteht, billigt sie die Haltung des Ministeriums und geht zur Tagesordnung über," so verwarf die Kammer, offenbar um ihrem Groll gegen Frankreich Ausdruck zu geben, am 22. December diesen Antrag mit 201 gegen 199 Stimmen. Bei der Verkündigung des Resultats der Abstimmung erhob sich von den Plätzen der Opposition und den dichtgedrängten Tribünen der enthusiastische Ruf: Viva Roma, la capitale d'Italia! Dies war die Antwort Italiens auf das Jamais des Herrn Rouher. Sofort gab das Ministerium am 23. December seine Entlassung ein. Der König nahm sie an, betrauete aber zugleich Menabrea, ein neues Kabinet zu bilden, und die Kammer wurde bis zum 3. Januar vertagt.

Durch die französischen und italienischen Kammerverhandlungen waren die Gegensätze zwischen Frankreich und Italien aufs schärfste betont. Sagte jenes, Rom sei für Italien nicht nöthig, Italien habe kein Recht auf Rom, es werde sich niemals Roms bemächtigen können, so erwiderte dieses, es könne Rom gar nicht entbehren, habe eben so viel Recht auf Rom als Frankreich auf Paris und werde niemals auf Rom verzichten. Es ist allerdings wahr, daß das Königreich Italien den Eindruck eines geschlossenen Ganzen so lange nicht machen wird, bis es den Kirchenstaat sich einverleibt hat. Rom, welches seit mehr als zwei Jahrtausenden im Inland wie Ausland als das Centrum der italienischen Nationalität gilt, zur wahren Hauptstadt gemacht hat. Erst dann werden alle Theile Italiens von dem Bewußtsein der Einheit durchdrungen, die innern Eifersüchteleien ausgeglichen, das Königreich zu einer selbständigen Großmacht erhoben sein. Andererseits aber kann man nicht verhehlen, daß im Katholicismus selbst eine Aenderung vorgehen

Digitized by Google

muß, bevor er sich in die Abschaffung der weltlichen Herrschaft
Papstes wird finden können. Denn wenn der Papst in der Hau
stadt des italienischen Königs und nicht mehr in seiner eigenen
sidirt, so ist es mit seiner Souveränetät gerade so aus, wie
vierzehnten Jahrhundert mit derjenigen der Päpste zu Avign
Deutschland hat es unter Kaiser Ludwig dem Baier sehr zu empfin
gehabt, was es heißt, wenn der Papst in der Machtsphäre
französischen Königs ist. Der Papst ist dann kaum etwas mehr
der erste Landesbischof, und ob mit einem solchen fremde Souver
Konkordate schließen, ob sie ihre Bischöfe von ihm ernennen
andere Beschränkungen ihrer eigenen Herrschergewalt noch fer
sich von ihm gefallen lassen wollen, ist noch nicht ausgema
Nicht bloß der Kirchenstaat, sondern auch die Stellung des Pap
als des gebietenden Oberhauptes der katholischen Kirche steht
dieser scheinbar bloß italienischen Frage auf dem Spiel. Se
Napoleon I., welcher doch gewiß das Zeug hatte, um solche
hältnisse richtig zu beurtheilen, sprach sich zu einer Zeit, wo
Blick noch nicht durch seine grenzenlose Herrschsucht getrübt
als erster Konsul für die Zweckmäßigkeit eines Kirchenstaates
„Bildet man sich ein," sagte er, „daß, wenn der Papst in P
wäre, Spanier und Deutsche seinen Entscheidungen Gehorsam lei
würden? Es ist ein Glück, daß er in diesem alten Rom resi
fern von deutschen Kaisern, von französischen und spanischen Köni
zwischen den katholischen Souveränen die Wagschale haltend,
immer dem Stärksten ein wenig zuneigend, aber sogleich wi
aufrecht, wenn der Stärkste den Unterdrücker spielen will.
Jahrhunderte haben dies geschaffen, und sie haben es recht
schaffen." Mit dieser Sprache des ersten Konsuls kontrastirt frei
das Dekret des Kaisers, datirt von Schönbrunn den 16. Mai 1
gewaltig. Denn in diesem wurde das Aufhören der weltli
Macht des Papstes ausgesprochen und der Kirchenstaat theils
dem Königreich Italien theils mit Frankreich vereinigt.

Bei dieser Sachlage ist es einleuchtend, warum die Kurie
Königreich Italien beständig ihr Non possumus entgegenhält.
Gegensätze sind unversöhnlich. Jeder hat von seinem Standp
aus Recht. Italien hat jedenfalls unklug daran gethan, den
nigen mit Gewalt dem Gegner aufdringen zu wollen. Auch
zeigte sich jener krankhafte Zug der neuesten Zeit, alles im Stu

Digitized by Google

schritt, mit fieberhafter Hast durchführen und Fragen, an deren Lösung sich sonst ein Jahrhundert abgearbeitet hat, in Monaten abwickeln zu wollen. Dabei kann es nicht ausbleiben, daß durch die Ungeschicktheit der Schauspieler zuweilen mehr verdorben, als gewonnen, eher ein Rückschritt als ein Fortschritt erzielt wird. In letzterem Falle ist Italien. Es hätte sich Preußen zum Muster nehmen und die Art und Weise, wie dieses die süddeutschen Staaten an sich gezogen hat, nachahmen sollen. Auch könnte es nicht schaden, wenn Italien in seinen Finanzen eine so gute Ordnung hätte wie Preußen. Denn es macht doch einen gar zu schlechten Eindruck, wenn der Finanzminister das Deficit vom Jahre 1868 auf [illegible] Millionen Franks anschlägt. Und dies ist nur das Deficit des Finanzministers. Wie wird nun erst, zumal nach der Theurung der letzten Monate, das wirkliche Deficit lauten! Wenn Italien sich aufs Sparen legte, die Unterrichtszwecke, Handel, Industrie und Gewerbe förderte und Rom einstweilen seinem Schicksal überließe, so fragt es sich doch, ob dieses isolirte Rom nicht gerne Beziehungen mit Italien eröffnen und nach und nach innige Verbindungen mit demselben anknüpfen würde, denen die förmliche Einverleibung wie das Fallen der reifen Frucht folgen würde. Dieser Weg ist zwar langsamer, aber er führt vielleicht Italien doch schneller nach Rom.

Man hat auch noch von einer anderen Lösung gesprochen, wodurch Italien nicht gegen, sondern mit dem Willen Frankreichs in Rom einzöge. Ein italienisches Blatt schrieb zu Ende Novembers: „Der Aussage des Generals Lamarmora zufolge dreht sich die ganze römische Frage zwischen den Regierungen von Frankreich und Italien um die Frage einer Allianz, welche Frankreich für gewisse Eventualitäten von Italien verlangt. Der Preis der Unterzeichnung einer solchen Allianz wäre Rom." Daß lediglich politische, nicht religiöse Gründe es sind, welche Napoleon zur Beschützung des Kirchenstaats bestimmen, ist bei einem Manne von einer solchen Vergangenheit wohl vorauszusetzen. Es können also Fälle eintreten, daß Napoleon aus politischen Gründen den Italienern den Kirchenstaat geradezu anbietet, trotz aller Reden der Herren Moustier und Rouher. Diese Eventualitäten liegen am Rhein, und die Reden des Marschalls Niel und des Berichterstatters Gressier in der französischen Deputirtenkammer waren allerdings von der Art, daß sie eher wie eine Kriegstrompete als wie die Stimme einer Friedenstaube

Digitized by Google

klangen. Diese kolossale Anhäufung von Mannschaft und Krieg material, diese herausfordernden Redensarten, dieses Pochen a Kriegsbereitschaft könnte auf die Absicht hindeuten, durch einen Kri auf Leben und Tod die Frage zu entscheiden, ob von nun an Deutsc land oder Frankreich die erste Rolle in Europa spiele. Daß dab Niel die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verwirft und d Konskription nebst dem Loskaufsystem beibehält, dadurch also d wohlhabenden und gebildeten Klasse die Befreiung von dem Dien im stehenden Heere erleichtert, könnte auffallend erscheinen, wen man nicht wüßte, daß sich die Regierung vor dieser allgemein Wehrpflicht, vor dem „Volk in Waffen" fürchtet und lieber sog nannte Berufssoldaten heranzieht, welche durch Sold und Pension angelockt aus dem Militärdienst ein Gewerbe machen. Diese Sor von Truppen hat alle Tugenden und alle Fehler der alten Pr torianer, und die in den deutschen Heeren befindliche Intellige wird ihnen gewachsen sein. Auch darf man sich durch die hoh Zahlen des französischen Kriegsministers (400000 Mann stehend Heer, 400000 Reserve, 400000 mobile Nationalgarde) nicht schreck lassen; denn die Kriegsstärke des norddeutschen Heeres ist a 972434 Mann und auf 214 Batterien mit 1272 bespannten G schützen berechnet, wozu, den Allianzverträgen gemäß, noch ein 200000 Mann süddeutscher Truppen kommen, womit die Summe v 1,200,000 französischer Truppen so ziemlich erreicht sein wir Auch wir sind bereit; nur hängen wir es nicht gerade an d große Glocke.

Kaiser Napoleon wird sich mit einem Krieg gegen Deutschlan nicht sehr beeilen; es müßten denn äußerst zwingende Gründe vo handen sein, die von außen her einwirken oder im Innern sein Landes selbst auftauchen. Die Rüstungen selbst brauchen durchau nicht als Zeichen der Kriegslust des französischen Kabinets gedeut zu werden. Bei der Schlagfertigkeit des jetzigen Deutschlands konn Frankreich nicht wohl anders als gleichfalls seine Armee reorgan siren, Hinterlader anschaffen und Lücken im Material ausfülle Was die Sache auffallend macht, ist das viele Geschrei, das d Franzosen in der Kammer und in der Presse davon machen, wäh rend man in anderen Staaten sich auch auf Rüstungen versteh dabei aber schweigen kann. Wenn aber das Unwahrscheinliche de einträte, daß Frankreich mit mehr als einer halben Million Me

Digitized by Google

der weiteren Entwicklung Deutschlands sich hemmend in den
werfen wollte, und der Versucher an Italien heranträte, den
kirchenstaat ihm anböte unter der Bedingung, daß es mit Frank-
gegen Deutschland marschirte, was dann? Hierauf ist keine
wort zu geben, weil die leitenden Persönlichkeiten jenseits der
en, trotz des Bündnisses von 1866, weit weniger berechenbar
als diesseits derselben. Nur soviel ist zu sagen, daß Italien,
oder ohne Kirchenstaat, keine selbständige Großmacht ist, bis es
von dem französischen Einfluß losgemacht hat. Dieses Ziel
es nur durch ein Bündniß mit Deutschland erreichen, und ein
meinschaftlicher glücklicher Feldzug gegen Frankreich kann ihm
auch den Kirchenstaat geben. Dazu gehört aber, daß Italien
unzuverläßige Politik aufgibt und eine Haltung annimmt, bei
der Deutschland nicht zu fürchten hat, daß mitten in der Aktion
eine Schwenkung zu Frankreich eintrete. Diesem Mißtrauen
die berühmte Instruktion des Grafen Bismarck an den preußi-
Gesandten in Florenz, Herr von Usedom, (vom Oktober) Aus-
gegeben. Was darin über den „König Viktor Emanuel und
einem Herzen näherstehenden Politiker" gesagt ist, berechtigt
ings sehr zu Argwohn und macht Vorsicht zur Pflicht. „Eine
cht wie Preußen kann in ihrer gegenwärtigen Stellung nur mit
lommen sicheren Unterlagen, mit klarer Uebersicht über den
and des Schachbrettes Stellung nehmen."

An solcher Uebersicht fehlte es im preußischen Staatshaushalt
t. Schon die Thronrede vom 15. November, womit der König
preußischen Kammern eröffnete, gab Zeugniß hiefür. Auch die
merverhandlungen gaben mehrfach Gelegenheit, in alte und
Verhältnisse mehr Klarheit zu bringen. Die Verträge mit den
setzten Fürsten, von denen König Georg von Hannover
Millionen, Herzog Adolf von Nassau 3,891000 Thaler erhalten
, kamen erst im Jahre 1868 zur Berathung. Dagegen hatte
Sitzung vom 9. December einen interessanten Stoff zu de-
ren. Der Abgeordnete von Bennigsen hatte beantragt, „die
rung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß das Mini-
m der auswärtigen Angelegenheiten auf den Etat des nord-
en Bundes übernommen und daß die innerhalb des nord-
en Bundes bestehenden preußischen Gesandtschafts- und Kon-
posten aufgehoben werden." Das Ziel dieses Antrags war

Digitized by Google

Aufhebung des Gesandtschaftswesens der kleinen Staaten und V
wandlung der preußischen Gesandtschaften in norddeutsche Bund
gesandtschaften.

Darauf erklärte Graf Bismarck: „Die Regierung hält
ersten Theil des Antrags principiell für zweifellos richtig; der jet
Zustand ist nur ein provisorischer, nur ein Uebergangsstadium,
welchem eine strengere Koncentration der Vertretung des Bun
nach außen hin, für die Fragen der großen Politik wenigstens,
vorgehen muß. Wir streben nach dem einheitlichen Ziele,
müssen wir mit Schonung unserer Bundesgenossen verfahren.
Einheitsbestrebungen von 1848 und 1849, welche sich an den
men von Radowitz knüpfen, sind wesentlich mit dadurch gescheit
daß die dynastische Empfindlichkeit nicht geschont und gleich
vornherein der Wegfall des Vertretungsrechtes zu Gunsten
Centralgewalt gefordert war. Wenn das Präsidium eine V
tretung des Bundes bis jetzt noch nicht hat eintreten lassen, so
dies nicht auf die Befürchtung zurückzuführen, daß die Anerkenn
nicht erfolgen möchte. Es ist zu einer solchen Befürchtung um
weniger Veranlassung gegeben, als die Bundesflagge bereits allse
anerkannt worden ist. Wir haben nur unsere Bundesgeno
schonen wollen. So lange sie auf das Vertretungsrecht nicht
willig verzichten, muß eine Theilung der Repräsentation nach au
in der Weise eintreten, daß in der großen Politik, wie gegenwä
in der Konferenzfrage, der Bund einheitlich vertreten ist und
Gesandtschaften der Einzelstaaten sich mehr mit den speciellen
gelegenheiten ihrer Staatsangehörigen zu beschäftigen haben. Wa
wir das Uebrige ab, bis es als reife Frucht ganz von selbst abf
Ich darf übrigens mittheilen, daß wir im Bundesrathe vertrau
Besprechungen über die auswärtige Vertretung gepflogen haben,
so weit gediehen sind, daß ich bei dem König mündlich bereits
Genehmigung zur Ernennung von Bundesbotschaftern und Bun
gesandten habe nachsuchen können, welche Genehmigung mir
bereits ertheilt worden ist. Gegen den zweiten Theil des Ant
muß ich mich entschieden erklären; denn die preußischen Gesan
bei den Bundesregierungen sind nöthig, um auf diese Regieru
in vorkommenden Fällen einwirken zu können." Den ersten
des Bennigsen'schen Antrags nahm hierauf die Kammer an,
zweiten verwarf sie. In Folge dessen wurden die preußischen

Digitized by Google

sulate in Aegypten, Bosnien, Smyrna, Trapezunt, Beirut, Jerusalem, Moskau, New-York und Japan sofort in Bundeskonsulate umgewandelt, und mit dem Anfang des folgenden Jahres überreichten die preußischen Gesandten an den auswärtigen Höfen, (zu welchen jedoch die süddeutschen nicht gerechnet wurden, daher es hier unterbleib), ihre Beglaubigungsschreiben als Vertreter des norddeutschen Bundes, und umgekehrt ließen sich die auswärtigen Gesandten in Berlin durch besondere Schreiben auch beim norddeutschen Bund beglaubigen. Kein einziger Staat, auch nicht Frankreich, zeigte dabei irgend welche Zurückhaltung oder stellte eine Bedingung.

Auf materiellem Gebiet schloß sich den Zollvereinsverträgen die Erneuerung des deutsch-östreichischen Postvereins oder vielmehr der Abschluß neuer Postverträge zwischen den deutschen Staaten und Oestreich würdig an. Seit Mitte Oktobers hatten sich Vertreter der Regierungen von Preußen als Bundespräsidialmacht und von Oestreich, Baiern, Württemberg und Baden in Berlin zu einer Postkonferenz versammelt, und am 27. Nov. wurde der Vertrag unterzeichnet. „Das einfache Groschenporto", schreibt ein süddeutsches Blatt, für den Briefverkehr auch auf den weitesten Strecken des großen deutsch-östreichischen Staatengebietes, die Ermäßigung der Bezüge der Post für die Spedition von Zeitungen und die dadurch bewirkte Verwohlfeilerung dieses wichtigen Bildungsmittels sind Gegenstände, an denen bald jedermann ohne Unterschied der Partei und geographischen Lage mit Vergnügen die wohlthätigen Folgen der politischen Umwälzung des Jahres 1866 erkennen wird." Dagegen fand der Streit mit Dänemark wegen der nördlichen Distrikte Schleswigs in diesem Jahre nicht seine Erledigung. Der dänische Gesandte, Herr von Quaade, wurde im Oktober von seinem Kabinet beauftragt, die Verhandlungen in Berlin zu beginnen. Zunächst handelte es sich bekanntlich um die von Preußen geforderten Garantien zum Schutz der deutschen Bevölkerung. Die Erklärungen der preußischen Regierung schienen dem Gesandten so bedenklich, daß er im November nach Kopenhagen zurückreiste, um sich neue Instruktionen zu holen. Mit diesen kam er erst im Februar wieder zurück, und es müßte seltsam zugehen, wenn er nicht diese Reise noch mehrmals zu machen hätte, um endlich irgend ein, vielleicht auch gar kein Resultat zu erringen.

In denjenigen Staaten, deren Geschichte im Jahre 1867 nicht

Digitized by Google

in den Vordergrund getreten ist und auch hier nur kurz angedeut werden kann, ziehen sich gewisse Zustände vom Anfang bis zu Ende ohne Lösung hin, so in England die Verschwörung d Fenier. Dieses Wort, welches nun zum Parteinamen geworde ist, ist altceltisch und lautete ursprünglich Fiona oder Fena, was d Blonden, die Weißen bedeutet. Damit wurde ein Haupttheil d alten Bewohner Irlands bezeichnet, die in Irland eingewanderte Schotten, ein in den irischen Traditionen hochgefeierter Stamm Bei dieser Verschwörung, welche in den Vereinigten Staaten nic gerade ungern gesehen, wenn nicht unterstützt wird, handelt es si um die Losreißung Irlands von Großbritannien und um die E richtung einer irischen Republik, wie in den von den fenische Agenten in London verbreiteten Proklamationen offen gesagt wurd Dadurch daß die Fenier ihre Thätigkeit nicht auf Irland beschrän ten, sondern die volkreichsten Städte Englands zu ihrem Terrai ausersahen, vor Mord und Brand nicht zurückschreckten und z Rettung ihres gefangenen Häuptlings Burke die Pulverexplosio von Clerkenwell am 13. December in Scene setzten, hatte die Sac etwas Beängstigendes. Doch kann dieses Fenierwesen mit bloße Polizeimaßregeln nicht unterdrückt werden; hier gilt es, dem Ueb an die Wurzel zu gehen. Wenn die Bevölkerung Irlands seit de Jahre 1851 bis jetzt von 6,515794 auf 5,300000 herabgesunke ist, so muß nicht bloß im Staate Dänemark, sondern auch in d Verwaltung Englands etwas faul sein. Zwei Uebelstände haup sächlich sind es, welche dieses Irland bis auf den heutigen Ta noch wie eine eroberte Provinz erscheinen lassen, und an denen moralisch und physisch zu Grunde geht: fast alles Land ist in de Händen weniger englischen Lords, die Iren sind bloß die Pächte und während die Konfession der Einwohner fast durchgängig k tholisch ist, müssen diese außer ihrer eigenen Kirche auch noch d reich ausgestattete englische Hochkirche unterhalten. Wer wird si damit befreunden können? Selbst Engländer, wie Stuart Mil geben jetzt zu, daß eine Aussöhnung Irlands mit England nic möglich sei, wenn England nicht selbst Hand anlege an eine „wir liche Revolution der ökonomischen und socialen Zustände Irland Die Schwierigkeit, Irland zu regieren, liegt hauptsächlich in unser Unfähigkeit, die Bedürfnisse und den Charakter einer anderen Na tion zu verstehen", welche Unfähigkeit in der bekannten Selbstsuch

Digitized by Google

...rherzigkeit, ja Grausamkeit Englands eine sehr solide Basis hat. ...ß die Thronrede, womit das Parlament am 19. Nov. eröffnet ...rde, nur von Strenge gegen das Fenierthum, kein Wort von ...rbesserung der irischen Zustände spricht, erscheint wie ein akten...ßiges Beweisstück für diese Unfähigkeit. Diese Thronrede kün...te zugleich die Expedition nach Abessinien an, durch welche der ...nige Herrscher gezwungen werden soll, die widerrechtlich gefange...n Engländer, gegen 18 Personen, darunter der Konsul Cameron, ...zu geben.

Von Spanien wird unter der Regierung der Königin Isa...lla nie viel Gutes zu berichten sein. Marschall Narvaez, welcher ...der Spitze des Ministeriums steht, hält dort ein strenges Regi...ment und erließ im März ein drakonisches Preßgesetz. Im August ...hob sich einer jener Militäraufstände, an denen die neueste Ge...schichte Spaniens so reich ist. Wie in Frankreich die Journalisten ...Deputirten, so sind es in Spanien die Generale, welche die ...olutionären Proklamationen unterzeichnen. Längs der Pyrenäen, ...Katalonien, Aragonien und den baskischen Provinzen, hatte sich ...Aufstand „gegen die Tyrannei" entzündet; Barcelona war ein ...uptherd desselben. Aber Narvaez wurde Meister, seine Truppen ...ngten die Aufständischen über die Pyrenäen, und mit dem Ueber...tritt des Generals Contreras über die französische Grenze am ...August konnte die Sache für beendigt angesehen werden. Der ...bannte General Prim, welcher in Brüssel verweilte und von dort ...die Revolutionsfäden leitete, kam in Perpignan an der spani...schen Grenze gerade recht an, um zu sehen, daß man keinen Führer ...brauche, worauf er nach Genf abreiste, um in den donnern...den Reden des Friedenskongresses einen Ersatz für seine Täuschungen ...finden.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika dauert ...Streit zwischen dem Präsidenten Johnson, der denn doch ...Vergangenheit nicht gut verleugnen kann, und dem Kongreß ...bis zum Schluß seiner Amtsführung fort. Gegenstand des ...zwiespalts sind die in dem letzten Bürgerkrieg besiegten Südstaaten. ...hnson will diese ohne weiteres wieder in ihre alten Rechte ein...setzen und sie wieder zum Kongreß zulassen; dieser verlangt von ...ihnen bestimmte Garantien und besonders die, daß die Südstaaten ...den Negern vollständige bürgerliche Rechte zuerkennen. Durch den

Digitized by Google

Kongreß iſt zwar die Sklaverei aufgehoben, aber die Ertheilung de bürgerlichen Rechte iſt Sache der Geſetzgebung der einzelnen Staa ten, und von dieſen hat ſich bis jetzt nur Kentucky dazu bequemt Am 7. Januar beſchloß das Abgeordnetenhaus, Johnſon wege Mißbrauchs ſeiner Gewalt in Anklageſtand zu verſetzen. Die Unter ſuchung hat der Senat unter Vorſitz des Oberrichters zu führen und zu einem giltigen Beſchluß gehört eine Majorität von zwei Drit theilen der Stimmen. Für diesmal kam es noch nicht zu einer Prozeß. Dagegen kam am 20. Februar das Ultimatum des Kongreſſes i Beziehung auf die Reorganiſation des Südens zu Stande, wonac in den zehn Rebellenſtaaten eine proviſoriſche Militärverwaltun eingeſetzt werden ſollte. Zu dieſer „Wiederherſtellungsakte“ wurd am 16. Juli noch ein Zuſatz angenommen, wodurch Grant, de General der Bundesarmee, die Vollmacht erhielt, Civilbeamte ihre Stellen zu entſetzen. Gegen jeden Beſchluß dieſer Art legte John ſon ſein Veto ein. Den ihm entgegenarbeitenden Kriegsminiſter Stan ton ſuspendirte er am 12. Auguſt und übertrug ſein Amt proviſo riſch dem General Grant, gegen welchen Gewaltſtreich hinwiederun der Kongreß proteſtirte. Auch mit Grant begannen ſehr ernſte Zer würfniſſe, zumal dieſer bei der nächſten Präſidentenwahl als Haupt kandidat auftritt. Von weiterem Intereſſe war die Abtretung de ruſſiſchen Nordamerika an die Vereinigten Staaten gegen Bezahlun von 7 Millionen Dollars, welchen Kauf der Senat am 1. Apri genehmigte. Das abgetretene Gebiet umfaßt 17500 Quadrat meilen mit etwa 100,000 Einwohnern, wovon kaum 700 Ruſſen die übrigen meiſt Indianer und Eskimo ſind. Die politiſche Wel intereſſirte ſich für dieſen Handel namentlich aus zwei Gründen weil man glaubte, daß nun die Vereinigten Staaten noch um ſ begehrlicher nach dem britiſchen Nordamerika ſehen werden, uni weil man vermuthete, die Freundſchaft zwiſchen Rußland und de Vereinigten Staaten ſei ſo groß, daß die letzteren bei der Löſun der orientaliſchen Frage dem erſteren mit ihrer Flotte vor Kon ſtantinopel zur Seite ſtehen werden. Aus Südamerika, wo Bra ſilien, La Plata und Uruguay mit der Republik Paraguay ode vielmehr mit ſeinem Diktator und Regenten Lopez einen ſehr un gleichen Kampf führen, laufen ſehr ſpärliche Nachrichten ein. De Krieg dauert ſeit anderthalb Jahren, und man ſieht ſeinem End

Digitized by Google

nd nicht entgegen, zumal das dortige Klima den Heeren noch ngere Ferien auferlegt als der alte Bundestag seinen Gesandten.

Zieht man am Schlusse dieser politischen Revüe die Bilanz s Jahres 1867 und fragt man, ob Europa und speciell Deutschnd in seinem Geschäftsbetrieb vorwärts oder rückwärts gekommen , so sind neben einigen verlorenen und höchst zweifelhaften Posten mehrere sehr günstige Spekulationen zu verzeichnen. Von den vier aaten, deren geschichtliche Entwicklung hauptsächlich die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, sind die beiden romanischen, ankreich und Italien, hinter Deutschland und Oestreich sehr zurückgeblieben. Italien ist um volle vier Jahre, vor die Zeit des ptembervertrags von 1864, zurückgeworfen, und bereits spricht an, was freilich Schwarzseherei und klerikaler Wunsch ist, von der ösung des Königreichs in eine nördliche und südliche Hälfte. ankreich hat sich in Italien in die Stellung versetzt, welche früher Oestreich eingenommen hat, während Preußen dort jetzt die frühere ellung Frankreichs einnimmt. Die Sicherung der Dynastie scheint r Frankreich der einzige Staatszweck zu sein. Bevormundung der ammern und der Presse, ungeheure Vermehrung des Militärs, brutales Auftreten der Polizei sollen diesem Zwecke dienen. Wie sieht s mit der Freiheit eines Landes aus, wenn, wie dies bei den Verhaftungen auf dem Montmartrekirchhof am 2. Nov. der Fall war, ein protestantischer Geistlicher von der Polizei deßwegen verhaftet rde, „weil derselben der Ausdruck seines Gesichts eine Mißbilligung ihres Verfahrens anzudeuten schien!“ Dazu das quälende Bewußtsein, daß es mit seiner Suprematie in Europa zu Ende ist, und das ewige Jammern und Drohen deßhalb! Von irgendwelchem Fortschritt ist auch hier nichts zu bemerken. Man sieht nur „schwarze Punkte.“

In Oestreich hat das Jahr mit Einsetzung eines dreifachen Ministeriums geschlossen. Dem ungarischen folgte das cisleithanische unter dem Ministerpräsidenten Fürst Karl von Auersperg, welches Namen vom besten Klang, wie Giskra, Herbst, Hasner, Berger, Breitel aufzuweisen hat. Zwischen und über beiden steht das Reichsministerium, in welchem Beust das Auswärtige, Beke die Finanzen, Kuhn das Kriegswesen zu leiten hat. Die Delegationen der beiden Reichshälften sind einberufen und haben die gemeinsamen Angelegenheiten zu berathen. Selbst mit den konfessionellen Fragen

Digitized by Google

scheint es vorwärts zu gehen. Graf Crivelli hat zwar immer no
nicht seine feierliche Audienz beim Papste gehabt, somit auch a
Konkordat noch nichts ändern können; aber das Herrenhaus wi
den Beschluß des Abgeordnetenhauses über Ehe und Schule gene
migen, der Kaiser bestätigen, und damit ist eine starke Bresche
das Konkordat geschossen. Dies sind unverkennbare Zeichen v
Fortschritt. Oestreich hat kaum irgend einmal eine so freisinni
Physiognomie gehabt wie eben jetzt. Aber abgesehen von der Fra
der Haltbarkeit liegt die Schwierigkeit in Ungarn. Dieses hat si
so vollständig loszumachen gewußt, daß es sogar auf eigene Rec
nung Anleihen macht. Von den gemeinsamen Reichslasten will
30 Procent übernehmen. Die deutsch-slavischen Länder müssen m
sehen, wie sie mit den übrigen 70 Procent ins Reine komme
Von den Staatsschulden will es diejenigen, welche seit 1848, al
ohne Zustimmung des ungarischen Landtags gemacht worden sin
vornweg nicht anerkennen. So ist die Reichseinheit auf das d
Ungarn zusagende Minimum herabgedrückt und der anderen Reich
hälfte von den gemeinsamen Reichslasten und von der Staatsschu
ein Maximum aufgebürdet, das diese nicht zu tragen vermag. U
doch brauchen die Ungarn Oestreich zum mindesten ebenso sehr a
dieses sie. Sagen sie doch selbst, daß sie die volle Unabhängigk
von Oestreich gar nicht wünschen, da diese sie zu ruinirenden Militä
auslagen zwingen würde, um gegen die Nachbarn geschützt zu sei
Sie wollen nur ihre eigene Verfassung, ihre Autonomie; ihr Stü
punkt bleibt Oestreich, dessen Heere und Steuern ihnen eine E
leichterung gewähren sollen. So wird auf die deutsch-östreichisd
Gutmüthigkeit, welche sie als Schwachköpfigkeit verlachen, spekulir
Der Magyare Szechenyi rief einst aus: „Was doch diese Deutsche
für unbeholfene und unpraktische Leute sind! Doch dies ist e
Glück für uns. Denn wären sie anders, so hätten sie uns läng
vernichtet."

Daraus erklärt sich die Furcht, welche sie vor einer nähere
Verbindung mit Deutschland, vor einem Bündniß mit Preuße
haben. Hierüber sagte Franz Deak: „Wollten wir uns mit ein
fremden Großmacht verbinden, so fürchte ich, daß wir dadurch n
die Gefahr der Absorption über unser Vaterland heraufbeschwöre
würden." Allerdings würden die im Germanisiren geübten Nord
deutschen in einigen Jahrzehnten ein anderes Resultat in Ungar

Digitized by Google

bringen als Metternich und seine Nachfolger. Der frühere
genteneral Perczel bezeichnete es daher als eine Lebensfrage
s, daß Preußen seine Macht nicht bis an die Leitha aus-
Und andere erklären es offen, daß das wiederhergestellte
hum ein wesentlicher Faktor des europäischen Friedens sei,
ne die Verwilligung der Landtage in Wien und Pesth und
as Einverständniß der Delegationen beider Theile kein Geld
in Soldat erhoben werden könne. Ohne Ungarn vermöge
ch nichts. Das neue Ungarn aber habe bei keinem Krieg
zu gewinnen; der Friede sei für dasselbe eine Existenzfroge.
nge aber wird bei solcher Ungleichheit der Verhältnisse dieses
e Nebeneinanderwohnen, dieses ungestörte Ineinandergreifen
derwerks einer so komplicirten Maschine dauern? Wie lange
3 Cisleithanien behagen, dreimal so viele Steuern zu zahlen,
Herren Magyaren, nur damit ja kein Konflikt entstehe, das
Deutschland sich nicht einmische, vielleicht bis an die Leitha
ge, oder vielleicht noch ein bischen weiter? Inwieweit Oest-
egen seiner staatlichen Einrichtungen zu beglückwünschen ist,
so noch abgewartet werden.

olcher Erfolge, wie sie Preußen im ablaufenden Jahr auf-
n hat, kann sich kein anderer Staat rühmen. Der nord-
Bund wurde gegründet und in der Verfassung desselben
ußischen Regierung die oberste Leitung der Bundesangelegen-
darunter die des gesamten Militärwesens, der Kriegsmarine, der
smittel und der diplomatischen Vertretung übertragen; die
- und Zollvereinsverträge wurden von den süddeutschen
rtretungen genehmigt und dadurch für den Kriegsfall der
fehl des Königs von Preußen bis zum Bodensee und den
Alpen ausgedehnt, Süddeutschland durch die Macht der
len Fragen aufs engste mit dem Norden verbunden; die
ng eines Zollparlaments für 38 Millionen Deutsche wurde
t, was den Vertretern der vielerlei Stämme des großen
ndes im Norden und Süden Gelegenheit geben wird, ihren
larismus abzustreifen und sich als Deutsche zu fühlen. Im
g mit den Allianzverträgen hat auch Süddeutschland ange-
sein Heerwesen zu reorganisiren und den Volksvertretungen
Militärgesetzentwürfe vorzulegen, die sich möglichst an die
hen Einrichtungen anschließen und im Beginn des Jahres 1868

Digitized by Google

mit einigen Aenderungen genehmigt wurden. Das lebendige M
gefühl mit der Noth der armen Ostpreußen, deren Väter im Frü
jahr 1813 den Reigen angeführt haben, ist ein schönes Zeugn
von dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der deutschen Stämn

Auch in Preußen, wo, wie in Süddeutschland, ein schwer
überwindender Partikularismus sitzt, der selbst dem Grafen B
marck zuweilen zu schaffen macht, gewöhnt man sich immer m
an die Umwandlung Preußens in Deutschland, was wohl das be
Mittel ist, um die inneren Gegner zu entwaffnen. Diese Umwandlu
zeigt sich am stärksten am Grafen Bismarck selbst. Als in
Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 11. December
Administrativkonvention Preußens mit Waldeck verhandelt wu
und ein Redner behauptete, die Waldecker verlieren auf diese W
ihr Vaterland, da sie keine eigentlichen Waldecker mehr und a
keine Preußen seien, so erwiderte Graf Bismarck: „Die Walde
werden nicht vaterlandslos; sie behalten den Ehrennamen „Deutsch
und einen besseren Ehrennamen hat keiner von uns in Anspruch
nehmen." Und auf die Einwendung, daß durch diesen Vertrag
preußischen Volk eine Last von etwa 100000 Thaler jährlich
erlegt werde, entgegnete er: „Ich höre immer nur von Lasten re
Dies hörte ich auch in Frankfurt am Bundestage. So oft es
um nationale Einrichtungen handelte, hieß es: dies legt uns Last
auf. Dies ist die Sprache des Partikularismus. Wie? sollten w
für unsere staatliche und nationale Freiheit kein Opfer bring
können? In Amerika schlägt der Deutsche sich jetzt mit Stolz
die Brust und sagt: ich bin ein Deutscher! während er sonst
schämt das Auge niederschlug. Die staatliche Ehre und Freih
sollte uns doch über alles gehen."

Digitized by Google

Chronik
der
Ereigniſſe des Jahres 1867.

Januar.

	Seite
Auflöſung der deutſch-ſlaviſchen Landtage in Oeſtreich und Ausſchreiben der Wahlen zu einem außerordentlichen Reichsrath . . .	86
Kaiſer Maximilian kehrt von Orizaba nach Mexiko zurück . . .	102
Das Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten beſchließt, den Präſidenten Johnſon in Anklageſtand zu verſetzen	182
Unterredung Maximilians mit Marſchall Bazaine	102
Bazaine ſpricht ſich in einer Junta zu Mexiko für die ſofortige Abdankung Maximilians aus	102
Antrag der Linken in der bairiſchen Abgeordnetenkammer auf engen Anſchluß an Preußen	10
Programm des Fürſten von Hohenlohe	10
Napoleons Brief an Staatsminiſter Rouher über Adreßdebatte, Interpellationsrecht und Preßgeſetz	13
Griechenland beſchließt die Vermehrung ſeiner Armee auf die Drohungen der Türkei hin	69

Februar.

Stuttgarter Militärkonferenzen	11
Freiherr von Beuſt Miniſterpräſident in Oeſtreich	86
Die franzöſiſchen Truppen räumen die Hauptſtadt Mexiko . . .	103
Schluß der Konferenzen der norddeutſchen Bevollmächtigten . . .	5
Wahlen für den norddeutſchen Reichstag	5
Thronrede Napoleons	15
Die Türken von den Kandioten zurückgeſchlagen	70
Maximilian marſchirt nach Queretaro	104
Das Ultimatum des amerikaniſchen Kongreſſes wegen der Reorganiſation der Südſtaaten	182
Eröffnung des norddeutſchen Reichstags durch den König v. Preußen	5

März.

Graf Bismarck übergibt dem Reichstag den Verfaſſungsentwurf des norddeutſchen Bundes	17
Beginn der Generaldiskuſſion über den Verfaſſungsentwurf im Reichstag	18
Die franzöſiſchen Truppen räumen Veracruz und ſchiffen ſich ein .	104
Thiers' Rede im geſetzgebenden Körper über das Verhältniß Frankreichs zu Deutſchland	27
Das ungariſche Miniſterium wird von Kaiſer Franz Joſef im Schloſſe zu Ofen beeidigt	86
Die Reden Garnier Pagès' und Emil Olliviers im geſetzgebenden Körper	29

Digitized by Google

Tage

16 Die Reden Latours und Rouhers . . . . . .
18 Die Reden Jüles Favres und Graniers von Caſſagnac . . . .
18 Beginn der Specialdebatte über den Verfaſſungsentwurf im norddeutſchen Reichstag . . . . . .
18 Graf Bismarck über Polen . . . . . .
18 Graf Bismarck über die nördlichen Diſtrikte Schleswigs . . . .
18 Graf Bismarck über die Allianzverträge mit den ſüddeutſchen Staaten
19 Der preußiſche Staatsanzeiger veröffentlicht den Allianzvertrag zwiſchen Preußen und Baiern . . . . . .
22 Der Vertrag zwiſchen Frankreich und Holland wegen Abtretung Luxemburgs iſt aufgeſetzt . . . . . .
25 Der preuß. Geſandte im Haag proteſtirt gegen den Luxemburger Handel
30 Der König von Holland läßt die Gerüchte über eine Abtretung Luxemburgs im „Luxemburger Kourier" dementiren . . . . .
30 Der norddeutſche Reichstag beſchließt, daß die Abgeordneten Diäten erhalten ſollen . . . . . .

April.

1 Der Senat der Vereinigten Staaten genehmigt den Ankauf des ruſſiſchen Nordamerika . . . . . .
1 Eröffnung der Weltinduſtrieausſtellung in Paris . . . . . .
1 Bennigſens Interpellation im norddeutſchen Reichstag über die Luxemburger Frage und die Antwort des Grafen Bismarck . .
2 Puebla von Porfirio Diaz erſtürmt . . . . . .
4 Entlaſſung des Miniſteriums Ricaſoli . . . . . .
7 Militärkonvention zwiſchen Preußen und Heſſen . . . . . .
10 Ratazzi zum Miniſterpräſidenten ernannt . . . . . .
10 Ende der Specialdebatte über den Verfaſſungsentwurf im norddeutſchen Reichstag . . . . . .
11 Schutz- und Trutzbündniß zwiſchen Preußen und Heſſen . . . .
15 Schlußberathung über den Verfaſſungsentwurf im nordd. Reichstag
15 Der norddeutſche Reichstag beſchließt, daß die Abgeordneten keine Diäten erhalten ſollen . . . . . .
16 Der Reichstag gibt im Militärweſen nicht nach . . . . . .
16 Annahme des Verfaſſungsentwurfes . . . . . .
17 Der Reichstag wird v. König v. Preußen mit einer Thronrede geſchloſſen
19 Schreiben des Freiherrn von Beuſt an den öſtreichiſchen Geſandten in Berlin über die Miſſion des Grafen Taufkirchen . . . . .
23 Omer Paſcha von den Kandioten zurückgeſchlagen . . . . . .
30 Die beurlaubten franz. Officiere und Unterofficiere werden einberufen

Mai.

3 Der ſächſiſche Landtag nimmt die norddeutſche Bundesverfaſſung an
6 Note des Fürſten von Hohenlohe an die drei ſüddeutſchen Staaten wegen Bildung eines weiteren Bundes mit dem norddeutſchen Bund

Digitized by Google

	Seite
Beginn der Londoner Konferenz zur Beilegung des Luxemburger Streites	56
Unterredung zwischen Graf Bismarck und Benedetti	59
Der preußische Landtag nimmt die norddeutsche Bundesverfassung an	64
Unterzeichnung des Londoner Vertrags	57
Maximilian, in Queretaro eingeschlossen, ergibt sich an Escobedo	106
Eröffnung des deutsch-slavischen Reichsraths	89
Graf Bismarck ladet die süddeutschen Minister zu einer Konferenz in Zollvereinsangelegenheiten ein	73

Juni.

Ankunft des Kaisers von Rußland in Paris	66
Die dänische Regierung will Preußen keine Garantien zum Schutz der abzutretenden Deutschen geben	115
Die hessische zweite Kammer verlangt den Eintritt des ganzen Großherzogthums in den norddeutschen Bund	128
Ministerkonferenzen in Berlin in Zollvereinsangelegenheiten	73
Württemberg und Baden stimmen dem Zollvereinsantrag sogleich zu	75
Ankunft des Königs von Preußen in Paris	79
Attentat des Polen Berezowski auf Kaiser Alexander	80
Hessen-Darmstadt nimmt den Zollvereinsantrag an	75
Franz Josef wird als König von Ungarn gekrönt	86
Kaiser Alexander reist von Paris ab	81
Maximilian vor dem Kriegsgericht	104
Der König von Preußen reist von Paris ab	81
Lord Stanley's Auslegung der Kollektivgarantie	59
Das Kriegsgericht spricht über Maximilian das Todesurtheil aus	105
Escobedo bestätigt das Todesurtheil	105
Kollektivnote der vier Mächte an die Pforte	70
Zusammenkunft Kaiser Alexanders mit dem König von Preußen in Berlin	81
Graf Taufkirchen von der bairischen Regierung zu neuen Unterhandlungen nach Berlin geschickt	78
Baiern nimmt den Zollvereinsantrag und das Zollparlament an	79
Eine preuß. Note an Dänemark beharrt auf den verlangten Garantien	116
Maximilian nebst Miramon und Mejia erschossen	105
Der kaiserliche General Marquez entflieht aus dem belagerten Mexiko	105
Mexiko ergibt sich an Porfirio Diaz	105
Schreiben des Kriegsmin. Niel an den Oberst der Antibeslegion in Rom	155
Der franz. Abg. Morin nimmt sich im gesetzgeb. Körper Dänemarks an	114
Eröffnung der Zollkonferenzen in Berlin	79
Veracruz von den Republikanern besetzt	106
Die France ruft aus: Wir sind Europa!	114
Freiherr von Beust zum Reichskanzler ernannt	107
Der Sultan in Paris	93
Franz Josef erhält in München die Nachricht von der Erschießung Maximilians	92

Digitized by Google

Tage

Juli.

1 Napoleons Rede bei der Austheilung der Ausstellungspreise . . .
1 Preußen übernimmt das Thurn und Taxis'sche Postwesen in ganz Norddeutschland . . . . . .
1 Graf Bismarck zum Bundeskanzler ernannt . . . . . .
4 Die Nachricht von der Erschießung Maximilians wird von Washington aus bestätigt . . . . . .
5 Der Moniteur spricht sich über Juarez sehr stark aus . . . . .
5 Graf Derby über den Unterschied einer Separat- und Kollektivgarantie
8 Abschluß des neuen Zollvertrags zwischen dem norddeutschen Bund und Süddeutschland . . . . . .
10 Mühlfeld stellt im östreichischen Abgeordnetenhaus einen Antrag bezüglich eines neuen Religionsedikts . . . . . .
11 Herbst und 70 Genossen beantragen im östreichischen Abgeordnetenhaus, neue Gesetzentwürfe über Ehe und Schule abzufassen . .
15 Präsident Juarez zieht in Mexiko ein . . . . . .
16 General Grant erhält vom Kongreß Vollmacht zur Absetzung von Civilbeamten in den Südstaaten der Union . . . . . .
17 General Dumont inspicirt die Antibeslegion in Rom . . . . .
18 Vertrag zwischen Preußen und Waldeck wegen Uebernahme der Verwaltung des Fürstenthums . . . . . .
20 Der Herbst'sche Antrag wird vom östreichischen Abgeordnetenhaus angenommen . . . . . .
20 Das dänische Kabinet will nähere Aufklärung über die Garantien
23 Der französische Botschaftssekretär Lefebre liest dem preußischen Unterstaatssekretär von Thile eine Depesche vor . . . . . .
27 Der kleine Moniteur leugnet die Existenz einer französischen „Note" hinsichtlich Nordschleswigs . . . . . .
28 Die italienische Abgeordnetenkammer beschließt die Einziehung der Kirchen- und Klostergüter . . . . . .
31 Die Kaiserin Charlotte wird von Miramar nach dem belgischen Schloß Tervuren gebracht . . . . . .

August.

4 Versammlung d. nationaldeutschen Partei Süddeutschlands in Stuttgart
12 Kriegsminister Stanton wird vom Präsidenten Johnson suspendirt und sein Amt provisorisch dem General Grant übertragen . .
12 Französische Journalisten in Kopenhagen . . . . . .
17 Die hessische zweite Kammer nimmt den Zollvereinsvertrag an . .
17 Das französische Kaiserpaar reist bis Augsburg . . . . . .
18 Das französische Kaiserpaar kommt in Salzburg an . . . . . .
23 Abreise des französischen Kaiserpaares von Salzburg . . . . .
25 Das französische Rundschreiben über die Salzburger Zusammenkunft
26 Napoleons Reden in Arras und Lille . . . . . .
28 Die „Presse" bekämpft entschieden ein Bündniß mit Frankreich . .

Digitized by Google

Seite

Ende des spanischen Militäraufstands 131
Wahlen zum norddeutschen Reichstag und Sieg des deutschen Kandidaten über den dänischen im Distrikt Flensburg-Apenrade . . 132

September.

Beginn des Verkaufs der italienischen Kirchengüter 154
Die badische Thronrede 127
Rundschreiben des Grafen Bismarck über die Beziehungen des norddeutschen Bundes zu Süddeutschland 129
Garibaldi's Ankunft in Genf 156
Beginn des Friedenskongresses in Genf 156
Thronrede zur Eröffnung des norddeutschen Reichstags 132
Berezowski kommt in Toulon unter die Galerensträflinge 81
Die Genfer erheben sich gegen den Friedenskongreß 156
Antwortsadresse der badischen zweiten Kammer 128
Protest des Papstes gegen die Einziehung der Kirchengüter . . . 155
Ratazzi's Erklärung gegen den Freischarenzug 157
Garibaldi in Asinalunga gefangen genommen 157
Antwortsadresse des norddeutschen Reichstags 133
Landesversammlung der deutschen Partei in Stuttgart 136
Die Freischaren betreten den Kirchenstaat u. überfallen Acquapendente 158

Oktober.

Die Kreuzzeitung: dem groben Klotz ein grober Keil! 125
Die neuen Militärorganisationen der norddeutschen Staaten sind fertig 131
Sämtliche norddeutsche Truppen schwören dem König von Preußen den Fahneneid 131
Preußen übernimmt die Verwaltung des Fürstenthums Waldeck . . .
Das württembergische Königspaar macht der preußischen Königsfamilie einen Besuch auf der Insel Mainau 132 135
Das preußische Königspaar und der Kronprinz besuchen die württembergischen Majestäten in Friedrichshafen u. reisen nach Hohenzollern 135
Adresse der 25 Bischöfe an den Kaiser von Oestreich 109
Einweihung der restaurirten Burg Hohenzollern 135
Präsident Simson übergibt dem König von Preußen die Antwortsadresse des Reichstags auf der Burg Hohenzollern 135
Antwort des Kultministers an den Wiener Gemeinderath wegen der Lehrerbildungsanstalt 110
Vom Wiener Gemeinderath wird eine Adresse an den Kaiser beschlossen wegen des Angriffs der Bischöfe 110
Die päpstlichen Truppen erstürmen Bagnorea 159
Abreise der preußischen Königsfamilie von Hohenzollern 135
Zusammenkunft der preußischen Königsfamilie mit König Ludwig II. von Baiern in Augsburg 135
Rede des Dr. Völk in Augsburg über die norddeutsche Bundesverfassung 136

Digitized by Google

Tage	
7	Abreise der preußischen Königsfamilie von Nürnberg nach Weimar
8	Fürst Hohenlohe in der bairischen Abgeordnetenkammer über das Verhältniß Süddeutschlands zum norddeutschen Bund . . . .
8	Der Reichstagsabgeordnete Braun über die Verträge mit Württemberg
9	Mühlfeld beantragt im östreichischen Abgeordnetenhaus die sofortige Aufhebung des Konkordats . . . . .
14	Interpellation des badischen Abgeordneten Wundt und Antwort des Ministers von Freydorf . . . . .
16	Handschreiben des Kaisers Franz Josef an Kardinal Rauscher . .
18	Der Allianzvertrag von der badischen zweiten Kammer genehmigt .
18	Ueberreichung einer Adresse an den Senator von Rom . . . .
18	Die päpstlichen Zuaven erstürmen Nerola . . . . .
19	Der Zollvereinsvertrag von der badischen zweiten Kammer einstimmig genehmigt . . . . .
19	Die päpstlichen Zuaven vertreiben die Garibaldiner aus Vallecorsa
19	Ratazzi nimmt seine Entlassung . . . . .
19	Garibaldi entrinnt von Kaprera und landet bei Livorno . . . .
20	Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in Kandia von Seiten d. Türken
20	Der Kirchenstaat ist von Freischaren geräumt, die Einschiffung der französischen Truppen in Toulon eingestellt . . . . .
20	General Cialdini wird beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden
21	Garibaldi in Florenz . . . . .
21	Debatte in der bairischen Abgeordnetenkammer über den Zollvereinsvertrag . . . . .
22	Annahme des Zollvereinsvertrages in der bairischen Abgeordnetenkammer . . . . .
22	Die Zuavenkaserne in Rom zur Hälfte in die Luft gesprengt . .
22	Die Schar Cairoli's setzt sich auf einem Hügel in Rom fest . .
22	Zusammenkunft des Kaisers v. Oestreich mit dem König v. Preußen und dem Großherzog von Baden in Oos . . . . .
23	Der Kaiser von Oestreich kommt in Paris an . . . . .
23	Der Allianz- u. Zollvereinsvertrag von der badischen ersten Kammer genehmigt . . . . .
23	Das östreichische Abgeordnetenhaus nimmt den Gesetzentwurf über die Ehe an . . . . .
23	Cairoli und seine Schar von den päpstlichen Truppen vernichtet .
23	Garibaldi begibt sich von Florenz an die päpstliche Grenze . . .
24	Garibaldi's Sturm auf Viterbo wird abgeschlagen . . . . .
24	Der Schwäbische Merkur über die Neutralität Württembergs . .
25	Rom in Belagerungszustand erklärt . . . . .
26	Garibaldi erstürmt Monterotondo . . . . .
26	Napoleon gibt Befehl zur Einschiffung der Truppen . . . . .
26	Cialdini verzichtet auf die Bildung eines Ministeriums . . . .
26	Beschluß des norddeutschen Reichstags über die süddeutschen Allianz- und Zollvereinsverträge . . . . .

Digitized by Google

	Seite
Schluß des norddeutschen Reichstags	139
Der Löwenstein'sche Vermittlungsantrag bei der Debatte der bairischen Reichsrathskammer über den Zollvereinsvertrag	143
Fürst Hohenlohe und Freiherr von Thüngen reisen nach Berlin	144
Fürst Hohenlohe und Thüngen verhandeln mit Graf Bismarck	144
General Graf Menabrea bildet ein Ministerium	160
Vermählung des griechischen Königs Georgios mit der Großfürstin Olga in Petersburg	151
Proklamation Viktor Emanuels an die Italiener	161
Die französische Flotte im Hafen von Civitavecchia	161
Hohenlohe und Thüngen haben Audienz bei dem König v. Preußen	144
Das östreichische Abgeordnetenhaus nimmt den Gesetzentwurf über Trennung der Schule von der Kirche an	112
Debatte in der württembergischen Abgeordnetenkammer über den Allianzvertrag	146
Annahme des Allianzvertrags in der württemberg. Abgeordnetenkammer	149
Deputationen bei Hohenlohe u. Thüngen wegen des Zollvereinsvertrags	145
Das bairische Abgeordnetenhaus beharrt auf seinem Beschluß	145
Einzug der Franzosen in Rom	161
Rundschreiben der italienischen Regierung	161
Die italienischen Truppen rücken im Kirchenstaat ein	161
Die bairische Reichsrathskammer nimmt den Zollvereinsvertrag an	145
Die württemberg. Abgeordnetenkammer nimmt d. Zollvereinsvertrag an	150

November.

Freiherr von Beust in London	151
Rundschreiben des Freiherrn von Beust	152
Garibaldi's Tagesbefehl von Monterotondo	161
Nuntius protestirt gegen das Einrücken der italienischen Truppen in den Kirchenstaat	163
Die Pariser Polizei nimmt Verhaftungen vor auf d. Montmartrekirchhof	183
Die Gründung einer Lehrerbildungsanstalt in Wien wird genehmigt	113
Treffen bei Mentana	162
Garibaldi in Figline gefangen genommen und nach dem Fort Varignano gebracht	162
Die italienischen Truppen räumen den Kirchenstaat	163
Die württembergische erste Kammer genehmigt die Verträge	150
Kaiser Franz Josef in Stuttgart	151
Kaiser Franz Josef in München	151
Frankreich ladet die fremden Mächte zu einer Konferenz ein	164
Die preußische Thronrede	165
Die französische Thronrede	165
Die englische Thronrede	181
Menabrea verlangt die Räumung Roms als die Bedingung der Theilnahme Italiens an der Konferenz	165

Digitized by Google

Tage

20 Graf Derby über die Vorbedingungen einer Konferenz . . . .
24 Note des Grafen Bismarck an Heſſen-Darmſtadt in Angelegenheiten der Konferenz . . . . . .
26 Die Leiche Maximilians in Veracruz dem Viceadmiral Tegetthoff übergeben . . . . . .
26 Garibaldi wird freigelaſſen und geht nach Kaprera . . . . . .
27 Neuer Poſtvertrag zwiſchen dem norddeutſchen Bund, Süddeutſchland und Oeſtreich . . . . . .
30 Der franzöſiſche Senat geht über die italieniſche Frage zur Tagesordnung über . . . . . .

December.

2 Jüles Favre bekämpft im geſetzgebenden Körper die franzöſiſche Intervention in Italien . . . . . .
3 Jüles Simon ſpricht von der ſcheinbaren Souveränetät des Papſtes
4 Mouſtier und Thiers vertheidigen die franzöſiſche Intervention . .
5 Rouher ruft Italien ein Jamais! entgegen . . . . . .
5 Menabrea's Rede in der italieniſchen Abgeordnetenkammer über das Verhältniß Italiens zu Rom . . . . . .
6 Der miniſterielle Kandidat Lanza wird von der italieniſchen Abgeordnetenkammer zu ihrem Präſidenten ernannt . . . . . .
9 Thiers' Rede über Deutſchland . . . . . .
9 Bennigſens Antrag in der preußiſchen Abgeordnetenkammer über das Geſandtſchaftsweſen . . . . . .
9 Graf Bismarck über das Geſandtſchaftsweſen der kleinen Staaten, über Bundeskonſulate und Bundesgeſandte . . . . . .
11 Verhandlungen im preußiſchen Abgeordnetenhaus über den Vertrag Preußens mit Waldeck . . . . . .
13 Pulverexploſion in Clerkenwell . . . . . .
13 Rede des Juſtizminiſters Mari gegen die weltliche Herrſchaft des Papſtes . . . . . .
16 Crispi's Rede gegen die Intervention Frankreichs . . . . . .
17 Menabrea's Rede über den Septembervertrag . . . . . .
19 Debatte im geſetzgebenden Körper über das Militärgeſetz . . . .
21 Berichterſtatter Greſſier über das ſogenannte Gleichgewicht . . .
22 Die italieniſche Kammer verwirft das von Menabrea verlangte Vertrauensvotum . . . . . .
23 Menabrea gibt ſeine Entlaſſung und wird wieder berufen . . .
23 Rede des Kriegsminiſters Riel . . . . . .
23 Entgegnung Jüles Favre's . . . . . .

Druck von J. Dräger's Buchdruckerei (C. Feicht) in Berlin.

Digitized by Google